# Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und  Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 25. | Dienstag, den 26. März 1895. | Jahrgang IV.

**Pränumerationspreise:** Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

**Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.**

# Gemeinderath.

## Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **20. März 1895** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

**Bürgermeister Dr. Grübl:** Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

**1.** Herr Gem.-Rath Ritt. v. Neumann entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung, ebenso die Herren Gem.-Räthe Lechner und Herrdegen.

**2.** Seitens der Redaction der Zeitschrift „Neues Wiener Journal" ist dem Ortsschulrathe des XII. Bezirkes ein Betrag von 100 fl. zur Anschaffung von Kleidungsstücken für arme Schulkinder zugekommen.

Wird der Dank ausgesprochen.

**3.** Das Präsidium der Handels- und Gewerbekammer für Österreich unter der Enns theilt mit, dass bei der am 8. März stattgefundenen gemeinsamen Versammlung der für das Jahr 1895 gewählten Mitglieder des Lagerhaus-Schiedsgerichtes die Anzahl der Obmänner für dieses Fachgericht wie im Vorjahre mit zwei festgesetzt und zu solchen die Herren Hof- und Gerichtsadvocaten in Wien: Dr. Albert Ritt. v. Hermann und Dr. Edmund Benedict wiedergewählt wurden und dass diese sich zur Annahme dieser Wahl auch bereit erklärt haben.

Wird zur Kenntnis genommen.

**4.** Die Wiener Baugesellschaft theilt mit unter Bezugnahme auf eine Äußerung, welche Herr Gem.-Rath Silberer gemacht hat in Betreff der Ausschüttung von Kellergewölben in der Annagasse, dass von ihr oder ihren Organen bei der im November 1887 begonnenen Demolierung des Hauses Kärnthnerstraße 39, wie sie durch mehrere vollkommen unparteiische Zeugen jederzeit erweisen könnte, auch nicht eine Scheibtruhe Material in die Keller des Annahofes geschüttet wurde und dass die Ausfüllung von anderer Seite erfolgt sein muss.

**5.** Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung hat in der letzten Sitzung eine Interpellation gestellt, welche sich auf die Verwendung der Bademeister in den städtischen Bädern bezieht und hat die Anfrage gestellt: „Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dem Stadtrathe eine Vorlage zu machen, wonach die Bestimmung, dass die Gattinnen der Bademeister zu verschiedenen Verwendungen in den Bädern bestellt sind, aus dem Organisationsstatute für die städtischen Volksbäder zu streichen wäre."

Ich habe die Ehre, diesfalls folgendes mitzutheilen:

Die Verpflichtung der Gattin des Bademeisters, welche im Organisationsstatute der Volksbäder Art. V, vorletztes Alinea, Seite 10, präcisiert ist, erscheint weder unbillig noch auch der Würde der Stadt Wien widersprechend und ist auch keine unentgeltliche, weil aus diesem Grunde der Bezug des Bademeisters entsprechend hoch gestellt wurde, und werden deshalb unverheiratete Bademeister gar nicht bestellt.

Die Gattin des Bademeisters hat außer der Verpflichtung der Stellvertretung des Bademeisters im Falle seiner Verhinderung auch noch die Verpflichtung: „Nachschau über das Gebaren der Badedienerinnen im Frauen- und Mädchenbade zu pflegen", welche Aufsicht aus Sittlichkeitsgründen während des Badebetriebes nur einer Frau überlassen werden darf.

Diese Nachschau ist im Interesse des Publicums zur Vermeidung von Übelständen dringend erforderlich und kann schon deshalb die Mitwirkung der Gattin des Bademeisters nicht entbehrt werden.

Auf Grund dieser Darstellung bin ich nicht in der Lage, dem Wunsche des Herrn Interpellanten zu entsprechen.

**6.** Auf die Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Dr. Geßmann, betreffend die Canalisierung von Hetzendorf im XII. Bezirke, habe ich die Ehre, folgendes mitzutheilen:

Die Durchführung der Canalisierung im Gebiete der vormaligen Gemeinde Hetzendorf steht im Zusammenhange mit der Frage der Einwölbung des sogenannten Altmannsdorfer Grabens in der Altmannsdorfer Hauptstraße, worüber das wasserrechtliche Verfahren zwar im Zuge, aber noch nicht zum Abschlusse gebracht ist. Erst wenn diese Frage in einer der Gemeinde Wien günstigen Weise entschieden sein wird, wird es möglich sein, die einheitliche und successive Canalisierung von Hetzendorf und Altmannsdorf in Erwägung zu ziehen.

(Gem.-Rath Dr. Geßmann: Das ist schon seit zwei Jahren im Zuge!)

Es dauert allerdings schon längere Zeit, es sind aber solche technische Schwierigkeiten vorhanden, dass es nicht möglich war, dieselben bis jetzt zu lösen.

Ich habe mich wiederholt für den Gegenstand interessiert, weil es mein lebhafter Wunsch gewesen wäre, diese Canalisierung durchzuführen. Es haben auch wiederholt Verhandlungen mit der Bezirkshauptmannschaft Baden wegen der Einmündung des Canales stattgefunden. Es ist aber anzunehmen, dass das wasserrechtliche Verfahren nicht den gewünschten Erfolg haben kann, so lange nicht wegen des Liesingbaches eine entsprechende Entscheidung getroffen ist.

Ich bitte um Mittheilung des Einlaufes.

**Schriftführer Gem.-Rath Kaiser** (liest):

**7.** Dringlichkeits-Antrag des **Gem.-Rathes Seiler** und Genossen:

Bezugnehmend auf das unter einem überreichte Gesuch des Herz Jesu-Kirchenbau-Vereines in Wien, II. Bezirk, Kaisermühlen, stellen die Unterzeichneten den Dringlichkeits-Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen, dass die nothwendige Anschüttung und Planierung des Platzes um die Herz Jesu-Basilica rechtzeitig in Angriff genommen werde, um noch vor der in der zweiten Hälfte April d. J. stattfindenden feierlichen Consecration dieser Kirche vollendet werden zu können.

**Bürgermeister:** Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

**8.** Wir kommen zur Tagesordnung, das ist zur Fortsetzung der Verhandlung über den Hauptvoranschlag der Stadt Wien pro 1895.

Ich ersuche die Herren Referenten, ihre Plätze einzunehmen.

(Stadtraths-Referent Gem.-Rath Boschan und Commissions-Referent Gem. Rath Dr. Stern treten an den Referententisch.)

**Stadtraths-Referent Gem.-Rath Boschan:** Wir sind bei der Berathung der Gruppe I bis zu Rubrik V gelangt, Seite 43: Verbindlichkeiten aus administrativen Titeln.

**Bürgermeister** (unterbrechend): Ich bitte, Herr Referent, es ist noch über die Anträge der Budget-Commission zu Seite 35 abzustimmen, welche lauten (liest):

„1. Der Magistrat habe zu berichten, ob nicht sämmtliche Marktkanzleien mit telephonischen Apparaten zu versehen wären, und es sei zu diesem Zwecke ein Betrag von 2000 fl. in den Voranschlag einzustellen.

2. Es sei an die k. k. Post- und Telegraphen-Direction mit dem Ersuchen heranzutreten, auf allen größeren Märkten Telephonstellen für den öffentlichen Verkehr zu errichten."

Über diesen Antrag ist noch nicht abgestimmt. Die Herren, welche mit der Zuweisung dieser beiden Anträge einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Zuweisung ist angenommen.

**Stadtraths-Referent** (liest): Rubrik V: Verbindlichkeiten aus administrativen Titeln.

Pensionen der Beamten und Diener:

Witwenpensionen, Erziehungsbeiträge, Provisionen, Abfertigungen, Conductquartale, Gnadengaben, Zeitliche Aushilfen für Pensionisten im Gesammtbetrage von 478.860 fl.

Rubrik VI. Einnahmen:

Taxen und Strafgelder.

Bürgerrechtsverleihungstaxen . . . . . . . . . . 6.580 fl.
Zuständigkeitsverleihungstaxen . . . . . . . . . 110.130 „
Strafgelder . . . . . . . . . . . . . . . 2.530 „

Die letzten Posten in den Ausgaben Rubrik VII sind:

Rechtsgeschäfte.

Vertretung der Gemeinde in Rechtssachen, Stempel- und sonstige Gebüren 17.750 fl.

Damit wäre Gruppe I erledigt.

**Bürgermeister:** Gegen diese Anträge wird keine Einwendung erhoben, dieselben sind angenommen.

**Stadtraths-Referent:** Wir gelangen nun zur Gruppe II, Steuerwesen.

Die Einnahmen aus den Zinskreuzern, aus den Zuschlägen zur Hauszinssteuer, zur Grundsteuer, zur Erwerbsteuer und Einkommensteuer sind vom Gemeinderathe bereits in den letzten Tagen des December beschlossen worden und sind dieselben unter dem Titel „Bedeckung" eingestellt.

Präliminiert werden hier (liest):

Verzugszinsen von den Zinskreuzern und den Zuschlägen zu den directen Steuern im Betrage von 32.630 fl., welcher Betrag sich jedoch nach einem Antrage der Budget-Commission auf 28.280 fl. herabmindert, weil der Gemeinderath inzwischen den Beschluss gefasst hat, die Verzugszinsen nach einem etwas geringeren Zinsfuße in Rechnung zu stellen, als bisher.

Gemeindegaben, Pauschalien 1380 fl.

**Bürgermeister:** Herr Gem.-Rath Wünsch!

**Gem.-Rath Wünsch:** Ich habe mir das Wort erbeten, geehrte Herren, um über die Steuern einige Worte an Sie zu richten. Es ist an den Ziffern des Präliminares allerdings in dieser Richtung nichts zu ändern; was ich Ihnen zu sagen habe, bezieht sich aber auf die im Zuge befindliche Steuerreform. Ich glaube, es ist hier der Augenblick, darüber zu sprechen, denn es gibt im ganzen Budget keine Stelle, wo man über diese Steuerreform sprechen könnte, und ich erlaube mir daher einige Worte in dieser Richtung.

Es ist von Seite der Commune Wien bereits das mögliche veranlasst worden, um gegenüber den im Zuge befindlichen Berathungen im Abgeordnetenhause Stellung zu nehmen. Der Herr Bürgermeister hat ein musterhaftes Elaborat in dieser Richtung verfertigt und dem Abgeordnetenhause überreicht, welches den Zweck hat, die Interessen der Commune Wien zu wahren und alles jene vorzukehren, was geeignet ist, um die Interessen der Hauptstadt in Bezug auf die neue Steuerreform, soweit sie in finanzieller Beziehung uns berührt, zu wahren und unseren Vortheil zu sichern. Aber es ist noch etwas anderes, meine Herren, wozu, ich glaube, wir die Pflicht haben, auch Stellung zu nehmen. Es ist dies die Stellungnahme gegenüber unseren Steuerzahlern, unseren Mitbürgern als Steuerzahlern. Es ist nicht gleichgiltig, welche Verschiebungen in Zukunft durch die neue Steuerreform mit Rücksicht

auf die Steuerzahler selbst stattfinden werden. Es ist gewiss, dass eine große Veränderung bezüglich der einzelnen Pflichten der Steuerzahler durch den neuen Gesetzentwurf in Aussicht genommen ist. Nun, glaube ich, wäre es Pflicht des Gemeinderathes, auch seine Mitbürger in dieser Richtung zu schützen, damit nicht Verschiebungen stattfinden, welche vielleicht ungerechterweise den einzelnen mehr, den anderen zu wenig belasten.

Ich glaube, meine Herren, es würde den Intentionen, die ich ausgesprochen habe, am besten dadurch entsprochen werden, wenn Sie beschließen würden, eine Commission von sieben Mitgliedern aus der Mitte des Gemeinderathes zu wählen, welche die neuen Steuervorlagen prüfen soll mit Rücksicht auf die von mir vorgeschlagenen Gesichtspunkte, namentlich mit Rücksicht auf die Verpflichtungen, welche die künftigen Steuervorlagen den Steuerträgern auferlegen und mit Rücksicht auf die Pflicht, die wir haben, unsere Mitbürger vor Überbürdung zu schützen. Ich meine also, dass eine solche Commission zusammengesetzt werde und in kürzester Zeit an den Gemeinderath berichte, welche Schritte in dieser Richtung eventuell zu thun wären. Sollte mittlerweile die Berathung im Abgeordnetenhause soweit fortschreiten, dass es allenfalls zu spät wäre, so wäre uns immer noch der Weg an das Herrenhaus offen.

Ich glaube, es ist unsere Pflicht, unsere Mitbürger auch in dieser Richtung zu schützen. Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen, derselbe wird an den Stadtrath verwiesen, und der Stadtrath wird, glaube ich, keinen Anstand nehmen, denselben dem Hause zu unterbreiten.

**Bürgermeister:** Das Wort hat Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann.

**Gem.-Rath Dr. Geßmann:** Die Anregungen, welche der geehrte Herr Vorredner gemacht hat, sind unleugbar der weitestgehenden Berücksichtigung wert. Die Steuerreform, die so vielseitig gepriesen wird, ist eines der ärgsten Attentate auf den Mittelstand, eines der ärgsten Attentate auf die Finanzen der Stadt Wien. Wenn diese Steuerreform so durchgeht, wie sie jetzt vom Ausschusse des Abgeordnetenhauses vorgelegt wird, wird die Commune in der empfindlichsten Weise in ihren Einnahmen geschädigt werden. Die neue Einkommensteuer ist von jedem communalen Zuschlage frei. Wie werden wir den Ausfall, der uns durch die Steuerreform trifft, hereinzubringen imstande sein, ganz abgesehen davon, dass von dem Umstande, dass durch diese Steuerreform wirklich eine Entlastung der Schwächeren herbeigeführt wird, absolut nicht die Rede sein kann. Die Wahrheit über die Steuerreform ist einfach die. Es wird eine geringe Entlastung der ganz untersten Steuerträger stattfinden, das wird sich auf Wien nur zum geringsten Theile beziehen. Denn es ist die Ermäßigung eigentlich für die Steuerträger unter $5^1/_4$ fl. gewährt. Dieser Ausfall muss in anderen Kategorien gedeckt werden. In welchen Kategorien wird er gedeckt werden?

Es ist merkwürdig, dass in den ganzen Steuervorlagen, wie sie der Ausschuss ausgearbeitet hat, eigentlich nichts steht, wie diese Ermäßigung, die den untersten Kategorien der Erwerbsteuerträger zugute kommen soll, anders hereingebracht werden soll. Die oberste Steuergesellschaft kriegt ihre Contingentsumme, wie sie sie heute hat. Wie ich im Abgeordnetenhause bereits ausgeführt und wie nicht widersprochen werden konnte, bleiben die relativ niedrigen Sätze der Erwerbsteuer inclusive Einkommensteuer der höchsten Kategorie unberührt — das habe ich dort auch ausdrücklich erklärt — und die Ermäßigungen werden wahrscheinlich einfach vom Mittelstande getragen werden müssen; entweder die zweite, oder insbesondere die dritte oder sogar durch die besseren Steuerträger der vierten Classe, weil ja die Ermäßigungen ganz wenig weit hinaufgehen.

Wie wird es aber mit der Gemeinde aussehen? Es ist unfassbar, dass die Gemeinde Wien einer solchen Steuerreform, welche sie auf das tiefste schädigt, die einen Schaden, der in die Millionen geht, für die Gemeinde bedeutet, mit verschränkten Armen gegenübersteht. Und, meine Herren, Ihre Vertreter sind es, die im Abgeordnetenhause in der allerentschiedensten Weise für diese Reform eintreten. Ich kann Ihnen ganz offen sagen: Vom Standpunkte der Parteipolitik kann ich der ganzen Action ruhig zusehen. Wissen Sie, was für Consequenzen diese Steuerreform haben wird, wenn sie durchgeführt wird? — Dass der gesammte bessere Mittelstand in einen Wuthschrei ausbrechen wird, wenn er die Consequenzen derselben sehen wird. Gerade der bessere Mittelstand: die Hausbesitzer u. s. w., diese Kreise sind es, die in der allerschwersten Weise herangezogen werden.

Meine Herren! Uns kann es vom parteipolitischen Standpunkte ganz gleich sein. Aber wir haben **keine Parteipolitik**, sondern vor allem das Interesse der Gemeinde im Auge. Ich erkläre Ihnen, es ist einfach unfassbar, dass die Gemeinde einem solchen Projecte gegenüber sich nicht rührt, dass nicht Entrüstungs-Meetings veranstaltet werden, dass der Gemeinderath, der Stadtrath, der Bürgermeister und alle Organe nicht mit aller Entschiedenheit auftreten.

Wie wollen Sie denn, meine Herren, heute den Entgang an Steuern, den die Gemeinde bei der neuen Steuerreform hat, hereinbringen? Ja, meine Herren, was seitens der Finanzbehörden über Auftrag und sehr zielbewusst geschieht, das liegt klar auf der Hand. Es ist nie in Österreich und nie in Wien ein so unerhörtes Anziehen der Steuerschraube gewesen, wie das in der neueren Zeit der Fall ist. Ich habe es bereits an einem anderen Orte gesagt: Objecte, die nie besteuert worden sind, werden jetzt mit unglaublicher Härte herangezogen. Arme Bettelvereine, wo die Leute sich zusammenthun und 10 kr. in der Woche einzahlen — damit sie auf Weihnachten ein paar Gulden kriegen — ich habe einen concreten Fall im Abgeordnetenhause vorgebracht — wirklich arme Leute, die sich zum Theile aus kleinen Gewerbetreibenden, zum Theile aus Arbeitern zusammensetzen, die nicht einmal unter diesen Befreiungsparagraph fallen können, der in der neuen Steuerreform angenommen ist, und zwar nur für kleine Beamte und Arbeiter; die sind in der neuesten Zeit zur Besteuerung herangezogen worden und, was unerhört ist: nicht nur für ein Jahr hat man die Steuer vorgeschrieben; auf 14 Jahre zurück ist die Steuer vorgeschrieben worden, und die vorgeschriebene Steuersumme ist eine größere, als die Leute je auf einmal in ihrer Cassa Geld gehabt haben. Es ist ganz unerhört. Ebenso wird bei allen anderen Leuten vorgegangen. Ich habe auch einen solchen Fall speciell aus meinem Wahlbezirke angeführt, mit welcher Brutalität, mit welcher unerhörten Grausamkeit, bis zur Vernichtung der Existenz, man gerade in der neuesten Zeit, gerade seitdem Herr v. Plener Finanzminister ist, gegen die Steuerträger vorgeht.

Da hat ein Geschäftsmann — es war ein Schwertfeger — die $10^1/_2$ fl.-Steuer gezahlt. Er hat ein kleines Gewölbe eingerichtet, weil die Geschichte nicht mehr gegangen ist — er hat für den großen Lieferanten keine Arbeit gehabt — und hat um lumpige paar hundert Gulden den ganzen Waffenvorrath in die Auslage gestellt. Der ist sofort in die 42 fl.-Quote hinaufdividiert worden

— das Geschäft ist absolut nicht gegangen, in einem halben Jahre musste er das Gewölbe aufgeben. Er hat remonstriert, er hat erklärt, dass die Steuererhöhung stattgefunden hat infolge des Umstandes, dass er das Gewölbe genommen hat; es hat ihm alles recurrieren nichts genützt. Es hat sich natürlich in den zwei Jahren, in denen die Recurse liegen, die Steuer ungeheuer angehäuft. Was blieb ihm übrig? Er musste das Gewerbe zurücklegen und ist durch diese Steuererhöhung zum Proletarier im wahrsten Sinne des Wortes geworden.

So geht das nicht weiter! Und das geschieht bewusst, mit Consequenz in der jüngsten Zeit. Ich hätte auch, was die Executionseintreibung der Steuern anbelangt, Ihnen einen Fall zu erzählen, wie da vorgegangen wird. Ich mache dem Beamten keinen Vorwurf; der hat früher eingehoben und hebt jetzt ein; er hat den Auftrag hiezu. Früher waren diesbezüglich keine Klagen; jetzt in neuester Zeit häufen sich die Klagen.

Innerhalb eines Zeitraumes von vier Wochen habe ich von zwei verschiedenen Seiten und zwei verschiedenen Beamten einen Fall gehört, der zeigt, wie in Bezug auf die Personalexecution vorgegangen wird. Der Betreffende sah bei einem eine goldene Uhrkette, er geht her und reißt ihm die Uhrkette heraus, so dass in beiden Fällen das Gilet zerriss. (Hört! Hört! links.) Ich habe dem Betreffenden gesagt, er soll sich beschweren, aber die Leute — und ich finde es begreiflich — thun das nicht gerne, weil es nicht angenehm ist, mit einer solchen Geschichte in die Öffentlichkeit zu kommen, weil dies dem geschäftlichen Credit noch viel mehr schadet.

Ich wiederhole, es ist dies nicht die Schuld des Beamten, sondern das machen die Aufträge. Die Finanz-Landesdirection schreibt an die Gemeinde Wien Note um Note, es solle besser eingetrieben werden, die Erwerbsteuer ist im Rückstande. Was will man denn eigentlich jetzt? Man will in den mittleren und kleineren Kreisen die Steuersumme hinauftreiben. Das ist für das Contingent und die Zuweisung recht gut und praktisch; da ist vom fiscalischen Interesse recht schön, aber das ertragen die Wiener Bürger nicht mehr und bei der geschäftlichen Depression, wie sie heute herrscht, ist ein solches Vorgehen im höchsten Grade verwerflich. Damit treiben Sie die Leute geradezu zur Verzweiflung und bringen es dazu, dass ein Proletariat in Massen geschaffen wird, und nun frage ich Sie nochmals — und darum unterstütze ich den Antrag Wünsch — was wird denn die Gemeinde thun?

Der Staat wird uns also jetzt die Einkommensteuer hinaufdividieren. Ich bin gewiss kein Gegner der Personaleinkommensteuer, sie ist ja gewiss am Platze, aber sie muss auch ihre Wirkung thun. Die Personaleinkommensteuer, die in den neuen Vorlagen vorgeschlagen wird, ist nichts anderes als die reine Augenauswischerei. Wer wird denn da getroffen? Da werden die Hausbesitzer, Beamten, der Geschäftsmann, der Fabrikant u. s. w. getroffen, die man ja heute bis auf den letzten Kreuzer einschätzen kann, und Leute, die 10, 20 und 30 Millionen in der Cassa haben, bleiben genau so ungetroffen, und es ist die ganze Personaleinkommensteuer bezüglich der gleichmäßigen Vertheilung der Lasten nichts anderes — ich spreche es in der Form aus — als Schwindel. Es bleibt genau so dabei, wie früher, dass das große mobile Capital sich der Steuer entzieht und dass man an den besseren, wohlhabenderen Mittelstand noch viel härter herantritt, als es bisher der Fall war, und was bleibt denn dann für uns, die Gemeinde, übrig; sollen wir da noch als die dritten kommen, die den Leuten das Messer an die Kehle setzen, oder sollen wir mit dem Bierkreuzer kommen u. s. w.? Haben die Herren eine Vorstellung, wie es factisch mit den Massen draußen aussieht? Haben die Herren eine Idee, wie von Tag zu Tag mehr die Socialdemokratie um sich greift, wie sich von Tag zu Tag diese Partei erweitert, die den directen Umsturz herbeiführt? Und das sage ich Ihnen, ich bin der von den Socialdemokraten am meisten angefeindete, aber ich täusche mich nicht, Sie bringen die Beamten und alles Proletariat dazu, in diese Kreise einzutreten, wenn mit dieser Wirtschaft so fortgefahren wird. Und ich frage Sie nochmals, werden wir, die Wiener Gemeinde, still sein zu dieser Steuerreform? Werden wir ruhig zusehen, dass wir zwei oder zweieinhalb Millionen verlieren? Und an welchen Objecten werden wir uns schadlos halten? Ich weiß, die Ausgaben der Gemeinde werden nicht geringer werden, weil ich weiß, was eine Großstadt erfordert. Wie wollen Sie aber den Ausfall decken? Jetzt kommen die Auslagen für die verschiedenen Anlehen, durch die ohnehin das Budget erhöht wird. Was werden wir machen, wenn wir diese zwei oder zweieinhalb Millionen infolge der Steuerreform verlieren? In welcher Weise sollen diese eingebracht werden? Und da rührt sich nicht die erste Vertretung des Reiches! Da wird nichts gesagt, es wird keine Agitation, keine Vorstellung, keine Petition eingeleitet, es wird gar nichts gemacht! Da muss man sich wirklich auf die Bürgerschaft stützen; man muss sie mit auffordern, sie zu Zeugen aufrufen, während der Papierwisch, den man dem Abgeordnetenhause unterbreitet, einfach in den Papierkorb geworfen wird, und mit Recht! Ich sage Ihnen, die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses hat den traurigsten Eindruck gemacht. So tief ist das Bürgerthum, so tief sind die besitzenden, wohlhabenden Classen gesunken, dass sie sich solche Anwürfe, wie sie ihr in dieser gestrigen Sitzung gemacht worden sind, einfach ruhig gefallen lassen mussten. Mit Ausnahme von ein paar ledernen Protesten — damit ist nichts gesagt — haben sie die Sachen ganz einfach eingesteckt, und sie sind damit auf dem besten Wege, die conservativsten Elemente durch eine so verfehlte, geradezu verderbliche Steuerreform auf jenen Standpunkt zu treiben. Ich habe es für eine Pflicht erachtet, das hier heute auszusprechen: entweder thut der Gemeinderath seine Pflicht — ohne Rücksicht auf die parteipolitischen Zwecke, die man mit der Steuerreform im Abgeordnetenhause verfolgt, oder — ich sage es Ihnen voraus — wir werden den Schaden nicht haben, sondern das Ganze wird den Schaden haben — wir können bei der Sache nur gewinnen — aber das Ganze wird darunter leiden, und darum war ich ehrlich und aufrichtig genug, Ihnen das heute vorzustellen. (Lebhafter Beifall links.)

**Bürgermeister:** Ich muss dagegen nur bemerken, dass ja seit geraumer Zeit über den Erfolg, welchen die neuen Steuergesetzentwürfe für die Gemeinde nach sich ziehen werden, vom Magistrate Erhebungen gepflogen worden sind. Sie wissen, dass das zum Gegenstande eines Promemorias gemacht worden ist, welches schon vor langer Zeit dem Finanzminister überreicht worden ist; dass man weiters Vorlagen an den Städtetag, welcher vom Gemeinderathe einberufen wurde, gemacht hat.

Ich muss annehmen, dass eine Petition, welche von sämmtlichen Hauptstädten Österreichs überreicht wird, und in welcher einstimmig die gleichen Wünsche ausgesprochen werden und auf

diese Gefahr hingewiesen wird, den entsprechenden Eindruck bei der Reichsvertretung machen wird.

Die Petitionen sind im Drucke sämmtlichen Mitgliedern beider Häuser des Reichsrathes übergeben worden. Es ist jetzt auch das Protokoll über die Verhandlungen des Städtetages fertig — ich glaube, es wird heute oder morgen gedruckt, es steht im Satze schon fertig — und wird gleichfalls sämmtlichen Mitgliedern jener Vertretungskörper zugestellt werden. Es hat auch überdies heute eine Besprechung darüber stattgefunden, in welcher Weise ich mich mit Persönlichkeiten beider Häuser des Reichsrathes ins Einvernehmen setzen werde, um dieser Angelegenheit möglichsten Nachdruck zu verleihen. Ich bin aber selbstverständlich gerne damit einverstanden, wenn im Sinne des Antrages des Herrn Collegen Wünsch auch das Plenum des Gemeinderathes sich mit der Sache beschäftigt, um neuerdings auf die Wichtigkeit der Angelegenheit hinzuweisen. Nicht umhin kann ich jedoch, zu bemerken, dass ein großer Theil der Ausführungen des Herrn Collegen Geßmann nicht gerade in den Gemeinderath gehört, sondern vielleicht an anderer Stelle nothwendiger und besser angebracht wäre.

Herr Gem.-Rath Steiner hat das Wort.

**Gem.-Rath Steiner:** Meine Herren! Ich will heute über die vielen Steuererhöhungen, die seit einigen Jahren bei verschiedenen Geschäftsleuten, Haus- und Wirtschaftsbesitzern stattgefunden haben, nicht mehr eingehen, weil sie eben allzu bekannt sind, aber über die Grundsteuer, in welcher Weise die eingehoben wird, trotz der vom Reichsrathe beschlossenen Gesetze, muss ich mir wohl einige Bemerkungen erlauben. Es sind im Reichsrathe Gesetze beschlossen worden und sind auch in Kraft getreten, wonach denjenigen Hausbesitzern, deren Weingärten durch die Reblaus zerstört worden sind, Steuererleichterungen gewährt werden sollen.

**Bürgermeister:** Aber, Herr Gemeinderath, ich mache aufmerksam, wir beschäftigen uns jetzt nicht mit einem Steuergesetze, wir beschäftigen uns auch nicht mit der Einhebung der Steuern, sondern mit der Gruppe II, mit dem Haushalte der Gemeinde.

**Gem.-Rath Steiner:** Ich bitte, mit dem Zuschlage zur Grundsteuer. (Referent: Das ist ja schon beschlossen!)

**Bürgermeister:** Diese Polemik betrifft die Thätigkeit der Steueradministration, steht aber in keinem Zusammenhange mit dem Gemeindehaushalte. Ich bitte, sich an die Sache zu halten. Sagen Sie mir überhaupt, zu welcher Post Sie sprechen wollen. Heute haben wir ja nicht mehr die Generaldebatte.

**Gem.-Rath Steiner:** Aber darf ich bitten, mir zu sagen, wo man denn darüber sprechen soll, wenn Steuergesetze bezüglich Erleichterungen existieren und nicht eingehalten werden? Wo soll man denn darüber sprechen, wenn nicht bei diesem Titel?

**Bürgermeister:** Das ist in erster Linie Sache derjenigen, welche nicht gesetzmäßig behandelt werden und also in der Lage sind, Recurse an die höheren Instanzen zu überreichen. Wenn Sie einzelne Fälle anführen, so kann vielleicht das Gemeinderaths-Präsidium zu diesem Gegenstande Vorstellungen machen. Aber im allgemeinen über die Steuereinhebung zu sprechen oder über die Thätigkeit der Steueradministrationen, das geht nicht und gehört nicht hieher. Wenn wir das so fortsetzen, sind wir Ende dieses Jahres noch nicht mit dem Budget fertig. Ich bitte also zu sagen, zu welcher Post-Nummer Sie zu sprechen wünschen.

**Gem.-Rath Steiner:** Zur Gruppe II „Steuerwesen", über die Grundsteuer.

**Bürgermeister:** Ich bitte, die Bedeckung ist ja bereits beschlossen.

**Gem.-Rath Steiner:** Wenn Sie mich nicht aufgehalten hätten, wäre ich wahrscheinlich schon fertig. Ich habe veranlasst, nachdem die Gesetze so sind, dass sich kein gewöhnlicher Mensch darin auskennt, dass Drucksorten für Steuererleichterungen, die zehnjährige Steuerfreiheit ꝛc. hergestellt werden, diese Formulare wurden ausgefüllt und überreicht, es haben auch thatsächlich Commissionen stattgefunden und in einigen dieser Bescheide heißt es: die Commission hat sich nicht für die Steuerabschreibung erklärt; die Commissionsmitglieder haben nun dagegen auf Ehrenwort erklärt, sie sind für die Abschreibung gewesen, weil sie wissen, dass dort Weingärten waren.

Bei der zehnjährigen Steuerfreiheit, die nach dem Gesetze gewährt wird, kommen wieder Gesuche mit der Motivierung zurück, dass man die Rodung des Grundes als Weingarten hätte anzeigen sollen. Das kann man ja nicht alles wissen, das soll man sagen.

**Bürgermeister** (unterbrechend): Wir können uns doch nicht mit jedem einzelnen Falle der Anwendung eines Steuergesetzes beschäftigen, das ist ja nicht möglich und gehört nicht hieher.

**Gem.-Rath Steiner:** Da muss ich doch bemerken, dass Sie die Redefreiheit in der unglaublichsten Weise einschränken. (Widerspruch rechts.) Wenn man nicht bei diesem Titel über die Sache sprechen kann, bei welchem soll man es denn thun? Da ist besser, man geht nach Hause und versäumt nicht die Zeit hier.

**Bürgermeister:** Ich muss mich entschieden gegen derlei Vorwürfe verwahren. Erstens war davon bei der Berathung der Bedeckung im December v. J. die Rede. Da war, wenn Sie sich erinnern, eine sehr ausführliche Debatte, und Sie waren in der Lage, sich darüber auszusprechen. Jetzt haben wir uns mit der Generaldebatte wochenlang beschäftigt. (Gem.-Rath Steiner: Das gehört doch in die Specialdebatte!) Nein. Es ist nur billig, und Sie werden es begreiflich finden, wenn ich nunmehr wünsche, dass zu den einzelnen Posten gesprochen werde, und zwar in derjenigen Weise, wie es zu den Budgetposten der Gemeinde Wien passt.

Herr Gem.-Rath Brauneiß hat das Wort.

**Gem.-Rath Brauneiß:** Ich möchte mir nur einige Worte zu Post 6 „Einhebung der Verzugszinsen von Zinskreuzern" erlauben. Herr Dr. Geßmann hat schon erwähnt, dass die ärmere Bevölkerung dem Proletariat oder der Partei zugetrieben wird, die sich die socialdemokratische nennt. Besonders in den Vororten ist die ärmere Bevölkerung vorherrschend. Das Gros der Hausbesitzer in den Vororten nimmt den Zins nur monatlich ein. Ich habe schon einmal gelegentlich einer Debatte mir den Antrag zu stellen erlaubt, dass man bei denjenigen Hausbesitzern, die den Zins nur monatweise einheben, von der Einhebung von Verzugszinsen Abstand nehmen soll. Ich erlaube mir nochmals, den Antrag zu stellen, dass bei denjenigen Hausbesitzern, welche den Zins nur monatlich, sogar wöchentlich und guldenzettelweise bekommen, von der Einhebung von Verzugszinsen abgesehen werde.

**Bürgermeister:** Das Wort hat Herr Gem.-Rath Dr. Vogler.

**Gem.-Rath Dr. Vogler:** Nach den früheren Bemerkungen des Herrn Bürgermeisters kann ich auf das Wort verzichten.

**Bürgermeister:** Das Wort hat Herr Gem.-Rath Dr. Lueger.

**Gem.-Rath Dr. Lueger:** Sie erlauben zuerst die Bemerkung, dass ich der Meinung bin, dass es wohl bei dieser Rubrik gestattet sein muss, die einzelnen Steuerbemessungen zu discutieren.

Das ist ja kein Unglück; wann soll denn ein Mitglied des Gemeinderathes derlei Dinge reden? Der Herr Bürgermeister sollte in seiner Besorgnis, dass das Budget nicht zustandekommt, denn doch nicht zuweit gehen und den Mitgliedern des Gemeinderathes das Recht nicht nehmen, über solche wirklich crasse Fälle hier zu sprechen und eventuell Abhilfe dadurch zu veranlassen.

**Bürgermeister:** Ich bitte, Herr Gemeinderath! Ich bin ja mit Vergnügen bereit, ich habe es auch wiederholt gethan, wenn einzelne solche Fälle vorgekommen sind, mich an die Oberbehörden zu wenden. Ich muss bitten, doch zu erwägen, wohin kommen wir mit der Zeit, wenn Sie einzelne Fälle incorrecter Steuerbemessung hier zur Verhandlung bringen? Erstens nützt es nichts. Man muss sie doch bei der höheren Behörde zur Vorlage bringen, und diese wird sich um die Debatten hier nicht in dem Maße kümmern, als man vielleicht annimmt. Wir sind jetzt Ende März! Wann soll das Budget berathen werden? Ich muss möglichste Ökonomie puncto Zeit walten lassen.

**Gem.-Rath Dr. Lueger** (fortfahrend): Ich glaube, der Herr Bürgermeister kann sich über uns, speciell über die Opposition nicht beschweren; wir haben nicht mit der Redefreiheit Missbrauch getrieben. Wenn der geehrte Herr Bürgermeister sich vielleicht die Seiten zusammenzählen möchte, die wir und seine Partei gesprochen haben, würde er wohl daraufkommen, auf welcher Seite mehr gesprochen worden ist und an welche er eigentlich seine Ermahnung richten soll.

Sie können sich erinnern, dass ich bereits in der Generaldebatte darauf zu sprechen gekommen bin, dass die neuen Steuervorlagen für die Gemeinde Wien ein Unglück sind; dass der Gemeinde Wien durch die neuen Steuervorlagen ein Entgang an Einnahmen — ich schätze ihn auf $2^1/_2$ bis 3 Millionen Gulden — zutheil wird.

Es geschieht dies theilweise dadurch, dass die Veranlagung der Erwerbsteuer ganz anders vor sich geht, und zweitens dadurch, dass die zukünftige Einkommensteuer nicht mit Zuschlägen belegt werden darf.

Ich weiß nun wohl, dass diese Frage zu wiederholtenmalen discutiert worden ist; ich weiß, dass sie auch auf dem sogenannten Städtetage zur Sprache gebracht worden ist, und zwar über Anregung der Gemeinde Wien. Ich erkläre aber, dass alle Actionen förmlich verpufft sind. Das macht gar keine Wirkung. Wenn Sie den Städtetag hätten öffentlich tagen lassen und wenn bei der Gelegenheit die Bevölkerung mehr aufmerksam gemacht worden wäre auf diese Sache, so hätte dies vielleicht eine Bedeutung gehabt. So ist die Sache verpufft. Es ist richtig, es liegt eine Petition im Abgeordnetenhause und sie wurde auch den einzelnen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses mitgetheilt, aber, wenn Sie wüssten, wie wenig Wert eine solche Petition hat, wenn Sie wüssten, dass eine solche Petition beinahe von gar keinem Mitgliede des Abgeordnetenhauses gelesen wird (Ruf links: Das ist traurig!), wenn Sie das wüssten, da geht es mit einem Antrage hier noch viel besser wie mit einer Petition im Abgeordnetenhause — wenn Sie wüssten, wie absolut wertlos eine solche Petition ist, würden Sie mit mir übereinstimmen, wenn ich sage, das, was bisher geschehen ist, genügt nicht, um die große Gefahr von der Stadt Wien abzuwenden. Ich habe mich sehr gefreut, dass aus dem Schoße der Majorität ein Antrag gestellt worden ist, um eine etwas lebhaftere Action zu veranlassen; wenn Sie aber glauben, meine Herren, dass das so gutmüthig behandelt werden kann, irren Sie sich. Die Sache geht im Abgeordnetenhause rasch vorwärts. Denken Sie sich, der Antrag des Herrn Collegen Wünsch müsste erst dem Stadtrathe zugewiesen werden, der Stadtrath müsste im Plenum dem Gemeinderathe wieder berichten, dann würde erst die Commission zusammentreten, meine Herren, bis dahin sind vielleicht die Herren schon mit den Steuervorlagen fertig. Herr College Wünsch hat gesagt: Da verlassen wir uns auf das Herrenhaus! Meine Herren, eine Action im Herrenhause hat noch nie zu einem Resultate geführt. Ich bitte, der Herr Bürgermeister soll doch nachsehen, was damals geschehen ist, es war, glaube ich, im Jahre 1870, als die Veranlagung der Erwerbsteuer geändert worden ist. Damals hat der Herr Bürgermeister Dr. Felder sich wirklich der Interessen der Gemeinde in der allerwärmsten Weise angenommen, er hat mit Energie eingegriffen, und es hat doch nichts genützt, er hat nichts zustandegebracht. Es muss mit allen möglichen Mitteln der Pression gearbeitet werden, und ich erkläre dem Herrn Bürgermeister, er für seine Person muss dem Herrn Finanzminister — um mich gut wienerisch auszudrücken — die Daumschrauben ansetzen. Da muss etwas geschehen, es geht nicht in der Weise fort. Ich habe ja gelesen, dass der Budget-Referent, der Referent des Stadtrathes der Meinung ist, dass dieser Schritt etwas nützen wird, und der Hoffnung Ausdruck gegeben hat, dass da vielleicht eine Änderung vorgenommen werden wird. Ich erkläre, nach meiner Meinung ist diese Hoffnung gar nicht berechtigt. Bedenken Sie, meine Herren, dass die jetzt regierenden Parteien, die sogenannte Coalition, ein Neuner-Comité eingesetzt hat, dem alle Mitglieder, welche der Coalition angehören, eventuelle Abänderungs-Anträge vorlegen müssen, und dass nur solche Abänderungs-Anträge gestellt werden dürfen, welche das Neuner-Comité für berechtigt erklärt. So weit hat man es im Abgeordnetenhause gebracht, zur förmlichen Unterdrückung der Freiheit eines jeden einzelnen. Es geschieht dies, bloß um diese Steuervorlage durchzupeitschen.

Wenn Sie, Herr Bürgermeister, nicht alles mögliche thun, um hier Wandel zu schaffen, geschieht für Wien das größte Unglück. Ich frage die beiden Herren Referenten: Woher wollen Sie — ich sage nur zwei Millionen, ich bin aber überzeugt, es sind drei Millionen — woher wollen Sie die zwei Millionen nehmen? Woher? Ich werde es Ihnen noch einmal sagen. Es wird immer von Luxussteuern gesprochen; auch im Abgeordnetenhause haben Redner — speciell der Herr Abgeordnete Dr. Groß — davon gesprochen, dass ein eigenes Steuersystem eingeführt werden muss. Nehmen Sie die Luxussteuern her, ich werde Ihnen einen Luxusartikel nennen: die Luxuspferde. Wenn Sie jedes Luxuspferd mit 100 fl. besteuern, so glaube ich kaum, dass Sie in Wien 500.000 fl. zusammenbekommen; denn es werden nicht 5000 Luxuspferde vorhanden sein. Sie müssen nur bedenken, dass die kaiserliche Familie davon ausgenommen ist, dass alle Botschafter und Gesandtschaften ausgenommen sind. Woher sollen die Luxuspferde kommen? (Gem.-Rath Frauenberger: Es wäre eine solche Steuer auch ein Unglück!) Alleseins! Aber nehmen wir an, sie wird auferlegt.

Dann hat man von einer Bedientensteuer gesprochen; das ist ebenso lächerlich. Dann hat man von einer Dienstbotensteuer gesprochen. Da wird jemand, der vielleicht eine große Familie hat und deshalb mehr Dienstboten braucht, noch eigens dafür gestraft. Man hat von einer Fenstersteuer gesprochen; das ist eine Besteuerung des Hausherrn, das ist geradesoviel wie Zinskreuzer.

Man hat von allen möglichen anderen Steuerprojecten gesprochen. Alle die tragen nichts; Luxussteuern tragen gewiss nichts. Es wird Ihnen daher nichts übrig bleiben, als die Zuschläge zu den anderen Steuergattungen, zu welchen noch Zuschläge gestattet sind, oder die Zuschläge zur Verzehrungssteuer zu erhöhen. Und was geschieht dann? Nicht die Reichen tragen dann die Lasten der Gemeinde, sondern nur der Mittelstand und die Armen. Wenn Sie die Zuschläge zur Verzehrungssteuer erhöhen, so haben Sie eine Belastung des gesammten Volkes und auch der arbeitenden Classen — eine recht fühlbare Belastung; wenn Sie auf die Erwerbsteuer oder Hauszinssteuer umlegen, haben Sie die Belastung des Mittelstandes; wenn Sie die Zinskreuzer erhöhen, haben Sie das gleiche. Also die Gefahr für Wien ist eine eminente, welche gar nicht außeracht gelassen werden darf.

Ich beschwöre den Herrn Bürgermeister, er möge Se. Excellenz den Herrn Finanzminister v. Plener veranlassen, dass in der Hinsicht Wandel geschaffen werde. Wenn das nicht geschieht, wird Wien und speciell der Gemeinderath von Wien in die unangenehmste Lage gebracht. Es wird dem Herrn Bürgermeister vielleicht wehe thun, wenn er mit Herrn v. Plener spricht. Wegen der Erhaltung der Coalition — wird er sich denken — als politische Partei muss das Opfer gebracht werden. Dieses Opfer darf aber der Gemeinde Wien nicht auferlegt werden, darf nicht im Interesse einer solchen brüchigen Geschichte, wie es die Coalition ist, den Steuerträgern Wiens auferlegt werden; das wäre geradezu unglaublich.

Ich bin der Meinung, dass auch Sie auf Ihre Parteigenossen im Abgeordnetenhause den möglichsten Einfluss nehmen sollen, damit hier Hilfe geschieht. Wenn das nicht geschieht, trägt auch die liberale Partei die volle Verantwortung. Wir haben die Majorität im Abgeordnetenhause nicht, wir können nur sprechen und werden bei der Berathung über die Einkommensteuer unsere Pflicht voll und ganz erfüllen — wir haben es schon bei der Erwerbsteuer gethan. Aber auch Ihre (rechte) Seite muss etwas thun, nicht dass es so etwa geschieht, dass die einzelnen Herren dann erklären, mit Rücksicht auf die Partei müssen wir so stimmen, wie es verlangt wird.

Ich schließe mit der nochmaligen Bitte an den Herrn Bürgermeister, er möge seine ganze Energie einsetzen und den Finanzminister geradezu zwingen, Rücksicht auf die Stadt Wien zu nehmen und von seinem verhängnisvollen Entschlusse abzustehen, der Gemeinde Wien solche Lasten aufzuerlegen, respective solche Einnahmen zu nehmen, die sie auf der anderen Seite gar nicht gewinnen kann. Ich wiederhole es: die Reichen werden entlastet, denn die Einkommensteuer darf mit Zuschlägen nicht versehen werden, und alles das, was wir brauchen, muss vom Mittelstande und vom Arbeiterstande genommen werden. Das ist geradezu ein Scandal, und das soll verhütet werden.

**Bürgermeister:** Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. — Ich muss noch einmal darauf erwidern und thatsächlich vorbringen, ohne mich in die Debatte einzulassen, dass der Herr Vorredner wohl zugestehen wird, dass ich die Initiative in dieser Sache ergriffen habe. Im vorigen Sommer war das Referat ausgearbeitet, welches Stellung nimmt zu den Steuervorlagen. Bald darauf haben die Verhandlungen mit dem Ministerium begonnen, um aufmerksam zu machen, wie die Sache steht, und gewisse Correcturen sind auch infolgedessen bei den Ausschussberathungen vorgenommen worden. Dieselben sind allerdings nicht zureichend. Ich will nur sagen, dass dieser Sache von Anfang an die vollste Aufmerksamkeit zugewendet worden ist, dass auch, um der Sache den denkbar größten Nachdruck zu verleihen, der Städtetag einberufen wurde, weil ich der Meinung war, es sei gut, wenn die Städte, welche ja im Reichsrathe über eine gewisse Vertretung verfügen, einer Gesinnung sind und diese Übereinstimmung der Gesinnung auch nach außen bethätigen. Ich habe Herrn Collegen Wünsch auch zugesichert, ich werde dafür Sorge tragen, dass über seinen Antrag im Stadtrathe ohne Verzug referiert werde. Damit speciell der Gemeinderath von Wien auch noch seiner Gesinnung Ausdruck geben kann.

Wünscht der Herr Stadtraths-Referent noch eine Bemerkung zu machen?

**Stadtraths-Referent:** Es ist schon hervorgehoben worden, dass die Gemeinde Wien durchaus nicht mit verschränkten Armen, dieser, wie ich überzeugt bin, möglicherweise sehr nachtheiligen Steuerreform zusieht. Aber, meine Herren, was mit gesetzlichen Mitteln zu machen war, das ist geschehen, es ist der Städtetag einberufen worden, es hat der Gemeinderath, soviel als eben in seiner Macht liegt, sich in dieser Angelegenheit geäußert. Wenn der geehrte Herr College Lueger meint, wir sollen große Volksversammlungen abhalten, wir sollen in der Volkshalle große Reden über diese Angelegenheit halten, so bin ich der Meinung, dass das nach oben gar nicht imponieren wird. (Rufe links: O, gewiss!) Das ist nicht der Weg, auf welchem die Vertreter der Gemeinde mit den oberen Behörden zu verkehren haben. Geht die Sache nicht in der Weise, dass mit allem Nachdruck und mit aller Entschiedenheit der hohen Regierung der Ernst der finanziellen Situation der Stadt Wien vorgelegt wird, und thut trotzdem die Regierung nichts, so haben wir unsere Schuldigkeit gethan und können weiter nichts machen. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Dann gehen wir zum Kaiser, der wird helfen, nicht dass eine solche Parteiregierung Wien zugrunde richtet!)

Ich habe mich noch über den Antrag bezüglich der Verzugszinsen zu äußern. Es geht nicht an, die Verzugszinsen für einen Theil der Steuer nachzulassen, und zwar aus dem Grunde, weil eine gleichmäßige Behandlung aller Steuerholden nothwendigerweise vor sich gehen muss, und weil die Verzugszinsen auch aus dem Grunde eingehoben werden müssen, damit nicht derjenige, welcher mit der Steuer im Rückstande bleibt, gegen denjenigen, welcher ein braver und ordentlicher Steuerzahler ist, begünstigt wird.

Ich bitte, die Anträge, wie sie sind, anzunehmen.

**Bürgermeister:** Das Wort hat der Herr Referent der Commission!

**Commissions-Referent Gem.-Rath Dr. Stern:** Meine Herren, ich begrüße den Antrag, welchen der Herr College Wünsch gestellt hat, mit großer Befriedigung. Wie erinnerlich, habe ich zu wiederholtenmalen beim Rechnungsabschlusse und auch in der Generaldebatte auf diese Steuervorlagen und die Benachtheiligung, welche für die Steuerträger Wiens in diesen Steuervorlagen gelegen sind, hingewiesen. Es ist daher gut, dass die Dinge geprüft werden. Nichtsdestoweniger möchte ich mit zwei Worten auf dasjenige entgegnen, was von Seite des Herrn Vorredners bemerkt worden ist.

Es ist nicht richtig, dass die Reichen entlastet und die Ärmeren und speciell der Mittelstand belastet werden, nachdem der ganze Ertrag der Personaleinkommensteuer in seiner wesentlichen Summe gerade auf die reichen Classen gelegt ist und hiefür ziffermäßige Belege vorliegen. Es wird ferner, und darauf mache ich

aufmerksam, speciell in der höchsten Steuergesellschaftsclasse auf jeden Steuernachlass verzichtet. Ich mache darauf aufmerksam, dass die Besoldungssteuer bis zu einer Besoldung von 3200 fl. gar nicht eingehoben wird und dass die Personaleinkommensteuer, welche für die Besoldung bezahlt wird, das, was jetzt die Steuer für die Besoldung ausmacht, nicht erreicht. Das sind einzelne Punkte, auf welche ich aufmerksam mache. Nichtsdestoweniger aber — es wird Gelegenheit sein, darüber noch im Gemeinderathe zu sprechen — begrüße ich den Antrag des Herrn Collegen Wünsch mit großer Genugthuung und bitte Sie, denselben anzunehmen.

**Bürgermeister:** Gegen Gruppe II ist eine Einwendung nicht erhoben worden.

**Stadtraths-Referent:** Wir sind noch nicht fertig; es fehlen noch einige Posten; es ist unterbrochen worden.

**Gem.-Rath Dr. Lueger:** Nach Rubriken geht's.

**Bürgermeister:** Die Einnahmen sind vom Herrn Referenten verlesen worden.

**Stadtraths-Referent:** Nicht ganz; es wurde früher das Wort verlangt; es wird noch fortgesetzt. Ich glaube, es ist das beste, die Posten, welche in der Einnahme sind, zu verlesen (liest): „Zuschlag zu den Staatsgebüren anlässlich von Besitzveränderungen in Realitäten 280.410 fl., Gemeindeauflage auf den Besitz von Hunden 129.760 fl., Musikimpost 13.040 fl." Jetzt sind sämmtliche Einnahmen der Steuergruppe verlesen und es kann die Debatte eventuell fortgesetzt werden.

**Bürgermeister:** Herr Gem.-Rath Dr. Kupka hat das Wort.

**Gem.-Rath Dr. Kupka:** Ich werde zur Rubrik XI „Steuerexecution" sprechen; ich habe mir schon voriges Jahr erlaubt, zu bemerken, dass die in Rubrik XI der Ausgaben erscheinende Post „Steuerexecutionsgebüren, Bezüge des Personales des Executionsamtes mit 22.000 fl." mit den Einnahmen eigentlich in keinem Verhältnisse steht. Ich begreife ganz gut, dass das Executionsamt sein muss, weil ja sonst gewisse Steuerzahler überhaupt nicht zahlen würden, und wenn auch eine verhältnismäßig große Ausgabe gemacht wird, so wird ja doch laut dieser Vorlage ungefähr auf einen Betrag von 90.000 fl. bis 91.000 fl. gerechnet.

Es ist bei diesem Steuerexecutionswesen noch mancher Übelstand, und ich glaube, es wäre da wohl abzuhelfen. Ich will nur erwähnen, wie es den Leuten, welche executiert werden, geht, wenn ihnen zum Beispiel ihre Sachen transferiert werden, es ist oft die letzte Habe, die die Leute haben, und diese wird um einen verhältnismäßigen Preis verkauft. Ja, die Idee, städtische Executionshallen zu errichten, ist hier schon einmal erörtert worden; es wäre diese Institution nicht nur im Interesse solcher Executionen, bei denen es sich um Steuerexecutionen handelt, sondern gewiss auch im Interesse anderer Executionen, welche zur Geltendmachung von Privatrechten geführt werden. Warum diese Frage keinen Anklang findet, ist mir überhaupt ganz unbegreiflich; es wäre manchesmal nicht nöthig, dass man die Execution bis aufs äußerste durchführt und solche Kosten auflaufen lässt, welche unmöglich hereingebracht werden können. Die Steuerexecutionsbeamten sind doch schon so versiert, dass sie in dem Falle, wenn sie eine Execution vornehmen, beiläufig sehen können, ob da etwas hereinzubringen ist oder nicht. In einem Falle, wo es wahrscheinlich ist, dass wenig hereingebracht werden kann, wäre es doch zweckmäßiger, man würde nicht weiter Kosten machen und diesen Leuten nicht noch die letzten Dinge um einen gar nicht im Verhältnisse stehenden Preis verkaufen. Ich will damit nur eine Anregung geben, aber eine andere Sache ist es mit den Auslagen der Durchführung von Sequestrationen.

Es wird allen bekannt sein, dass in der Regel ein Hypothekenbesitzer, welcher in Zahlungsstockungen geräth, zuerst die Steuer nicht bezahlt. Die Folge davon ist, dass die politische Sequestration eingeleitet wird. Oft sind es auch Speculanten, welche es auf die Ausbeutung abgesehen haben, die zahlen die Satzposten auch nicht. Nun kommt die gerichtliche Sequestration, und da ist es Gepflogenheit, wenn ein gerichtlicher Sequester bestellt wird, dass diesem auch die politische Execution übertragen wird. Aber wie sehen die Leute aus, welche da zu Sequestern bestellt werden? Es wäre sehr wünschenswert, dass auch hier einmal Ordnung gemacht wird, dass man notorisch vertrauenswürdige Männer mit diesen Sequestrationen betrauen würde. Freilich, der Gemeinderath kann dies nicht decretieren, das wäre ja eigentlich Sache des Gesetzes. Aber vom Gemeinderathe könnte eine Anregung ausgehen. Es könnte vom Gemeinderathe der Beschluss gefasst werden, dass überhaupt politische Sequestrationen niemals an Private abzutreten sind, wenn einmal schon ein politischer Sequester bestellt ist. Das wäre vollständig genügend. Der politische Sequester ist viel vertrauenswürdiger, als irgendein anderer, der gewöhnlich ein Bediensteter aus der Kanzlei eines Advocaten ist. Was da geschieht, darüber ließe sich stundenlang sprechen, aber es ist hier nicht der Ort dazu. Ich will Sie nur aufmerksam gemacht haben. Was von den Sequestrationen hereingebracht wird, ist nicht einmal die Hälfte dessen, was die Sequestrationen kosten. Das ist kein Vorgang. Da könnte sich die Commune regressieren, und es könnte bei dieser Rubrik wenigstens das Missverhältnis, welches zwischen den Einnahmen und den Ausgaben bei den Steuerexecutionen besteht, einigermaßen paralysiert werden, wenn den ohnedies von der politischen Behörde bestellten Sequestern die Sequestration belassen würde, und die Gebüren, welche diesen Sequestern zukommen, wären noch immer geringer, als die Gebüren, die von Privatsequestern eingehoben werden, die oft schauerlich sind.

Ich erlaube mir damit eine Anregung zu geben, vielleicht ist es die Sache wert, im Stadtrathe eine Erledigung zu finden.

**Bürgermeister:** Herr Gem.-Rath Steiner.

**Gem.-Rath Steiner:** Ich habe mir das Wort erbeten zu Rubrik X, Punkt 1 „Hundesteuer". Ich werde mir erlauben, zu reproducieren, was ich nahezu alle Jahre seit der Einverleibung der Vororte gesagt habe, dass man den Antrag, der auch im vorigen Jahre gestellt worden ist bezüglich des Einhebungsmodus mit Rücksicht auf die localen Verhältnisse bis jetzt unberücksichtigt ließ. Ich weiß nicht, wo die Anträge liegen, die alle Jahre in der Budgetdebatte gestellt worden sind. Wenn ein Hundebesitzer ein Gesuch macht, in welchem er darauf hinweist, dass seine Wirtschaft isoliert ist, und dass er zur Bewachung derselben Hunde unbedingt haben muss u. s. w., so wird ihm alle Jahre von Seite des Magistrates die Gebür abgeschrieben, aber es ist nothwendig, dass der betreffende Hundebesitzer ein Gesuch einreicht. Das Gesuch wird dem Bezirksausschusse übermittelt, der darüber berichtet; es geht dann an das Marktcommissariat und den Magistrat, und das wiederholt sich alljährlich. Die Hundesteuer wird abgeschrieben, das gebe ich zu, aber soll denn das so fortgehen?

Ich stelle daher den Antrag, den ich schon alle Jahre gestellt habe, der Magistrat werde beauftragt, bezüglich der Einhebung der Hundesteuer dem Gemeinderathe endlich einen, localen Verhältnissen

entsprechenden Modus binnen drei Monaten vorzulegen. Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen. Aber ich möchte auch den Herrn Bürgermeister bitten, dass endlich einmal der Magistrat über die Anträge — es sind mehrere — welche bei der Budgetdebatte gestellt wurden, referiert, denn sonst nützt es nichts, einen Antrag zu stellen, der dem Stadtrathe und Magistrate zugewiesen wird, und ich werde nächstes Jahr wahrscheinlich wieder die Ehre haben, hier zu sagen, dass die Verhältnisse gleich geblieben sind. Es ist auch den Bezirksausschüssen nicht angenehm, über derartige Dinge Bericht zu erstatten. Es wurde mir das schon von verschiedenen Herren, ohne Unterschied der Partei, mitgetheilt, dass sie in Zukunft das nicht mehr thun werden, weil es sich alle Jahre wiederholt.

Im XIX. Bezirke liegen zum Beispiel die Friedhöfe isoliert, der Todtengräber muss doch zur Bewachung der Kränze, Kreuze, kurz des ganzen Eigenthums einen Hund haben, und von diesen Leuten will man auch die Steuer einheben. Es ist doch communales Eigenthum. Wenn er einreicht, wird die Gebür wohl abgeschrieben, aber wozu wiederholt sich das? Ich bitte also, meinen Antrag anzunehmen, und den Herrn Bürgermeister bitte ich, den Magistrat zu veranlassen, dass endlich etwas in dieser Sache geschieht.

Ich muss noch ein paar Worte zu Post X$^1$/$_{II}$ „Musikimpost" sprechen. Meine Herren! Diese Post sollte man eigentlich nicht „Musikimpost" heißen, sondern „Wiener Gemüthlichkeit unter Polizeiaufsicht", das wäre der richtige Titel. Abgesehen von den schweren Lasten, welche die Etablissementsbesitzer und Wirte, welche Concerte veranstalten, ohnehin haben, ist diese Post nach meiner Ansicht gänzlich ungerechtfertigt, weil der betreffende Besitzer, der solche Unterhaltungen veranstaltet, bei den heutigen traurigen Verhältnissen ohnehin mit dem Risico rechnen muss, dass er daraufzahlt, was bei den Militär-Concerten größtentheils der Fall ist. Ich halte dies für ungerecht. Wir bezahlen diese Steuer, diese Impost allerdings nicht, die Buschenschenker sind davon befreit worden — ich glaube, durch einen Stadtraths-Beschluss — aber für die Wirte ist sie unangenehm. Wenn zum Beispiel nach Hernals eine Gesellschaft kommt und der eine oder andere eine Zither mit hat, einer in der Gesellschaft singt und alles sich unterhält, flugs kommt der Detective, der Betreffende wird angezeigt, bestraft &c., und das geht doch nach meiner Anschauung zu weit. Warum die sich nicht unterhalten sollen, das verstehe ich nicht. Diese Anzeigen häufen sich und wenn irgendwo ausgesteckt ist und es klingt nur ein Ton, dass jemand singt, in einer halben Stunde ist schon der Detective oder Wachmann da und hält Nachschau, wer gesungen hat, und wenn der Betreffende schon öfter beim Heurigen gesehen wurde, zum Beispiel bei den Buschenschenken in Hernals oder Ottakring, so wird derjenige bestraft, der gesungen hat, und der Wirt, der doch nichts dafür kann, wenn sich ein Gast unterhält. Ich möchte also bitten, dass diese Post gestrichen werde.

Ich kann Ihnen einen Fall citieren, der sich in allerjüngster Zeit ereignete. Welche Vorkehrungen werden denn getroffen, dass sich das nicht wiederholt, was sich beim Gschwandner ereignet hat? Ich will nicht sprechen über die Kämpfe der Socialdemokraten, der Civilmusik gegen die Militär-Capellen, das kümmert mich nichts, aber mich kümmern die betreffenden Etablissementsbesitzer. Jetzt hat zum Beispiel einer derselben die Regie, wahrscheinlich auch schon die Musikimpost bezahlt, ebenso die Licenz bei der Polizei, und es wird ihm dennoch unmöglich gemacht, das betreffende Concert abzuhalten! Sonst ist ja, wie ich bemerkte, die Polizei rasch bei der Hand, wenn beim Heurigen jemand singt, warum schützt man die Leute nicht? Mir ist mitgetheilt worden, dass jetzt in sämmtlichen Localen das Spielen von Militärmusiken untersagt ist; das General-Commando hat den Etablissementsbesitzern erklärt, es sei dies von der Polizei verfügt worden! Das kann doch nicht so bleiben, was wird denn da vorgekehrt?

**Bürgermeister:** Aber, ich bitte.

**Gem.-Rath Steiner:** Ich weiß schon, der Herr Bürgermeister wird sagen, das gehört nicht in unsere Competenz, aber es ist unsere Pflicht, derartiges zu besprechen (Bürgermeister: Das gehört nicht in den Gemeinderath!), und ich stelle also den Antrag, dass diese Post gestrichen werde. Man muss sich so beschränken . . .

**Bürgermeister:** Ja, bei dem großen Budget muss jeder Opfer bringen und sich auf das Nothwendige beschränken. — Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann.

**Gem.-Rath Dr. Geßmann:** Meine Herren, ich werde zur Rubrik IX, Post 1, ein paar Worte sprechen.

Meine Herren! Sie wissen, dass seinerzeit bei der Vereinigung der Vororte mit Wien den Steuerträgern der Vororte die weitestgehenden Versicherungen gemacht worden sind, dass sie bezüglich der Besteuerung milde und anständig werden behandelt werden. Nun möchte ich da auf einen Fall zu sprechen kommen, der in den Vororten geradezu die höchste Entrüstung erregt hat, und bei dem ich den Herrn Bürgermeister bitte, mit seiner Autorität zu Gunsten der so schwer bedrängten Steuerträger bezüglich der Verzehrungssteuer einzutreten. Es sind nämlich alle Weinlager der Nachbesteuerung unterzogen worden. Das ist für viele Geschäftsleute eine verhältnismäßig sehr bedeutende Summe gewesen. Früher ist den Leuten wenigstens gestundet worden. In der neuesten Zeit werden aber alle die Besitzer von Wein, welcher der Nachbesteuerung unterzogen worden ist, in rücksichtslosester Weise exequiert. Sie wissen, wie elend das Geschäft in den Vororten geht. Der ganze Verkehr in Consumtibilien stagniert geradezu — er ist schlechter als je, und nun sollen die Leute in einer solchen Zeit ganz kolossale Summen nachzahlen. Heute ist zum Beispiel einer bei mir gewesen, der zufällig am Neubau Hausbesitzer ist, der hat draußen als Weinhändler 6000 fl. nachzahlen müssen. Das Geschäft ist ohnehin unter der Kanone. 4000 fl. hat er gezahlt, 2000 fl. ist er schuldig. Er hat nachgesucht, dass ihm wenigstens monatliche Raten bewilligt werden, weil er die Unmöglichkeit dargethan hat, auf einmal zu zahlen: er kann die Ware nicht realisieren, außer mit großem Schaden. Nein! Er hat recurriert, petitioniert, überall ist er abgewiesen worden und hat uns einen Executionsauftrag vom 13. März gezeigt. Das sind die Folgen, die Segnungen der Vereinigung der Vororte mit Wien.

Das sind schon ziemlich bedeutende Geschäftsleute, die geradezu empört und entrüstet sind. Ich erlaube mir deshalb den geehrten Herrn Bürgermeister zu ersuchen, er möge bei der staatlichen Steuerbehörde Schritte thun, dass da mindestens das eine geschieht, dass den Leuten, die einer Nachbesteuerung bei der Verzehrungssteuer unterzogen worden sind, wenigstens Raten bewilligt werden, denn in einer Zeit, wo eine weitgehende geschäftliche Depression herrscht, den Leuten auf einmal einen solchen Betrag aufzuerlegen, von dem sie nicht einen Kreuzer haben, nicht einen Kreuzer — das ist der reine Verlust für den einzelnen — das heißt die Leute geradezu ruinieren.

**Bürgermeister:** Das Wort hat Herr Gem.-Rath Brauneiß.

**Gem.-Rath Brauneiß:** Meine sehr geehrten Herren! Herr College Steiner hat bereits über die Musikimpost gesprochen. Ich will dazu nur einige Worte sprechen. Ich sehe in dieser Musikimpost auch eine veraltete Gepflogenheit, die für unsere heutige Zeit nicht mehr passt. Wenn man bedenkt, dass der Restaurateur ohnehin seine Steuern bezahlt, derjenige, der dort Musik aufführt, auch besteuert ist, und dass auch die polizeiliche Licenz bezahlt werden muss und der Restaurateur noch diese Musik bezahlen muss, so kann ich mich nicht erwärmen dafür, dass die Musikimpostgebür beibehalten wird. Mir ist ein Fall bekannt. Ein Restaurateur war kürzlich bei mir; der hat im ersten Jahre nach der Einverleibung zu Wien 30 fl. Pauschale für Musikimpost gezahlt, im zweiten Jahre hat man ihn auf 50 fl. erhöht und im heurigen Jahre auf 100 fl.! Der Mann ist ja bei seinen Localitäten, weil seine Restauration isoliert liegt, darauf angewiesen, denn bei schlechtem Wetter kommt ihm niemand, und im Sommer fahren die Leute weiter hinaus, da hat er auch niemanden. Und im Fasching, wenn schlechtes Wetter ist, hat er auch niemanden. Da der Mann ohnehin immer daraufzahlt, sehe ich gar nicht ein, warum man von solchen Leuten eine Extrasteuer einheben soll!

Ich schließe mich ganz dem Antrage des Herrn Collegen Steiner an und bitte, dass diese beinahe sozusagen ungerechte Steuer aufgehoben werde.

**Bürgermeister:** Herr Gem.-Rath Sebastian Grünbeck!

**Gem.-Rath Sebastian Grünbeck:** Ich muss im gleichen Sinne sprechen bezüglich der Musikimpostgebüren. Man gibt so viel Geld für die Hebung des Fremdenverkehres aus, alles mögliche wird unterstützt, aber wenn einer eine Musik hat, muss er 50, 100, ja 200 fl. zahlen. Wenn Sie wüssten, mit welchen Opfern die Leute, welche heute große Locale haben, zu kämpfen haben, um nur ihren Bestand aufrecht zu erhalten, so würden Sie diese Post schon längst gestrichen haben. Auf der einen Seite bemängelt man und sagt, Wien ist todt, auf der anderen Seite werden aber die Leute nicht fertig mit dem Zahlen. Wenn Sie bedenken, dass für einen einfachen Ball eine riesige Licenz gezahlt werden muss — man muss gleich 10 bis 12 fl. zahlen — so müssen Sie sagen, das ist gewiss eine ganz ungerechte Steuer, und ich staune nur, dass die Commune Wien, welche bei jeder Gelegenheit so viel hergibt und durchaus will, dass ein gewisses Leben in Wien besteht, auf der anderen Seite förmlich schachert. Jeder Wirt, der nur 10 fl. mehr zahlen könnte, wird noch gepresst, zehnmal vorgeladen und so weiter. Diese Art der Besteuerung ist für die Etablissementsbesitzer eine ganz ungerechte, und ich muss mich unbedingt dem Antrage des geehrten Herrn Collegen anschließen.

Aber ein weiteres möchte ich auch betreffs der Grundsteuer sprechen. Meine Herren! Uns im XVI. und XVII. Bezirke hat ein Hagelwetter getroffen, wie sich selbst viele Herren überzeugt haben. Leute, die 80 Jahre alt sind, können sich nicht erinnern, dass je so ein Unwetter geherrscht hat, wie bei uns gerade in den Weinbergen, wo alles total hin ist, nicht nur die Blätter und Trauben, sondern bis hinunter an den Stamm. Trotzdem, meine Herren, was haben wir bekommen und was steht im Gesetze? Für das eine Jahr haben wir den Schaden abrechnen können, wir durften pro 1894 nicht bezahlen. Nun steht aber im Gesetze, dass auch in einem zweiten Jahre, im Jahre 1895, wenn erwiesen worden ist, dass wirklich so ein kolossaler Hagelschaden angerichtet worden ist, die Grundsteuer auch nicht entrichtet werden muss. Zu meinem Erstaunen war die Finanzdirection mit einer riesigen Schnelligkeit da und hat gesagt: Es ist nicht ausgeschlossen, dass Ihr im Jahre 1895 eine Fechsung macht! Nun muss ich erklären, die bei der Commission waren entweder nicht bei Vernunft, oder die bei dem grünen Tische . . . .

**Bürgermeister** (unterbrechend): Bitte, nicht so bös sein!

**Gem.-Rath Sebastian Grünbeck** (fortfahrend): Bitte, fragen Sie draußen die Steuerträger. Heuer fechsen wir auch nichts und im vorigen Jahre haben wir auch nichts gefechst und sollen dem Staate die Grundsteuer und der Gemeinde die Umlagen zahlen! Ist das nicht ungerecht? Ich glaube, gerade in dieser Weise soll die Regierung einmal den Weinbauern unter die Arme greifen, aber ruinieren thut sie sie noch. Wenn einer amerikanische Reben kriegen will, wohin er da erst laufen und petitionieren muss, weiß Gott! Nicht einmal diese paar Gulden läßt uns die Finanzverwaltung nach. Natürlich, indirect nimmt auch die Gemeinde Umlagen von den Grundsteuerträgern. Das ist also absolut eine Ungerechtigkeit sondergleichen, und ich muss sagen, das solche Leute, welche nichts verstehen, gar nicht in diese Commission gehören.

**Bürgermeister** (unterbrechend): Ich bitte, mäßigen Sie sich!

**Gem.-Rath Sebastian Grünbeck** (fortfahrend): Ich kann mich nicht mäßigen. Fragen Sie draußen die Grundbesitzer; ich werde eine Anzahl von ihnen hereinschicken. Die Herren mit den großen Krägen dictieren nur den Leuten. Ja, dictieren kann ich auch leicht. Die Leute sind aber durch den Hagelschauer und durch die Reblaus ruiniert. Und da kommt man hin, und wenn die Leute nicht zahlen, wird ihnen das letzte weggenommen. Derartige Manipulationen, wie sie bei uns in Österreich geschehen, kommen in keinem anderen Lande vor.

**Bürgermeister** (unterbrechend): Mäßigen Sie sich; ich kenne auch die Verhältnisse genau!

**Gem.-Rath Sebastian Grünbeck** (fortfahrend): Die Steuer ist ungerecht; wir werden den Recurs ergreifen, wir haben ja 30 Tage Zeit, wir werden uns nicht genieren, wir werden in der Eingabe sagen, dass die Herren, welche die Sache nicht verstehen, solche Commissionen nicht führen sollen. Es haben mehrere Herren draußen ihre Meinung ausgesprochen, auch der Herr Graf Gatterburg. Da bekommt man so einen amtlichen Zettel — ich will mich nicht ausdrücken. Die Herren können leicht reden. (Rufe: Graf Gatterburg versteht auch nichts!)

**Bürgermeister:** Ich bitte um Ruhe!

**Gem.-Rath Sebastian Grünbeck** (fortfahrend): Leute stehen überall an diesen Stellen, Herren mit großen Namen, Persönlichkeiten; wenn es aber das allgemeine betrifft, dafür einzustehen, da muss man sagen, es ist oft ihre Unkenntnis schuld daran, dass sie nicht am richtigen Platze sind.

Ich möchte den Herrn Bürgermeister ersuchen, den Recurs des Weinbauvereines zu unterstützen. Der Weinbauverein kommt namens aller Weingartenbesitzer ein, und doch muss jeder einzelne einen 50 kr.-Stempel geben, damit der Staat gleich den zehnten Theil durch die Stempel hereinbringt. Ich möchte den Herrn Bürgermeister bitten, dass er uns beisteht, wir verlangen nichts, was ungerecht ist, wir verlangen nur das Gerechte, und das muss man uns gewähren.

**Bürgermeister:** Herr Gem.-Rath Wimberger.

**Gem.-Rath Wimberger:** Ich möchte sprechen zur Musikimpost. Es gibt keine ärgere Gebür, wie die Musikimpost. Der Herr Statthalter hat uns versprochen, die Vororte werden nicht

gesteigert. Es sind aber so viel Sporteln gekommen, die den Geschäftsmann draußen umbringen; nicht nur dass sie schwer zu zahlen sind, sondern es sind auch viele Verdrießlichkeiten damit verbunden. Denken Sie nicht nur an die Musikimpostgebür, es sind noch ganz andere Sachen dabei, wenn Sie Concerte geben. Seit dem neuen Jahre sind wir wieder mit der Armengebür gesteigert worden. Auf die Wirtshäuser schaut der Magistrat nicht. Da wird nicht darauf gesehen, wie weit die Entfernung ist, ob der Mann leben kann, ob er zahlen kann oder nicht.

Ich möchte den Herrn Bürgermeister auch bitten, dass er ein bisschen auf den Magistrat schaut, dass er nicht in jedem Hause ein Gasthaus einrichten lässt. Der Bezirksausschuss hat zum Beispiel einen abgewiesen, und der Magistratsrath hat einfach gesagt, wir thun, was wir wollen. Schauen Sie hinaus, ich habe seit drei Jahren wenigstens 15 Wirte um mich herum bekommen. Da soll man nicht sprechen und soll noch gut aufgelegt sein herinnen. Ich möchte den Herrn Bürgermeister auch ersuchen und den Antrag stellen, dass diese Musikimpost gestrichen werde.

**Bürgermeister:** Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

**Stadtraths-Referent:** Ein Theil der Anregungen, welche hier gegeben worden sind, gehört nicht hieher und kann als nichts weiteres als Anregungen betrachtet werden. Die Anträge bezüglich der Sequestration und der Hundesteuer mögen dem Stadtrathe zugewiesen werden.

Was die Musikimpostgebür betrifft, so war ich im vorigen Jahre und in den früheren Jahren auch dafür, dass diese Post aufzulassen sei, weil ein Betrag von 13.000 fl. kein so großer ist, dass er Belästigungen, welche damit und namentlich mit der Einschätzung verbunden sind, rechtfertigen könnte. Die Post ist aus folgendem Grunde nicht aufgelassen worden. Bei der Reform des Armenwesens auf dem Lande hat man aus diesen Gebüren der Musikbelustigung eine große Einnahme zu erzielen geglaubt und hat auch Umlagen gelegt. Nun war man der Meinung, dass möglicherweise bei einer Änderung der Einnahmen für unser Armenwesen auch auf solche Belustigungen eine solche Steuer gelegt wird, und um die Evidenz nicht zu verlieren, hat man die Musikimpost gelassen.

Ich würde die Herren bitten, für heuer von der Streichung abzusehen, eventuell den diesbezüglichen Antrag dem Stadtrathe zuzuweisen, und bin überzeugt, dass vielleicht nächstes Jahr schon diese Post gestrichen werden kann. Für heuer bitte ich, nachdem ja die Bemessung größtentheils stattgefunden hat, davon abzugehen.

Was die Nachversteuerung betrifft, so muss sich der Fall, von welchem hier gesprochen worden ist, auf eine Steuer beziehen, welche vor vier Jahren fällig war. Die Nachversteuerung hat ja zu Anfang des Jahres 1891 stattgefunden und jetzt schreiben wir 1895. Es ist die betreffende Steuerzahlung ohnehin auf vier Jahre gestundet worden; nun muss auch dieses Stunden einmal ein Ende haben, und ich glaube, dass in dieser Richtung ein Schritt bei der Finanzbehörde nicht von Erfolg begleitet sein dürfte.

**Bürgermeister:** Der Herr Referent der Commission!

**Commissions-Referent:** Ich werde mir nur erlauben, auf eine Anregung zu entgegnen, welche von Seite des Herrn Gem.-Rathes Dr. Kupka gegeben worden ist. Er hat nämlich bemerkt, dass die Sequestrationsgebüren zu gering eingestellt sind, und dass dies daher rühre, weil in dem Falle, wenn die gerichtliche Sequestration platzgreift, dann sofort die Steuersequestration auf die gerichtliche Sequestration gewiesen wird. Das ist ganz richtig. Das ist aber in einem alten Gesetze, nämlich in einem Hofkanzleidecrete vom Jahre 1833, begründet, welches, wie der Herr Dr. Kupka wissen wird, in der Justizgesetzsammlung sich findet. Es ist dies also ein bestehendes Gesetz, gegen welches von Seite der Gemeinde absolut nichts geschehen kann. Sie wissen ohnehin, dass gegenwärtig ein neues Civilprocess- und ein neues Executionsgesetz in Berathung steht. Vielleicht wird dann die Sache geändert werden, vorläufig aber besteht ein positives Gesetz, an welches wir gebunden sind.

**Bürgermeister:** Herr Gem.-Rath Dr. Kupka zur thatsächlichen Berichtigung.

**Gem.-Rath Dr. Kupka:** Es ist wohl richtig, was der Herr Referent gesagt hat. Aber eben, damit die Sache in Fluss kommt, wird mir der Herr Bürgermeister gestatten, dass ich das, was ich in Form von Wünschen und Anregungen gebracht habe, in einem förmlichen Antrag bringe.

**Bürgermeister:** Ich bitte, Herr College können den Antrag, den Sie mir früher gegeben haben, wieder übergeben. Eine neue Formulierung ist nicht möglich, sonst müsste die Wiederaufnahme der Debatte beschlossen werden.

Ich bringe sämmtliche Posten der Gruppe II mit Ausnahme der Post $X^1/_{11}$ „Musikimpost" zur Abstimmung. Die Herren, die mit diesen Posten einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Die Post „Musikimpost" bringe ich separat zur Abstimmung, weil die Streichung beantragt worden ist. Ich bringe den positiven Antrag zur Abstimmung. Die Herren, welche die Post mit dem Betrage von 13.040 fl. einstellen wollen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

**Gem.-Rath Steiner:** Das war unklar.

**Bürgermeister:** Ich bitte um Entschuldigung, nachträglich kann ich eine Correctur nicht vornehmen. (Widerspruch und Unruhe links.)

Herr Gem.-Rath Wünsch beantragt (liest): „Der Stadtrath werde aufgefordert, über die neuen Steuervorlagen ...

**Gem.-Rath Sebastian Grünbeck:** Wir haben nicht gewusst, um was es sich handelt. (Rufe links: So ist es!)

**Bürgermeister:** Dann bitte ich gefälligst zuzuhören; wenn Sie das nicht gewusst haben, ist das Ihre Sache; Ihre Herren haben auch dafür gestimmt.

**Gem.-Rath Sebastian Grünbeck:** Sie haben es so verdreht gesagt, Herr Bürgermeister.

**Bürgermeister:** Jetzt ist abgestimmt; ich rufe Sie übrigens zur Ordnung.

Der Antrag Wünsch lautet ... (Unruhe links.) Ich bitte um Ruhe, jetzt ist die Post angenommen.

**Gem.-Rath Sebastian Grünbeck:** Früher sind's alle draußen und wie abgestimmt wird, kommen sie herein.

**Bürgermeister:** Mäßigen Sie sich!

**Gem.-Rath Sebastian Grünbeck:** Ja, sie sitzen draußen zum trinken.

**Bürgermeister:** Mäßigen Sie sich! Wenn Sie nicht Ruhe geben, werde ich strenger vorgehen. (Rufe links: No, no!)

**Gem.-Rath Hawranek:** Wenn man zum Budget spricht, wird man hinausgeworfen.

**Bürgermeister:** Jeder der Herren hat gesprochen, solange er wollte, und es muss alles ein Ende haben; jetzt ist über die Post abgestimmt. Der Antrag Wünsch lautet . . . (Gem.-Rath Hawranek: Zur Geschäftsordnung!) — Jetzt bin ich bei der Abstimmung — (liest):

„Der Stadtrath wird aufgefordert, über die neuen Steuervorlagen insbesondere behufs Untersuchung der aus denselben erwachsenden Pflichten der Steuerträger in kürzester Frist Anträge zu stellen."

Ich ersuche die Herren, welche diesen Antrag annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zur Geschäftsordnung hat Herr Gem.-Rath Hawranek das Wort.

**Gem.-Rath Hawranek** (zur Geschäftsordnung): Wie Herr Bürgermeister gesagt haben, die Post ist einzustellen, habe ich eben gemeint, dass die Musikimpost wegfällt. (Gelächter rechts.) Nur so haben wir abgestimmt; in diesem Sinne habe ich meine Hand erhoben, und wenn das in anderem Sinne war, dann muss ich bitten, dass die Abstimmung nochmals vorgenommen werde. Ich bitte, Herr Bürgermeister, aufzuklären, ob die Musikimpost wegfällt, dann gebe ich Ruh'.

**Bürgermeister:** Ich habe die Sache bereits erklärt, ich habe nichts weiter zu bemerken.

Herr Gem.-Rath Brauneiß hat folgenden Antrag gestellt (liest):

„Ich stelle den Antrag, dass bei denjenigen Häusern, wo der Hausbesitzer den Zins monatlich oder gar wöchentlich bekommt, von der Einhebung von Verzugszinsen, von den Zinskreuzern und von den Zuschlägen zu den directen Steuern Umgang genommen werde."

Dieser Antrag wird für den Fall der Annahme dem Stadtrathe zur Vorberathung zuzuweisen sein.

Ich ersuche die Herren, welche für die Zuweisung sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität. — Angenommen.

Herr Gem.-Rath Steiner hat den Antrag gestellt, der Magistrat werde beauftragt, bezüglich der Einhebung der Hundesteuer dem Gemeinderathe einen den localen Verhältnissen entsprechenden Modus binnen drei Monaten vorzulegen.

Die Herren, welche mit der Zuweisung des Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Dr. Kupka hat den Antrag gestellt, es sei in den Fällen, in welchen ein politischer Sequester schon bestellt ist und wenn später ein gerichtlicher Sequester bestellt werden sollte, dem gerichtlichen Sequester nicht auch die politische Sequestration zu überlassen, vielmehr sei dem politischen Sequester auch die gerichtliche Sequestration zu übertragen, und es sei diesbezüglich der Magistrat zu beauftragen, wegen Änderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen die erforderlichen Schritte einzuleiten.

Ich bitte jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, die Hände zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Hawranek zur Geschäftsordnung!

**Gem.-Rath Hawranek** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte den Herrn Bürgermeister doch fragen, was jetzt mit der Musikpost geschieht. (Heiterkeit rechts.) Ist sie eingestellt oder fällt sie weg?

**Bürgermeister:** Die Post ist eingestellt, aber wenn es mir möglich ist, den Herrn Gemeinderath zu überzeugen, so wiederhole ich ihm noch einmal dasjenige, was ich gesagt habe und was die ganze Versammlung gehört hat, weil ich es laut und deutlich gesprochen habe. (Gem.-Rath Strobach: Laut sprechen Sie nicht, Herr Bürgermeister!) Ich bitte, nicht zu unterbrechen! — Ich habe gesagt: Der Herr Gem.-Rath Steiner hat die Streichung der Post X$^{1}/_{11}$ beantragt. Ich bringe diesen Antrag in positiver Form zur Abstimmung. Ich ersuche die Herren, welche mit der Einstellung der Ziffer 13.040 fl. einverstanden sind, die Hand zu erheben. Darauf hat die Majorität die Hände erhoben und somit war der Antrag angenommen und die Angelegenheit ist hiemit erledigt. (Zustimmung rechts.) Sonach ist die Post angenommen.

Zur Geschäftsordnung Herr Gem.-Rath Dr. Lueger.

**Gem.-Rath Dr. Lueger** (zur Geschäftsordnung): Herr Bürgermeister, Sie sind bei der Gruppe II nach Gruppen vorgegangen. Wir haben quasi ein Compromiss dahin geschlossen, nach Rubriken vorzugehen. Damit habe ich mich im Interesse der raschen Erledigung des Budgets einverstanden erklärt. Aber dass nach Gruppen vorgegangen wird, ist rein unmöglich. Das hieße ja das Budget durchpeitschen, was des Plenums des Gemeinderathes nicht würdig wäre. Ich bitte daher, Herr Bürgermeister, nach Rubriken vorzugehen. Ich will darüber nicht weiter reden. Ich wäre ja berechtigt, zu verlangen, dass nach den einzelnen Posten vorgegangen werde, weil über jeden Punkt abgestimmt werden soll.

**Bürgermeister:** Ich habe, nachdem einmal die Debatte über die verschiedenen Posten eingeleitet war, gefragt: Wünscht noch jemand zur Gruppe II das Wort? Nachdem sich niemand mehr zu irgendeiner Post bei Gruppe II zum Worte gemeldet hatte, habe ich die Debatte über Gruppe II geschlossen.

**Stadtraths-Referent** (liest): Gruppe III „Gemeindevermögen", Seite 58 in den Einnahmen, Rubrik XII.

Unbewegliches Vermögen.

Ordentliche Einnahmen.

Mietzinse von Häusern: Effective Zinse sammt Nebengebüren 290.850 fl.;

Durchgeführte Zinswerte 1,712.170 fl. — Wir gehen mit der Rubrik weiter: Seite 66.

Pachtschillinge für städtische Gründe 103.210 fl.;

Ertrag aus den städtischen Steinbrüchen 172.360 fl.;

Ertrag der Gemeindewälder 1900 fl.;

Sonstige Einnahmen (Rückvergütungen von Steuern ꝛc. aus Anlass von Häuserankäufen, Erlös für Gras, Rasenziegel, Heu, Sand u. s. w.) 1720 fl.

Außerordentliche Einnahmen.

Kaufschillinge für veräußerte Realitäten und Gründe (mit Ausnahme der speciell zu Straßenverbreiterungszwecken erworbenen Häuser und Grundstücke, vergl. Gruppe VI, Rubrik XXII 10):

Erlös aus dem Verkaufe der vom k. k. Ärar übergebenen Linienwallgründe und Linienamts-Realitäten 350.000 fl.;

Erlös aus dem Verkaufe anderweitiger Realitäten und Gründe 450.000 fl.

**Bürgermeister:** Wünscht jemand zur Rubrik XII, Einnahmen, das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich erkläre Rubrik XII, Einnahmen, für angenommen.

**Stadtraths-Referent** (liest):

Unbewegliches Vermögen.

Ordentliche Ausgaben.

Landesfürstliche Grundsteuer sammt Zuschlägen, landesfürstliche Hauszinssteuer und 5percentige Steuer hauszinssteuerfreier Gebäude sammt Zuschlägen, Gebüren-Äquivalent, zusammen 108.240 fl.

Nun kommt eine Reihe von Posten, bei welchen Änderungen beantragt werden, und zwar:

Erhaltung und Reparatur der Realitäten: der reinen Zinshäuser anstatt 38.000 fl., welche vom Magistrate beantragt werden, 33.000 fl.;

der Amts- und Anstaltsgebäude anstatt 70.000 fl. 50.000 fl. wie im Vorjahre;

der Schulhäuser anstatt 220.000 fl. 180.000 fl.;

der sogenannten gemischten Häuser, Häuser für gemischte Zwecke, anstatt 60.000 fl. 50.000 fl.;

der Kaserne (VI., Rahlgasse Nr. 1) 500 fl.

Herstellung von Closets- und Pissoir-Bespülungsanlagen in den Schulhäusern 12.000 fl., wie alljährlich;

Aufsichtskosten 17.480 fl.;

Bestallungen, Canalräumungs- und Wasserbezugsgebüren:

Bestallungen 35.270 fl.;

Canalräumungsgebüren 6250 fl.;

Wasserbezugsgebüren 24.710 fl.;

Beleuchtung der Einfahrten, Höfe und Stiegen 19.670 fl.;

Feuerassecuranzgebüren 5800 fl.

Betrieb der städtischen Steinbrüche 154.880 fl.,

Sonstige Auslagen 2510 fl.

Das sind die ordentlichen Auslagen.

Außerordentliche Ausgaben.

Ankauf von Realitäten (mit Ausnahme der speciell zu Straßenerweiterungszwecken erworbenen Häuser und Grundstücke, vergl. Gruppe VI, Rubrik XXII 4); hier waren ursprünglich 150.000 fl. eingestellt, dieser Betrag muss jedoch auf 330.000 fl. erhöht werden. Es sind dies die 180.000 fl., die über Gemeinderaths-Beschluss für die Erwerbung der Realität der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus vom Lande Niederösterreich bewilligt wurden, und dadurch erhöhen sich die 150.000 fl. auf 330.000 fl. Da sind die sämmtlichen Ausgaben Rubrik XII, mit Ausnahme der Schulbauten und der Posten, welche später kommen.

Ich bitte, diese Rubrik zu genehmigen.

**Bürgermeister:** Wünscht jemand das Wort? (Gem.-Rath Bärtl: Ich bitte!) Herr Gem.-Rath Bärtl!

**Gem.-Rath Bärtl:** Zur Rubrik XII, Post 4 c, und zwar betrifft es die Kaserne in der Rahlgasse. Es ist mir nicht unbekannt, dass seit einer Reihe von Jahren, und zwar seit das Militär-Einquartierungsgesetz besteht, die Gemeinde Wien nach dem Gesetze berechtigt ist, für den Belegraum eine Einnahme zu fordern. Nun weiß ich nicht, wie die Angelegenheit steht. Seit einer Reihe von Jahren habe ich Anträge gestellt und interpelliert, und vor 14 Tagen oder drei Wochen habe ich gelesen, dass die Sache soweit ist, dass man einen Ausgleich herbeiführen will, nur weiß ich nicht, von welcher Seite. Es würde mich also sehr interessieren, vom Herrn Referenten oder vom Herrn Bürgermeister zu erfahren, wieweit diese Sache gediehen ist, und was die Commune für die Folge für diesen Belegraum zu erwarten hat.

Es sind Jahre, wo viele tausende für Reparaturen erforderlich sind. Dieses Jahr sind es allerdings nur 500 fl., aber wir haben schon 6000 bis 7000 fl. für Reparaturen in dieser Kaserne gehabt und die Einnahme war Null. Ich möchte also fragen, wieweit diese Angelegenheit gediehen ist, und ob die Gemeinde Wien doch endlich zu ihrer Forderung gelangen wird.

**Bürgermeister:** Das ist eigentlich eine Interpellation, welche geschäftsordnungsmäßig eine Viertelstunde vor Beginn der Sitzung einzubringen ist.

Ich bin aber bereit, das meritorische der Sache mitzutheilen. Wie der Versammlung bekannt ist, liegt der Act beim Verwaltungsgerichtshof zur Entscheidung. Gleichwohl sind Verhandlungen zwischen beiden Parteien, dem Reichs-Kriegsministerium und der Gemeinde eingeleitet worden und das Resultat dieser Verhandlungen habe ich dem Stadtrathe vorgelegt. Der Stadtrath hat dasselbe zur Kenntnis genommen und mich ermächtigt, die Verhandlungen mit dem Reichs-Kriegsministerium fortzusetzen. Auch das ist bereits erfolgt und ich werde hoffentlich sehr bald in der Lage sein, einen definitiven Vergleichsvorschlag dem Gemeinderathe vorzulegen. Es wird das Sache des Gemeinderathes sein, ihn anzunehmen oder abzulehnen, je nachdem er die Sache acceptabel findet oder nicht.

Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet zur Rubrik XII „Ausgaben“. Ich erkläre auch diese Rubrik für angenommen.

**Stadtraths-Referent:** Es kommen nun ebenfalls in Fortsetzung der Rubrik XII „Die Schulbauten“. Diese ganze Reihe von Schulbauten hat der Gemeinderath bereits erledigt. Ich bitte daher, Seite 115 aufzuschlagen.

Das ist auch noch eine Fortsetzung der Rubrik XII, und zwar:

Bau des Amtshauses in Ober-Döbling, Theresiengasse Nr. 10 und 12 im XIX. Bezirke 10.000 fl.;

Bau eines neuen Amtshauses im XI. Bezirke am Marktplatze in Simmering 70.000 fl.;

Erweiterung der Localitäten des magistratischen Bezirksamtes für den VI. Bezirk, Or.-Nr. 11 Amerlingstraße 7000 fl.;

Errichtung städtischer Gaswerke 248.000 fl.

Das ist der noch unverwendete Theil von dem ursprünglich vom Gemeinderathe beschlossenen Betrage von 300.000 fl.

Auslagen anlässlich der Überlassung der ärarischen Linienwallgründe und der früheren Linienamtsgebäude in Wien seitens des k. k. Ärars an die Gemeinde Wien 38.000 fl.;

Investitionen für den Betrieb der städtischen Steinbrüche in Mauthausen und Marbach in eigener Regie 6000 fl.

Damit ist Rubrik XII fertig.

**Bürgermeister:** Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

**Stadtraths-Referent:** Rubrik XIII. Bewegliches Vermögen, Einnahmen. Seite 122: Interessen von Staatspapieren, Fructificate, Dividenden von Actien u. s. w. zusammen mit dem Betrage von 129.420 fl.; Fructificierung verfügbarer Cassabestände anstatt 99.500 fl. ein erhöhter Betrag von 122.000 fl., nachdem die höheren Cassastände diesen Betrag rechtfertigen.

Ausgaben. Bewegliches Vermögen: Einkommensteuer 10 fl. von unseren Salinenscheinen.

**Bürgermeister:** Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

**Stadtraths-Referent:** Rubrik XIV. Einnahmen:

Ertrag der Schankgerechtigkeiten 7070 fl.;

Urbarsteuervergütungen und Recognitionsgebüren 30 fl.;

Jagdpacht 2400 fl.;

Rubrik XIV. Ausgaben: Nutzbare Rechte.

Landesfürstliche Einkommensteuer sammt Zuschlägen 860 fl.;

Erwerbsteuer sammt Zuschlägen 50 fl.;

Gebüren-Äquivalent 570 fl.;

Rückvergütung für steuerfrei gemachte Häuser und Gründe 11.410 fl.;

Recessmäßige Gebüren von Gefällen und Besitzungen (Recognitionszinse und Leibrenten) 3430 fl.;

Durchgeführter Wert des seinerzeit durch Capitalserlag aus der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung erworbenen Wasserquantums 77.560 fl.

**Bürgermeister:** Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Alle diese Posten sind angenommen.

**Stadtraths-Referent:** Gruppe IV, Gemeindeschuld. Seite 132 in der Einnahme. Rubrik XV:

Stück-, beziehungsweise Fructificatzinsen von dem nach Maßgabe des Bedarfes zu emittierenden 35 Millionen-Kronen-Anlehen 319.500 fl.

Die Post hat sich nach einer veränderten Aufstellung geändert, welche erst während der Berathung in der Budget-Commission gemacht wurde.

Ausgabs-Rubrik XV:

Die Tilgungsquoten unserer Anlehen 1,462.000 fl. Die Verzinsungsquoten 2,915.550 fl.

Die Herren bemerken, dass von unserem 35-Millionen-Kronen-Anlehen die gesammten Coupons auch inclusive jener Stücke, welche noch nicht ausgegeben worden sind, eingestellt wurden. Dagegen ist die entsprechende Post in der Einnahme als Stückzinsen, das sind jene Coupons, welche wir gewissermaßen bei uns selbst einzucassieren haben.

Sonstige Auslagen anläßlich der Verzinsung und Tilgung der Communal-Anlehen 150.810 fl.

Das ist das Agio unserer Goldobligationen.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter** (übernimmt den Vorsitz): Herr Gem.-Rath Bärtl.

**Gem.-Rath Bärtl:** Meine Herren! Hier handelt es sich um das ganze Anlehen der Stadt Wien. Außer diesem Kronen-Anlehen mit 6 Percent haben wir unsere anderen mit 5 und 5 1/2 Percent und das Goldanlehen mit 6 oder 6 1/2 Percent.

Die Anregung, die ich heute gebe, wird nicht das erstemal gegeben, sondern ich habe sie schon vor vielen Jahren gegeben. Ich weiß es, dass man keinen Zwang zur Convertierung den Inhabern auferlegen kann, allein eines Versuches wäre es doch wert durch eine Reihe von Jahren.

Ich sage auch heute wieder, der Stadtrath hat dazu keine Zeit, aber endlich muss doch auch Zeit gefunden werden zu etwas, was der Gemeinde ganz gewiss eine große Einnahme zuführen, respective eine Minderzahlung an die Titres-Theilhaber der Gemeinde zur Folge haben würde. Es gibt keinen Staat, keine große Gemeinde mehr ein Anlehen — außer in Polen oder Bulgarien — die heute noch 5 und 6 Percent zahlen, wie sie die Gemeinde Wien zahlt. Des Versuches wäre es ja wert gewesen mit einer freiwilligen Convertierung; einen Zwang können wir nicht ausüben. Leider ist das damals so geschehen. Auch habe ich mir schon gedacht, ob das nicht möglich wäre, dass durch eine reichlichere Verlosung jährlich mehr Titres verlost werden könnten, als wie bisher, damit wir endlich doch auch einmal einen Fortschritt machten und das erreichen, was alle Gemeinden von Österreich erzielt haben. Wir stehen auf demselben Punkte, wie vor 25 und 30 Jahren.

Ich würde es sehr gerne sehen, wenn ich da noch mithelfen könnte, dass auch die Gemeinde Wien in dieser Beziehung die Titres weniger hoch verzinst, als heute. Es sollte etwas geschehen nach der einen oder anderen Richtung. Bitte, vielleicht ist der Herr Referent in der Lage, mir Auskunft zu geben. Ich möchte wünschen, dass die Commune endlich darangienge, die Titres auf einen niederen Zinsfuß zu stellen.

**Stadtraths-Referent:** Meine Herren! In dieser Beziehung ist ja in der Generaldebatte schon ein Antrag seitens des Stadtrathes gestellt worden, welcher dahin geht (liest): „Der Herr Bürgermeister wird ersucht, wegen Erwirkung der Gebüren- und Steuerfreiheit, beziehungsweise wegen Übertragung der für die alten Anlehen der Stadt gewährten Erleichterungen auf neue, an deren Stelle tretende Obligationen, die erforderlichen Schritte einzuleiten und wegen Rückzahlung der höher verzinslichen Vororteschulden, beziehungsweise wegen Unificierung derselben mit den Darlehensgebern in Verhandlung zu treten."

Dieser Antrag kommt jetzt zur Abstimmung. Es ist als Vorbedingung jeder Convertierung unbedingt nothwendig, dass die Steuer- und Gebürenfreiheit, welche unsere alten Anlehen besitzen, auf die neuen Titres übertragen werden. Bevor wir also ernstlich an diese Convertierung gehen, muss diese Vorbedingung erfüllt werden. Dahin zielt der Antrag, welchen der Stadtrath stellt.

**Gem.-Rath Bärtl:** Dann unterstütze ich diesen Antrag.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Die Debatte ist geschlossen. (Die Referenten verzichten auf das Schlusswort.)

Von den Posten ist keine beanständet worden; ich erkläre dieselben für angenommen.

Zur Abstimmung gelangt der Antrag (liest): „Der Herr Bürgermeister wird ersucht, wegen Erwirkung der Gebüren- und Steuerfreiheit, beziehungsweise wegen Übertragung der für die alten Anlehen der Stadt gewährten Erleichterungen auf neue, an deren Stelle tretende Obligationen die erforderlichen Schritte einzuleiten und wegen Rückzahlung der höher verzinslichen Vororteschulden, beziehungsweise wegen Unificierung derselben mit den Darlehensgebern in Verhandlung zu treten."

Ich bitte jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

**Stadtraths-Referent:** Rubrik XVI.

Antheil der Commune (1/3) an den Donauregulierungs-Anlehen aus den Jahren 1870 und 1878.

Antheil an den Einnahmen des Donauregulierungs-Fondes 100.000 fl.; das ist gewissermaßen eine durchgeführte Post.

In den Ausgaben: Tilgung und Verzinsung des Donauregulierungs-Anlehens 599.590 fl.

Rubrik XVII.

Antheil der Commune (1/2) an dem sogenannten Angles'schen Anlehen (1809).

Verzinsung 5440 fl.

Diesbezüglich kommt demnächst ein Antrag, welcher die Regulierung dieser Sache endlich dem Gemeinderathe zum Vortrage bringen wird.

Privat-Passivcapitalien.

Tilgung 184.470 fl.;

Verzinsung 594.390 fl.;

Sonstige Auslagen anläßlich der Verzinsung und Tilgung 4930 fl.

Damit wäre Gruppe IV erledigt.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Keine Einwendung. Ich erkläre die Rubriken XV, XVI, XVII und XVIII auf beiden Seiten, Einnahmen und Ausgaben, für angenommen.

**Stadtraths-Referent:** Gruppe V „Sicherheitswesen", Rubrik XIX. Einnahmen sind keine.

Rubrik Auslagen. „Sicherheitspolizei".

A. Auslagen für die vom Staate besorgte Localpolizei.

Leistungen an den vom Staate verwalteten Localpolizeifond 500.000 fl.

B. Sonstige Sicherheitsauslagen.

| | |
|---|---|
| Bezüge des Gefangen-Oberaufsehers . . . . . . . . | 1.200 fl. |
| Zinse für die Amts- und Arrestlocalitäten . . . . . | 5.500 fl. |
| Auslagen für die Verpflegung der Arrestanten, Beaufsichtigung der Arreste ꝛc. . . . . . . . . . . | 4.790 fl. |
| Vergütung des Fünftels der Auslagen für nach Wien zuständige Schüblinge . . . . . . . . . . . | 450 fl. |
| Verschiedene Sicherheitsauslagen (für Feldhüter ꝛc.) . | 6.550 fl. |
| zusammen . | 18.490 fl. |

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Das Wort hat Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann.

**Gem.-Rath Dr. Geßmann:** Meine Herren! Die Gemeinde Wien zahlt zu dem Localpolizeifonde eine Summe von jährlich 500.000 fl., eine gewiss nicht kleine Leistung. Nun, meine Herren, mehren sich die Klagen über die zunehmende Unsicherheit in Wien von Tag zu Tag, und es genügt ein Blick in die Tagesberichte unserer Blätter, um darzuthun, dass die Verhältnisse auf diesem Gebiete wirklich sehr im argen liegen. Ich hätte mir nicht das Wort zu erbitten erlaubt, wenn ich mich nicht für verpflichtet erachtet hätte, speciell auf vorgekommene Fälle in dem von mir vertretenen Bezirke Meidling hinzuweisen. Meine Herren! Es häufen sich dort die Fälle auf das allercrasseste, dass nächtliche Excesse von kolossalem Umfange mit blutigem Ausgange und, zum Theile wenigstens, sehr schweren Verwundungen sich ereignen.

Die Ursache dieser Erscheinung liegt darin, dass die Sicherheitswache absolut ungenügend ist. Überhaupt muss, meine Herren, hier betont werden, dass in der Richtung die Sache in ganz Wien ohne Unterschied der Bezirke sehr im argen liegt. Es genügt die Zahl der Sicherheitswache absolut nicht. Außerdem, meine Herren, sind sowohl die Sicherheitswache, als auch die Beamten der Polizei, und zwar aller Kategorien, so furchtbar mit Arbeit überhäuft, so außerordentlich in Anspruch genommen, dass gerade der Aufgabe, welche in allererster Linie eigentlich seitens der Polizei zu observieren ist, nämlich dem Sicherheitsdienste, eigentlich verhältnismäßig nur weniger Bedeutung und weniger Gewicht beigelegt werden kann.

Speciell aber, was den XII. Bezirk anbelangt, sind dort die Klagen in letzter Zeit außerordentlich häufig vorgekommen. Die Leute wissen sich gar nicht zu retten. Es kommt sehr häufig vor, dass dort die Leute, die wirklich zur allerärmsten und zu einer ganz tiefstehenden Bevölkerungsclasse gehören, ein bedeutendes Contingent stellen, dass zum Beispiel dort in Wirtshäusern Excesse vorkommen, wodurch die Geschäftsleute in der schwersten Weise geschädigt werden. Es wird ihnen das ganze Local verwüstet, es wird ihnen alles zusammengehauen, aber es findet sich niemand, der sie schützt, der sie in ihrem Eigenthume sichert. Die Ursache davon ist, wie ich bereits bemerkt habe, dass die Zahl der Sicherheitswache absolut nicht genügt und dass auch die anderen Organe, die Polizeibeamten, so furchtbar mit Arbeiten überhäuft sind, alle möglichen Agenden haben, Gewerbsagenden, alle möglichen anderen Straßenagenden, mit einem Worte alles, so zwar, dass die Aufgabe des Sicherheitsdienstes nur gewissermaßen nebenbei läuft.

Ich werde mir deshalb die Freiheit nehmen, eine Resolution zu beantragen, dass mindestens im XII. Bezirke eine Vermehrung der Sicherheitswache platzgreife, und bitte dann das verehrliche Präsidium, zu trachten, dass auch seitens der Polizeidirection, beziehungsweise der höheren Behörde, diesem Wunsche Rechnung getragen werde. Es geht nicht an, dass in einer Stadt wie Wien Zustände herrschen, wie sie allenfalls in irgendeinem ungarischen Pußtadorfe existieren können. Da kann nicht auf die Dauer zugesehen werden, umsomehr, als andererseits die Leute überall so sehr zahlen. Ich werde mir erlauben, eine Resolution vorzuschlagen, und bitte dann das löbliche Präsidium, dieselbe geeignetenorts entsprechend vorzubringen.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Herr Gem.-Rath Sebastian Grünbeck.

**Gem.-Rath Sebastian Grünbeck:** Ich habe auch eine Klage; sie betrifft den Flurschutz. Er ist von Seite des verehrlichen Gemeinderathes eingeführt worden, aber leider nur bis zum 15. October. Wenn Sie sich das anschauen möchten: Kaum ist der sogenannte Hüter dieser Weingärten weg, so ist eine förmliche Völkerwanderung. Meine Herren! Sie dürfen sich nicht wundern, wenn heute darüber gesprochen wird, aber sich das anzusehen, wie die jungen Weinstöcke durch die Leute, die hineingehen, durch Buben und Männer, zusammengebrochen werden, das ist eine wahre Verwüstung. Es ist schön, und wir haben es anerkannt, dass von Seite des Gemeinderathes etwas geschehen ist, aber wir ersuchen weiter, dass bis zum 30. October, wie selbst der Weinbauverein wiederholt petitioniert hat, man den Flurschutz ausdehnen möge, das wäre nach meinem Antrage 14 Tage mehr, dass also bis Ende October dieser Flurschutz aufrecht erhalten werde. Sie möchten auf diese Weise den Weingartenbesitzern sehr entgegenkommen. Weiter ist es von unbedingter Wichtigkeit, dass man die löbliche Polizeidirection aufmerksam macht, dass sie auch dort, wo ein Flurschutz nicht besteht, ein bisschen in den Weingärten Streifungen oder Umschau hält. Das ist alles preisgegeben, die Sicherheitswache geht nicht hinein, da können diese Leute schalten und walten, wie sie wollen.

Ich stelle daher diesbezüglich zwei Anträge. Der eine: Der Herr Bürgermeister werde ersucht, bei der Polizeidirection dahin zu wirken, dass die Weingärten besserer Aufsicht unterzogen werden, und der zweite: Die Flurhüter sollen nicht wie bisher bis 14., respective 15. October, sondern bis 31. October bestellt sein.

Ich ersuche, dass Sie die Anträge, die gewiss gerecht sind, annehmen.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Das Wort hat der Herr Bürgermeister.

**Bürgermeister:** Ich möchte gegenüber dem vom Herrn Gem.-Rathe Dr. Geßmann ausgesprochenen Wunsche eine Be-

merkung machen. In Bezug auf eine Interpellation, welche der Herr Gemeinderath eingebracht hat, habe ich mich mit dem Herrn Polizeipräsidenten ins Einvernehmen gesetzt. Derselbe hat mir mitgetheilt, dass er in der Lage war, eine Vermehrung der Sicherheitswache durchzusetzen. Dieselbe wird aber nur successive von Jahr zu Jahr um eine bestimmte Anzahl von Mann erfolgen. Der Herr Polizeipräsident hat auch anerkannt, dass es nothwendig ist, speciell in Meidling eine Vermehrung der Sicherheitswache eintreten zu lassen, weil der gegenwärtige Stand für die dortigen Verhältnisse nicht genügt. Es wird voraussichtlich in sehr kurzer Zeit dem ausgesprochenen Wunsche Rechnung getragen werden.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Herr Gem.-Rath Jedlička hat das Wort.

**Gem.-Rath Jedlička:** Ich habe mir schon in der Generaldebatte zu erwähnen erlaubt, dass der Sicherheitsdienst im XVIII. Bezirke nicht entsprechend versehen wird, weil Mannschaft nicht in genügender Anzahl vorhanden ist. Ich werde Sie nicht lange aufhalten und stelle den Antrag, der Bürgermeister möge die Güte haben, an maßgebender Stelle zu veranlassen, dass die Sicherheitswache im XVIII. Bezirke wenigstens soweit vermehrt werde, dass es möglich ist, in Gersthof zwei Rayonsposten aufstellen zu können.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Herr Gem.-Rath Frauenberger hat das Wort.

**Gem.-Rath Frauenberger:** Ich will nur einige Bemerkungen machen. Es ist vollkommen richtig, dass wir viel zu wenig Sicherheitswache auf den Straßen Wiens haben, die dort den Dienst versehen, und die wenigen Leute, die da sind, scheinen eigentlich mehr die Aufgabe zu haben, die ruhige Bevölkerung, die Gewölbebesitzer &c. zu controlieren (Ruf: Zu chicanieren!), namentlich am Sonntag, ist es wirklich lästig; man sollte glauben, dass die Polizei etwas besseres zu thun hat, als von Geschäft zu Geschäft herumzugehen und — es ist gerade 12 Uhr — die Sperrung zu verlangen. Das ist ja eine Belästigung des Publicums sondergleichen und da sieht man, wie schlecht die Wache informiert ist. Wenn Sie einen solchen Wachmann auf der Straße sehen, hat er alle Augenblick etwas anderes zu thun, nur nicht seinen Dienst zu erfüllen. Da kommt jemand und fragt um eine Gasse. Der Wachmann nimmt ein dickes Buch und muss selbst lange nachsuchen. Das alles ist eigentlich nicht seine Sache. Dann kommt jemand und fragt, wieviel er zu zahlen hat, wenn er einen Einspänner nimmt in einen anderen Bezirk. Das ist jetzt nach unserer neuen Taxe ein unter Umständen complicierter Fall. Er fährt durch einen Bezirk und fährt über eine Straße hinüber, z. B. über die Mariahilferstraße — ein complicierter Fall. Der muss sich natürlich die längste Zeit den Kopf zerbrechen, bis er es endlich herausfindet und eine Auskunft gibt. Also die wenigen Leute, welche eigentlich zur Aufrechthaltung der Ordnung, zum eigentlichen Sicherheitsdienste da sind, die vertrödeln auf diese Weise ihre Zeit. Meine Herren, da muss ich noch etwas bemerken. Es wird den Herren nicht entgangen sein, dass unsere Wache in Bezug auf Bildung der einzelnen Persönlichkeiten sehr im Rückgange begriffen ist, und dass wir es bald wieder zu unseren früheren militärischen Wachleuten bringen werden. Woher kommt das aber? Das ist die schlechte Bezahlung, die wirklich miserable Bezahlung, welche diese Leute haben, die einen so anstrengenden Dienst auf der Straße durchzumachen haben. Es melden sich keine besseren Leute und da nehmen sie eben ein Publicum auf, dem es an nöthigem Bildungsgrade größtentheils fehlt. Daher kommt es auch — ich habe es bei der Leichenfeier des Erzherzogs Albrecht gesehen — dass sich die Wache bei solchen Gelegenheiten nicht sehr taktvoll benimmt, dass die Wache, die eben nicht die richtige Bildung hat, in einer Weise gegen das Publicum vorgeht und sich in einer Weise gegen dasselbe benimmt, dass man wirklich die Lust hat einzuschreiten — natürlich ist man dann verloren. Ich habe zugesehen, wie ein berittener Sicherheitswachmann — und Herr College Dr. Hackenberg hat es auch mit mir gesehen — wie dieser Mann das Publicum, welches sehr ordentlich da gestanden ist, welches nichts gemacht hat, in einer Tour provociert und rein secciert hat. Ich will den Mann nicht anzeigen. Ich könnte heute noch seine Nummer angeben, aber ich will mir nicht die unnützen Laufereien machen. Es schadet jedoch nicht, wenn man ausspricht, dass die Wache angeleitet werden soll, das nicht zu vergessen, dass sie mit dem Publicum anständig umgehen soll. Ich habe Dinge gesehen, die nicht mehr schön sind. Ich will hier weiter nichts bemerken, sondern schließe nur mit der Klage, dass der eigentliche Sicherheitsdienst in den Straßen ziemlich ungenügend ist, und dass dem abgeholfen werden muss. Wie ich höre, wird die Sicherheitswache in den Ämtern viel zu viel mit Schreibereien beschäftigt, während für den eigentlichen Dienst dann zu wenig Mannschaft übrigbleibt. Ich wollte hier diese Anregung gegeben haben.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Herr Gem.-Rath Steiner.

**Gem.-Rath Steiner:** Meine Herren! Es haben sich seit Einführung der Flurhüter zu Gunsten der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung die Verhältnisse stark gebessert. Den ersten Sonntag, als die Flurhüter functionierten, sind nach Mittheilung des Polizeicommissariates gleich 52 Arretierungen im XIX. Bezirke vorgekommen. Dies hat sich successive verringert, so dass zum Schlusse mit dem wilden Unfuge nahezu aufgeräumt war. Ich will nur eine Bemerkung machen. Ich wusste nicht, dass dieser Punkt heute schon erledigt wird. Ich habe für Samstag für sämmtliche Bezirke Herren zur Besprechung darüber eingeladen, dass die Statuten, die vorhanden sind, von Seite des Gemeinderathes abgeändert werden sollen. Es ist gut, dass die Einführung der Flurhüter ein Provisorium war, und es ist auch gut, wenn sie es auch heuer bleibt; denn es haben sich im vergangenen Jahre Übelstände gezeigt, die absolut beseitigt werden müssen.

Ich weise darauf hin — ich gestehe ja immer gerne einen Fehler ein —, dass die Pflichterfüllung der betreffenden Flurhüter nicht so war, wie sie sein sollte. Ich habe mich mit der Controle derselben bei Tag und bei Nacht befasst und ich habe große Unzukömmlichkeiten und Pflichtverletzungen entdeckt. Ich werde mir daher erlauben, bezüglich der vorliegenden Statuten im Einvernehmen sämmtlicher Interessenten und auch mit Berücksichtigung der localen Verhältnisse, wie sie in den einzelnen Bezirken bestehen, Änderungen vorzuschagen und auf Grund der heuer gemachten Erfahrungen bezüglich einer strengen Controle und der Bestrafung derjenigen, welche ihre Pflicht nicht erfüllen, indem sie zum Beispiel im Wirtshause sitzen, statt draußen ihrer Pflicht nachzukommen, die Vorschläge dem Stadtrathe zur Kenntnis zu bringen. Ich würde aber dann bitten, dass dies im Laufe des heurigen Sommers geschieht, damit endlich einmal damit gebrochen werde und die Sache geändert wird. Ich werde schon alles genau zusammenstellen, damit die Herren im Stadtrathe gut informiert sind.

Den Antrag des Collegen Grünbeck bitte ich, anzunehmen.

Nachdem die Summe hier vorgeschrieben ist, weiß ich aber nicht, wie man dem nachkommen kann. Vielleicht wäre es möglich, dass die Bezirksvorsteher eine Eingabe an den Stadtrath machen und dieser dann den minimalen Betrag, welcher für die restlichen 15 Tage erforderlich ist, bestimmt. Anders wird es sich nicht machen lassen.

Ich bitte also, den Antrag Grünbeck dem Stadtrathe zuzuweisen, damit dieser auf Grund der von den Bezirksvorstehern gemachten Eingaben entscheiden kann.

**Gem.-Rath Hawranek:** Meine Herren! Es besteht eine Polizeivorschrift, dass Lasten am Trottoir nicht getragen werden dürfen. Nun kommen aber Fleischhauer mit großen Zögern, gehen auf dem Trottoir und jeder Passant muss ihnen ausweichen. Ebenso ist es mit Anstreichern, Rauchfangkehrern 2c., alles muss vom Trottoir herunter, wenn es auch kothig ist. Ich habe selbst einige Sicherheitswachmänner darauf aufmerksam gemacht. Die haben aber gesagt, leider, wenn wir ihn jetzt herunterjagen, geht er ein paar Schritte weiter wieder hinauf. Meine Herren! In Preußen ist das anders, da regnet es gleich Strafen von 2 bis 3 Mark, wenn einer mit einer Last am Trottoir erwischt wird. Hier geht aber zum Beispiel ein Schlosser mit einem langen Eisen, das schwingt sich, hinten schaut er nicht und wie oft geschieht es dann, dass er an jemanden anstreift und ihn verletzt. Es wäre also Zeit, dass der Herr Bürgermeister den Herrn Polizeipräsidenten aufmerksam macht, dass Gesetze nicht bloß am Papier da sind, sondern in Wirklichkeit gehandhabt werden sollen. Das ist sehr wichtig, denn oft geht ein kranker Mann, der mit Gicht behaftet ist und muss ausweichen oder es geht ein schön angezogener Herr und es kommt ein Bäckenjodl und streift an und beschmiert ihn ganz. Das wäre zu urgieren und ich glaube, es wäre Sache des Herrn Bürgermeisters, durchzusetzen, dass bestehende Vorschriften auch gehandhabt werden, und den Herrn Polizeipräsidenten aufmerksam zu machen, dass solche Sachen zu strafen sind.

**Gem.-Rath Bärtl:** In erster Linie unterstütze ich den Antrag Grünbeck, dass die Flurhüter den Dienst nicht bloß bis 15. October, sondern bis Ende October, also bis zum 31. October verrichten sollen, denn das ist nothwendig.

Ich selbst könnte Ihnen mehrere Fälle erzählen, was da getrieben wird, wenn es heißt, die Lese ist vorüber. Da ist es wirklich wünschenswert, nachzuschauen und ich unterstütze das.

Warum ich aber das Wort ergriffen habe, war die Bemerkung des Collegen Frauenberger wegen der Sicherheitswache. Es hat mich wirklich gewundert und ich glaube nicht, dass seine Ausführungen hier im Saale getheilt werden. In den Vororten hat beinahe jede Gasse einen anderen Namen bekommen, es ist für die Einheimischen schwer, eine Gasse aufzufinden, geschweige für Fremde. Da wundert sich nun der Herr College, dass der Wachmann darüber Auskunft geben muss. Ja, wer soll es denn thun? An wen soll sich denn der Fremde, der nach Wien kommt, halten? Es dauert ohnehin lang genug, bis Sie einen Wachmann finden und dieser ist doch verpflichtet dazu, er muss auch die Gasse zeigen. Der Anschauung bin ich nicht, dass die Sicherheitswache in die Fußstapfen der alten Polizei tritt. Nein! Durchaus nicht. In einer Beziehung haben Sie recht, Herr Collega, die Bezahlung der Sicherheitswachmänner lässt zu wünschen übrig. Was müssen die Leute alles thun? Sie müssen nicht nur alles auf der Gasse beobachten, sondern ich könnte Ihnen auch einen Fall von einem Sicherheitswachmanne in der Pestalozzigasse erzählen, wo der Einbruch geschehen ist. Der Mann ist sehr zu bedauern, aber wie soll er die Kenntnis haben, dass, wenn er an dem Gewölbe vorübergeht, drinnen die Einbrecher sind? Er hat den Aufpasser verfolgt. Der Mann war nahe daran, Inspector zu werden; infolgedessen wurde er ganz zurückgesetzt. Nicht nur am Posten, im Rayon müssen die Leute alles beobachten und da sein — sie sind auch da, nur sind es zu wenig — sondern sie müssen auch zu Hause, wenn sie freie Stunden haben, lernen in den Büchern, rechnen und alles mögliche. Was man leisten muss und die Prüfung, die man machen muss, bis man Inspector wird, das muss alles berücksichtigt werden.

Ich stehe auf dem Standpunkte, dass unsere Sicherheitswache alles thut, was in ihren Kräften ist und was von dem Manne verlangt werden kann, nur sind wenig Leute angestellt und sind sie zu schlecht bezahlt.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Herr Gem.-Rath Eigner!

**Gem.-Rath Eigner:** Wenn Sie die Verhältnisse der Sicherheitswache betrachten und sich die einzelnen Bezirke vor Augen halten, so werden Sie sehen, dass im I. Bezirke, der doch eine bedeutend geringere Einwohnerzahl als die Vorortebezirke hat, die Wache am meisten vertreten ist. Im II. bis IX. Bezirke ist die Wache auch so ziemlich genügend vertreten, aber im X. bis XIX., worunter Bezirke mit mehr als 100.000 Einwohnern sind, ist die Wache in so geringer Zahl vorhanden, dass man den ganzen Tag die Wache gar nicht sieht. Im XVII. Bezirke waren früher nur drei Wachstuben, kein Commissariat. Diese Wachstuben haben sechs bis acht Mann. Dreimal acht, das gibt 24 Mann auf 70- bis 80.000 Einwohner. Sie können sich denken, was da einem Wachmanne zur Aufsicht übergeben ist und was da herauskommen würde, wenn man die Anzahl der Personen durch die Anzahl der Wachleute dividieren würde. Die Zahl der Wachleute in Hernals — mit Ausnahme von Dornbach und Neuwaldegg mag etwa 30 betragen. Ich glaube, dass auch diese Zahl viel zu gering ist, im Vergleiche zur Einwohnerzahl. Die Vorortebezirke brauchen ja mehr Wache, als der I. oder ein anderer Bezirk, weil dort ganz andere Verhältnisse sind. Wenn man dort so eine Wachstube genauer ins Auge fasst, so sieht man, dass sie von der Hauptstraße seitwärts in einer Gasse liegt, diese sechs oder acht Wachleute müssen Posten bis an die Grenze nach Währing und nach Ottakring versehen.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter** (unterbrechend): Darf ich bitten. Diese Ausführungen gehören meines Erachtens nicht zum Budget. Das sind innere Diensteseinrichtungen der Polizei. Da haben wir ja keine Competenz. Ich bitte, sich also in dieser Richtung etwas kürzer zu fassen.

**Gem.-Rath Eigner:** Ich erwähne die Verhältnisse im Bezirke, so wie die Thatsachen sind.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Es ist nicht denkbar, alle Thatsachen im Gemeinderathe zu besprechen. Wir müssen uns auf unseren Gegenstand beschränken, das ist das Budget.

**Gem.-Rath Eigner** (fortfahrend): Meine Vorredner, Herr Gem.-Rath Frauenberger und andere, haben gar nichts anderes gesprochen, als ich. Herr Frauenberger hat davon gesprochen, wie der eine um die Hausnummer fragt, der andere um den Hausbesorger. Ich glaube, dass das weniger zum Budget gehört, als was ich vorgebracht habe. Die Verhältnisse fordern unbedingt eine Vermehrung der Wache. Auf eine Bevölkerung von 70.000 oder 80.000 kommen 30 Wachleute und da kann man annehmen, dass ein Drittel krank ist.

Es sind vielleicht 24 dort; die können sich Tag und Nacht gar nicht ausziehen, sie können gar nicht schlafen, mit den Kleidern müssen sie sich niederlegen. Ein solcher Wachmann kann sich nicht mehr kräftigen, die Leute sind ganz heruntergekommen. Das sind Zustände, die heute in einer Großstadt nicht mehr existieren sollten. Das sollte ein bischen geregelt werden. Für alle anderen Sachen hat man Geld; es wird überall hinausgeworfen. Hier, wo es wichtiger wäre, ist keines da. Wenn in einem Brantweinhäusl gerauft wird — da wird mit Messern umgehaut, Gläser werden geworfen — es ist kein Wachmann da, und man muss erst zur Wachstube gehen, um einen Wachmann zu holen.

Wenn man hinkommt, ist ein Wachmann dort und der sagt, ich kann nicht hingehen, ich muss hier den Dienst versehen. Solche Zustände sind dort, und da soll hier darüber nicht gesprochen werden dürfen.

Ich habe erwähnt, dass die einzelnen Wachabtheilungen ein großes Terrain zugewiesen haben, das sich von einem Bezirke bis zum anderen erstreckt; ein Wachposten kann z. B. den Mitterberg täglich nur einmal begehen, dann sieht er ihn nicht mehr, weil er andere Dinge zu machen hat. Ebenso ist es bei den anderen Wachstuben. Ihr Terrain ist zu groß und es ist nicht möglich, bei solchen Zuständen dort fortzukommen. Es muss hier eine Vermehrung und eine bessere Bequartierung platzgreifen. Ich ersuche den Herrn Bürgermeister, dass er an der Stelle, wo man diese Beschwerden vorzubringen hat, dieselben genau so vorbringt, wie sie hier erörtert werden, damit in Zukunft dort etwas geschieht. Ich habe schon vor zwei Jahren den Antrag eingebracht, es soll dort die Polizei vermehrt und eine neue Wachstube auf dem Mitterberg und im schwarzen Viertel errichtet werden. Es ist aber bis jetzt nichts geschehen und es geschieht nichts. Der Antrag liegt irgendwo und wird nicht einmal weiter befördert; ich weiß nicht, warum nichts geschieht. Eine Wachstube mit vier Mann hat man zum Friedhofe gegeben; das ist aber gar nichts. Es ist so, als ob man 2 kr. in den Sack stecken würde. Ich ersuche also den Herrn Bürgermeister, den Gegenstand in Zukunft genauer im Auge zu behalten.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. (Rufe links: Gem.-Rath Brauneiß!), die Debatte ist geschlossen. — Herr Referent?

**Stadtraths-Referent:** Ich habe nichts zu bemerken.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Herr Commissions-Referent? (Derselbe verzichtet.)

Die Ansätze sind nicht angefochten. Rubrik XIX, Einnahmen und Ausgaben, ist angenommen.

Es liegen vor folgende Anträge:

Resolution des Gem.-Rathes Dr. Geßmann. Wird die Verlesung gewünscht? (St.-R. Dr. Vogler: Wir haben sie noch nicht gehört!) (Liest:) „Der Gemeinderath beschließe: die Vermehrung der Sicherheitswache ist unbedingt nothwendig und wird der Herr Bürgermeister ersucht, sich zu diesem Behufe, insbesondere wegen Vermehrung der Sicherheitswache im XII. Bezirke mit dem Herrn Polizeipräsidenten und den höheren competenten Behörden ins Einvernehmen zu setzen."

Ich bitte jene Herren, welche dieser Resolution zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Antrag des Herrn Gem.-Rathes Jedlička (liest): „Der Herr Bürgermeister wird ersucht, dahin zu wirken, dass im XVIII. Bezirke, in Gersthof, anstatt einer, zwei Rayonsposten aufgestellt werden."

Ich bitte jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Antrag des Herrn Gem.-Rathes Sebastian Grünbeck (liest): „Der Herr Bürgermeister wird ersucht, bei der k. k. Polizeidirection dahin zu wirken, dass die Weingärten einer besseren Aufsicht unterzogen werden."

Ich bitte jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Endlich (liest): „Die Flurhüter sollen nicht wie bisher bis zum 15., sondern bis zum 31. October jeden Jahres in Function bleiben."

Ich bitte jene Herren, welche diesen Antrag dem Stadtrathe zuweisen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

**Stadtraths-Referent:** Rubrik XX.

Feuerlöschwesen.

Beiträge zur Erhaltung des Feuerwehr-Telegraphen 2700 fl.;

Beitrag des Kirchenmeisteramtes zu St. Stephan zu den Kosten des Feuerwachdienstes am Stephansthurme 410 fl.;

Gesetzliche Beiträge der Feuerversicherungs-Gesellschaften zu den Kosten der Wiener städtischen Feuerwehr 25.750 fl.;

Erlös für Pferdedünger 720 fl.

Hier war eine Post: „Sonstige Beiträge zu den Auslagen für das Feuerlöschwesen" mit 5590 fl. eingestellt; diese Post reduciert sich auf den Betrag von 400 fl., weil der Gemeinderath beschlossen hat, dass die Inspectionsgebüren, welche unsere Feuerwehrmänner bekommen, nicht mehr von der Gemeinde incammeriert werden, sondern den betreffenden Feuerwehrmännern hinausgegeben werden.

Endlich: „Verschiedene Einnahmen und Rückvergütungen" 650 fl.

Das sind die Einnahmen der Rubrik XX.

**Commissions-Referent:** Ich habe nur einen Antrag bezüglich der Einnahmen einzubringen zu Rubrik XX, Post 4, derselbe lautet (liest):

„Der Magistrat wird beauftragt, Erhebungen zu pflegen, ob für den Pferdedünger nicht ein höherer Erlös zu erzielen wäre."

Es hat sich die Budget-Commission zu dem Antrage bestimmt gefunden, weil ihr der Erlös von 720 fl. bei dem großen Pferdestande, welchen die Commune hat, doch zu gering erschien. Ich beantrage die Annahme dieses Antrages.

**Stadtraths-Referent:** Die Ausgaben für das Feuerlöschwesen unter Rubrik XX.

Bezüge des Löschpersonales 187.610 fl.;

Zulagen an die Druckmannschaft für ihre Verwendung bei Bränden 2610 fl.;

Unterkunftsnebenerfordernisse für das Löschpersonale 10.340 fl.;

Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Localitäten 30.580 fl.;

Bespannungsauslagen und Fuhrkosten 84.060 fl.;

Erhaltung und Erneuerung der Löschrequisiten und Ausrüstungsstücke: Erhaltung der Löschrequisiten und Ausrüstungsstücke 25.000 fl.;

Erneuerung der Löschrequisiten und Ausrüstungsstücke 34.000 fl.;

Herstellung und Erhaltung der Feuerwehr-Telegraphenleitungen, sowie der Sprech- und Signalapparate 33.340 fl.;

Zinse für Depots 43.270 fl.;

Drucklegung des Exercier- und Dienstreglements für die Berufsfeuerwehr und Herausgabe einer neuen Telegraphen-Instruction 1500 fl.;

Verschiedene Erfordernisse 7720 fl.

Subventionen an freiwillige Feuerwehren 10.000 fl.;

Subvention an den Verband der Unterstützungscassa der freiwilligen Feuerwehren von Niederösterreich 800 fl.;

Summe der ordentlichen Ausgaben 470.830 fl.

Außerordentliche Ausgaben.

Herstellung und Erweiterung von Feuerwehr-Depots für die freiwilligen Feuerwehren 10.000 fl.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Herr Referent der Budget-Commission!

**Commissions-Referent:** Die Rubrik XX, Post 8 a „Effective Zinse für Feuerwehr-Depots" erhöht sich um 80 fl. infolge eines vom Stadtrathe am 21. December 1894 gefassten Beschlusses wegen Bedeckung eines Mietzinses zur Unterbringung von Requisiten der freiwilligen Feuerwehr in Ober-Sievering. Das ist rücksichtlich der Post 8.

Die Budget-Commission beantragt zugleich zur Ausgabs-Rubrik XX, Post 10 „Verschiedene Amtserfordernisse für die Feuerwehr" (liest):

„Der Magistrat habe ehestens eine Vorlage wegen Errichtung einer Feuerwehr-Filiale für Neu-Rudolfsheim und Neu-Fünfhaus einzubringen."

Ich bitte Sie, diese Resolution anzunehmen.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Herr Gem.-Rath Steiner! (Derselbe ist im Saale nicht anwesend.) Herr Gem.-Rath Brauneiß!

**Gem.-Rath Brauneiß:** Der Herr Referent der Budget-Commission hat soeben diesen Antrag, den ich stellen wollte, vorgebracht. Ich möchte die Herren bitten, diesem Antrage zuzustimmen, denn die beiden Bezirkstheile Neu-Fünfhaus und Neu-Rudolfsheim, wo so viele Geschäftsleute sind, die mit vielen Arbeitern arbeiten und viel Material haben, das sehr brennbar ist, sind in großer Gefahr, wenn da nicht Abhilfe geschieht.

Ich möchte die Herren bitten, dem Antrage der Budget-Commission zuzustimmen.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Herr Gem.-Rath Eigner.

**Gem.-Rath Eigner:** Sehr geehrte Herren! Ich spreche zur Rubrik XX, Post 4 „Pferdedüngereinnahme". Wenn Sie sich, meine Herren, unsere fünf städtischen Schlachthäuser genauer ansehen, dann die Feuerwehr-Depots, den Pferdemarkt und die Stallungen der Commune im V. Bezirke und diese Summe von Pferdedünger von 723 fl., dann weiß ich nicht (Rufe: Nur Feuerwehr!), da muss man sich doch ein bisschen denken, wo der Mist hinkommt. Wenn man jemand fragt, ob in einem Schlachthause . . .

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter** (unterbrechend): Darf ich bitten, bitte sich doch die Rubrik gefälligst anzusehen. „Feuerwehrlöschwesen"! Das hat mit dem Schlachthause nichts zu thun. Herr Redner befinden sich im Irrthume, vielleicht zu einer anderen Post!

**Gem.-Rath Eigner** (fortfahrend): Darf ich bitten, Herr Bürgermeister, wo ist denn diese Post vom Schlachthause. (Rufe: Kommt später beim Marktwesen!) Ich stelle einen allgemeinen Antrag, den kann ich stellen. (Rufe: Jetzt nicht!) Ich stelle den Antrag, dass der sämmtliche Dünger, den die Commune Wien gewinnt, verwertet werde; ob ich den Antrag jetzt stelle oder nachher, bleibt sich gleich. Es ist möglich, dass ich bei der Post nicht mehr zum Worte komme, und damit ich nicht zu kurz komme, werde ich den Antrag jetzt stellen. Ich werde nämlich den Antrag stellen, dass die Commune Wien Offerte ausschreibt — in der nächsten Nähe Wiens sind Gutsbesitzer, dann viele Ortschaften, wo Düngermangel ist — dass diese Leute verständigt werden und sich bei der schriftlichen Offertverhandlung betheiligen, damit sie den Mist erstehen und ihn hier wegführen. Dann würde ich bitten, dass auch bei den Feuerwehrpferden dieselbe Manipulation eingehalten wird wie bei der Tramway. Die Tramway verkauft nicht den Mist per Fuhre, sondern sie sagt zu demjenigen, der ihn pachtet oder ihn ersteht: in diesen Stallungen stehen soviel hundert oder soviel fünfzig oder achtzig Pferde. Per Pferd hast du jährlich soviel zu zahlen und kannst dafür den Mist wegführen. So ist es bei der Tramway. Wie es bei der Commune ist, weiß ich nicht. Ich erlaube mir den Antrag zu stellen, der allgemein, nämlich für Schlachthäuser, Feuerwehr und die Stallungen der Commune gelten soll, nämlich, dass der Mist dort verwertet wird. Der in den fünf städtischen Schlachthäusern, Feuerwehrdepots, Pferdemärkten und Stallungen der Commune Wien im Verlaufe des Jahres sich ansammelnde Dünger repräsentiert einen nicht unbedeutenden Wert. Es ist aber nicht bekannt, dass die Gemeinde aus dem Dünger ein Erträgnis erzielen würde. Ich beantrage daher für die Abfuhr des Düngers, welcher sich in den städtischen Schlachthäusern und Stallungen ansammelt, im Wege einer öffentlichen Offertausschreibung Contrahenten zu acquirieren und zur Concurrenz die Gutsverwaltungen und Gemeindevorstehungen der nächsten Umgebung Wiens besonders einzuladen. Ich glaube, meine Herren, dass dieser Antrag vollständig am Platze ist, und wenn Sie diesen Vorgang genau einhalten, so werden Sie sehen, dass in den nächsten Jahren im Budget nicht mehr 723 fl. Reingewinn sein wird, es werden vielleicht 7000 und soviel Gulden sein. (Ruf rechts: Von der Feuerwehr!) Ich bitte, ich stelle einen allgemeinen Antrag, ich kann nicht einen Antrag für die Feuerwehr stellen und einen für die Schlachthäuser. Der Antrag bezieht sich auf sämmtlichen Dünger, der gewonnen wird, und ich ersuche die Herren, dass sie diesen Antrag annehmen.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Herr Gem.-Rath Gfrorner.

**Gem.-Rath Gfrorner:** Wir haben hier eine Ausgabepost von 495.000 fl. und einen Einnahmebetrag von 25.750 fl. als Beitrag der Feuerassecuranzen zu unserem Löschwesen. Es ist ziemlich lange, dass der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter hier das Referat gehabt hat bezüglich der Errichtung der obligatorischen Feuerassecuranz in Wien. Nachdem wir über 32.000 Häuser haben, würde sich das gewiss lohnen; zum mindesten das Dach sollte die Gemeinde versichern und das übrige den Privatgesellschaften überlassen. Es würde sich lohnen, das Referat zu erledigen; dasselbe ist noch in Schwebe. (Rufe: O nein!) Es ist im Gemeinderathe nicht erledigt worden (Rufe: O ja!), meines Wissens nicht. Man höre bis jetzt nichts; die Erledigung wäre wünschenswert, weil es möglich wäre, den ganzen Betrag von 495.000 fl. durch diese Assecuranz hereinzubringen.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Dieses Referat ist hier erledigt und die betreffende Eingabe ist dem Abgeordnetenhause und ich glaube auch der Regierung vorgelegt worden. Herr Gem.-Rath Dr. Nechansky hat das Wort.

**Gem.-Rath Dr. Nechansky:** Ich habe zu bemerken, dass das Referat vor zwei Jahren im März erledigt worden ist. Es ist das Ansuchen gestellt worden, dass die Regierung der Gemeinde die Zwangsversicherung bewillige und um diese Frage dreht sich die Sache.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort. (Derselbe verzichtet.) Ich bitte gefälligst auszuzählen. (Nach Auszählung der Versammlung:) Wir sind beschlussfähig. Bei Post 8 ist eine Erhöhung von 210 auf 290 fl. beantragt. Ich bitte jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ferner liegen Anträge der Budget-Commission vor:

1. Der Magistrat werde beauftragt, Erhebungen zu pflegen, ob für den Pferdedünger nicht ein höherer Erlös zu erzielen wäre.

Ich bitte, jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

2. Der Magistrat habe ehestens eine Vorlage wegen Errichtung einer Feuerwehrfiliale für Neu-Rudolfsheim und Neu-Fünfhaus einzubringen.

Ich bitte, jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Dann kommt ein Antrag Eigner. Wird die Verlesung gewünscht? (Rufe: Nein!) Ich bitte also jene Herren, die diesen Antrag zur Vorberathung verweisen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Die übrigen Posten in Einnahmen und Ausgaben sind nicht angefochten. Ich erkläre dieselben für angenommen.

Herr Gem.-Rath Geßmann zur Geschäftsordnung!

**Gem.-Rath Dr. Geßmann:** Meine Herren! Ich beantrage Schluss der Sitzung. Es ist nicht würdig, dass wir, kaum auf der Schneide der Beschlussfähigkeit stehend, in der Berathung des Budgets fortfahren.

Die Forderungen, die an den Gemeinderath gestellt werden, sind auch zu groß; es ist jetzt die Wahlperiode, es haben die Herren alle in Versammlungen zu thun. Das musste man wissen und es ist genug, wenn wir vier Sitzungen in der Woche von 5 bis 8 Uhr haben! In zwei Minuten sind wir absolut nicht beschlussfähig, wir sind es jetzt in dem Augenblicke auch nicht, weil eben zwei Herren fortgegangen sind. Ich beantrage also Schluss der Sitzung, im anderen Falle bestehe ich auf Auszählung des Hauses.

**Stadtraths-Referent:** Ich würde bitten, nur die letzte Post „Vorkehrungen gegen Überschwemmungen" zu genehmigen; dann sind wir mit Gruppe V fertig. Diese Post macht 4820 fl. aus, nachdem der Betrag von 3350 fl. für die Post „Vergütung der von der k. k. Statthalterei und der k. k. Polizeidirection vorschussweise bestrittenen Auslagen" seitens des Stadtrathes gestrichen wurde, weil derselbe der Meinung ist, dass die Gemeinde hiezu nicht verpflichtet ist.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist zur Rubrik XXI kein Antrag gestellt worden; ich erkläre dieselbe in Einnahmen und Ausgaben für angenommen.

**Beschluss:** Die Rubriken V bis VII der I. Gruppe werden nach den übereinstimmenden Anträgen des Stadtraths- und des Commissions-Referenten genehmigt. Desgleichen die Gruppen II bis inclusive V.

Nach Antrag der Budget-Commission wird die Einnahmspost 6 der Rubrik VIII mit 28.280 fl., die Einnahmspost 1 der Rubrik XV mit 319.500 fl., die Ausgabspost 1 der Rubrik XI mit 222.240 fl. und die Ausgabspost 8 a der Rubrik XX mit 290 fl. festgesetzt.

— Der Stadtrath wird aufgefordert, über die neuen Steuervorlagen, insbesondere behufs Untersuchung der aus denselben erwachsenden Pflichten der Steuerträger, in kürzester Frist Anträge zu stellen.

— Der Herr Bürgermeister wird ersucht, wegen Erwirkung der Gebüren- und Steuerfreiheit, beziehungsweise wegen Übertragung der für die alten Anlehen der Stadt gewährten Erleichterungen auf neue, an deren Stelle tretende Obligationen, die erforderlichen Schritte einzuleiten und wegen Rückzahlung der höher verzinslichen Vororteschulden, beziehungsweise wegen Unificierung derselben mit den Darlehensgebern in Verhandlung zu treten.

— Die Vermehrung der Sicherheitswache ist unbedingt nothwendig und wird der Herr Bürgermeister ersucht, sich zu diesem Behufe, insbesondere wegen Vermehrung der Sicherheitswache im XII. Bezirke mit dem Herrn Polizeipräsidenten und den höheren competenten Behörden ins Einvernehmen zu setzen.

— Der Herr Bürgermeister wird ersucht, dahin zu wirken, dass im XVIII. Bezirke in Gersthof anstatt eines zwei Rayonsposten aufgestellt werden.

— Der Herr Bürgermeister wird ersucht, bei der k. k. Polizeidirection dahin zu wirken, dass die Weingärten einer besseren Aufsicht unterzogen werden.

— Der Magistrat wird beauftragt, Erhebungen zu pflegen, ob für den Pferdedünger nicht ein höherer Erlös zu erzielen wäre.

— Der Magistrat hat ehestens eine Vorlage wegen Errichtung einer Feuerwehrfiliale für Neu-Rudolfsheim und Neu-Fünfhaus einzubringen.

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung um 8 Uhr 10 Minuten abends.)

# Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **21. März 1895** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl.

**Bürgermeister Dr. Grübl:** Die Versammlung ist beschlussfähig, ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

**1.** Herr Gem.-Rath Hassfurther entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung wegen Unwohlseins.

**2.** Herr Josef Teltscher, VI., Corneliusgasse 2, spendet anlässlich seiner Civiltrauung für Arme Wiens 50 fl.

Dem Spender wird der Dank ausgesprochen.

Ich bitte um die Mittheilung der Einläufe.

**Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh** (liest):

**3.** Petition des Verbandes der landwirtschaftlichen Bezirksvereine im Viertel unterm Manhartsberge um Zuerkennung einer Subvention behufs Aufstellung von Preisen. Überreicht durch Herrn Gem.-Rath Dr. Klotzberg.

Die Petition hat folgenden Wortlaut (liest):

Hochlöblicher Gemeinderath
der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Der Verband der landwirtschaftlichen Vereine des Viertels unterm Manhartsberge veranstaltet vom 21. September bis 1. October 1895 in der Dauer von elf Tagen in Mistelbach eine Ausstellung, welche das ganze Gebiet der land- und forstwirtschaftlichen Culturentwicklung und der damit im Zusammenhange stehenden Gewerbe und Industrien umfassen wird.

Diese Ausstellung, welche Se. Durchlaucht der regierende Fürst Johann II. von und zu Liechtenstein unter seinem mächtigen Schutze zu stellen geruhte und die Se. Excellenz der Herr Statthalter von Niederösterreich durch die Übernahme des Ehrenpräsidiums ganz besonders auszeichnete, gilt dem großen Landestheile des unteren Manhartsviertels mit seiner über 80 Quadratmeilen großen, im Dienste des land- und forstwirtschaftlichen Gewerbes stehenden Culturfläche, die fast ganz und ausschließlich in den Dienst der Versorgung der Reichshauptstadt mit den tausendfachen Bedürfnissen an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, insbesondere mit den Hauptartikeln des täglichen Bedarfes, wie Milch, Gemüse, Geflügel, Obst, Wein, Fleisch, Getreide, Heu und Stroh u. s. f., gestellt ist und darum für die zu versorgende Stadt von einer großen Bedeutung ist.

Jeder Wellenschlag eines gesteigerten Fortschrittes hier auf dem großen Haus- und Nutzfelde der Millionenstadt macht sich dort in förderſamer Weise geltend, jede auf Besserung und Hebung der hier herrschenden Culturzustände bedeutet eine wesentliche Verbesserung der Approvisionierung Wiens.

Bei dem unbestrittenen Bestande so inniger Wechselbeziehungen ergibt sich von selbst der Bestand des hohen Interesses, welches die Verwaltung der gewaltigen Stadt an den Fortschritten der materiellen Culturentwicklung bei uns nehmen muss, und darauf gestützt, erlaubt sich das Ausstellungs-Comité an den hochlöblichen Gemeinderath der Stadt Wien mit dem Ersuchen heranzutreten, diese Ausstellung fördern und unterstützen zu wollen. Wir gestatten uns noch insbesondere darauf zu verweisen, dass die hier in der Durchführung begriffene Ausstellung durchaus nicht auf die Stufe der alljährlich in den einzelnen Gerichtsbezirken abgehaltenen Bezirksausstellungen gestellt werden darf. Ist schon das weite Gebiet, für welches die Ausstellung in erster Linie Nutzen schaffen soll, ein großes — es umfasst 16 Gerichtsbezirke — und kommt die Ausstellung durch das thatkräftige Zusammenwirken von ungefähr 300 landwirtschaftlichen Vereinigungen zur Ausführung — so ist zumeist ihre Veranlagung eine ganz andere. Wie noch auf keiner anderen landwirtschaftlichen Ausstellung werden hier auf der Ausstellung in Mistelbach in Einzelnausstellungen einzelne Culturzweige im praktischen Lehrgange in vollem Betriebe gehalten sein — wir nennen als für die Approvisionierung Wiens von Interesse, die Molkerei, Futterconservierung u. s. f. — oder aber es werden einzelne Culturzweige in Specialschauen in einer bisher in Österreich noch nicht dagewesenen Ausdehnung und Mannigfaltigkeit durchgeführt werden, wie zum Beispiel die Geflügelausstellung mit Gänseschau. Dass uns dies ermöglicht wird, ist der großen Beihilfe zu verdanken, welche die großen Fachvereine der Idee und der Durchgestaltung unseres Ausstellungsplanes entgegenbringen. In Würdigung unserer Bestrebungen hat der hohe niederösterreichische Landtag eine materielle Unterstützung der Ausstellung votiert und werden die k. k. betheiligten Ministerien, Handels- und Gewerbekammer und alle berufenen Corporationen die in Verhandlung stehenden Subventionen bewilligen.

Im Hinblicke auf die hier nur flüchtig angedeutete Bedeutung unserer Ausstellung und ihren unleugbar verbessernden Einfluss auf die Approvisionierung Wiens geruhe der hochlöbliche Gemeinderath der Stadt Wien zu beschließen:

a) die Ausstellung in Mistelbach in Anbetracht der sehr großern Veranstaltungskosten mit einer Subvention,

b) durch Stiftung von Preisen und Prämien, besonders für jene Culturzweige, welche für die Approvisionierung einen hervorragenden Wert haben, insbesondere Geflügelzucht, Gänseschau und Molkerei,

c) durch eine eventuelle Selbstbetheiligung an der Ausstellung mit den schönen Sammlungen über Approvisionierungsproducte, deren Fälschungen, mit vortrefflichen diesbezüglichen graphischen Darstellungen u. s. f.,

d) durch leihweise Überlassung von Decorationsmateriale aus den reichen dortigen Vorräthen zu unterstützen.

**Bürgermeister:** Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

**Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh** (liest):

**4.** Interpellation des **Gem.-Rathes Dr. Klotzberg:**

Am 11. December 1891 habe ich den Antrag gestellt, „eine Statistik der Kosten für Substitutionen bei männlichen und weiblichen Lehrkräften zu verfassen und alljährlich dem löblichen Gemeinderathe vorzulegen“.

Nachdem seit dieser Zeit mehr als drei Jahre verflossen sind, ohne dass eine solche Statistik erschienen ist, so erlaube ich mir an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister nachfolgende Anfragen ergebent zu stellen:

1. Wird an einer solchen Statistik überhaupt gearbeitet?

2. Wann ist die Hoffnung vorhanden, dass diese Statistik erscheint?

**Bürgermeister:** Ich werde über den Gegenstand Erhebungen pflegen und die Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

**5.** Wir kommen zur Tagesordnung. Ich ersuche die Herren Referenten, ihre Plätze einzunehmen.

(Die Herren Gem.-Räthe Boschan und Dr. Stern treten an den Referententisch.)

**Stadtraths-Referent Gem.-Rath Boschan:** Aus der letzten Sitzung ist zur Gruppe V noch eine Abstimmung vorzunehmen, das ist, auf Seite 165 „Vorkehrungen gegen Überschwemmungen“ mit 4820 fl., nachdem ein weiterer Betrag von 3350 fl. vom Stadtrathe gestrichen wurde.

**Bürgermeister:** Wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Zu Gruppe V, Rubrik XXI, wünscht niemand mehr das Wort. Ich erkläre sie deshalb für angenommen.

**Stadtraths-Referent:** Wir kommen zur Gruppe VI, bestehend aus sechs verschiedenen Rubriken, nämlich XXII bis XXVII, welche enthalten Straßenwesen, Wasserbauten und Brücken, Gartenanlagen und Alleen, öffentliche Beleuchtung, Wasserleitungen und Canäle.

Ich glaube wieder in derselben Weise vorgehen zu sollen, wie das letztemal, dass je eine Rubrik genannt wird und dann die Debatte darüber stattfindet.

Ich bitte also aufzuschlagen Seite 168 „Straßenwesen“, Rubrik XXII.

Die Einnahmen bestehen aus:

Beitrag des k. k. Ärars zur Erhaltung der in das Eigenthum der Gemeinde Wien übergebenen, vormals ärarischen Straßen und der Brücken über den Donaucanal; — Beitrag des niederösterreichischen Landesfondes zur Straßenerhaltung; — Beiträge der Lohnkutscher zu den Straßensäuberungskosten (Platzreinigungsgebüren).

Anderweitige Beiträge zur Erhaltung, Säuberung und Bespritzung der Straßen, und zwar:

Beiträge von den Tramway-Gesellschaften; — Sonstige Beiträge.

Platzgelder für Hütten, Tischausstellungen und für sonstige Benützung öffentlicher Plätze und Straßen:

Platzgelder von Tramway-Gesellschaften; — Sonstige Platzgelder; — Platzgelder für Materiallagerplätze bei Häuserbauten; — Abgabe der Wiener Tramway-Gesellschaft; — Abgabe der Elektricitäts-Gesellschaften; — Erlös für in die Verbauung einbezogene Straßengründe; — Verkauf von zur Straßenverbreiterung erworbenen Realitäten; — Gebüren aus der Verbauung von auf der Schmelz gelegenen Gründen auf Grund des mit Allerhöchster Entschließung vom 10. April 1874 genehmigten Beschlusses des niederösterreichischen Landtages vom 16. Jänner 1874 (L.-G.-Bl. Nr. 19); — Verschiedene Einnahmen und Rückvergütungen.

Diese Beträge machen zusammen 755.550 fl.

Zu diesen Anträgen hat die Budget-Commission einige Abänderungen beantragt, welche der Herr College vortragen wird.

**Bürgermeister:** Der Herr Referent der Commission!

**Commissions-Referent Gem.-Rath Dr. Stern:** Zur Gruppe VI, und zwar Rubrik XXII, Post 7, wird eine Erhöhung um 8900 fl. beantragt. Es wird nämlich beantragt, dass die Abgabe der Wiener Tramway-Gesellschaft von 174.000 auf 182.900 fl. erhöht werde. Zu diesem Antrage sieht sich die Commission dadurch veranlasst, dass auf Grund des Betriebsausweises der Tramway-Gesellschaft für 1894 die Brutto-Einnahme im Jahre 1894 4,816.921 fl. 43 kr., also um 1,316.921 fl. 43 kr. mehr als $3\frac{1}{2}$ Millionen Gulden betrug, und dass sich sohin die $3\frac{1}{2}$percentige Abgabe mit rund 46.100 fl. gegen die präliminierten 37.200 fl. berechnet.

Zur Post 10 derselben Gruppe wird eine Erhöhung um 13.330 fl., nämlich von 8950 auf 22.280 fl. beantragt. Diese Post beziffert den Verkauf von zur Straßenverbreiterung erworbenen Realitäten, und die Erhöhung ist dadurch gerechtfertigt, dass über Gemeinderaths-Beschluss vom 26. October 1894 für einen um 20.000 fl. verkauften Grund an der Ecke der Burg- und Spittelberggasse im VII. Bezirke ein Kaufschillingsrest von 13.330 fl. fällig ist.

Ferner wird zu Post 12 a unter dem Titel: „Verschiedene Einnahmen und Rückvergütungen" eine Einstellung von 19.850 fl., das ist gegenüber dem Magistrats-Antrage um 3600 fl. mehr beantragt, in welcher Beziehung die Anträge der Commission ohnehin mit dem Antrage des Stadtrathes übereinstimmen. Nebst dieser speciellen Post wird von Seite der Budget-Commission noch eine Resolution zur Gruppe VI, Rubrik 22 „Straßenwesen" beantragt, welche Resolution dahin lautet:

Es sei aus dem Plenum des Gemeinderathes eine Commission einzusetzen, welche jene Straßen, die zur Neu- oder Umpflasterung vorgeschlagen werden, zu begehen und deren Zustand zu untersuchen hätte.

Es hat die Commission zu diesem Antrage sich aus dem Grunde veranlasst gefühlt, weil es doch immerhin längere Debatten in der Commission verursacht hätte, ob denn thatsächlich die eine oder andere Straße reparaturbedürftig, ob es durchaus nothwendig sei, dass gerade diese Straße neugepflastert werde, da verschiedene divergierende Anträge in der Commission selbst vorgekommen sind und am Ende sichere Auskünfte denn doch nicht mit voller Bestimmtheit gegeben werden konnten. Ich beantrage daher, dass in der Gruppe VI 6 in den von mir erwähnten Einnahmsposten die Erhöhung der Commissions-Anträge und ebenso die allgemeine Resolution der Commission angenommen werde.

**Bürgermeister:** Ich bitte, wer wünscht zur Gruppe „Straßenwesen" das Wort? Ich bitte, vielleicht zuerst zu den Einnahmen.

Das Wort hat Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann.

**Gem.-Rath Dr. Geßmann:** Geehrte Herren! Ich werde zunächst zu Rubrik 22, Post 7 sprechen. Abgabe der Wiener Tramway-Gesellschaft. Es ist das die einzige Gelegenheit, wo über die Zustände bei unserer Tramway hier im Gemeinderathe gesprochen werden kann.

Meine Herren! Ich werde mich über das wiederholte und dringende Ersuchen des Herrn Bürgermeisters möglichst kurz fassen, aber ich erlaube mir, insbesondere die Herren von jener Seite, welche die socialpolitische Vereinigung gegründet haben, zu bitten, gütigst dasjenige, was ich jetzt sagen werde, zur Kenntnis zu nehmen. Wenn irgendwo, ist es gerade in diesem Punkte höchst dringend, dass Männer, die sich mit socialpolitischen Fragen auch nur einigermaßen befassen, dieser Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit schenken.

Meine Herren, ich werde ganz kurz sein. Ich will über die Tramway-Misère in Wien nicht weiter sprechen, ich will nicht darauf hinweisen, dass die Abgabe, die wir von der Wiener Tramway-Gesellschaft für die Benützung unserer Straßen einheben und die mit 174.000 fl. bemessen ist, eine geradezu lächerliche Lappalie ist gegenüber dem, was in anderen Städten unter dem gleichen Titel vereinnahmt wird. Sehen Sie die Post an, die aus diesem Titel in Berlin beispielsweise im Budget erscheint, und Sie werden finden, wie ganz anders man dort in dergleichen Dingen vorgeht. Allein nicht das ist es wesentlich, was ich betonen wollte, ich will auch nicht darauf näher eingehen, dass die Zustände bei unserer Tramway ein wahrer Scandal sind, die allen öffentlichen Behörden ausnahmslos geradezu zur Schande gereichen. (Ruf: So ist es!) Die Dinge, die sich da auf der Tramway abspielen und mit der Wiener Tramway-Gesellschaft sind so unerhört, so himmelschreiend, dass es wirklich unfassbar ist, dass nicht auch eine Instanz sich findet, die da Abhilfe bringt. Nehmen wir zunächst das Publicum. Ich kann es nicht anders, wie als Hohn bezeichnen, diese unzähligen Commissionierungen, die gemacht werden, um der Überfüllung der Tramway abzuhelfen. Es macht den Eindruck der höchsten Ironie, wenn man liest: Jetzt tritt bei der Statthalterei eine Commission zusammen, jetzt beschäftigt sich der Magistrat mit einer neuen Wagentype u. s. w. Und was ist das Resultat? Dass die Tramway-Gesellschaft einfach die gesammten Behörden vom Handelsministerium herunter bis zum Magistrate auslacht und das thut, was sie bisher gethan hat, einfach wie bisher die ganzen Behörden und darunter auch den Wiener Gemeinderath foppt und zum besten hält. Meine Herren, aber einen anderen Punkt will ich heute ausführen, und ich fordere die Herren ohne Rücksicht auf die Parteistellung auf, dieser Sache endlich einmal ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Es sind in dieser Hinsicht Zustände bei der Wiener Tramway-Gesellschaft, die so unerhört sind, dass derjenige, der sie auch nur einigermaßen kennt, geradezu sich vor Entrüstung nicht zu fassen weiß. Ich meine die Art und Weise, wie das Personal bei dieser Gesellschaft misshandelt wird. Ich habe den verehrten Herrn Bürgermeister diesbezüglich einmal interpelliert, es hat nicht den geringsten Effect gehabt; ich will ihm auch diesbezüglich keine Schuld beimessen. Ich habe im Abgeordnetenhause zu wiederholtenmalen interpelliert, wiederholt die Sache vorgebracht; es hat nicht den geringsten Effect gehabt. Wissen Sie, wie dort vorgegangen wird? In der unmenschlichsten Weise werden die Leute gequält und sekkiert, namentlich die älteren Diener. Als im vergangenen Herbste sich die Aussicht gezeigt hat, dass die Tramway an eine andere Actiengesellschaft übergeht, die zugleich den Betrieb der elektrischen Bahn übernehmen sollte, ist eine Verordnung vom Oberinspectorate der Wiener Tramway-Gesellschaft unter Z. 5519 ergangen, in der eine Reihe der rigorosesten Strafbestimmungen gegen das Kutscherpersonale erlassen wurde. Wenn ein Pferd beispielsweise einen sogenannten Riegel, wie das die Leute nennen, von einem Peitschenhieb zeigt, wird der betreffende Kutscher — das ist in vielen Fällen durchgeführt worden — einfach entlassen. Aber was geschieht andererseits? Die Tramway-Gesellschaft hat ein solches System der Knauserei eingeführt, dass das ganze Pferdematериale in einem geradezu schändlichen Zustande sich befindet.

Ich erinnere mich noch sehr wohl, wie vor zehn oder elf Jahren die Tramwayfrage hier behandelt wurde und der damalige Gemeinderath R. v. Wiener darauf hingewiesen hat, welche Ordnung, welcher schöne Zustand bei dem Tramwaybetriebe herrsche, wie man schon aus dem Gesichtspunkte, dass damit im Falle einer Kriegführung ein ausgezeichnetes Pferdematerial geschaffen wird, dieser Gesellschaft den Vertrag verlängern soll. In der That ist die Verlängerung eingetreten. Was geschieht jetzt? Ich will keine Namen nennen, es ist mir gleich, ob der Tramwaygewaltige Reitzes oder anders heißt, ob er ein Jude oder ein Christ ist. Ich fordere insbesondere die Herren von der socialpolitischen Vereinigung auf, es sind genug jüdische Conducteure dort, die ebenso in der schändlichsten Weise ausgenützt und aus-

geschunden werden. Das Publicum wird verhöhnt, die Behörde wird verhöhnt und der Menschlichkeit geradezu ins Gesicht geschlagen. Es wird die Ersparungssucht bei der Tramway soweit getrieben, dass die Thiere buchstäblich verhungern. Die Herren können sich überzeugen: so wie die Thiere in den Stall hineingeführt werden, so fressen sie — sit venia verbo — die Excremente der anderen Thiere vor Hunger auf, die Streu zehren sie auf, weil sie so hungrig sind. Das geschieht offenbar zu dem Zwecke, um die Rentabilität des Unternehmens möglichst hinaufzuschrauben und auf diese Weise bei der Übergabe einen möglichst großen „Rebach" zu machen. Das geht namentlich den Wiener Thierschutzverein an.

Noch viel empfindlicher ist die Ausbeutung des Menschenmateriales. Was da geschieht, ist unerhört. Wir alle bemühen uns, auf socialpolitischem Gebiete irgendetwas zu erreichen, dort aber haben die Leute 20- und mehrstündige Arbeitszeit; das Stallpersonale, das 14 und 15 Stunden im Dienste war, wird zu einem weiteren Fahrdienste von 4 und 6 Stunden herangezogen und in der unglaublichsten Weise wird hier vorgegangen. Es ist eine Bestimmung in der Dienstordnung, dass derjenige, der eine halbe Stunde über die Zeit hat, eine ganze Stunde gutgeschrieben bekommt. Da wird so vorgegangen, dass der Betreffende höchstens 26 bis 28 Minuten bei der Einziehung hat, damit man ihm möglicherweise dieses Sündengeld noch zum Abzuge bringen kann. Ebenso ist es, was namentlich das ältere Personal anbelangt, das um jeden Preis hinausgetrieben und hinausgepeitscht wird, um den Pensionsfond der Gesellschaft auf diese Weise zu entlasten. Wenn ein Kutscher, der mit Pferden fahren muss, die nahezu zum umstehen sind, um eine, zwei, drei Minuten zu spät kommt, wird er einfach auf drei Tage sofort suspendiert, d. h. auf drei Tage wird ihm der Lohn entzogen; hat er das Malheur, dass ihm dies zwei oder dreimal geschieht — und ich habe ein ganzes Actenconvolut dergleichen Beschwerden, wird er einfach entlassen, und das geschieht systematisch nur zu dem Zwecke, damit diese Leute . . . (Zwischenruf links.) Wirklich, es ist unglaublich — ich weiß nicht, welchen parlamentarischen Ausdruck ich wählen soll —. Diese Erlässe haben sie nur zu dem Behufe hinausgegeben, um den Leuten zu drohen. Bei der geringsten Verletzung des Pferdes, beziehungsweise wenn es nur Peitschenhiebe zeigt, wird der Mann entlassen. Andererseits ist das Pferdematerial so miserabel, dass er natürlich nicht zur rechten Zeit kommen kann, oder es muss angetrieben werden, weil das Thier sich kaum fortbewegen kann. Es sind eine ganze Reihe von Fällen vorgekommen — und das hat die Polizei constatiert — wo die Pferde umgefallen sind und weggeführt werden mussten.

Wie man mit dem Menschenmateriale umgeht, das ist einfach nicht zu sagen. Die Leute sind zum Beispiel auf der Strecke Wallensteinstraße—Währing 14 und 16 Stunden im Winter continuierlich im Dienste. Sie haben gebeten, man möge ihnen ein Local geben, wo sie sich ein paar Minuten auswärmen oder das Mittagessen verzehren könnten. Nein! Es ist ihnen direct verweigert worden und die Leute müssen bei 6, 8, 12 Grad Kälte und so weiter die ganze Zeit im Freien zubringen und sind, wie gesagt, nicht in der Lage, sich ein paar Minuten zu erwärmen. Meine Herren! Die Ausbeutung, das Übermaß an Dienstleistungen, wie es bei der Tramway-Gesellschaft gefordert wird, ist einfach nicht zu beschreiben, und darum bitte ich Sie als Wiener Gemeinderath, endlich in der Sache etwas zu thun, weil ich leider alle anderen Instanzen vergeblich in Bewegung zu setzen versucht habe. Ich war beim Polizeipräsidenten; er hat mir zugestanden, dass die Verhältnisse bei der Wiener Tramway-Gesellschaft ihm sehr unangenehm seien, dass aber eine Competenz eigentlich nicht bestehe. Tritt die politische Behörde ein, so verweist die Wiener Tramway-Gesellschaft darauf, dass sie ein Eisenbahnunternehmen sei und nur mit der Gewerbebehörde zu verhandeln habe. Tritt die Gewerbebehörde ein — vor dem Wiener Magistrate hat die Gesellschaft überhaupt keinen Respect. Ich war beim Handelsminister; was hat er mir gesagt? Wenden Sie sich an den Gemeinderath, er soll die Tramway verstadtlichen, dann werden diese Zustände behoben werden. Ich habe ihm ohneweiters darauf erwidert, ich würde wünschen, dass er diese seine Anschauung den Herren der liberalen Partei mittheile. Ich habe ein zweitesmal Gelegenheit gehabt, und da hat er sich außerordentlich entrüstet darüber gezeigt, dass man ihn überhaupt mit solchen Sachen behelligt.

Ich erkläre Ihnen folgendes: Das ist eine Sache der öffentlichen Moral und des öffentlichen Gewissens, und der Wiener Gemeinderath hat die Pflicht, diese unmenschlichen Zustände einfach nicht hingehen zu lassen. Es ist traurig, wenn in der heutigen Zeit, am Ende des 19. Jahrhunderts, ein solcher Scandal, der sich durch Jahre hinzieht und öffentlich bekannt ist, einfach ignoriert wird, weil es sich um ein großes Actienunternehmen handelt. Meine Herren! Sie dürfen sich dann nicht wundern, wenn die Geschichte eines Tages bricht. Wir haben Tramwaystrikes mit blutigen Consequenzen in Wien bereits wiederholt gehabt. Es gehört wirklich eine übermenschliche Geduld dazu, eine so ungeheuerliche, schändliche Bedrückung auszuhalten, wie ihr diese Leute ausgesetzt sind. Als mir der Herr Bürgermeister erwidert hat, hat er — wie soll ich mich ausdrücken? — gesagt, er werde sich um die Verhältnisse erkundigen. Freilich, die Erkundigung ist sehr leicht. Es ist auch keine Beantwortung der wiederholten Interpellationen im Abgeordnetenhause erfolgt. Ja, meine Herren, wir dürfen uns dann nicht wundern, wenn die Kreise immer größer und größer werden, die sagen: „Es ist ja auf gesetzlichem Wege überhaupt nichts zu erreichen! (So ist es! links.) Die ganzen öffentlichen Vertretungskörper sind nicht einen Schuss Pulver wert, weder der Gemeinderath, noch die anderen Körperschaften."

**Bürgermeister** (unterbrechend): Ich bitte, sich doch etwas zu mäßigen!

**Gem.-Rath Dr. Geßmann:** Das ist aber die Wahrheit!

**Bürgermeister:** Es geht aber zu weit!

**Gem.-Rath Dr. Geßmann** (fortfahrend): Herr Bürgermeister, gehen Sie in die Kreise jener Leute, die reden noch ganz anders, und es ist geradezu Pflicht, dass das öffentlich gesagt wird. Glauben Sie, meine Herren, mir ist diese ewige Behelligung mit dieser Tramway-Gesellschaft angenehm? Man hat keine Ruhe bei Tag und bei Nacht, und es bleibt mir factisch nichts übrig, als überall, wo es mir gegönnt ist, öffentlich darauf hinzuweisen. Ich richte also nochmals einen Appell an Sie ohne Unterschied der Partei: Suchen Sie, dass in der Sache endlich einmal etwas geschieht. Die Tramway hätte nie zu einer solchen Unverfrorenheit kommen können, wenn ihr nicht auch im Wiener Gemeinderathe in der Weise die Stange gehalten worden wäre, wie es geschehen ist. Die Zustände müssen anders werden, oder gestehen Sie offen ein: Wir sind alle nur da, um ein ganz enges Classeninteresse zu vertreten. Wir wollen von ehrlichen, socialen Reformen absolut

nichts wissen, sondern wir folgen einfach nur dem Commando der Herren Reitzes oder anderer großer Unternehmer.

**Bürgermeister:** Diese letzte Bemerkung muss ich entschieden zurückweisen. Der Gemeinderath hat gar nicht der Tramway die Stange gehalten; er hat auch gar keine Veranlassung dazu. Der Gemeinderath kann nur das thun, was in seine Competenz fällt. Alle Übelstände, die Sie schilderten — ich kann nicht untersuchen, ob sie begründet sind oder nicht und in welchem Maße — abzustellen, fällt nicht in die Competenz des Gemeinderathes, und es ist ein Unrecht, wenn man sagt, der Gemeinderath vertritt in dieser Frage ein Classeninteresse. Ich wüsste nicht, in welcher Weise der Gemeinderath das bisher bethätigt hat.

**Gem.-Rath Dr. Geßmann:** Ich kann den verehrten Herrn Bürgermeister versichern, wenn der Gemeinderath anders zusammengesetzt wäre, würden solche Dinge sofort aufhören. Die Leute haben ganz recht: es handelt sich hier nur um die Vertretung der allerheiligsten Classeninteressen.

**Bürgermeister:** Das ist nicht richtig!

**Gem.-Rath Dr. Geßmann:** Ich will nur noch eines bezüglich der Straßenreinigung sagen; vielleicht spricht ein anderer Herr über die Sache länger, und ich will die Aufmerksamkeit der Herren durchaus nicht länger, als es absolut nothwendig ist, in Anspruch nehmen. Aber ich muss constatieren, dass es nicht wahr ist, wie jetzt systematisch ausgestreut wird, dass die eigene Regie in der Inneren Stadt nicht jene Erfolge erzielt hätte, auf die von unserer Seite hingewiesen worden ist. Obwohl heuer ein sehr ungünstiges Jahr ist, wie noch nie — ich erinnere mich nicht leicht eines Jahres, wo so kolossale Schneefälle gewesen wären — wird nach dem, was ich gehört habe, der ganze Saldo sich selbst unter den neuen Verhältnissen noch immer günstiger stellen, wie in anderen Jahren. Und was beweist denn überdies jene Behauptung? Wie wäre die Geschichte gewesen, wenn die Transport-Gesellschaft die Sache in ihrer Regie gehabt hätte? Sie wäre dann jedenfalls, wie das wiederholt vorgekommen ist, auch mit Nachtragsforderungen gekommen.

Das eine muss ich noch sagen. Freilich, so darf die eigene Regie nicht geführt werden; es ist ordentlich ein gewisses System darin, die Sache zum Schiffbruche zu bringen. Es könnte viel mehr erspart werden, es könnte die ganze Action viel genauer und viel besser geführt werden, und es wäre der Effect da naturgemäß in finanzieller Hinsicht noch viel günstiger. Das ist das einzige, was ich bezüglich der Straßenreinigung noch bemerken wollte.

**Bürgermeister:** Ich muss auch diese Bemerkung zurückweisen und muss den Herrn Redner ersuchen, wenn er behauptet, dass man systematisch die eigene Regie ad absurdum führen will, mir bezügliche Behelfe an die Hand zu geben; solange er mir derartige Behelfe nicht an die Hand gibt, bin ich nicht in der Lage, solche Behauptungen zuzulassen.

Herr Gem.-Rath Frauenberger!

**Gem.-Rath Frauenberger:** Ich werde mich streng an die vorliegenden Ziffern halten und werde die Herren bitten, sich den Specialausweis auf Seite 384 gütigst aufzuschlagen und mit mir die Posten durchzugehen.

**Bürgermeister:** Wir sind bei den Einnahmen. Ich würde bitten, zu den Ausgaben später zu sprechen.

**Gem.-Rath Frauenberger:** Bezüglich der Einnahmen spreche ich nur mein Bedauern aus, dass das Project der Kehrichtverwertung noch immer studiert wird. Wenn man es früher durchgeführt hätte, so wäre heute gewiss schon eine Einnahmspost zu verzeichnen. Bei den Ausgaben werde ich mir, Herr Bürgermeister, später das Wort erbitten.

**Bürgermeister:** Herr Gem.-Rath Eigner zu den Einnahmen?

**Gem.-Rath Eigner:** Nein!

**Bürgermeister:** Wollen Herr Gem.-Rath Brauneiß zu den Einnahmen sprechen?

**Gem.-Rath Brauneiß:** Ja! Meine sehr verehrten Herren! Ich erlaube mir speciell zur Rubrik XXII, Post 11, einige Worte an Sie richten.

Es wird vielleicht in keinem Bezirke Wiens vorkommen, dass die Realitätenbesitzer eine Extraabgabe für die Herstellung von Brücken und Straßen zahlen müssen. Es ist dies, soviel mir bekannt ist, nur im XIV. Bezirke der Fall, wo die Besitzer von Baugründen verhalten werden, nach dem Landesgesetze per Klafter 1 fl. für Überbrückungen zu zahlen. Ich will die Herren, welche seinerzeit die Gemeinde Rudolfsheim vertreten haben und bei Erbauung der Kaiserin Elisabeth-Westbahn sich nicht ins Mittel gelegt haben, um Überbrückungen und Übergänge zu schaffen, durchaus nicht verantwortlich machen, aber soviel mir bekannt ist, ist der Betrag, den die dortigen Besitzer von Baugründen für Überbrückungen bezahlt haben, bereits in einem Betrage von mehr als 10.000 fl. überzahlt worden.

Ich sehe gar nicht ein, wie die Bewohner dazu kommen, noch weiterhin zu zahlen, und wenn schon ein überzahlter Betrag da ist, so sollte man doch trachten, dass der von mir gestellte Antrag, dass zwischen der Schmelzerbrücke und dem Penzinger Viaducte ein Übergang geschaffen werde, endlich berücksichtigt werde. Wir sind von den alten Bezirken durch eine chinesische Mauer geschieden. Wenn wir in den alten Theil des Bezirkes oder in andere alte Bezirke gehen wollen, so müssen wir entweder über den Schmelzer oder Penzinger Viaduct gehen oder am Westbahnhofe selbst vorüber gehen, um dorthin zu gelangen. Gegenüber dem Projecte eines neuen Überganges macht die Direction der Staatsbahnen freilich Einwendungen. Ich habe mir erlaubt, diesbezüglich mit einer Deputation meiner Mitbürger zu Seiner Excellenz dem Herrn Handelsminister zu gehen und demselben das vorzutragen. Seine Excellenz der Herr Handelsminister sagte: „Ja, die Direction der Staatsbahnen macht Einwendungen dagegen und meinte, es wird sich nicht thun lassen.“ Ich bin aber nicht überzeugt, dass sich hier nichts thun lässt, denn wir waren auch mit einer Deputation bei Seiner Excellenz dem Generaldirector Bilinski und derselbe hat gesagt: „Wenn die Gemeinde einen Beitrag dazu leistet, so wird der Übergang geschaffen werden.“

Ich habe diesbezüglich schon einen Antrag eingebracht; ich weiß nicht, was geschehen ist, ob der Antrag berücksichtigt wird oder nicht. Wenn schon die Bewohner von der Einzahlung, die nur bis zum 1. Jänner 1894 vorgeschrieben war, nicht enthoben werden, so sollte man doch den überzahlten Betrag dazu verwenden, dass dieser Übergang geschaffen wird. Die Bewohner sehnen sich darnach, und es ist wirklich eine dringende Nothwendigkeit, dass hier etwas geschieht. Ich möchte also den Herrn Bürgermeister bitten, dass endlich einmal mein Antrag über dieses Project zur Ausführung gelangt.

**Bürgermeister:** Ich kann darauf bemerken, dass ich mit dem Herrn Generaldirector Rücksprache gepflogen habe, und dass derselbe seine principielle Geneigtheit erklärt hat, vom technischen

Standpunkte aus die Sache in Verhandlung zu nehmen, das heißt also eventuell auch seine Zustimmung zur Herstellung eines Gehweges über die Westbahn zu geben. Die Differenz liegt jetzt hauptsächlich in der finanziellen Seite der Frage. Die Staatsbahnen stehen auf dem Standpunkte, dass sie nicht verpflichtet sind, in dieser Richtung irgendein Opfer zu bringen, und dass, wenn schon die Generaldirection ihre Zustimmung zur Herstellung dieses Überganges gibt, das auf Kosten der Gemeinde geschehen müsste. In diesem Punkte ist vielleicht ein geringes Entgegenkommen von Seite der Staatsbahnen zu erwarten, aber sicher ist, dass nur dann ein Übergang gemacht werden könnte, wenn von Seite der Gemeinde größere Opfer gebracht werden. Die Sache wird nun jetzt in technischer Beziehung studiert und es ist zu erwarten, dass in sehr naher Zukunft ein Project für die Herstellung eines solchen Gehweges an der bezeichneten Stelle dem Gemeinderathe zur Begutachtung wird vorgelegt werden können.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Gem.-Rath Gräf, zu den Einnahmen?

**Gem.-Rath Gräf:** Ja! — Bezüglich der Tramway kann ich mich nur voll und ganz den Ausführungen des Herrn Collegen Dr. Geßmann anschließen. Auch die Neue Wiener Tramway ist, was Rücksichtslosigkeit gegen die Bevölkerung betrifft, der alten gewiss gleichwertig.

Ich finde hier unter den Einnahmen einen Betrag eingestellt, den die Tramway für die Reinigung der Straßen zu bezahlen hat. Bei uns im XVI. Bezirke kann man nun die traurige Erfahrung machen, dass der Unterbau der Tramwaygeleise so schlecht ist, dass der Betrag, der hier eingestellt ist, nicht einmal ausreichen würde, die Kleiderreinigung der Passanten zu bezahlen. Da so viele Leichenbegängnisse die Ottakringer Hauptstraße passieren, so kommt es wiederholt vor und erregt den gerechten Unwillen der Bevölkerung, dass, wie ein Wagen über den schlechten Unterbau rollt, das schmutzige Wasser einer Fontaine gleich aufspritzt und die Kleider der Passanten verunreinigt. In den letzten zwei Jahren — ich weiß es nicht genau — soll die Tramway-Gesellschaft aufgefordert worden sein, dort entsprechende Reparaturen vorzunehmen. Es geschieht aber nichts. Ich fühle mich daher verpflichtet, den Herrn Bürgermeister auf diese Übelstände aufmerksam zu machen und zu bitten, die Tramway in geeigneter Weise zu verhalten, den Unterbau so herzustellen, dass die Passanten nicht empfindlichen Schaden an ihren Kleidern leiden. Nebenbei bemerke ich, was die Rücksichtslosigkeit betrifft, dass auf der ganzen Strecke Mariahilferlinie—Ottakring, eine Strecke, die eine der rentabelsten der Neuen Wiener Tramway ist, nicht ein einziger Waggon mit Rauchcoupé verkehrt. Sie können sich also denken, wie rücksichtsvoll diese Tramway gegen das fahrende Publicum ist. Noch einen anderen Übelstand möchte ich erwähnen.

Es werden die Geleise, die sehr schlecht sind, sehr stark verlegt und die Putzer dieser Schienen gehen mit ihrem Werkzeuge herum und lassen gewöhnlich den Schmutz auf der Straße neben dem Geleise liegen.

In der Frühe sind unsere Arbeiter damit beschäftigt, die Straßen so gut als möglich zu reinigen, um 9 oder 10 Uhr kommen dann aber die Schienenputzer und putzen den ganzen Schmutz aus den Schienen heraus. Das ist auch ein Übelstand; ich sehe nicht ein, wie wir dazu kommen, für die Tramway den Schmutz wegzuführen, nachdem sie nur einen minimalen Beitrag zur Reinigung beiträgt. Ich bitte also den Herrn Bürgermeister, von diesem Übelstande Notiz zu nehmen und das geeignete zur Abstellung zu veranlassen.

**Bürgermeister:** Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung zu den Einnahmen.

**Gem.-Rath Dr. Friedjung:** Auf dem Gebiete der Tramway herrschen so crasse, der Stadt Wien zur Unehre gereichende Zustände, dass der Appell, den der erste Herr Redner an diese Seite des Hauses (rechts) gerichtet hat, einen warmen Widerhall finden muss, und zwar nicht nur auf Seite der Mitglieder der social-politischen Partei, an welche er sich in erster Reihe gewendet hat, sondern bei allen, welche Sinn und Herz für den Fortschritt unserer Stadt haben. Es ist überhaupt eine merkwürdige Thatsache, so oft wird die Wirtschaft der autonomen Gemeinde Wien getadelt, aber merkwürdigerweise, derjenige Zweig unseres städtischen Verkehres, welcher unter Aufsicht des Staates steht, und auf welchen wir gar keine Ingerenz haben, ist eigentlich der verwahrloseste. Gewissermaßen könnten wir Vertreter der Gemeinde Wien, welche nicht dafür verantwortlich sind, weil wir darauf keinen Einfluss besitzen, stolz darauf sein, dass die einzigen wirklich crassen und von jeden Fremden besonders getadelten Übelstände, die so in die Augen springen, nicht die Schuld der Gemeinde sind, sondern anderer Organe. Freilich können wir nur bedauern, dass diese Organe nicht die Kraft besessen haben, der Tramway rechtzeitig gegenüber zu treten. Eine Zeitlang schien es wirklich, als ob die Percente, welche die Tramway an die Actionäre zahlt, etwas geheiligtes wären, an dem nicht gerüttelt werde dürfe, denn es wurde ja stets, wenn man auf scharfe Maßregeln gegen Überfüllung drang, darauf hingewiesen, dass dadurch die Erträgnisse der Tramway gemindert würden. Jetzt aber, wo die Tramway ein anderes Princip verfolgt, wo sie nicht mehr die Bilanzen mit so niedrigen Einnahmen macht, wo sie, der Börsenconjunctur folgend, hohe Einnahmen, ich glaube 8 Percent bei der letzten Generalversammlung festgesetzt hat, sollten doch endlich einmal jene, welche stehen geblieben sind vor dieser nicht anzurührenden Rente, endlich den Muth bekommen, einzutreten.

Auch auf dieser Seite (rechts) ist darauf hingewiesen worden. Im vorigen Jahre, es ist eigentlich schon etwas länger her, habe ich eine Interpellation eingebracht, welche dem Bürgermeister Dr. Prix so scharf schien, dass er mir, nachdem diese Interpellation verlesen war, eine Rüge gab. Also auch wir haben nach Kräften getrachtet, hier eine Besserung herbeizuführen. Thatsächlich ist kein Zustand so geeignet, den Credit der Stadt Wien im Auslande herunterzusetzen, wie diese abscheulichen Zustände auf der Tramway, welche von allen Fremden als ein Schandfleck Wiens in alle Theile der Welt hinausgetragen wird, und das schadet uns viel mehr, als eine Menge anderer Dinge, auf welche sonst mit vieler Emphase hingewiesen wird.

Sehen Sie, meine Herren, früher hat sich die Staatsverwaltung damit ausgeredet, dass sie gesagt hat, das Wiener Publicum würde sich nicht Maßregeln gegen die Überfüllung gefallen lassen. Das gute Wiener Volk, das war der Sündenbock für die Sünden der Verwaltung. Nun hat aber die Staatsverwaltung thatsächlich auf einigen Routen der Überfüllung ein Ziel gesetzt und es hat sich gezeigt, dass das Wiener Publicum so gesetzliebend, so anständig, so ordentlich ist, dass auf diesen Routen, besonders auf der nach Dornbach, niemals ein Anstand vorkommt; das Publicum fügt sich unbedingt den Anordnungen des Conducteurs. Es ist also nicht wahr, dass sich das Publicum

auflehnen und eine Überfüllung erzwingen würde. Das ist eine Verleumdung. Das ist eine Verleumdung, könnte man sagen, die aber nur diejenigen angewendet haben, die nicht den Muth gehabt haben, energisch vorzugehen.

Wenn unsere Staatsverwaltung behauptet, sie habe die Mittel nicht, um die Tramway zu zwingen, so würde ich unsere Staatsverwaltung bitten, sich einfach nach Berlin oder Paris zu wenden und sich für 14 Tage einen schneidigen Polizei-Commissär auszuborgen. Es würde sich zeigen, dass dieser schneidige Polizei-Commissär — leider des Auslandes — in Wien alle die Resultate zuwege brächte, welche in Berlin und Paris vorhanden sind, wo keine Überfüllung der Tramway besteht. Man kann nur mit Entrüstung an diese Zustände denken und man muss auch — wenn auch die Form eine scharfe sein mag — demjenigen, was Herr Dr. Geßmann in Bezug auf die klägliche und unwürdige Behandlung des Personales der Tramway gesagt hat, rechtgeben. Auch in diesem Falle werden insbesondere die Mitglieder der socialpolitischen Vereinigung alles thun, was in ihren Kräften steht: sie würden sich jeder Action anschließen, welche eine Besserung herbeizuführen imstande ist.

Ich möchte, da ich beim Worte bin, jetzt nur mit wenigen Worten eine Bitte an den Herrn Bürgermeister richten, welche mir erspart, später das Wort zu ergreifen. Ich glaube, dass ich das ebensogut bei den Einnahmen wie bei den Ausgaben besprechen kann. Es handelt sich darum, dass endlich einmal die Krankenversicherung der Wiener Gemeindearbeiter, speciell der Straßenkehrer durchgeführt werde. Die Wiener Gemeindearbeiter haben in mehreren Versammlungen, denen ich beigewohnt habe, ein Statut für die Krankenversicherung der Mitglieder ausgearbeitet und sind bereit, Opfer zu bringen. Ich habe das Statut hier. Bereits am 15. November 1894 wurde es von der Statthalterei bestätigt. Der Magistrat hat aber so lange gezögert, den Bericht über das Statut zu erstatten, dass dasselbe nicht in Kraft treten kann. Es kann nämlich nach den in demselben enthaltenen Bestimmungen erst in Kraft treten, wenn die Gemeinde Wien sich über die Beiträge ausgesprochen hat, die sie selbst zur Krankenversicherung zahlen will. Der Magistrat hat endlich den Bericht erstattet. Die Sache ist an den Stadtrath gekommen; leider ist sie im Stadtrathe vertagt worden, und es hat sich nicht Gelegenheit gefunden, sie neuerlich zur Berathung zu bringen. Aber ich würde den Herrn Bürgermeister dringendst bitten, endlich dieses Referat wieder auf die Tagesordnung des Stadtrathes zu stellen, weil diese armen Leute nicht imstande sind, auch nur 1 fl. beiseite zu legen. Im Falle der Krankheit sind sie der ärgsten Noth ausgesetzt. Und da sie selbst schon aus eigener Kraft alles thun und selbst einen bedeutenden Beitrag zahlen wollen, so ist es wirklich Pflicht der Gemeinde, dass sie endlich Ernst macht und nicht die Leute monatelang warten läßt, damit sie die Opfer bringen können, welche sie selbst zu bringen bereit sind. Auf diesem Gebiete, glaube ich, werden sich übrigens alle Mitglieder des Gemeinderathes zusammenfinden; auf diesem Gebiete werden wir auch etwas wohlthätiges schaffen können. Ich glaube, wie gesagt, dass wirklich nicht bloß die Mitglieder der socialpolitischen Vereinigung, sondern die Mitglieder der gesammten Partei auf dieser Seite (rechts) und auch die von jener Seite (links) sich für die gedeihliche Lösung dieser Frage interessieren. (Beifall.)

**Bürgermeister:** Zu den Einnahmen. Herr Gem.-Rath Dr. v. Billing.

**Gem.-Rath Dr. v. Billing:** Ich habe mir das Wort erbeten, um bezüglich der Frage der Überbrückungsgebüren bei der Westbahn die nöthigen Aufklärungen zu geben. Ich erlaube mir zu constatieren, dass der Gemeinderath über Antrag des Stadtrathes im Februar des vorigen Jahres beschlossen hat — und zwar initiativ, ohne dass ein diesbezüglicher Antrag vorlag — diese Überbrückungsgebür von 1 fl. per Quadratklafter vom 1. Jänner 1894 aufzulassen, und es ist auch seit dem 1. Jänner 1894 irgendeine Vorschreibung dieser Gebür nicht mehr vorgekommen. Es wurde dann bezüglich der eingenommenen Summe eine Interpellation im Landtage eingebracht, und hat sich der Landesausschuss über Auftrag des Landtages an die Gemeinde mit dem Ersuchen gewendet, über diese Interpellation Mittheilungen und Auskünfte zu geben, welche Interpellation dahin gieng, es sei eine Summe von circa 7000 bis 8000 fl. überschüssig eingehoben worden, und es solle über die Verwendung derselben Bericht erstattet werden.

Auch über diesen Einlauf habe ich die Ehre gehabt, im Stadtrathe zu referieren, und es wurde die Buchhaltung beauftragt, diesbezüglich eine Abrechnung zu machen, um zu sehen, wie es sich mit diesem Überschusse verhalte. Die Buchhaltung hat nun darüber berichtet, dass aus den Büchern von Rudolfsheim, welche nur bis zum Jahre 1883 vorhanden sind, die effectiven Daten sich herausziehen lassen, dass aber bezüglich der Zeit zurück bis zum Jahre 1874, in welchem Jahre die Gebürenzahlungen begannen, nach einem gewissen festzustellenden Schlüssel gerechnet werden müsse. Der Stadtrath hat hierüber genehmigt, dass diejenigen Summen, welche in den Jahren 1883 bis 1890 nachrechenbar eingegangen sind, von der Gesammtsumme der Gebür abgezogen werden und der noch verbleibende Rest auf die übrigen Jahre bis zum Jahre 1874 gleichmäßig vertheilt werde.

Diese Abrechnung, welche, was ganz begründet das Capital, die gesetzlichen Zinsen von demselben und diejenigen nachweisbaren Nebenauslagen betrifft, welche für diesen Zweck von der Gemeinde Rudolfsheim verausgabt worden waren, liegen nun seit einigen Tagen in meinen Händen und ich werde die Ehre haben, darüber im Stadtrathe als Referent in der nächsten Woche Bericht zu erstatten. Aber ich kann heute schon constatieren, dass ein Überschuss sich thatsächlich nur in einem Betrage von etwas über 60 fl. ergibt, während an Rückständen, welche aber nicht erst nach dem 1. Jänner 1894 begründet worden sind, sondern aus früheren Jahren herstammen, noch 4400 fl. ausmachen, und dass bei diesen 4400 fl. voraussichtlich ein größeres Percent an uneinbringlichen Posten sich ergeben wird, als dieser Überschuss von 60 fl. deckt. Ich werde beantragen, dass diese Abrechnung an den Landesausschuss geleitet werde als erbetene Auskunft und Information, wobei aber der Gemeinderath auch dem Landesausschusse gegenüber seine Competenz wahren wird, weil das eine Angelegenheit ist, welche nicht den Landtag zu beschäftigen hat, sondern welche eventuell dem Beschwerdeführer die Gelegenheit gibt, diesfalls an den Verwaltungsgerichtshof zu gehen. Allein die Gemeinde wird gewiss nichts unterlassen, dem Landtage die nöthigen Aufklärungen zu geben, so dass auch dort die Interpellation in entsprechender Weise beantwortet werden kann. Ich bitte Sie, dies zur Kenntnis zu nehmen.

**Bürgermeister:** Zu den Einnahmen: Herr Gem.-Rath Purscht.

**Gem.-Rath Purscht:** Ich habe nur noch folgendes hinzuzufügen. Die Verhältnisse und Übelstände bei der Verwaltung der

Tramway werden so viel besprochen und dabei wird auf die Neue Wiener Tramway beinahe ganz vergessen. Es erinnert mich das an etwas: Wenn sich zwei streiten freut sich der dritte, sagt man gewöhnlich. Die Zustände bei der Neuen Wiener Tramway sind noch viel ärgere, als bei der alten.

Meine Herren, ich kann Sie versichern, die alte Tramway sorgt wenigstens für neue Wartehallen, während die neue Tramway fast gar keine Wartehallen hat. Sie hat eine einzige, ich glaube, die ist in Fünfhaus. Pferdeſtände sind mehrere.

Meine Herren! Bei dem ärgsten Regen muss man im Freien warten, und mir selbst ist es einmal passiert, dass ich auf die Tramway warten musste und ich habe mich in den Pferdestand hineingeflüchtet. Die Pferdewärter haben mich aber hinausgejagt, weil ich ihnen die Aussicht verstellt habe. Also, wie gesagt, die Zustände bei der neuen Wiener Tramway sind beinahe noch viel schlechter, als bei der alten.

Aber es freut mich nur, dass auf unserer Strecke die neue Wagentype überhaupt nicht mehr fährt. Entweder haben sie sie schon eingezogen . . . (Rufe links: Nein!) Ich glaube, sie sind schon zum Theile zur Erkenntnis gelangt, dass diese Wagentype nicht passt. Und ich habe mir auch damals erlaubt, zu fragen, wer die Vertreter waren, die damals bei der Begutachtung dieser neuen Wagentype anwesend waren.

Was die Tramway mit dem Publicum treibt, das ist wirklich nicht mehr schön. Aber ich möchte bitten, dass der Herr Bürgermeister auch auf die neue Tramway sein Augenmerk richte, und dass er dafür sorge, dass die neue Tramway dazu verhalten werde, Wartehallen an verschiedenen Orten aufzustellen.

**Bürgermeister:** Zu den Einnahmen Herr Gem.-Rath Sebastian Grünbeck.

**Gem.-Rath Sebastian Grünbeck:** Es ist eine ganz gerechte und allgemeine Beschwerde über den Verkehr, welchen wir auf der Alsbachstraße haben. Meine Herren! Es wird in ganz kurzer Zeit diesbezüglich — ich sage es schon im vorhinein — eine Petition von den Etablissementsbesitzern kommen. Es ist ein wahrer Scandal, dieser Verkehr bei uns in der Alsbachstraße. Zehn, fünfzehn Minuten muss man warten, bis endlich ein Wagen kommt und diese neue Wagentype, diese Marterkästen — da hört sich alles auf. Mich wundert nur, dass die Geduld des Publicums so groß ist. Ich muss aufrichtig sagen, von Seite der Tramway, dass sie sich das zu thun traut, ist eine Rücksichtslosigkeit und — ich muss schon sagen — eine Gemeinheit gegen das Publicum.

Wenn Sie sehen, in welcher Weise die Damen darin allen Gefahren ausgesetzt sind, so muss man sich wundern, dass die Polizei und die Behörde, welche sonst immer, wenn irgendwo eine Kleinigkeit ist, einen gleich zu weiß Gott welcher Verantwortung ziehen, zusehen. Aber das betrifft Millionäre, und weil es einzelne Herren trifft, die hübsch tief in den Säckel hineingreifen können, so schadet es bei ihnen absolut nichts.

**Bürgermeister** (unterbrechend) Ich bitte, derlei Vorwürfe zu unterlassen.

**Gem.-Rath Sebastian Grünbeck:** Aber Sie sind gerecht, Herr Bürgermeister.

**Bürgermeister:** Aber, wenn Sie glauben, dass diese Übelstände nicht behoben werden, weil da irgendwelche reiche oder mächtige Persönlichkeiten in Frage kommen, so muss ich Sie bitten, dass Sie das unterlassen. (Gem.-Rath Jedlička: Entziehung der Freikarten!)

**Gem.-Rath Sebastian Grünbeck:** Vielleicht die Entziehung der Freikarten. Vielleicht geht es dann besser, da wäre die Geschichte eher noch zu beseitigen. Aber es ist ein Übelstand und ich muss da auf die Anregungen unseres sehr geehrten Freundes Eigner zurückkommen. Ich möchte einmal, dass der Herr Bürgermeister in einem solchen Marterkasten hinausfährt, ich weiß, dass er dann eines anderen Sinnes wird; aber natürlich, wenn man da hinausfährt, fährt man mit einer ganz anderen Gelegenheit, als wir schlichten Bürger fahren müssen.

Ich habe im vorigen Jahre angeregt, dass der Pferdestandplatz bei der Reitergasse, jetzt Skodagasse, beseitigt werde. Sehen Sie, im vorigen Jahre habe ich das angeregt, es ist in den Stadtrath gekommen, es ist für gut befunden worden von der Majorität und Minorität, es ist angenommen worden, aber die armen Thiere stehen noch immer dort zum öffentlichen Scandal. Ich weiß nicht, wozu der Thierschutzverein und wie diese humanitären Vereine heißen, da sind? Da hört man nichts, weil das eine Millionen-Gesellschaft ist. Ein einzelner kleiner Besitzer wird eingezwickt, wo man nur kann, aber diese Leute weiß man nicht zu suchen. Ich möchte auch ersuchen, dass endlich einmal dieser Pferdestand bei der Skodagasse aufgehoben und dass endlich einmal dem Publicum Rechnung getragen wird in dieser Weise, dass diese Marterkästen nicht bewilligt werden.

**Bürgermeister:** Herr Dr. Lueger!

**Gem.-Rath Dr. Lueger:** Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht der Herr Bürgermeister die verschiedenen Herren Redner, die jetzt gesprochen haben, fortwährend unterbrochen hätte. Ich richte an den Herrn Bürgermeister die Frage: Wann sollen die Mitglieder des Gemeinderathes solchen gerechtfertigten Beschwerden Ausdruck geben? Sie haben diese Gelegenheit nur bei der Berathung des Budgets, beziehungsweise des Hauptrechnungsabschlusses. Es geschieht in der bescheidensten Weise und dennoch werden die Redner fortwährend unterbrochen, fortwährend.

Ich versichere, Herr Bürgermeister, wenn Sie ein gewöhnlicher Gemeinderath wären und so oft unterbrochen würden, Sie würden 100mal zur Ordnung gerufen. Es ist ganz unerhört. Ich muss es offen sagen, mir reisst schon die Geduld. Ich habe dem lange genug zugesehen. Sie können sich nicht beklagen, dass die Redefreiheit missbraucht wird, wir sind bei Gruppe VI.

**Bürgermeister:** Eine Bemerkung. Haben Sie gehört, wie Herr Gem.-Rath Geßmann gewiss nach seinem Belieben und von mir nicht unterbrochen die längste Zeit die Übelstände berührt hat und auch die anderen Herren? Wenn aber Vorwürfe erhoben werden, welche das Ansehen der Behörden verletzen, dann muss ich einschreiten. Ich habe gar nichts dagegen gehabt, wenn diese Übelstände, welche bestehen oder nicht, ich kann das nicht genau untersuchen, beleuchtet oder gerügt werden. Da habe ich nicht unterbrochen. Wenn aber Bemerkungen gemacht werden, die das Ansehen der Behörden verletzen, ist es meine Pflicht, einzuschreiten, und nur in diesem Falle habe ich es gethan.

**Gem.-Rath Dr. Lueger:** Herr Bürgermeister! Das Ansehen der Behörde wird am meisten dadurch verletzt, dass auf jedem Tramwaywaggon steht, es seien nur fünf oder sechs Stehplätze, und in Wirklichkeit stehen dort 12 und manchmal 20 Personen. (Sehr richtig! links.) Dadurch wird das Ansehen der Behörde verletzt, denn jeder fragt sich: Wie kommt es denn, dass die Anordnungen der Behörde in einer solchen unerhörten Weise übertreten werden können? Welche Antwort sich das Publicum gibt,

das kann ich hier gar nicht sagen. Das Publicum fragt sich mit Recht, wieso kommt es denn, dass es keine einzige Behörde in Österreich gibt, welche über die Wiener Tramway-Gesellschaft oder über die neue Wiener Tramway-Gesellschaft Herr ist? Wie kommt es, dass es keine einzige Behörde gibt, welche diese scandalösen Zustände beseitigt? Wie kommt es, dass es keine einzige Behörde gibt, welche der Ausschinderei der betreffenden Arbeiter, der Kutscher und der Conducteure, entgegentritt? Wie kommt es denn, dass es in Österreich keine einzige Behörde gibt, welche der betreffenden Personen Meister wird, die an diesen Zuständen schuldtragen? So fragt sich die Bevölkerung und diese Frage muss auch hier gestattet sein. Ich sage es ganz offen. So dumm kann gar kein Mensch sein, das erkläre ich Ihnen — der das dulden würde; das ist unmöglich. Nachdem also nicht ein Mangel an Verstand daran schuld sein kann, muss etwas anderes daran schuld sein. Und diese Frage muss auch hier gestellt werden dürfen.

Ich habe es hundertmal gesagt, dass der Gemeinderath selbst keine Schuld trägt, der ist ganz ohnmächtig; Sie können zwar hier einen Antrag stellen, aber zu einer Entscheidung darüber können Sie nicht kommen, weil die ganze Angelegenheit vollständig dem Stadtrathe zufällt. Der Stadtrath hat aber auch keine Ingerenz, weil er in diesem Falle eigentlich nur eine begutachtende Körperschaft ist. Diese Macht hat nur der Statthalter, der Polizeipräsident und eventuell der Minister. Warum thun die drei Herren nichts? Diese Frage stelle ich jedesmal und auf diese Frage muss endlich einmal eine concrete Antwort gegeben werden. Ich würde Ihnen auch zumuthen, Herr Bürgermeister, dass Sie zu diesen drei Herren gehen und ihnen direct einmal die Frage stellen: warum geschieht nichts? (Sehr gut! links.) Es ist unglaublich, da werden Enquêten abgehalten. Ich werde Ihnen erzählen, wie der berühmte Marterkasten zustande gekommen ist. Ich habe auch mitgewirkt bei der Sache. Da wird eine Enquête abgehalten über die Beseitigung der Überfüllung und da hat es sich darum gehandelt, eine Type zu finden. Da sind nun mehrere solcher Wagentypen oder Zeichnungen vorgelegen, worunter eine Type war, wo nur ein geringerer Raum zum gehen übrig gelassen war, so dass man kaum mit den Knien durchrutschen hätte können. Diese Type soll angeblich die beste von den dreien gewesen sein und ist dann angenommen worden. Meine Herren, es sind da zu wiederholtenmalen Eingaben gekommen, dass man es der Tramway-Gesellschaft erlaube, Waggons nach dieser Type zu bauen. Wenn ich nicht irre, sind die ersten Eingaben abgelehnt worden, und nur später sind sie bewilligt worden, weil man sagte, es müssen neue Waggons gebaut werden, sonst kann der Verkehr überhaupt nicht gehoben werden. In dieser Weise werden wir behandelt. Die factische Ausführung dieser Typen hat natürlich niemand gesehen, sondern nur die Zeichnungen und darnach wird eine so wichtige Frage gelöst. Meine Herren, wenn man sieht, wie es in anderen Städten bestellt ist, so muss man geradezu erstaunt sein, dass in Wien so etwas möglich ist, und darum sollte der Herr Bürgermeister erfreut sein, dass hier im Wiener Gemeinderathe von rechts und links der Stab über diese Zustände gebrochen wird. Meine Herren, das ist ein Glück, dass öffentlich darüber gesprochen wird. Vielleicht wird einmal der Statthalter oder Polizeipräsident oder irgendein Minister dann seine Pflicht erfüllen. Es hat wohl einen Statthalter gegeben, der mit der Tramway-Gesellschaft nicht viel Federlesens gemacht hat, das war der Statthalter Possinger. Er war nicht mein Freund, und ich habe von ihm nichts, ob ich ihn lobe oder nicht, aber das eine ist sicher, der Mann hat es verstanden, mit Reitzes und Genossen umzuspringen. Wir haben hier jahrelang debattiert wegen des Fahrpreises. Nichts hat es gefruchtet, nichts hat es genützt. Da ist Herr Possinger auf die Idee gekommen, das decretaliter zu thun und er hat der Tramway-Gesellschaft aufgetragen, der Preis beträgt von dem Tage an — ich weiß jetzt nicht, von welchem — zehn Kreuzer (Rufe links: Acht Kreuzer!) Nein, zehn Kreuzer. Ich weiß es, früher war ja der Preis zwölf Kreuzer und nur das sogenannte Abonnement war zu zehn Kreuzer.

Es dauert nicht lange, da kommt das zweite Decret: Acht Kreuzer. Ich weiß nicht, auf Grund welchen Gesetzes er die Geschichte gemacht hat — ich sage es offen — aber gewirkt hat es. Die Tramway-Gesellschaft hat nachgegeben und ich bin überzeugt, wenn jetzt der Statthalter mit der Tramway-Gesellschaft ebenso ernst sprechen würde, es auch gienge, dass sie nachgibt. Wenn heute der Herr Statthalter der Polizei den Auftrag geben würde, dass eine Überfüllung nicht stattfinden dürfe und die Tramway-Gesellschaft gestraft würde und nicht der Kutscher und nicht der Conducteur — ich versichere Sie — von dem Moment an gibt es keine Überfüllung, natürlich müsste es eine ordentliche Strafe, z. B. 500 fl. sein. Wenn er den Auftrag geben würde — und er hat ja das Recht dazu, meine Herren, den Fahrplan festzusetzen — soviel Waggons müssen verkehren, und zu gewissen Stunden, in welchen sonst eine Überfüllung stattfindet, müssen Ersatz- oder Ergänzungswaggons verkehren, dann wäre die Geschichte bald in Ordnung; die Tramway-Gesellschaft müsste nachgeben und die Überfüllung würde beseitigt sein. So aber finden Enquêten statt, es werden alle möglichen Leute zusammengerufen, von der Statthalterei, von der Polizei, vom Stadtrathe u. s. w. und doch wissen alle zusammen nichts. In dieser Frage kann nur die entschiedenste Initiative einer entschlossenen Persönlichkeit Erfolg erzielen, und wenn einmal der Herr Bürgermeister mit dem Herrn Statthalter zusammenkommt, so soll er es ihm sagen, dass man es im Gemeinderathe wünscht, der Statthalter solle gegenüber der Wiener Tramway-Gesellschaft ebenso energisch sein, wie er sich gegen die Opposition des Wiener Gemeinderathes energisch gezeigt hat, vielleicht gibt dann der Reitzes auch nach. Bei den Krankengeldern, da war er ja auch sehr energisch und sehr schnell und schneidig. So soll er gegenüber der Tramway-Gesellschaft vorgehen, dann werden wir Respect vor ihm haben. (Beifall links.) Denn jetzt haben wir keinen Respect — Herr Bürgermeister, ich sage es offen — ich habe keinen Respect vor einer Behörde, die in solcher Weise mit ihren Verordnungen herumspringen lässt. Erst dann werden wir Respect haben, wenn wir sehen, dass der Herr Statthalter auch dem Reitzes gegenüber von seiner behördlichen Gewalt Gebrauch macht. Das bitte ich ihm zu sagen, und ich bitte ihm auch zu sagen, dass nicht bloß die Opposition so denkt, sondern dass die ganze Majorität so denkt — die ganze Majorität — und wenn der Herr Bürgermeister darüber nicht angenehm berührt ist, weil er eben glaubt, es ist zuwider, mit dem Statthalter anzubandeln, so kann ich dem Herrn Bürgermeister im Vertrauen sagen, wenn es der Herr Bürgermeister dahin bringt, dass der Herr Statthalter vielleicht weniger oft an die Gemeinde Wien als an die Tramway-Gesellschaft denkt, wenn der Herr Statthalter gewisse energische Noten, die wir bekommen haben, auch an die Tramway richten würde, dann wird er gewiss etwas besseres thun als er bisher gethan hat. Ich ersuche also den Herrn Bürger-

meister, der Dolmetsch des gesammten Gemeinderathes bei Seiner Excellenz dem Herrn Statthalter zu sein. (Beifall links.) Er soll nur couragiert und energisch auftreten und wenn der Statthalter zuviel redet, soll er ihn flugs zur Ordnung rufen, vielleicht wird das helfen. (Beifall und Händeklatschen links.)

**Bürgermeister:** Ich muss diesen Ausdruck rügen. — Herr Gem.-Rath Bärtl!

**Gem.-Rath Bärtl:** Nur ein paar Worte. Der X. und V. Bezirk sind eben mit diesen Marterkasten beglückt, „Imperial" genannt. Ein Herr meint, diese Wägen kommen schon ab, nein, sie sind ganz neu. Es kann vielleicht der Fall eintreten, dass sie eine andere Tour machen, wenn der Spectakel und die Schimpferei zu groß werden. Ich bin leider nicht in der Lage, eine eigene Equipage zu haben und fahre daher häufig mit der Tramway und weiß, dass dort ein Scandal ist, der noch nicht da war. Man hat gesagt, man werde eine richtige Type schaffen, damit die Überfüllung nicht so stattfindet. Nun hat man die Type ausgesucht, aber versuchen Sie nur, den Wagen abzugehen. Es ist sehr interessant, gehen Sie einmal in einen Imperialwagen und versuchen Sie, ihn durchzugehen. Das finden Sie in der ganzen Welt nicht. Ich weiß nicht, wer diese Type gemacht hat! Es ist ein miserables Machwerk. In der Tramway-Angelegenheit stimme ich also dem Herrn Vorredner zu. Es ist wirklich so, wie er gesagt hat.

Nun möchte ich auch zu dem Antrage des Herrn Budget-Referenten betreffs der Commission sprechen, die die Straßen abgehen soll, welche neu- und umgepflastert werden. Ich begrüße diesen Antrag mit Freuden. Es ist nichts neues, denn früher hat die II. Section des Gemeinderathes das auch gehandhabt. Die Commission mit dem letzten Obmanne Herrn Collegen Lukſch an der Spitze, hat tagtäglich durch die ganze Zeit alle Straßen begangen und besichtigt und in der Commission ist nicht so viel debattiert worden wie jetzt, auch im Gemeinderathe nicht, weil man an Ort und Stelle gesehen hat, was nothwendig ist und was nicht. Daher begrüße ich diesen Antrag mit Freuden und bitte, ihn anzunehmen.

**Bürgermeister:** Herr Gem.-Rath Hawranek!

**Gem.-Rath Hawranek:** Nun, meine Herren, ich habe den Herrn Bürgermeister wiederholt auf die Misère mit der Tramway aufmerksam gemacht, er hat aber gesagt, er ist nicht competent, er kann mit der Tramway nichts machen. Nun, was ich ihm jetzt sagen werde, da kann er wohl etwas machen. Es betrifft die Pferde auf der Alserstraße beim Brunnen. Das ist ein Scandal; es sind fortwährend Klagen, dass selbst bei trockenem Wetter Frauen nicht auf die andere Seite der Gasse gehen können, weil sie fortwährend nass ist. Das ist doch nicht einer Residenzstadt würdig, das dürfte irgendwo auf der Pußta sein!

So geht man mit unseren Straßen um, und ich glaube, da hat der Herr Bürgermeister vollständig die Macht, das abzustellen. Die Anträge sind längst da, ich weiß aber nicht, was damit geschieht, und da möchte ich den Herrn Bürgermeister bitten, dass einmal mit unseren Anträgen etwas glimpflicher verfahren und dieselben nicht im Stadtrathsgrabe begraben werden. Ich möchte einmal wissen, was mit den Anträgen geschehen ist, und bitte, dass vielleicht in nächster Zeit darüber referiert wird, damit die Tramway sich vielleicht eine entsprechende Räumlichkeit in einem Hause für die Pferde mietet, aber damit wir nicht unsere Straßen auf Kosten der Bevölkerung dazu hergeben.

**Gem.-Rath Eigner:** Meine Herren, gestatten Sie mir einige Worte. Ich muss mein Bedauern aussprechen, dass ich meine Aufzeichnungen nicht bei mir habe, die ich über die neue Type der Tramway-Wagen erhoben habe, denn ich habe wirklich viele Tage dabei geopfert. Also zuerst über die Beschaffenheit der Waggons.

**Bürgermeister:** Herr Gemeinderath, wenn ich bitten darf, möglichst kurz! (Heiterkeit.)

**Gem.-Rath Eigner:** Sehr kurz, Herr Bürgermeister! (Heiterkeit.) Ich möchte nur die Commission kennen; ich glaube, dass auch sogar Gemeinderäthe von hier dabei waren, wie man diese Wagentype zuerst versucht hat. Bei der ersten Fahrt wird nämlich mit den Wagen Probe gefahren und da ist eine Commission dabei: da sind Gemeinderäthe, Stadträthe, vielleicht auch ein Vice-Bürgermeister, Herren von der Statthalterei, vom Ministerium, lauter erfahrene, gescheite Herren.

**Bürgermeister:** Herr Gem.-Rath Eigner! Ich bitte, sich etwas kürzer zu fassen. Könnten Sie nicht ein paar Personen von der Commission weglassen? (Heiterkeit.)

**Gem.-Rath Eigner** (fortfahrend): Aber, Herr Bürgermeister! Wenn man das genau besprechen will, so muss man es doch ausführen, sonst könnte man einfach sagen, die Wagen sind nichtsnutz. (Bürgermeister: Das genügt ja vollkommen! — Heiterkeit.) Also gestatten Sie mir, fortzufahren. Der Aufstieg auf diese neuen Wagen ist immer nur auf einer Seite; das will ich ja gutheißen. Wenn Sie sich aber eine hintere Plattform, die Breite, Länge und die Stiege hinauf betrachten: da sollen vier Herren stehen können — oder auch vier Damen! Jetzt soll aber der Conducteur durchgehen und die einsteigenden Passagiere sollen auch durchgehen und oben auf die Stiege hinaufsteigen oder in den Wagen hineingehen! Versuchen Sie es, Herr Bürgermeister! Stellen Sie sich zu viert mit Gemeinderäthen dorthin und bleiben Sie stehen, während die Leute immer herein- und herausgehen. Da werden Ihnen die Zehen vollständig abgetreten, die Knöpfe werden Ihnen weggerissen; gute Kleidung darf man nicht anhaben; man muss das schlechteste anziehen, sonst ist es ganz vollständig zerrissen. So ist es auch mit der vorderen Plattform, wo der Kutscher ist. Dort sind drei Stehplätze, dort thut sich's noch, weil das Aus- und Einsteigen seltener vorkommt.

**Bürgermeister:** Herr Gem.-Rath Eigner! Ich muss Sie wiederholt bitten, sich kürzer zu fassen, denn wenn man bei einer einzelnen Einnahmspost über alle einzelnen Details einer Type — und ich weiß nicht über was noch — in so ausführlicher Weise spricht, ist es absolut nicht möglich, im Laufe eines Jahres mit dem Budget fertig zu werden. Wenn Sie sich nicht kürzer fassen, werde ich Ihnen das Wort entziehen. Ich bitte, sich zu entscheiden und zur Budgetpost zu sprechen.

**Gem.-Rath Eigner:** Die anderen Herren haben auch über Pferde, Wartehallen und verschiedene Sachen gesprochen. Ich darf nicht darüber sprechen? Das ist ungerecht!

**Bürgermeister:** In der Weise hat keiner der Redner gesprochen. Das heißt geradezu die Zeit todtschlagen.

**Gem.-Rath Eigner:** So? Wenn man einen Wagen genau bespricht, wie er aussieht? (Heiterkeit.) Aber diese Tramway-Gesellschaft soll hören, dass im Gemeinderathe über ihr System gesprochen wird.

**Bürgermeister:** Aber bei dieser Gelegenheit ist die Debatte in dieser ausführlichen Weise nicht zuläſſig.

**Gem.-Rath Eigner:** Nun, wenn Sie den inneren Raum betrachten — ich werde mich kurz fassen — wie breit die Sitze sind, da sollen zwei sitzen, vis-à-vis auch zwei: die müssen ja die Knie und Füße einander gegenseitig hineinschieben. (Lebhafte Heiterkeit.) Dann, wenn jemand den Wagen verlassen will, so kann er in dem Zwischenraume, der in der Mitte ist, nicht passieren, weil er zu eng ist. Nun, wenn Sie die Stiege, Herr Bürgermeister . . . (Bürgermeister: Ich habe das schon gehört! — Heiterkeit.) Das gehört ins Baufach. Ich möchte auch die Ingenieure vom Magistrate fragen, wo da die Gesetze geblieben sind? Ein gewöhnlicher Hausbesitzer, ein Bauunternehmer oder Ingenieur, der ein Haus baut, hat bezüglich Auftrittes der Stufen 16 cm nicht zu überschreiten. Messen Sie einmal einen solchen Auftritt, Herr Bürgermeister, wie hoch er ist: 22 bis 25 cm. (Gem.-Rath Jedlička: Vierzig!) Das will ich nicht sagen, aber wenn jemand hinaufsteigt, ist er ordentlich in Gefahr.

**Bürgermeister:** Das gehört nicht zur Budgetpost.

**Gem.-Rath Eigner:** Das ist eine Bergtour. (Heiterkeit.)

**Bürgermeister** (unterbrechend): Wenn Sie nicht diesen Gegenstand verlassen und zur Budgetpost sprechen, entziehe ich Ihnen das Wort. Ich sage Ihnen das zum letztenmale.

**Gem.-Rath Eigner:** Dann weiter, Herr Bürgermeister, das ist auch ein Übelstand, dass auf das obere Plateau auch Damen hinaufsteigen. Das ist überhaupt dem sittlichen Wesen vollständig entgegengesetzt, Herr Bürgermeister. (Heiterkeit.)

**Bürgermeister:** Nachdem Sie nicht zur Budgetpost und nicht zur Sache sprechen, entziehe ich Ihnen das Wort. Das Wort hat Herr Gem.-Rath Dr. Kupka.

**Gem.-Rath Eigner:** So! wenn man diese Übelstände zur Sprache bringt, wird einem das Wort entzogen? Ist schon recht, Herr Bürgermeister. (Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Über die Tramway darf man nicht so viel schimpfen!)

**Bürgermeister:** Herr Gem.-Rath Eigner, Sie haben nicht das Wort.

**Gem.-Rath Dr. Kupka:** Ich bitte, mir nur eine ganz kurze Bemerkung zu gestatten, und zwar zu dem Gegenstande, von dem Herr College Hawranek gesprochen hat. Dort auf der Alserstraße ist ein Monumentalbrunnen, bei dem Monumentalbrunnen ist ein Pferdestandplatz der Tramway. Es ist auch dort eine Haltestelle. Also man muss, wenn man einsteigen will, bei dem Brunnen einsteigen, weil die Tramway seit neuester Zeit — das sind die berühmten Typen — die Wagen auf der einen Seite absperrt, so dass man nur auf der einen Seite einsteigen kann. Nun, bis vor wenigen Tagen lag in der Alserstraße gerade dort bei dem Brunnen ein Schneehaufen — es ist unglaublich. Als die Sonne kam, ist der Schneehaufen zu Wasser geworden, und es ist unbeschreiblich, wie die Straße dort aussieht, gerade bei der Haltestelle. Es ist nicht möglich, trockenen Fußes von der Straße, respective von dem Trottoir bei dem Brunnen vorbei in den Waggon hineinzukommen. Ich bitte, Herr Bürgermeister, da bezüglich der Straßensäuberung etwas zu veranlassen, denn so kann die Sache nicht fortgehen. Auch im Sommer, wenn kein Schnee liegt, herrscht dort Unreinlichkeit, dass man trockenen Fußes nicht zur Haltestelle gelangen kann, um dort einzusteigen.

**Bürgermeister:** Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet; die Debatte ist geschlossen. (Gem.-Rath Hawranek: Werden Sie uns versprechen, Herr Bürgermeister, dass Sie das abstellen?) Ja, ich habe es schon notiert. (Gem.-Rath Hawranek: Dann bin ich zufrieden!)

Bei Rubrik XXII, Post 7, hat die Commission beantragt, den Betrag von 182.900 fl. einzustellen. Ist der Stadtraths-Referent damit einverstanden?

**Stadtraths-Referent:** Ja!

**Bürgermeister:** Ich ersuche die Herren, welche mit dieser erhöhten Post von 182.900 fl. einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Dann ist noch eine Abweichung bei Rubrik XXII, Post 10. Der Antrag der Budget-Commission geht auf 22.280 fl.

Ist der Stadtraths-Referent einverstanden?

**Stadtraths-Referent:** Ja!

**Bürgermeister:** Die Herren sind mit dieser Post einverstanden? (Zustimmung.)

Bei Post 12 dieser Rubrik geht der Antrag der Commission auf Einstellung eines Betrages von 19.850 fl. Ist der Stadtrath einverstanden?

**Stadtraths-Referent:** Ja!

**Bürgermeister:** Die Versammlung ist mit dieser Ziffer von 19.850 fl. einverstanden? (Zustimmung.)

Zu den übrigen Posten ist ein Antrag nicht gestellt worden, ich erkläre sämmtliche übrigen Posten für angenommen. (Zustimmung.)

Nun kommt ein Antrag der Commission, welcher lautet (liest):

„Es sei aus dem Plenum des Gemeinderathes eine Commission einzusetzen, welche jene Straßen, die zur Neu- oder Umpflasterung vorgeschlagen werden, zu begehen und deren Zustand zu untersuchen hätte."

Das ist eine Commission im Sinne des § 47 des Statutes. Die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Derselbe ist angenommen.

**Stadtraths-Referent:** Jetzt kommen wir zu den Ausgaben. Seite 169. Die Ausgaben der Gruppe XXII bestehen aus folgenden Posten: 1. Straßenwesen: Erhaltung des Pflasters, Neupflasterungen und Straßenherstellungen, welche Post der Gemeinderath bereits nach einer vor längerer Zeit geführten Debatte genehmigt hat. Dann kommt Post 2, Erhaltung der ungepflasterten Straßen, 3. Einlösung von Grundparcellen bei Häuserbauten zur Straßenverbreiterung, 4. Ankauf von Realitäten und Gründen zur Straßenverbreiterung, 5. Straßensäuberung.

Da ist bei der Position 5 k ein Zusatz-Antrag des Stadtrathes zum Magistrate, nämlich die Genehmigung der Herstellung eines Schupfens zur Aufbewahrung von Straßenreinigungsrequisiten um den Betrag von 1330 fl., um welchen diese Position zu erhöhen ist. Post 6 ist die Straßenbespritzung, 7. Werkzeuge und Requisiten zur Straßenerhaltung und Säuberung, 8. Barrièren und Schranken, 9. Verschiedene Auslagen (Bezüge zweier Straßenaufseher für den I. Bezirk, Auslagen für Stiegen Rampen, Stützmauern ꝛc.).

B. Außerordentliche Ausgaben.

Post 10. Verfassung eines General-Regulierungsplanes über das gesammte Gemeindegebiet von Wien;

Post 11. Errichtung neuer und Reconstruction bestehender Schöpfwerke zur Straßenbespritzung;

Post 12. Investitionen anlässlich der Durchführung der Straßensäuberung im I. Bezirke in voller eigener Regie.

**Bürgermeister:** Der Herr Commissions-Referent hat das Wort.

**Commissions-Referent:** Die Commission hat zu dieser Gruppe nur eine Post zu erhöhen beantragt, nämlich die Post XXII 2 a „Beschaffungskosten des Schottermateriales", und zwar eine Erhöhung um 3700 fl., nämlich von 257.150 fl. auf 260.850 fl. Der Grund dieser Erhöhung ist angegeben in der Anmerkung:

Zur Bedeckung der Mehrkosten der mit Stadtraths-Beschluss vom 16. Jänner 1895, Z. 10001, genehmigten Beistellung von 2400 m³ Gebirgsschlägelschotter für den XIX. Bezirk durch einen Contrahenten anstatt aus dem städtischen Steinbruche am Exelberge und mit Rücksicht auf das Resultat der diesfalls bereits stattgefundenen Offertverhandlung.

Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

**Bürgermeister:** Herr Gem.-Rath Frauenberger.

**Gem.-Rath Frauenberger:** Ich werde die Herren bitten, Seite 384, Straßensäuberung, aufzuschlagen. Hier handelt es sich zunächst um manuelle Arbeiten, welche in der inneren Stadt durchgeführt werden, und um das Personale. Hier will ich lediglich constatieren, dass ein Personale gegenwärtig damit beschäftigt ist, weit über das Personal hinaus, welches früher die Transport-Gesellschaft verwendet hat. Ich habe aber dagegen keinen Einwand zu erheben, weil ich der Meinung bin, dass es gilt, alle Bezirke, namentlich aber den I. Bezirk auf das allerbeste zu reinigen und dass da eine kleine Ausgabe nicht gescheut werden darf. Eine Bemerkung möchte ich machen, und das sind die Überstunden, welche bereits 20 Percent der Arbeitszeit betragen. Ich glaube, ein solches System sollte man in die Überstunden nicht hineinlegen. Es ist zwar sicher, dass Überstunden immer gemacht werden müssen, aber in dieser großen Ausdehnung halte ich die Überstunden nicht für gerechtfertigt

Nun kommt eine Post, und da ich mehrere Posten beanständen muss und da ich über mehrere Posten Auskünfte verlangen muss, möchte ich die beiden Herren Referenten bitten, sich diese Posten, welche ich anführen werde, zu notieren, um mir über dieselben vielleicht unter einem Aufschluss zu geben.

Hier kommt eine Post vor unter Post 13 „Schneeabräumungen, Taglöhnungen 28.000 fl."

Bezüglich dieser Post möchte ich gerne wissen, was man denn eigentlich unter dieser Post versteht. Diese manuellen Arbeiten der Straßensäuberung im I. Bezirke sind veranschlagt mit einem Kostenbetrage von 13.803 fl. 3 kr.

Nun komme ich auf Seite 385. (Unruhe.) Ich möchte den geehrten Herrn Bürgermeister bitten, ein bisschen Ruhe zu schaffen.

**Bürgermeister** (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe.

**Gem.-Rath Frauenberger** (fortfahrend): Da sind die Fuhrwerkskosten, und da möchte ich die Herren bitten, welche den Specialausweis in Händen haben, mit mir diese Posten zu verfolgen. Es sind das die Posten 14 bis 25 auf Seite 385. Da haben Sie, meine Herren, einmal 1 Schaffer, 34 Kutscher, 4 Stallburschen, die Fouragekosten für 32 Paar Pferde, den Hufbeschlag, die Instandhaltung der Pferdegeschirre, Stallrequisiten, Veterinärauslagen, sonstige Auslagen, Ankauf neuer Pferde, Auslagen für die Beleuchtung und Beheizung der Stallungen, des Kutscherzimmers, Beiträge für die Kutscher zur Krankencassa, Reinigung der Bettwäsche u. s. w. Kurz und gut, Sie haben alles, was Sie für diese 32 Paar Pferde brauchen. Es sind da auch die Fouragekosten für die Pferde.

Nun sollte man meinen, jetzt könnte man eigentlich mit alldem, was man hier hat, einmal ausfahren, jetzt könnte man mit diesem Materiale, welches vorliegt, eine Arbeit unternehmen. Das geht aber noch beiweitem nicht. Alles, was ich hier angeführt habe, ist natürlich, wenigstens nach meinem Dafürhalten, ziemlich hoch gegriffen. Ich werde aber nicht eine einzige Post beanständen. Alles, was ich hier für Fuhrwerke angeführt habe, beträgt die Summe von 54.274 fl. 16 kr.

Nun kommt auf Seite 386 die Fortsetzung, und zwar heißt es hier: Hievon entfallen laut Anmerkung zu Post 26 auf die Säuberung der Straßen mittels Kehrmaschinen 10.478 fl. 44 kr. Diese Post bitte ich die beiden geehrten Herren Referenten zu notieren und mir dann zu sagen, wer denn dieses Geld bekommt. Wenn wir schon unsere Pferde und Kutscher haben, wenn wir alles haben, wer bekommt jetzt diesen Betrag von 10.874 fl. 44 kr.? Auf die Straßenkehrichtabfuhr, meine Herren, entfällt neuerdings 13.161 fl. 95 kr. Wer bekommt denn diese Post? Wir haben ja doch unsere Pferde und alles, was wir brauchen, um diese Arbeit zu verrichten. Wer bekommt denn das? Dann möchte ich nur noch bitten, wie kommt es denn, dass man hier sagt: „hievon entfallen"? Nach dem, wie ich einen Satz lese, muss ich vermuthen, dass nunmehr gesagt wird, wie sich dann die vorhergegangene Post vertheilt, denn, wenn ich sage: hievon entfallen so viel auf das, so viel auf jenes, muss ich vermuthen, dass man sagt, wie die vorherigen Posten vertheilt werden.

Das ist aber nicht der Fall, sondern diese Posten werden alle dazugerechnet. (Stadtraths-Referent: Nein!) Diese Posten werden alle dazugerechnet, ich bitte das nur durchzugehen. Jetzt kommt „Aufgenommenes Schneefuhrwerk" — das ist separat — 42.000 fl. Diese 28.000 fl. auf Seite 384, wo ich um Auskunft gebeten habe, ist also etwas anderes. Hier wird weiter angeführt die Erhaltung der Wagen; große Summen sind hier eingestellt, ganz bedeutende Beträge, wo ein jeder sagen wird, dass sie weitaus übertrieben sind. Die Herren dürfen das mit mir nur durchgehen und Sie werden das finden.

Nun komme ich zu Seite 387. Da ist eine Post „Tangente der Fuhrwerkskosten". Meine Herren! Ich muss sagen, dieses Wort „Tangente" ist mindestens sehr unverständlich, und ich glaube, die geehrte Buchhaltung möge darauf Rücksicht nehmen, dass man alles möglichst klar ausdrücken soll, dass man nicht erst lange nachstudieren soll. „Tangente der Fuhrwerkskosten", da habe ich mir gedacht, das dürfte wahrscheinlich von „tangieren" abgeleitet sein, wenn eine angenommene Post tangiert wird, also der Unterschied zwischen der angenommenen und der wirklichen Post, das dürfte diese berühmte „Tangente" sein. Ich möchte wirklich bitten, dass man solche Worte, die mindestens unverständlich sind, vermeide.

Ja, meine Herren, jetzt ist aber noch etwas anderes. Jetzt haben wir also die angenommenen 32 Paar Pferde, 34 Kutscher, Erhaltung der Pferde, wir haben die Wagen, kurz alles, und jetzt kommen Sie mit der Tangente der Fuhrwerkskosten in einem Betrage von 20.643 fl. 23 kr. Dann kommt die Tangente der Zinswerte für die Naturalwohnung des Schaffers und für die Stallungen 880 fl. u. s. w. Da möchte ich fragen: Wer bekommt dieses Geld? Wie werden diese Posten ausgegeben? Das sind ja zusammen Beträge, die noch einmal diesen Betrag ausmachen, der ursprünglich angegeben ist. Ja, werden dann noch einmal 32 Paar

Pferde angeschafft? Noch einmal 34 Kutscher? Also wie kommt denn das? (Commissions-Referent: Die Vertheilung!)

Nun, wir werden ja später reden, vielleicht ist die Sache so gebucht, dass man erst Aufklärung braucht, das ist ja möglich, aber ich muss Ihnen aufrichtig sagen, und die Herren, die mit mir die einzelnen Posten durchgehen, werden es ja auch finden, dass das mindestens sehr compliciert ist.

Nun, meine Herren, eines wird jeder, selbst der größte Gegner der eigenen Regie und selbst der Herr Bürgermeister sagen müssen: Obwohl alle diese Posten zu hoch gegriffen sind, obwohl man soviel angenommen hat, als man bei der schlechtesten Wirtschaft unmöglich wird ausgeben können, trotzdem beträgt der ganze Betrag, welcher für die Reinigung der Inneren Stadt für das Jahr 1895 ausgegeben werden soll, nur 257.792 fl. 46 kr. Meine Herren, wir haben der Transport-Gesellschaft für diese Leistung, die sie in diesem Maße nicht durchgeführt hat, 370.000 fl gezahlt, verlangt hat sie 420.000 fl. (Hört! Hört!)

Ich constatiere daher hier öffentlich, dass durch die Straßenreinigung der Inneren Stadt in eigener Regie ein ganz bedeutender Betrag erspart worden ist. (Beifall links.)

Meine Herren! Wie man diese Posten anführt, wie hoch man diese Posten nimmt, das soll Ihnen hier ein Beispiel zeigen. Für die Beleuchtung, Instandhaltung inclusive Verborstung der zehn Kehrmaschinen stellen Sie einen Betrag von 5475 fl. ein. Es kommt also auf eine Kehrmaschine ein Betrag von 547 fl. 50 kr. Warum thut man das? Das ist wohlüberlegt, denn man will diese Summe hinaufbringen. Das wird nicht ausgegeben, was hier im Voranschlage steht, aber man will eine große Summe herausbringen, damit gegenüber der Ziffer, welche die Transport-Gesellschaft bekommen hat, der Unterschied — die „Tangente“ (Heiterkeit) — nicht allzu groß ist. Auf alles mögliche ist hier gedacht, was gar nicht vorkommen wird: Für die Erneuerung und Completierung der Amtseinrichtung 300 fl.; Buchdrucker- und Buchbinderarbeiten und Papier 200 fl. Meine Herren! Die brauchen um 200 fl. Papier! Da muss ich doch bitten — jetzt haben wir erst vorgestern eine sehr große Summe für Papier bewilligt, jetzt brauchen die auch noch separat Papier. Ich führe dies nur an, damit die Herren sehen, dass man an nichts vergessen hat, nur um diese Posten recht hoch hinaufzutreiben, damit man sagen kann. Es lohnt sich ja eigentlich nicht; ich begreife gar nicht, warum der Frauenberger sich so der Geschichte annimmt; es zahlt sich ja kaum aus, ein Pappenstiel ist das ganze.

Dann kommen Telephon-Abonnementsgebüren, die sind auch nicht vergessen worden, sonstige Auslagen — es scheint nämlich noch nicht zu stimmen — 300 fl. und alle durchgeführten Zinswerte. Dabei möchte ich bemerken, dass wir aus diesen Zinswerten eigentlich auch schon eine Einnahme haben. Ich will nicht kleinlich sein, aber die beiden Herren Referenten werden mir zugeben, dass sich eine Einnahme dabei ergibt, die wir durch die Vermietung unserer Pferdestallungen erzielen, die sonst leergestanden wären. Ich bitte nur nachzusehen, ob das richtig ist oder nicht.

Nun, meine Herren, ich recapituliere: Trotz der enormen Höhe der Posten, welche eingestellt sind — das muss jeder sagen, der das liest, und ich bitte, das aufmerksam zu lesen — kostet die Straßenreinigung im I. Bezirke um 123.000 fl. weniger, als wir an die Transport-Gesellschaft gezahlt haben, und um 173.000 fl. weniger, als sie zuletzt verlangt hat. Also 173.000 fl. weniger werden wir jetzt verausgaben, und zwar trotz dieser sehr theueren Apothekerrechnung, die da aufgestellt wird! (Heiterkeit.) Die Sache ist daher doch nicht so kleinlich, als man sie hinstellt.

Ich will mich nicht weiter darüber verbreiten, ich hebe mir alles auf zu besprechen, bis das Referat hieher kommt, und halte mich nur an die Ziffer. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Aber wir erleben das nicht, Freund Frauenberger!) Ich hoffe das doch noch zu erleben und möchte bitten, Herr Bürgermeister, mich das noch erleben zu lassen. (Heiterkeit.)

Nun kommt von den Ausgaben weiter abzurechnen eine Frachtersparnis, die ich mit vollem Rechte auch als eine Tangente bezeichnen kann, nämlich der Frachtunterschied zwischen dem Bruckhaufen und der Aufladestation, wo der Bahnhof ist. Dieser Frachtunterschied beträgt 15.400 fl. Das muss auch in Rechnung gezogen werden, weil wir das später nicht verausgaben werden. Dann haben wir den Erlös für den Kehricht. Wir wollen nur nicht das Geld haben, wir könnten es schon haben, aber wir wollen nicht, wir brauchen es nicht! Dieser Erlös für den Kehricht beträgt rund 33.000 fl. und daher ist das jährliche Ersparnis bloß beim I. Bezirke rund 198.600 fl. (Hört!)

Es würde sich daher wohl lohnen, dass man diesem Referate hier im Hause etwas mehr Aufmerksamkeit zuwendet, dass man dieses Referat hieher bringt, damit wir darüber beschließen. Jetzt wird das Referat aufgehalten, weil man erst den Wagen probieren will, der gebaut wird, wie der in Wien herumspazieren wird. Ja, wir werden das schon sehen, zuerst muss man das Geschäft abschließen, dann werden wir schon sehen, wie wir fahren! Aber das ist eine Ausrede, die lasse ich nicht gelten, das sind Argumente, um die Sache zu hintertreiben, und der Herr Bürgermeister wird sich ein großes Verdienst um den Gemeindesäckel erwerben, wenn er das Studium dieser Angelegenheit betreibt und als Referat hieher bringt. Damit schließe ich für heute. (Beifall.)

**Bürgermeister:** Der Herr Referent!

**Stadtraths-Referent:** Meine Herren! Es soll dem unmittelbaren Herrn Vorredner gewiss das Verdienst nicht geschmälert werden, dass er sich in Bezug auf Straßensäuberung und Mistangelegenheiten außerordentlich viel Mühe gegeben hat. Aber, meine Herren, ein solcher Sanguiniker, wie er in dieser Beziehung ist, ist mir eigentlich noch gar nicht vorgekommen. Es werden uns da tausende und zehntausende vorgerechnet, so dass man glaubt, man braucht nur hinzugreifen, um sie aufzuheben. Und doch hat die Sache Schwierigkeiten. Ich will nun zuerst die Frage beantworten, welche der unmittelbare Herr Vorredner gestellt hat, wie die Sache mit der Tangente aussieht. Die Auslagen für die Bespannung, die Auslagen für das Personale, für die Aufsicht, auch einzelne sachliche Bedürfnisse müssen auf die verschiedenen Rubriken verrechnet werden. Man muss daher die Beträge, welche aufgewendet werden, dann in die verschiedenen Rubriken abtheilen und muss sagen: Von den gesammten Auslagen von so und soviel gehört auf die Rubrik „Straßensäuberung“ dieser, auf die Rubrik „Straßenbespritzung“ jener Betrag, auf die Rubrik „Kehrichtabfuhr“ jener Betrag, und dergleichen. Wenn aber der Herr College sich die Mühe gegeben hat — er wird es gewiss gethan haben — Seite 385 die Anmerkung unten zu Nr. 26 zu lesen, wird er folgendes gefunden haben (liest):

„Mit dem vom Gemeinderathe zufolge Beschlusses vom 20. Juli 1894, Z. 4948, genehmigten Pferdestande von 32 Paaren ist die gesammte Haus- und Marktkehrichtverführung, die Straßenkehrichtverführung, die Bespannung der Kehrmaschinen, die Straßen-

bespritzung mittels Fasswagen und endlich die Wasserzufuhr zu den Wagenstandplätzen in eigener Regie zu leisten. Die Auftheilung der veranschlagten Kosten für den Unterhalt und die Wartung der Pferde auf die einzelnen Budgetpositionen wurde hierorts mangels anderer Anhaltspunkte nach Maßgabe der vom Stadtsäuberungs-Inspectorate in Aussicht genommenen Verwendung der Pferde zu den genannten Bedarfszwecken vorgenommen."

Es ist also ganz natürlich, dass die Position für die Auslagen in dem Ausweise in keiner Rubrik enthalten ist, sondern auf die einzelnen Budgetposten aufgetheilt werden muss.

Was die Ersparnisse gegenüber der Transport-Gesellschaft anbelangt, so hoffe ich mit dem Vorredner, dass dieselben ziemlich bedeutend sein werden. Es ist aber doch noch zu bemerken, dass in dem Pauschale, das wir an die Transport-Gesellschaft bezahlt haben, auch die Kosten für die Bespritzung mitenthalten waren, und dass die Gesellschaft das zur Bespritzung nothwendige Wasser uns abkaufen und bezahlen musste; das macht auch einen ziemlich bedeutenden Betrag aus. Dann wissen wir auch nicht, wie es heuer mit dem Schnee aussehen wird. Ich fürchte, dass wir mit der eingestellten Budgetpost, obwohl sehr viel eingestellt ist, nicht auskommen werden.

Endlich hat sich der Herr Vorredner darüber lustig gemacht, dass bezüglich der Kehrichtabfuhr erst ein Wagen angeschafft werden muss. Er meint, es sei nicht richtig, dass man erst sieht, wie man fahren muss, und dann erst abschließen soll. Da gibt es ein Sprichwort: „Vorgethan und nachbedacht, hat manchem schon viel Leid gebracht." Man muss erst die Sache probieren, ob man mit dem Wagen in Wien fahren kann, ob man das nöthige Quantum Mist aufladen kann in dem Raume, welcher für den Waggon nöthig ist, und erst wenn man die Probe gemacht hat, kann man abschließen. Wenn man aber vorher abschließt und dann erst die Probe macht und die Geschichte geht nicht, kann man möglicherweise Verluste haben. Die Frage wird übrigens von Seite des Herrn Bürgermeisters mit großer Aufmerksamkeit studiert und wird in allernächster Zeit an den Gemeinderath kommen und wird der Herr College Frauenberger gewiss die Freude erleben, dass die Mistabfuhr ins Marchfeld bald in vollem Zuge ist. Ich verspreche mir davon keine goldenen Berge. (Gem.-Rath Eigner: Die brauchen wir ja auch nicht!) Ich glaube, dass die Marchfelder, die Consumenten, mit diesem Miste ein viel besseres Geschäft machen werden, als wir.

**Gem.-Rath Jedlička:** Ich habe mich zur Rubrik XXII, Post 2, zum Worte gemeldet wegen der Beschotterung. Gegen den Betrag, welcher eingestellt wurde, habe ich keine Einwendung, weil ich mir keinen rechten Begriff von unseren Bedürfnissen machen kann. Aber bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, dass man die günstigste Jahreszeit unbenützt vorübergehen lässt. Wenn man die Straßen beschottern will, ist es jetzt die Zeit, damit anzufangen. Bei uns im ganzen Bezirke rührt sich noch nichts, noch nicht eine einzige Schotterfuhr. Der Boden ist jetzt aufgeweicht; wenn der Koth abgeräumt wird und der Boden beschottert wird, so wird daraus eine compacte Masse und die Straße bleibt schön eben wie ein Tisch. Wenn man aber die Jahreszeit versäumt und später damit beginnt, bis der Boden hart ist, da kugeln die Steine den ganzen Tag auf der Straße herum; die Steine werden zertreten, verfahren, und es staubt herum. Ich möchte den Herrn Bürgermeister bitten, dass er anordnet, dass mit der Beschotterung der Straßen begonnen wird.

Es ist noch ein Umstand, den ich besprechen muss. In den Bezirken behandelt man uns factisch stiefmütterlich. Wir in Währing haben keinen einzigen öffentlichen Platz. Einen einzigen Platz haben wir zwischen den Markthütten am Marktplatze, wo die Kinder spielen können. Dieser Platz ist beschottert, aber wie! Es sind halbgroße spitze Schottersteine, es kann darauf der Mensch kaum mit Schuhen gehen. Nun denken Sie sich einen Vorort, wo es eine große Anzahl arme Bevölkerung gibt, wo die Kinder im Sommer barfuß laufen, und die sollen auf dem einzigen, zur Erholung gewidmeten Platze in diesem scharfen Schotter herumspringen! Das ist so, wie das Bild einmal im „Kikeriki" gewesen ist wegen des städtischen Bades, unten im Freibade; es kann kaum einer mit Stiefeln darauf gehen, und die Kinder sollen darauf spielen. Die Eltern derselben haben aber nicht die Mittel, sich die Schuhe zu kaufen. Hier auf der Ringstraße in der Reitallee ist durchgereuteter Schotter, da muss ein Körndl so groß sein wie das andere. Draußen auf dem einzigen Platze, wo sich Kinder spielen, ist ein Schotter, dass man sich die Füße brechen kann. Ich bitte, das auch abstellen zu lassen.

**Bürgermeister:** Herr Gem.-Rath Eigner!

**Gem.-Rath Eigner:** Ich habe mich zum Worte gemeldet zur Rubrik XXII und Post 1, „Erhaltung des Pflasters und Neupflasterung". (Referent: Ist schon erledigt!) Bitte, das ist nicht erledigt, da kann ich darüber sprechen.

**Bürgermeister:** Bitte, das ist erledigt.

**Gem.-Rath Eigner:** Ja, aber einen Antrag kann ich stellen.

**Bürgermeister:** Sie haben zu diesem Gegenstande schon gesprochen, wie Sie sich erinnern werden.

**Gem.-Rath Eigner:** Ich werde nicht sprechen. Bitte, wir sind bei den Ausgaben, da kann ich einen Antrag stellen.

**Bürgermeister:** Das Pflaster-Präliminare ist erledigt. Die Verhandlung darüber hat, glaube ich, zwei Sitzungen in Anspruch genommen.

**Gem.-Rath Eigner:** Gestatten Sie mir, einen Antrag zu stellen.

**Bürgermeister:** Ja, wenn Sie sich sehr kurz fassen; eine ausführliche Rede kann ich nicht zulassen.

**Gem.-Rath Eigner:** Das werde ich nicht thun, das bin ich auch gar nicht willens. Ich will über unsere Straßensäuberung nicht sprechen, sondern erlaube mir, folgenden Antrag zu stellen, der dahin geht, einen Hauptübelstand, der heute beim Pflastern herrscht, abzustellen, dass nämlich eine mangelhafte Aufsicht ist. (Liest): „Um eine eine bessere Controle der zahlreichen Communalarbeiten, insbesondere aber der Pflasterungs- und Canalarbeiten herbeizuführen, stelle ich den Antrag, die Anzahl der Bauaufseher entsprechend zu vermehren. Bei einer sorgfältigen Auswahl unter den sich Meldenden wird es leicht möglich sein, geeignete Individuen, jedoch nur gelernte Maurer, gewesene Poliere oder Pionniere und Genie-Unterofficiere zu acquirieren, welche in den verschiedenen Bauamtsabtheilungen auch den Winter hindurch durch Schreibgeschäfte u. dgl. verwendet werden können. Bei größeren Schneefällen wären sie auch zur Controle auf den Schneeabladeplätzen, der Schneefuhren und als Robisch-Aufschneider heranzuziehen."

Damit wäre ein Organ auf diesen Plätzen, welches von der Bauamtsabtheilung oder von dem Magistrate hingestellt ist, und würden diese Unannehmlichkeiten, die heute dort herrschen, beseitigt sein.

5

Weiter erlaube ich mir zur Rubrik XXII 5 a zu sprechen; diese betrifft die Straßensäuberung. Da habe ich nur sechs Anträge zu stellen. (Heiterkeit.) Die Anträge sind wirklich sachlich gehalten. Wenn Bauamt und Magistrat diese Anträge genau prüfen und sie wirklich beachten, werden sie daraus Erfahrungen ziehen. Herr Gem.-Rath Frauenberger hat ja wirklich seine Ausführungen ganz sachlich vorgebracht. Nun will ich nur auf eines hinweisen. Wenn diese Aufsicht vom I. bis zum XIX. Bezirke in Wien nicht so organisiert wird, wie überhaupt ein Amt, welches jährlich zwei Millionen Auslagen hat, beschaffen sein soll, wenn man nicht Leute dort anstellt, die wirklich diesen Anforderungen vollständig gewachsen sind und das Geschäft in sachlicher und wirtschaftlicher Hinsicht gründlich kennen gelernt haben, wenn das nicht geschieht, wird man sehr schlecht handeln. Wenn Sie mit Rücksicht auf den heurigen Winter einige Vororte-bezirke nehmen, da kostet die Straßenreinigung Sommer und Winter sammt der Schneeverführung und allem anderen circa 70.000 bis 80.000 fl. Ich versichere Sie, meine Herren, wenn Sie da statt der bisherigen Aufsicht einen Straßeninspector und zwei oder drei Straßenaufseher hingeben, vielleicht noch mehr, müssen Sie mindestens 20.000 fl. ersparen, trotzdem Sie diese Beamten noch bezahlen. Die Wirtschaft, die dort herrscht, ist großartig. Wenn ein Geschäftsmann, ein Fabrikant, einen Umsatz von 100.000 bis 200.000 oder 500.000 fl. jährlich macht, so werden Sie sehen, was er für Beamte und Ingenieure anstellt, da werden Sie eine Ordnung sehen, aber bei der Commune Wien existiert sie nicht.

Nehmen wir einen Bezirksvorsteher. Ich habe schon erwähnt, der wird heute gewählt, er war Hausbesitzer, Greißler, Schlossermeister, Tischlermeister, der soll heute im Straßenwesen und in allen anderen Fächern sachkundig sein, das ist nicht möglich.

**Bürgermeister** (unterbrechend): Sie haben das alles schon angeführt. Ich möchte bitten, formulieren Sie die Anträge. Das haben Sie alles eingehend besprochen.

**Gem.-Rath Eigner** (fortfahrend): Dann weiter noch, Herr Bürgermeister, ist ein Bezirksvorsteher, Obmann des Armenrathes, Obmann des Ortsschulrathes vielleicht noch, hat also drei Ämter. Wo soll er zuerst sein? Das ist nicht möglich. Wenn das neue Statut kommt, werde ich ersuchen, dass überhaupt nur jemand ein Amt haben darf, er darf nicht zwei solche Ämter haben, das kann man nicht übersehen, das geht nicht.

Nun, meine Herren, jetzt komme ich auf noch etwas, und da würde ich den Herrn Bürgermeister bitten. — Der Herr Gem.-Rath Frauenberger hat nämlich ausgeführt, dass die Einführung dieser neuen Wagentype für die Kehrichtabfuhr auf den Umschlagplatz, zur Dampftramway, wo überladen wird, noch lange dauern wird — das wird auch sein, das wird im Jahre 1895 noch nicht Erfolg haben. Da würde ich bitten, Herr Bürgermeister, ich spreche nicht in dem Sinne vielleicht, dass mich jemand gebeten hat, nein! Wenn ich von jemanden verlange, dass er mir ein Project verfassen soll, auf eine Verbesserung des Wagens studieren soll und wie überhaupt die Verfrachtung und Einsammlung eine einfachere sein könnte, müssen Sie denselben, Herr Bürgermeister, von seinem jetzigen Berufe vollständig entheben und ihm das eine Referat ganz allein übergeben, dass er separat in einem Bureau ganz allein ist, wo er nicht gestört wird und wo er sich mit dieser großen Aufgabe — das ist nicht eine kleine Aufgabe, davon hängen ja Millionen ab — allein den ganzen Tag von früh bis abends befassen kann; und das ist der Ingenieur, der die Wagentypen in Vorschlag gebracht hat. Heute muss er das in seinen freien Stunden machen, nicht in den Amtsstunden. In den Amtsstunden muss der Ingenieur oder Oberingenieur ganz etwas anderes machen. Wenn die Commune etwas verlangt, so muss sie den Beamten entheben und muss sagen: Jetzt sind Sie in dem Fache ganz allein; jetzt schauen Sie, dass Sie mir das Referat so erledigen, wie wir es haben wollen. Wenn Herr Bürgermeister nicht zustimmen, dann weiß ich nicht! Wenn ich als Baumeister von jemandem ein Project verlange, einen Plan für ein Wohnhaus, Palais oder Theater, oder eine Eisenbahn, so muss ich ihm dieses Fach allein überlassen. Ich kann nicht von jemandem bei Tag etwas anderes verlangen und sagen: Du musst in den freien Stunden das machen. Das geht nicht. Das alles nur wegen eines Beamten! Das werden wir doch noch leisten können. Das ist ein Werk, welches heute im Entstehen ist und von welchem Herr Gem.-Rath Frauenberger nachgewiesen hat, dass ein großer Reingewinn heute schon da ist, dass wir vielleicht 100 Wagentypen brauchen. Wenn wir niemand haben, der sich in die Sache hineinarbeitet, der dieselbe studiert, wohin kommen wir, Herr Bürgermeister? Wenn Sie da ein eigenes Arbeitsamt schaffen, das von allen Ämtern getrennt ist, so werden wir weniger Fuhrwerke brauchen und weniger Leute, und das Einsammeln wird schneller gehen. Jeder Geschäftsmann denkt sich schon am Abend, wie er in der Früh seine Leute verwenden wird. Er theilt das ein. Wenn man aber diese Sache einem Beamten gibt, der mit anderen Sachen überhäuft ist, so ist das unmöglich. Diese zwei Ämter müssen sein. Ein Ingenieur muss das in technischer Hinsicht durchführen und ein praktisches Arbeitsamt muss sich mit der Durchführung praktisch beschäftigen. In jedem Bezirke müssen ein Straßeninspector und einige Aufseher sein, und in der Centrale der Sitz der Verwaltung. Dann werden wir einen großen Erfolg haben, dann wird es so sein, wie wenn ein Unternehmer einen tüchtigen Geschäftsführer hat, so dass er auf einen grünen Zweig kommen kann, aber so wie es heute durchgeführt wird, geht es unbedingt nicht.

Nun komme ich auf die Pferde. Wenn die Herren das ein wenig studieren . . .

**Bürgermeister** (unterbrechend): Sie haben sich darüber bereits ausführlich ausgesprochen bei der Behandlung der Straßen, und ich möchte bitten, diese Ausführungen jetzt zu unterlassen. Wir können nicht ein und dieselbe Debatte wiederholt führen. Sie haben versprochen, Sie werden Ihre Anträge formulieren. Wir sind alle aufeinander angewiesen, insofern, dass wir eine gewisse Rücksicht aufeinander haben und eine gewisse Zeitökonomie beobachten. Es geht nicht an, das, was wir in einer Sitzung gesagt haben — es ist das nicht einmal 14 Tage her — einfach wiederholen. Das geht nicht. Ich bitte, sich kürzer zu fassen, sonst müsste ich Ihnen zu meinem lebhaften Bedauern das Wort entziehen.

**Gem.-Rath Eigner:** Ich werde gleich fertig sein; ich möchte nur über die Pferde . . .

**Bürgermeister** (unterbrechend): Das haben Sie alles schon wiederholt gesagt.

**Gem.-Rath Eigner:** Ich möchte bitten, Herr Bürgermeister, dass sobald als möglich mindestens ein zweiter Schaffer bestellt werde. Wenn der erste Schaffer krank wird, stehen 32 Paar Pferde vollständig herrenlos da, es muss auch ein Nachtschaffer sein, ein Oberschaffer und zwei Unterschaffer. Ich bin kein Fuhr-

mann, aber das verstehe ich trotzdem. Jetzt erlaube ich mir folgende Anträge zu stellen, sie beziehen sich auf die ganze Manipulation der Schneeverführung. (Liest:) „Die Schneeverführung hat in Zukunft nur in Cabs von 1 m³ und in Wagen von 2 m³ und 4 m³ Inhalt zu erfolgen. Die Bedingnisse für die täglich aufzunehmenden Fuhrleute für die Schneeverführung vom I. bis XIX. Bezirke sind dementsprechend zu verfassen. Die diesen Bestimmungen widersprechenden früheren Gemeinderaths-Beschlüsse werden aufgehoben." Nämlich, wie ich schon angeführt habe, dass es heuer vorgekommen ist . . .

**Bürgermeister:** Ich bitte nur zu lesen.

**Gem.-Rath Eigner:** Der Antrag sollte sein, dass 3 m³ Wagen nicht zugelassen werden.

Zweiter Antrag (liest): „Nach den Erfahrungen, die während der Schneefälle des vergangenen Winters gemacht wurden, erscheint es angemessen, der Frage der Schneeverführung mittels der Pferde- und Locomotiv-Eisenbahnen näherzutreten und umsomehr, als infolge der fortschreitenden Verbauung die zur Schneeablagerung geeigneten Plätze immer mehr und mehr verschwinden. Ich stelle daher den Antrag: Das Stadtbauamt wird beauftragt, die Frage der Schneeverführung mittels Pferde- und Locomotiveisenbahnen zu studieren und hierüber dem Gemeinderathe Bericht zu erstatten."

Der dritte Antrag lautet (Unruhe): Wenn die Herren nicht . . .

**Bürgermeister:** Unterbrechen Sie sich nicht, fahren Sie nur fort. (Heiterkeit.)

**Gem.-Rath Eigner** (liest): Bei den heurigen großen Schneefällen hat es sich gezeigt, dass die Unternehmer für die Schneeverführung vom II. bis XIX. Bezirke übermäßig große Gewinste außer ihren eigenen Fuhrwerken dadurch erzielen, dass sie den von ihnen aufgenommenen Subunternehmern beträchtlich weniger per Fuhr, um 10 bis 15 kr., bezahlen, als sie selbst erhalten. Dieser Gewinn beträgt in manchen Fällen über 100 fl. pro Tag. Da es aber wirtschaftlich richtiger ist, einen solchen Gewinn kleinen Geschäftsleuten zukommen zu lassen, als in den Taschen großer Unternehmer anzuhäufen, so beantrage ich, dass in Zukunft die Schneeverführung nicht an einzelne große Unternehmer vergeben, sondern dass ein bestimmter Einheitspreis per Cubikmeter für jeden Bezirk festgestellt und nach Bedarf zu diesem Satze kleine Geschäftsleute, welche sich immer in ausreichender Anzahl melden werden, zur Schneeverführung von jedem Bezirke täglich selbst aufgenommen werden.

Jetzt kommt der vierte Antrag (liest): „Bei den großen Schneefällen werden bisher zum Aufschneiden der Robische gewöhnlich Taglöhner aufgenommen. Nachdem aber ein solcher Dienst sich als Controle darstellt, zu welchem ein in einem solchen Taglohnverhältnisse zur Gemeinde stehendes Individuum nicht geeignet ist und es sich hiebei in schneereichen Wintern um ganz außerordentlich große Summen handelt, so stelle ich den Antrag, dass wenigstens auf den Schneeabladeplätzen nur dauernd angestellte Personen zum Robischaufschneiden verwendet werden, welche verpflichtet sind und denen das Recht zusteht, nicht vorschriftsmäßig aufgeladene Fuhrwerke zurückzuweisen und nur den correct geladenen Fuhrwerken das Ausladen und Aufschneiden zu gestatten."

5. Im I. Bezirke wurden die Planierungen der Schneeabladeplätze bisher immer nur an Unternehmer vergeben, welche hiebei einen bedeutenden Gewinn erzielten. Nachdem es aber jedenfalls besser ist, dass dieser Gewinn nicht von einzelnen Unternehmern eingesackt, sondern der im Winter ohnehin bedrängten armen Bevölkerung zugewendet wird, so stelle ich den Antrag: „Die Schneeplanierung ist in Zukunft durch die Bezirksvorsteher vom I. bis XIX. Bezirke in eigener Regie ausführen zu lassen."

6. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich will hier nur noch bemerken, dass diese Unternehmer, ob sie vom I. oder XIX. Bezirke sind, verpflichtet sind, die Planierer auf ihre Kosten beizustellen. Sie stellen sie aber nicht bei, sondern stecken das Geld ein und die Commune muss die Arbeiter hingeben. So ist es, meine Herren! Jetzt komme ich zum sechsten Antrage. (Lebhafte Heiterkeit.)

Meine Herren! Wenn Sie . . .

**Bürgermeister:** Ich bitte, nicht zu unterbrechen!

**Gem.-Rath Eigner:** Während der letzten großen Schneefälle ist es wiederholt vorgekommen, dass Kutscher von städtischen Contrahenten aus dem städtischen Depot am Pferdemarkte im V. Bezirke Schneepflüge abholten, ohne sich über einen Auftrag des Bezirksvorstehers legitimieren zu können. Ich beantrage daher, dass in Zukunft die Ausfolgung der Schneepflüge in allen 19 Bezirken nur gegen eine gehörige Anweisung des Bezirksvorstehers oder seines Stellvertreters zu erfolgen habe.

Da kann ja jeder Mensch mit ein paar Pferden hinkommen und sagen: Geben Sie mir einen Schneepflug. Das gehört sich nicht! Bei jedem Geschäfte muss man entweder einen Schein, einen Zettel haben oder sich sonstwie ausweisen können. Da könnte ja auch jetzt jemand zu mir kommen und sagen: Sie, geben Sie mir den Winterrock des Eigner!

**Bürgermeister:** Herr Gem.-Rath Hörmann hat das Wort.

**Gem.-Rath Eigner:** Nein, Herr Bürgermeister, ich bin noch nicht fertig. Ich spreche jetzt zur Rubrik XXII und zu Post 6, zu der Bespritzung; da habe ich noch zwei Anträge. (Allgemeine Heiterkeit.) Ja, Sie lachen, meine Herren . . .

**Bürgermeister:** Ich bitte, fortzufahren und sich nicht mit der Versammlung in eine Conversation einzulassen; wir haben nicht so viel Zeit.

**Gem.-Rath Eigner:** Ich will Ihnen nur kurz, bevor ich die Anträge verlese, sagen, dass ich vor zwei Jahren einen Antrag gestellt habe, es möge im I. Bezirke nur aus den Hydranten mit Schläuchen bespritzt werden, da ja gegenwärtig ohnedies schon mehr als die Hälfte des I. Bezirkes aus den Hydranten bespritzt wird. Jeder Fußgeher, oder wenn ein Fuhrmann dort fährt, wird sehen, dass mit diesen Schleuderwägen in der Stadt, wo ein so großer Verkehr ist und enge Straßen sind, es sich nicht mehr schickt.

Ich habe mich nun an den Herrn Baurath gewendet und angefragt, warum das nicht durchgeführt wird. Er hat aber gesagt, da braucht man zuviel Wasser. Nun glaube ich, wenn man vielleicht auch etwas mehr braucht, so wird doch die Bespritzung solider und leichter sein. Ich erlaube mir nun folgenden Antrag (liest): „Die Straßenbespritzung mittels der gewöhnlichen Wasserwagen und Schleuderbrausen ist bekanntlich mit mancherlei Unzukömmlichkeiten verbunden und genügt keineswegs für eine im sanitären Interesse gelegene vollkommene Staublöschung. Da nun der I. Bezirk derjenige ist, in welchem sich diese Mängel am meisten fühlbar machen, so stelle ich aufs neue den Antrag, es sei im I. Bezirke in allen Straßen die Bespritzung mittels Hydranten einzuführen, indem ohnehin schon mehr als die Hälfte mit Hydranten bespritzt wird und der Verkehr mit Schleuderwagen große Hindernisse verursacht."

Nun, gestatten Sie, Herr Bürgermeister, habe ich noch einen Antrag, dann bin ich einstweilen fertig, aber dann kommt noch einer. (Heiterkeit.) Ich komme nun auf die äußeren, die neueinverleibten Bezirke. Da ist zum Beispiel der XVII. Bezirk. Wir haben vier Schöpfbrunnen. Diese Schöpfbrunnen haben ein Heidengeld gekostet. Sie wissen ja, was so ein Brunnen kostet, 10.000 fl., 15.000 fl. und 20.000 fl. Wenn nun Hochsommer ist, ist in allen vier Brunnen kein Wasser, und die Verträge sind so mangelhaft abgeschlossen, dass, wenn der X-Brunnen oder der B-Brunnen kein Wasser gibt, und der Unternehmer das Wasser vom anderen Brunnen holen soll, er sagen kann, ich spritze nur, wenn der Brunnen Wasser hat, wenn er aber kein Wasser hat, nicht, da muss man mir mehr bezahlen. Sehen Sie, wenn ich den Vertrag mache, so muss es heißen: Du musst von jedem Brunnen, wenn einer kein Wasser gibt, Wasser holen und aufspritzen. Aber unsere Verträge sind immer für die Unternehmer günstig und für die Commune schädlich, so ist es. Dann steht auch darin, wenn gar kein Wasser in den Brunnen ist, so hätte der Unternehmer das Wasser beizustellen. Nun, wenn der Brunnen kein Wasser hat, wo soll es dann der Unternehmer hernehmen? Ja, da müsste er erst zur Donau fahren und dann schauen wir schön aus, da kommt er dann einmal im Tage und sagt, dazu bin ich auch nicht verpflichtet, dafür muss man auch mehr bezahlen.

Ich beantrage nun, Herr Bürgermeister, wenn im Hochsommer der Zufluss von Wasser aus der Hochquellenleitung wirklich sehr ergiebig ist, so dass Wasser überfließt, dass Sie gestatten, auch von den Hydranten Wasser zu entnehmen, wenn die Brunnen keines geben. Jetzt heißt es ja, da darf nichts weggenommen werden, das gehört zu anderen Zwecken, wenn auch beim Kaiserbrunnen das Wasser in die Schwarza läuft!

Also Herr Bürgermeister könnten da etwas helfen, und mein Antrag lautet (liest): „Um der Misère der Straßenbespritzung während des Hochsommers abzuhelfen, stelle ich den Antrag, es sei den Bezirksvorstehern in dem XIX. Bezirke zu gestatten, bei genügendem Wasserzufluss den in den einzelnen Bezirken aufgestellten Feuerhydranten das erforderliche Spritzwasser entnehmen zu dürfen.“

Ich glaube, Herr Bürgermeister, das sind Anträge, die alle ganz nach dem menschlichen Verstande sind, die im wirklichen Leben und in der Durchführung sehr zweckmäßig sind, und ich bitte den gesammten Gemeinderath, dass er diese Anträge unterstützt, so weit, dass sie mindestens dem Stadtrathe zugewiesen werden.

**Gem.-Rath Hörmann:** Meine Herren, ich möchte ein paar Worte zur Rubrik XXII, Post 2, sprechen, um einigen Übelständen, die in unserem Bezirke sind, abzuhelfen. Meine Herren, der III. Bezirk ist einer der größten Bezirke und hat die meisten ungepflasterten Straßen. Da ist es nun im Vorjahre vorgekommen, dass wir sehr stiefmütterlich behandelt worden sind. Die Beschotterung ist erst im halben November vorgenommen worden. Im November nimmt man keine Schotterung mehr vor. Es hat sich gezeigt, dass es schon im November Schnee gegeben hat und dass der ganze Schotter mit der Schneeabfuhr in die Donau geworfen, also das Geld einfach hinausgeschmissen wurde. Die Beschotterung gehört in den Monat October. Wenn im October nicht beschottert wird, dann lassen Sie es lieber stehen, denn das Geld ist rein hinausgeworfen.

Weiter muss ich bemerken, dass auf ungepflasterten Straßen, wo schweres Fuhrwerk fährt, nicht der Schotter hingeführt wird, welcher hingeführt werden sollte, sondern nur sogenannter Rieselschotter, der durchs Gitter gefallen ist, auf welches man den anderen Schotter geworfen hat. Der gehört in einen Garten, aber nicht auf eine Straße, wo schweres Fuhrwerk geht. Solchen Schotter sehen Sie in der Leonhard-, Baum- und Wällischgasse. Dieser Schotter wurde ausgeglichen und am zweiten Tage weggeschaufelt. Mit einer solchen Wirtschaft geht es nicht.

Die Straßen schauen erbärmlich aus. Die Übergänge stehen alle 15 cm über das gepflasterte Niveau vor. Ein schweres Fuhrwerk kann gar nicht mehr fahren. Ich ersuche den Herrn Bürgermeister, er möge so freundlich sein und dem Bezirksvorsteher den Auftrag ertheilen, er möge die Straßen wenigstens anschauen und dieselben wenigstens ausfüllen lassen, dass die Wagen doch fahren können. Es ist erbärmlich, wie die Straßen in unserem Bezirke ausschauen, und ich möchte den Herrn Bürgermeister ersuchen, dass künftighin die Straßen im April und October beschottert werden. Das ist das einzig richtige. Es hat sich gezeigt, dass im April 1894 an der Erdbergerlände der Schotter ausplaniert werden musste. Kaum war der Schotter ausplaniert worden, musste neuer hingeführt werden, in Figuren, sogenannter Rundschotter. Der erste Mai ist gekommen; auf einmal ist ein Auftrag gekommen, ich weiß nicht, woher, dass der Schotter wieder ausplaniert werden muss. Der Schotter ist sechs Zoll hoch gelegen. Auf einmal ist wieder aller Schotter in die Mitte der Straße geworfen worden. Es war nicht nothwendig, dass der Schotter auseinanderplaniert wurde — der hat für den Herbst gehört — und dass in einem Monate die Straße zweimal beschottert werde. Ich möchte den Herrn Bürgermeister fragen, auf wessen Auftrag das geschehen ist. Das ist doch nicht richtig, dass man im April eine Straße beschottert und acht oder vierzehn Tage darauf — am 1. Mai — alle Schotterhaufen gleich planiert werden müssen. Das möchte ich dem Herrn Bürgermeister ans Herz legen.

Ferner habe ich noch ein Bedenken. Der Herr Bürgermeister kennt ganz genau die Situation der Erdbergstraße. Sie mündet in den Mitterweg aus. Der Mitterweg hat eine Straßenbreite von 3 bis 4 m. Die Gartengründe liegen circa 1 bis 2 m tiefer unten. Es ist kein Geländer dort, gar nichts. Das größte Unglück kann geschehen. Es sind schon mehrere Anzeigen an den Bezirksvorsteher ergangen. Bis heute ist nichts gemacht worden. Es verkehren dort schwere Wagen. Ich bitte also den Herrn Bürgermeister, er möge so freundlich sein, dies dem Herrn Bezirksvorstand bekanntzugeben. (Bravo! Bravo!)

**Bürgermeister:** Herr Gem.-Rath Gräf!

**Gem.-Rath Gräf:** Die Zustände der ungepflasterten Straßen, wie sie College Hörmann eben vor mir geschildert hat, sind im XVI. Bezirke ganz dieselben. Aber man verliert fast die Lust, Anträge zu stellen, die im Interesse der Commune gelegen sind. Ich habe es satt, Anträge zu schreiben, die in den Papierkorb wandern.

Die ungepflasterten Straßen befinden sich in einem desolaten Zustande. Wenn man heute eine solche ungepflasterte Straße passiert, glaubt man sich nach Wallachisch-Meseritsch versetzt, nicht aber in einen Vorstadtbezirk der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien. Woran liegt das? Weil das erforderliche Schotterquantum viel zu spät sichergestellt wird.

Gehen Sie hinaus, schauen Sie sich in den Straßen um; Sie werden die Schotterfiguren nicht finden, die jetzt vorhanden sein sollen, damit man den Schotter im April — in der günstigsten Zeit zur Beschotterung — verwenden könne. Was geschieht? Jetzt erst wird das Quantum sichergestellt. Im Mai, Juni, Juli, wenn die Straßen fester geworden sind, wird der Schotter geliefert. Es wird in einer ungünstigen Zeit planiert. Hebt sich ein Wind, wird der Staub davongetragen; die ganze Geschichte hat keinen Wert. Der Schotter soll jetzt planiert, die Straßen sollen jetzt beschottert werden können, damit er eingefahren wird, damit die Straße eine gewisse Consistenz bekommt. Ich habe gelegentlich der Budgetberathung im vorigen Jahre darauf verwiesen, dass es ein großer Fehler ist, dass man das Schotterquantum zuspät feststellt, und habe einen Antrag gestellt, worin ich die Aufmerksamkeit des geehrten Präsidiums darauf gelenkt habe, in der Richtung das Geeignete zu veranlassen. Es ist nichts geschehen.

Noch ein anderer Übelstand, der der Commune Wien sehr viel Geld kostet, besteht darin, dass große Schotterquantitäten in Straßen hingeführt werden, wo sie nicht gebraucht werden. Da hat sich beispielsweise im XVI. Bezirke voriges Jahr der Fall ereignet, dass eine Schotterfigur im beiläufigen Ausmaße von 130 $m^3$ auf Kosten der Commune wieder vom Contrahenten, welcher gewöhnlich das Fuhrwerk im Bezirke hat, an jene Stelle geführt werden musste, wo man sie gebraucht hat, der Contrahent aber, der verpflichtet gewesen wäre, den Schotter an die Verbrauchsstelle zu führen, hat ihn einfach der Commodität wegen in der Thaliastraße abgelagert. Ich begreife das nicht. Ich habe die geeigneten Persönlichkeiten darauf aufmerksam gemacht, es ist aber doch nichts geschehen; man hat zwar gesagt, wir werden den Contrahenten veranlassen, die Kosten der Commune zu vergüten, ich weiß aber nicht, ob das geschehen ist oder nicht.

Meine Herren! Noch ein Übelstand. Der Schotter ist auch zuwenig in den Bezirken. Ich weiß nicht, ich habe bis jetzt noch von keinem der Herren Vorredner Klagen darüber gehört, dass man zuviel Schotter in den einzelnen Bezirken hat, und es hat auch die Budget-Commission in ganz richtiger Beurtheilung der Verhältnisse, wenn ich nicht irre, den Betrag auf rund 260.850 fl. erhöht, nämlich um circa 3700 fl. für Schotterlieferungen mehr bewilligt.

Meine Herren, ich sage, das ist auch noch zu wenig. Es werden jedes Jahr neue Straßenzüge eröffnet und wenn die Herren sich die Mühe nehmen — ebenso auch den Herrn Bürgermeister — möchte ich sie bitten, einmal auf einige Stunden hinauszukommen und sich unseren Bezirk anzusehen.

Sie würden sehen, dass das, was ich vorgebracht habe, gewiss nicht übertrieben ist. Ich will mich weiterer Ausführungen enthalten, weil das, was ich sagen wollte, bereits von meinem unmittelbaren Herrn Vorredner vorgebracht worden ist.

Nun gestatten Sie mir, dass ich zur Rubrik XXII 6 einiges bemerke. Es betrifft dies die Straßenbespritzung, und zwar Fuhrwerkskosten und Pachtschilling für die Bespritzung der Straßen in den Bezirken.

Ich habe im vorigen Jahre gelegentlich der Budgetdebatte darauf aufmerksam gemacht, dass die Offertausschreibungen zu spät veranlasst werden.

Man ist ja sonst den einzelnen Contrahenten auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Wer kann denn bei der Commune Wien auf die Straßenbespritzung offerieren, wenn er nicht Zeit hat, sich die nothwendigen Betriebsmittel zu beschaffen, wenn er der Ersteher ist? In 14 Tagen ungefähr soll mit der Bespritzung der Straßen begonnen werden. Ich weiß nicht, wie weit heute bereits die Offertausschreibung bezüglich der Sicherstellung der Bespritzung gediehen ist.

Ich erlaube mir, auf eines aufmerksam zu machen.

Es ist eine bekannte Thatsache, dass man in den einbezogenen Vorortebezirken eine große Calamität mit dem Wasser für die Bespritzung hat, ich habe im vorigen Jahre darauf aufmerksam gemacht und es ist ein Antrag von mir bezüglich der Errichtung eines Schöpfwerkes auf dem Habsburgplatze dem Stadtrathe zugewiesen worden.

In diesem Antrage habe ich verlangt, dass ein Betrag von 10.000 fl. eingestellt werde, um mit diesem Schöpfwerke zu beginnen.

Ich habe aus dem Stadtrathsberichte entnommen, dass das Bauamt ein Project vorgelegt hat, und dass ein Betrag von 23.500 fl. zur Errichtung eines Schöpfwerkes auf dem Habsburgplatze bewilligt worden ist.

Sonderbarerweise, zu meinem lebhaften Bedauern muss ich es hier sagen, war es der Herr St.-R. Neumann, welcher aus übergroßer Besorgnis, dass eventuell der Brunnen dort auf dem Habsburgplatze nicht das entsprechende Wasserquantum liefern könnte, den Antrag gestellt hat, den Boden dort von einem Geologen untersuchen zu lassen. (Gelächter.) Ich begreife seine übergroße Angst nicht.

Herr St.-R. Neumann — er wird entschuldigen, dass ich das hier anziehe — ist ja der Hausarchitekt des Brauereibesitzers Kuffner (Rufe links: Ah so!) und der Herr St.-R. Neumann wird wissen, dass der Brauereibesitzer Kuffner in der unmittelbaren Nähe zwei Brunnen hat, die ein Wasserquantum nach tausenden von Hektolitern liefern. (Hört! links.) Ich sehe also nicht ein, wozu diese Besorgnis.

Ich habe mir erlaubt, im vorigen Jahre anzuführen, dass die Tabakregie in der allernächsten Nähe einen Brunnen hat, dessen Wasserspiegel nicht um 2 cm sinkt, wenn hunderte und hunderte von Hektolitern Wasser geschöpft werden. Es ist auch von anderen Fachmännern, von Herren im Bauamte mit Sicherheit ausgesprochen worden, dass wir unbedingt Wasser bekommen, dass dort ein solcher Wasserreichthum vorhanden ist, dass, wenn ein Schöpfwerk rechtzeitig in Angriff genommen worden wäre, uns die Calamität, die heute vielleicht noch in höherem Maße wie im vorigen Jahre die Bezirke bedroht, erspart geblieben wäre.

Ich habe im vorigen Jahre eine Interpellation eingebracht, gezwungen dadurch, dass man sich fast nicht mehr als Vertreter des Bezirkes hat auf die Straße hinaustrauen können, die Klagen anzuhören — verfolgt ist man ordentlich worden von der Bevölkerung über den Scandal, der in der Straßenbespritzung geherrscht hat. Ich habe rechtzeitig aufmerksam gemacht; hätten Sie meiner Warnung Gehör geschenkt, so hätte der Bezirk Ottakring sich diesen Scandal ersparen können und die Commune Wien hätte mehrere tausende und tausende von Gulden erspart. Nichts ist geschehen, meine Warnung ist nicht gehört worden. Und was war die Folge davon? Dass wir an Leute draußen die Straßenbespritzung ohne Beistellung des Wassers vergeben haben, dass wir ihnen für die Tagesfuhr 6 bis $7^1/_2$ fl. bezahlt haben, und die Leute haben früh um 7 Uhr eingespannt und um $^1/_2$9 Uhr ausgespannt, weil kein Wasser da war. Ich habe aufmerksam gemacht, dass die Errichtung eines Schöpfwerkes in der Gansterergasse eine ganz verfehlte ist

Sie finden hier einen Betrag von 8000 fl. eingestellt, der geradezu hinausgeworfen ist. Nichts hat's genützt. Es sind große Sammelreservoirs aufgestellt worden. Ich weiß überhaupt nicht, was da 8000 fl. kostet. Es ist ein Pulsometer aufgestellt worden. Die Leute haben mit dem Schöpfen angefangen, 13, sage dreizehn Fuhren Wasser wurden ausgeschöpft aus dieser Lache, genannt Gansterereteich, und der Sumpf war ausgeschöpft. Das Wasser war in einem Zustande, dass es mich wundert, dass unsere Sanitätsorgane im Bezirke überhaupt die Bespritzung der Straßen mit dieser Jauche gestattet haben. (Hört! links.) Nichts hat's genützt. Vergebens waren die Warnungen; es haben dort unbedingt provisorische Schöpfwerke errichtet werden müssen.

Ich weiß nicht, ich finde da in den Voranschlag wieder den Betrag von 8000 fl. eingestellt und möchte den Herrn Stadtraths-Referenten bitten, mir gütigst zu sagen, wozu diese 8000 fl. heuer im Budget figurieren, was damit geschehen soll. Ich habe diese sogenannten erläuternden Bemerkungen durchgelesen, bin mir aber nicht klar darüber. (Gem.-Rath Hawranek: Weil es voriges Jahr eingestellt war, muss es auch heuer wieder eingestellt werden! – Heiterkeit links.) Das ist nämlich auf Seite 195 in der Anmerkung; hier steht: Reconstruction eines Schöpfwerkes am Gansterereteiche 8000 fl. Ich würde den Herrn Referenten bitten, mir diese Posten aufzuklären. Ich werde mir daraus nicht klar. Ich kann früher nicht fortfahren.

**Stadtraths-Referent:** Der Herr Buchhalter gibt mir eben die Auskunft, die ich nicht gewusst habe; diese Anmerkung, welche auf dem oberen Theile der Seite steht, das sind Anträge seitens des Bauamtes, die werden aber nicht zum Beschlusse erhoben, sondern im zweiten Theile finden Sie:

„Der Magistrat hat nun bei Ermittlung des Präliminar-Ansatzes zunächst auf diejenigen Schöpfwerke Bedacht genommen, bezüglich welcher die Kostenanschläge bereits vorliegen und deren Ausführung anfangs 1895 zu gewärtigen ist."

Darin sind nun diese 8000 fl. für den Gansterereteich nicht enthalten.

**Gem.-Rath Gräf:** Also das ist ein Betrag, der heuer nicht in Verwendung kommen soll — ich habe mich geirrt — und das ist auch sehr gut, denn das Geld wäre wieder hinausgeworfen. Ich erlaube mir den geehrten Herrn Bürgermeister nur zu ersuchen, die Inangriffnahme des Schöpfwerkes thunlichst zu beschleunigen. Wenn dieses Schöpfwerk am Habsburgerplatz im Herbste angefangen worden wäre, wäre es bis jetzt schon möglich, mit dem Pulsometer in den Monaten April und Mai neuerlich ein reichhaltiges Wasserquantum wegzuschöpfen und zur Straßenbespritzung zu verwenden. Nun ist nichts geschehen. Wir kommen in die Sommermonate hinein, und die Calamitäten des vorigen Jahres werden wir leider auch heuer haben.

Nun erlaube ich mir auf eines aufmerksam zu machen. Mir ist mitgetheilt worden, dass seitens der Bezirksvertretung der Ankauf des sogenannten Kitzler'schen Hauses in der Arnethgasse im XVI. Bezirke empfohlen worden ist. In diesem Hause ist ein sehr wasserreicher Brunnen, und wenn mit vielleicht sehr minimalen Reconstructionskosten dieser Brunnen instand gesetzt würde, so könnten dort — es ist das zu berechnen auf Grundlage der Wasserentnahme vom vorigen Jahre — circa 30 Fässer Wasser täglich weggeführt werden. Es soll auch das Haus um einen sehr billigen Preis offeriert werden. Ich möchte bitten, dass der Stadtrath und vielleicht auch der Herr Bürgermeister die Sache ein wenig in Erwägung zieht.

Im allgemeinen muss ich nur lebhaft bedauern, dass Anregungen, die gegeben werden, nicht berücksichtigt werden. Es ist das sehr bedauerlich und man verliert als Gemeinderath des Bezirkes, wenn man im Interesse der Commune und der Gesammtheit Anträge stellt, nur die Lust, das in Zukunft wieder zu thun. Denn, wenn man sich um die Bedürfnisse des Bezirkes kümmert und es für seine Pflicht erachtet, dieselben hier zur Sprache zu bringen, wenn man sich aber dann hier hereinsetzt und die Zeit vertrödelt und nichts geschieht, so ist das eine Thätigkeit, für die ich mich schönstens bedanke. Das ist traurig genug und ich möchte bitten, meine Anregungen in geeigneter Weise zu verwenden.

**Bürgermeister:** Herr Gemeinderath! Wenn eine Anfrage geholt wird, was mit einem hier eingebrachten Antrage geschehen ist, wird jedesmal bereitwilligst Auskunft ertheilt. Es ist nicht immer möglich, etwas sofort in Ausführung zu bringen, manchmal sind eben Hindernisse, die das unmöglich machen. Wenn ich von irgendeiner Seite auf etwas aufmerksam gemacht werde — ich selbst kann ja nicht alles in Evidenz halten — habe ich jederzeit meine Bereitwilligkeit erklärt, die Sache zu fördern.

Herr Gem.-Rath Schneeweiß hat das Wort.

**Gem.-Rath Schneeweiß:** Der größte Übelstand im III. Bezirke herrscht in der neu eröffneten Strohgasse, das ist der Theil von der Ungargasse bis an die Linke Bahngasse. Unter dem Namen „Strohgasse" verstehen Fiaker, Dienstmänner und Sicherheitswachleute die alte Strohgasse, und wenn jemand aus der Stadt herausfährt, fährt er durch die Reisnerstraße; dort sucht er die niederen Nummern, endlich kommt er bis Nr. 13 und steht da vor einer Barrière. Täglich gibt es dort Scenen, die wirklich eine Schande sind für die Stadt Wien. Die Leute, die dort hinkommen, sind dann wirklich an einer Mauer, wo sie nicht weiter können, weil sie nicht in die Linke Bahngasse fahren können, sie müssen umkehren, durch die Reisnerstraße hinunter- und durch die Ungargasse hinauffahren, um wieder in die Strohgasse zu kommen. An der Ecke der Strohgasse, was früher Nr. 1 war, ist ein Gastwirt und ich traue mich jetzt nicht dort hinüber; man wird förmlich überfallen mit Klagen, warum dieser Scandal dort geduldet wird. Ich habe nichts anderes thun können, als voriges Jahr einen Antrag einzubringen, dass die alte mit der neuen Strohgasse mittels einer Brücke über die Verbindungsbahn verbunden werden soll.

Was mit diesem Antrage geschehen ist, weiß ich nicht. Was da für Herren sind, begreife ich nicht. Denn ich glaube, dass auf natürlichem Wege, und wenn der Grund und dieses Recht, weiß ich, wem gehört, man sich schließlich doch ins Einvernehmen setzen könnte, dass ein besserer, wenn auch nur provisorischer Zustand geschaffen wird; denn diesem Übelstand muss dort abgeholfen werden. Solche Zustände sind der Stadt Wien unwürdig. Wir werden dort ausgelacht. Ich war Zeuge, wie ein General in die Strohgasse fahren wollte und wie der Kutscher die Nummer gesucht hat. Der Kutscher hat gewusst, dass ursprünglich die Nr. 3 dort war. Jetzt ist aber Nr. 13 darauf. Das nächste öffentliche Local gehört einem Wirte, der wurde herausgerufen, als wenn er ein Dienstmann wäre und musste Aufklärung geben. Dieser sagte: „Ja, da müssen Sie einen Umweg machen", und hat ihm den Umweg beschrieben, und der General hat wirklich nicht schmeichelhafte Worte über die Verwaltung der Stadt Wien erschallen

lassen. Ich glaube, der Herr Bürgermeister muss, nachdem er auch aus dem III. Bezirke gewählt ist, umsomehr verpflichtet sein, sich über diese Übelstände gehörig zu informieren und das Nöthige zu veranlassen, damit dem abgeholfen werden kann; denn wie kommen die Bewohner dazu, solche Umwege zu machen, und dass dabei auch diejenigen, die mit ihnen verkehren, auf Irrwege geleitet werden, bis sie die richtige Adresse finden?

Ein anderer Übelstand ist auch der, dass auf der rechten Seite der Bahngasse die Nummern 24, 26, 28 sind, die kein Mensch in der Linken Bahngasse finden kann. Da suchen die Leute auf der linken Seite die betreffende Nummer. Sie sehen das Haus herüberschauen, aber es steht eine chinesische Mauer vor und sie wissen nicht, wie sie zu diesem Hause hinkommen können; ergo geht man wieder in die Strohgasse und fragt, wie man zu Nr. 28 der Rechten Bahngasse kommt. Der Wirt muss Auskunft geben, der schickt einen in die Reisnerstraße, dann in die Richardgasse, dann hinter die Häuser der Reisnerstraße zurück. Dann kommt man in die Bahngasse Nr. 28. Solche Zustände sind nicht nothwendig, wenn man die Sache mit Aufmerksamkeit behandeln würde, und es wundert mich, dass der Bezirksvorsteher des III. Bezirkes, der selbst dort ein Haus hat, nicht längst schon etwas veranlasst hat. Ich glaube, es wäre der Mühe wert, dass der Antrag, den ich diesbezüglich eingebracht habe, einer Beachtung unterzogen und etwas veranlasst würde, damit die Klagen aufhören. (Beifall links.)

**Gem.-Rath Bärtl:** Ich beantrage Schluss der Sitzung. Wir sind ohnehin nicht beschlussfähig.

**Bürgermeister:** Ich bitte, wir sind beschlussfähig! Herr Gem.-Rath Vincenz Wessely hat das Wort.

**Gem.-Rath Vincenz Wessely:** Ich erlaube mir nur einige Worte zur Post 6. Es wäre die Gelegenheit, bei dieser Rubrik XXII, Post 6, über die Straßenbespritzung vieles vorzubringen, welche der Gemeinde nahezu 300.000 fl. kostet und trotzdem nicht so rationell, als es wünschenswert wäre, ausgeführt wird. Dieser Übelstand ist nun zu wiederholtenmalen besprochen worden und meine Wenigkeit war es, welche einmal etwas in dieser Richtung angeregt hat. Es sind schon über drei Jahre, als ich den Antrag stellte, es solle probeweise eine Straße bei der Nacht bespritzt werden und nach den gemachten Erfahrungen ein Bericht an den Gemeinderath erstattet werden, ob es gut wäre, wenn man die Bespritzung der ungepflasterten Straßen bei Nacht vornehmen könnte. Herr College Bärtl war es, welcher sogar eine Straße, ich glaube, es war die Dornbacherstraße, in Antrag gebracht und der Gemeinderath hat diesen Antrag auch angenommen. Aber wir wissen heute noch nicht, ob diesem Antrage entsprochen worden ist (Gem.-Rath Bärtl: Nichts ist geschehen!), ob vielleicht ein Versuch gemacht worden ist oder nicht.

Ich komme da doch dem geehrten Herrn Bürgermeister jetzt gerade zurecht, nach den Ausführungen, die er gegenüber dem Herrn Collegen Gräf gemacht hat, dass man nur anfragen soll. Im vergangenen Jahre ist der Antrag urgiert worden, und heute ist es noch nicht bekannt, was in dieser Angelegenheit geschehen ist. Ich habe bei der Gelegenheit, wo ich dieses erwähnte, gesagt, in den früheren kleinen Gemeinden war es Usus, dass die ungepflasterten Straßen bei Nacht bespritzt wurden, und ich war es, der da gefragt hat, warum die Herren das haben thun lassen. Die Herren haben mir die Aufklärung gegeben, dass bei großer Hitze das Aufspritzen umsonst ist, weil in einer Viertelstunde das aufgespritzte Wasser verdunstet, während in der Nacht, wo es kühl ist, sich die Nässe hineinsetzt und die Straßen gewissermaßen comprimiert werden.

Es ist aber bis jetzt nichts geschehen und ich bin neugierig, ob vielleicht im heurigen Jahre diesem Wunsche entsprochen wird, den der Gemeinderath mit der Annahme dieses Antrages zutage gelegt hat, dass probeweise wenigstens eine ungepflasterte Straße bei Nacht bespritzt werden soll.

**Gem.-Rath Sebastian Grünbeck:** Meine Herren, ich werde mich ganz kurz fassen. Die Übelstände, die Herr College Gräf angeführt hat, sind ganz richtig. Im Vorjahre sind wir beinahe im Staube erstickt. Die Feuerhydranten, die in den Bezirken zur Wasserentnahme auch für die Bespritzung dienen sollen, sind bei uns fest plombiert und dürfen nicht aufgemacht werden. Die Schöpfbrunnen sind alle ausgetrocknet. Bedenken Sie, was die Maschinenerhaltung kostet, die Bedienung und man macht nichts daran, das Bauamt lässt sich durchaus nicht erweichen, gerade für die Vororte, wo heute das Rohrnetz liegt, Wasser aus den Hydranten entnehmen zu lassen.

Das verstehe ich nicht. Ich bin ein einfacher Geschäftsmann, aber ich weiß nicht, was man alles studiert haben muss, um auf die Sache zu kommen. Berücksichtigen Sie, dass, wenn nicht genug Wasser ist, das Wasser in den Vororten aus den Hydranten entnommen werden kann. Dieser Antrag ist gewiss in Erwägung zu ziehen. Ich ersuche Sie daher, uns diesen Sommer nicht wieder in der Schlamastik zu belassen. Nun aber weiter. So oft wurde schon gesprochen und ich glaube auch etwas bewilligt, um die Schottergruben am Exelberge zu vergrößern. Meine Herren! Das ist vorzüglicher Schotter, der für ganz Wien genügen würde. Warum geht man nicht endlich daran, um das zu activieren?

Es sind das jedenfalls Fragen, wo es die höchste Zeit ist, die Sache auszuführen. Ich will nicht weiter sprechen, um Sie nicht so lange aufzuhalten.

**Gem.-Rath Frauenberger:** Mit den Ausführungen des Herrn Stadtraths-Referenten kann ich mich keinesfalls zufriedengeben. Mit dieser Antwort bin ich nicht zufrieden, und ich werde bitten, dass mir die Antwort von demjenigen gegeben werde, der diese Post im Amte gearbeitet, der sie eingestellt hat, denn ich muss über diese Post in Klarheit kommen.

Das Wort Tangente, verehrtester Herr Referent, bezieht sich auf etwas ganz anderes. Ich könnte das dem Herrn Referenten sagen, aber ich werde es vorläufig nicht thun. Der Herr Referent war bezüglich dieser Tangente ganz im Irrthume.

Dann ist aber die Post 27 im Betrage von 10.478 fl. 44 kr., wo es heißt, hievon entfallen laut Anmerkung zu Post 26 auf die Säuberung der Straßen mittels Kehrmaschinen 10.478 fl. 44 kr. und auf die Straßenkehrichtabfuhr 13.169 fl. 95 kr.

Auch bezüglich dieser beiden Posten ist der Herr Referent im Irrthume. Ich bitte Sie, meine Herren, die Posten zu prüfen; es ist alles ausgeworfen, jede einzelne Post, für die 32 Paar Pferde, die 34 Kutscher — woher kommen diese Posten? Wie werden sie verwendet? Da muss man mir Auskunft geben; das ist nicht so, wie der Herr Referent sagt, das ist „der entfallende Theil“, „der auf diese Fuhrwerke entfallende Theil“. Das ist unrichtig, weil es da keinen „auf diese Fuhrwerke entfallenden Theil“ in diesem Sinne gibt. Wir haben schon für die 32 Paar Pferde die Kosten; das ist daher unrichtig.

Der Herr Referent hat weiter gesagt, ich gebe mich nur Illusionen hin, und das, was ich anführe bezüglich des Verdienstes, sei erst fraglich. Hochverehrtester Herr Referent, ich gebe mich gar keinen Illusionen hin; ich habe Ihnen die Summe angeführt, welche wir der Transport-Gesellschaft gezahlt haben, ich habe Ihnen die Summe angeführt, welche wir der Transport-Gesellschaft haben zahlen wollen — dort (auf die Tribüne weisend) war schon der Referent und hat es uns beantragt — und ich habe angeführt die Summe, welche heuer fürs Jahr 1895 ausgeworfen ist. Ich habe lauter Zahlen angeführt, ich gebe mich daher gar keiner Illusion hin.

Der Herr Referent hat mich auf die Anmerkung bei Post 26 verwiesen. Meine Herren! Ich glaube nicht, dass ich dadurch die Ungnade des Herrn Bürgermeisters auf mich laden werde, aber ich muss diesen Satz als Wortschwall bezeichnen, welcher geeignet ist, nicht aufzuklären, sondern zu verwirren. Da ist eine Menge in diesem Punkt 26 . . . .

**Bürgermeister** (unterbrechend): Ich bitte, Herr Gemeinderath, halten wir uns doch nicht damit auf. Ich kann es nur unendlich bedauern, aber wenn man schon zum Stil dieser Anmerkung zweimal das Wort ergreift, dann . . .

**Gem.-Rath Frauenberger:** Meine Geduld in dieser Sache ist zu Ende. In dieser Kehricht-Angelegenheit ist meine Geduld auf eine so harte Probe gestellt worden, dass ich dieses Hinziehen nicht mehr länger vertrage. Wenn's zulange dauert, so bitte ich, die Sitzung zu schließen. Ich muss den Magistratsrath Linsbauer hören, aber nicht ihn allein, weil ich ihn nicht dafür verantwortlich mache. Ich mache auch nicht den Herrn Oberingenieur Ehrret verantwortlich. Ich mache auch nicht den Herrn Baurath Schibek dafür verantwortlich und mache am allerwenigsten den Herrn Bürgermeister verantwortlich. Die Herren haben alle unrichtige Ziffern in die Hand bekommen. Der Verfasser dieser Ziffern muss hieherkommen und der muss mir hier angesichts des Gemeinderathes aufklären, wie er dazu kommt, uns solche Ziffern zu bieten. (Rufe: Richtig! So ist es!) Der Verfasser dieser Arbeit muss hier Rede stehen.

Da darf sich das Amt nicht beleidigen; ich will kein Amt hier beleidigen, es sei ferne von mir. Den Beamten muss aber selbst daran liegen, wenn ein einzelner Mensch in einer Sache zum Agitator wird und mit falschen Ziffern kommt, dass man auf diesen Mann hinweist und sagt: gib Rechenschaft über das was du gethan hast.

**Bürgermeister:** Welche Ziffern meinen Sie?

**Gem.-Rath Frauenberger:** Ich meine einmal die Post von 10.478 fl. 44 kr.

**Bürgermeister:** Davon war ja die Rede. Der Herr Buchhalter wird seine Meinung über diese Post aussprechen. Ich bitte Herrn Buchhalter Fechner, das Wort zu ergreifen.

**Gem.-Rath Frauenberger:** Der Herr Buchhalter schreibt hin, was man ihm vorlegt.

**Bürgermeister:** Hören Sie doch gefälligst zu, was der Herr Buchhalter sagt. Sie hätten sich übrigens auch vor der Sitzung aufklären können.

**Buchhalter Fechner:** Wir mussten bei Ausmittlung des Präliminares für die Straßensäuberung auf den vom Gemeinderathe bereits normierten Pferdestand und die damit verbundenen Auslagen einerseits und andererseits auf die Art und Weise der Verwendung des Pferdemateriales basieren. Die Daten hat die Buchhaltung von dem Inspectorate bekommen. Dasselbe hat ausgemittelt, dass das gesammte Fuhrwerk für Säuberung der Straßen mittels Kehrmaschinen, Straßenkehrichtabfuhr, Haus- und Marktkehrichtabfuhr, dann für die Wasserzufuhr, Wagenstandplätze und Straßenbespritzung mangels anderer bestimmter Anhaltspunkte eben nach Tagschichten gerechnet werden soll. Es ist ja, wie aus der Anmerkung auf Seite 385 hervorgeht, dieser Betrag von 54.274 fl., welchen die Haltung der Pferde in eigener Regie verursacht, in folgender Weise aufgetheilt. Das Inspectorat für die Straßensäuberung hat angenommen, dass diese gesammten Auslagen sich in folgender Weise vertheilen werden: Ein Aufwand von 10.478 fl. für die Säuberung mittels Kehrmaschinen. Das ist unter Post 27. Dann: Straßenkehrichtabfuhr mit 13.161 fl. Das ist auf Post 28. Dann entfällt von dem Gesammtaufwande für die Haltung eines eigenen Pferdestandes, für die Haus- und Marktkehrichtabfuhr der Betrag von 20.643 fl. Den finden die Herren unter Post 35 u. s. w. Also, die Buchhaltung musste sich bei Ausmittelung der Positionen lediglich auf die Angaben des Säuberungs-Inspectors verlassen, der sagt: Von diesem Pferdematerial werden innerhalb eines Jahres die und die Dienstleistungen versehen und es wird daher von dem Gesammtaufwande den die Haltung des Pferdemateriales verursacht, der und der Betrag auf die Säuberung, der auf die Haus- und Marktkehrichtabfuhr, der auf die Wasserzufuhr u. s. w. entfallen. Willkürliche Ziffern sind es in gewisser Beziehung, ja, weil jeder positive Anhaltspunkt mangelt. Nach einem Jahre, oder nach einem halben Jahre, werden wir ja dann sehen, wie die Leistung sich in Wirklichkeit verhalten hat, durch wie viele Stunden des Tages hindurch das Pferdematerial für diesen Zweck verwendet worden ist. Das Budget ist aber immerhin nicht so geartet, dass man sagen muss oder mit Berechtigung sagen kann: Was hier steht, muss unter allen Umständen verausgabt werden. Wir hatten keinen anderen Anhaltspunkt und mussten uns daher auf diese Weise für das Jahr 1895 behelfen, für das Jahr 1896 werden wir in der Lage sein, an der Hand genauerer Daten das Budget aufstellen zu können.

**Bürgermeister:** Bitte fortzufahren, Herr Gemeinderath!

**Gem.-Rath Frauenberger:** Es ist ja unglaublich, Herr Bürgermeister, ja unglaublich, wie man so willkürlich vorgehen kann in der Aufstellung von Ziffern. Es ist ja möglich, dass . . (Zwischenruf rechts) Bitte, Herr College Schneiderhan, studieren Sie lieber das Referat und reden Sie nicht drein!

**Bürgermeister:** Bitte, keine Zwiegespräche!

**Gem.-Rath Frauenberger:** Ich lasse mir diese Unterbrechungen nicht gefallen. (Gem.-Rath Schneiderhan: Ich habe Sie nicht unterbrochen!) Ich habe das Referat studiert, sehr gut, bis in die letzte Ziffer, da kommt mir niemand, der mir etwas plausibel macht, dass diese Posten so repartiert werden. Es kann sein, das stelle ich nicht in Abrede, dann dürfen Sie aber diese Posten nicht wieder dazurechnen, um die Hauptpost auf diese Höhe zu bringen. (Bürgermeister: Das geschieht nicht!) Das geschieht, diese Posten sind dazugerechnet. (Widerspruch rechts. — Bürgermeister: Nein!)

**Stadtraths-Referent:** Der geehrte Herr College Frauenberger hat vergessen, dass diese Posten nicht zu dem Übertrage von 54.000 fl. addiert werden. Ich bitte, eine Addition zu machen, Sie werden sofort daraufkommen. Es fehlt vielleicht der Strich, das ist möglich, aber der Übertrag von 54.274 fl. ist nicht zu den Posten von 10.000 fl., 13.000 fl., 42.000 fl. zu addieren, weil

ja die Summe 66.000 fl. ausmacht. Darüber läſst sich nicht streiten, man muſs hergehen und addieren.

**Gem.-Rath Frauenberger:** Daſs man das dazuaddiert, behaupte ich nicht. (Rufe: Nun also!) Aber ich bitte Sie, diese Ziffern sind hier vollständig unrichtig, und schauen Sie her, da will ich gleich noch eine Bemerkung machen.

Hier heißt es: „Miete von 30 Hauskehrichtwagen 3288 fl." Ich will damit nur zeigen, wie man vorgeht, um diese Summe zu erhöhen. Da kommen 30 Hauskehrichtwagen! Meine Herren! Wie schauen diese 30. Hauskehrichtwagen aus! Über 100 fl. zahlen Sie für eine solche Miete.

**Bürgermeister:** Das ist jetzt eine andere Post. Sind Sie bezüglich der früher bemängelten Posten aufgeklärt?

**Gem.-Rath Frauenberger:** Nein, ich bin nicht aufgeklärt, ich muſs sagen: Nein! Ich möchte bitten, daſs der Verfasser dieser Rubrik Aufklärung gibt.

**Bürgermeister:** Ich bitte, es kann keine weitergehende Aufklärung gegeben werden. Ihre Behauptung hat sich als vollkommen unrichtig herausgestellt. Sie haben behauptet, es komme zu der Ausgabspost von 54.000 fl. noch eine andere Detailpost. Das ist unrichtig, Sie haben selbst gesehen, daſs Sie sich in einem Irrthume befinden.

**Gem.-Rath Frauenberger:** Aber nein! Es ist unglaublich! Ich bitte, Herr Bürgermeister, der Übertrag ist 130.803 fl. 30 kr. (Stadtraths-Referent: Nein!) Auf der ersten Seite sind 54.274 fl. 16 kr. (Stadtraths-Referent: Jetzt addieren Sie weiter!) Jetzt werden addiert 10.478 fl. 44 kr. (Rufe: Nein!) Natürlich ist das addiert! Diese 10.478 fl. und die 13.161 fl. 95 kr. und die 42.000 fl., das macht zusammen 66.000 fl. (Widerspruch.) Ich bitte, ich habe vollkommen recht, und die Herren haben unrecht. (Widerspruch.) Ich bitte, mit mir zu addieren.

**Bürgermeister:** Haben der Herr Gemeinderath schon geschlossen?

**Gem.-Rath Frauenberger:** Nein! Es wurde gesagt, ich habe unrecht, das ist nicht hinzuaddiert. Ich bemerke, daſs das hinzuaddiert ist. (Rufe: Nein!)

**Bürgermeister:** Ich bin nicht in der Lage, Sie weiter anzuhören. Das Wort hat Herr Gem.-Rath Ritt. v. Neumann.

**Gem.-Rath Ritt. v. Neumann:** Man erfuhr heute wieder, wie der Stadtrath behandelt wird; der Stadtrath muſs stets unrecht haben. Bisher ist immer gesagt worden, wir sind nicht genügend informiert, nicht vorsichtig genug, wir haben nicht die nöthige Umsicht, nunmehr wird ein Antrag gestellt, der beweist, daſs man umsichtig sein will; jetzt kommt der geehrte Herr College und sagt, diese Vorsicht von mir war unbegründet und schädlich, der Antrag sei dieserwegen nicht erledigt worden. Um was handelt es sich? Um einen Brunnenbau, und zwar um eine große Anlage — 23.000 fl. — aus welchem Brunnen sehr viel Wasser geschöpft werden soll. Da handelt es sich erstens um die Frage, ob Wasser vorhanden ist — das glaube ich — zweitens aber auch um das muthmaßliche Quantum, welches entnommen werden kann. Wer hat den Vorschlag gemacht? Herr Gem.-Rath Gräf. Es ist gewiſs ein zweckmäßiger Antrag. Wer hat das Gutachten gearbeitet? Das Stadtbauamt. Das Stadtbauamt ist indes gerade bei der geehrten Opposition nicht besonders beleumundet. In einer Frage, wie die, welche hier vorliegt, ist es nicht allein competent; ich bin Architekt und verstehe auch etwas vom Baufache. Ich würde mich nicht getrauen, über die Frage allein zu urtheilen, ob der Brunnen ergiebig sein wird. Ich würde in diesem Falle einen Fachmann zuziehen, und das habe ich beantragt. Wir haben die Wasserleitung in Pötzleinsdorf und Salmannsdorf ausgeführt und da haben wir gesehen, daſs das Stadtbauamt sich geirrt hat. Von nun ab ist es Übung geworden, daſs Fachmänner zugezogen werden. Solche Sachen besorgt ein Privater in ein bis zwei Tagen. Ich gehe zu einem Brunnenmeister, der die Verhältnisse kennt und sage: Herr, wir wollen einen Brunnen machen. Sagen Sie mir, wird es zweckmäßig sein? In ein bis zwei Tagen habe ich die Antwort.

Dafür kann ich nicht, daſs das Stadtbauamt Wochen zur Erledigung braucht. Das ist nicht die Schuld des Stadtrathes. Wenn ein Referat kommt, und wir nicht informiert sind, sagt man wir sind nicht informiert, wenn wir uns informieren wollen, sagt man, wir sind zu vorsichtig. Ich kenne die Verhältnisse in Ottakring und weiß, daſs sie schlecht sind. Das Bräuhaus hat zu wenig Wasser und sehnt sich nach der Nutzwasserleitung. Weil ich die Verhältnisse kenne, war ich vorsichtig. Daſs die Erledigung sich verzögert, ist nicht meine Schuld. Meine Pflicht war es, auf die Nothwendigkeit einer Prüfung hinzuweisen, und diese Pflicht habe ich erfüllt.

**Bürgermeister:** Gem.-Rath Gräf!

**Gem.-Rath Gräf:** Ich habe darauf nur zu erwidern, daſs ich aus dem ganzen Berichte — die Stadtraths-Berichte, wie sie in den Tagesblättern und Amtsblättern stehen, sind ja durch ihre Kürze berühmt — nicht klar wurde. Wenn Herr St.-R. Neumann nichts anderes gewünscht hat, als einen Brunnenmeister zu fragen, um sein Urtheil abzugeben, ob ein Wasser vorhanden ist, so will ich ihm ja vollständig rechtgeben. Nun aber, wie erklärt sich das, daſs bis heute noch die Entscheidung nicht erflossen ist? Ich bitte, noch folgendes zu bedenken. Die Herren Ingenieure des Bauamtes draußen wissen es so gut wie die competenten Factoren hier, daſs in der Umgebung — ich habe das schon erwähnt — bei der Tabakregie, in der Ginzel'schen Fabrik u. s. w. in derselben Wasser führenden Ader Brunnen vorhanden sind, die überaus reichhaltig an Wasser sind. Also die Besorgnis ist keine ganz begründete. Ich gebe dem Herrn Gem.-Rathe v. Neumann vollständig recht und nehme den Vorwurf in dem Sinne zurück, wenn er gemeint hat, es sei ein Brunnenmeister um das Gutachten zu fragen. Aber die Kritik über den ganzen Fall war gewiſs berechtigt, wenn wir hören, daſs bis zum heutigen Tage nichts geschehen ist.

Der Herr Bürgermeister erlaubt mir nun eine ganz kleine Bemerkung über seine Ausführungen. Er sagt, man ist immer bereit und hat ein geeignetes Ohr, wenn Anregungen gegeben werden, die sich als praktisch erweisen. Ich erlaube mir den Herrn Bürgermeister aufmerksam zu machen, daſs ich gelegentlich der Debatte im vorigen Jahre darauf verwiesen habe, es würde sich empfehlen, die ungepflasterten Straßen im Bezirke täglich zweimal, die gepflasterten einmal und die kurzen Quergassen auch einmal zu bespritzen. Das ist gewiſs eine Anregung, die verdient, in Erwägung gezogen zu werden, mit Rücksicht darauf, daſs der Bezirk an einer so großen Wasserarmut gelitten hat und die Straßenbespritzung — ich muſs das noch einmal sagen — geradezu eine scandalöse war. Es wäre Zeit genug gewesen, einen Versuch zu machen während der Sommermonate; nichts ist geschehen, und es war der Anwurf,

den ich erhoben habe, nach dieser Richtung hin ein vollständig begründeter.

**Bürgermeister:** Ich kann die Herren nur bitten, bei Anträgen, die Sie stellen, gefälligst nachzufragen und zu urgieren, und Sie werden sehen, dass man dann diesen Anträgen nachgeht und, wenn es möglich ist, die Erledigung beschleunigt.

Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet.

Die Debatte ist geschlossen.

**Gem.-Rath Frauenberger:** Ich habe noch das Wort, ich habe ja nicht zu Ende gesprochen.

**Gem.-Rath Hawranek:** Er ist unterbrochen worden!

**Bürgermeister:** Ich danke sehr für den freundlichen Schutz, den Sie dem Herrn Gem.-Rathe Frauenberger angedeihen lassen. (Heiterkeit.)

Ich bitte fortzufahren.

**Gem.-Rath Frauenberger:** Die Post „Tangente der Fuhrwerkskosten" 20.643 fl. 23 kr. ist nicht aufgeklärt, was das eigentlich ist.

**Bürgermeister:** Das ist auch schon aufgeklärt worden. (Gem.-Rath Frauenberger: Nein!) Herr Buchhalter kommen Sie her und klären Sie diese Post auf. (Gem.-Rath Jedlička: Gibt's da keinen deutschen Namen?) Das ist ein so üblicher Ausdruck; das ist ein Antheil. (Gem.-Rath Jedlička: Wenn's aber nicht schön ist; weg mit dem üblich!)

**Buchhalter Fechner:** Ich habe schon vorhin bemerkt, dass die unter Post 35 angeführte Tangente der Fuhrwerkskosten eine Quote ist des Betrages von 54.274 fl. 16 kr. (Gem.-Rath Frauenberger: Also auch eine Quote!) Von den ganzen Auslagen für die Haltung des Personales und für Pferde entfallen gewisse Beträge auf die Säuberung der Straßen mittels Kehrmaschinen, auf die Straßenkehrichtabfuhr u. s. w., wie ich bereits gesagt habe. Aus der Bemerkung auf Seite 386 geht ja genau hervor, dass die 54.274 fl. 16 kr. sich auf fünf Posten vertheilen, beziehungsweise unter fünf verschiedenen Rubriken veranschlagt sind. Die 10.478 fl. 44 kr. erscheinen unter Post 27, die 13.161 fl. 95 kr. unter Post 28, die 20.643 fl. 23 kr., das ist die Post, um die der geehrte Herr Gem.-Rath Frauenberger soeben gefragt hat, unter Post 35.

**Gem.-Rath Frauenberger:** Ich muss da aussprechen: Wer etwas von Buchhaltung versteht, wird sich höchlichst wundern über eine solche Zusammenstellung, die nur geeignet ist, zu verwirren. Ich erlaube mir den Herrn Buchhalter aufmerksam zu machen, dass diese Post hier, diese 54.274 fl. 16 kr., doch in dieser Weise nicht übertragen werden dürfen. Wo, in welcher Buchhaltung kommt denn das vor, dass man, wenn man eine Colonne zusammenstellt, dann die obere Post nicht dazurechnet. Das ist ja eine Buchung, die ich mit allem Grunde tadeln muss. Das ist ja eine Buchung, die nicht üblich ist.

**Bürgermeister:** Ich bitte, Herr Gemeinderath, halten Sie uns doch nicht auf. Es ist ein kleines Unglück geschehen. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ah, klein ist das nicht!) Der Strich fehlt. Wenn Sie die Güte gehabt hätten, vor der Sitzung sich zu erkundigen und diese Angelegenheit zu besprechen, so hätten Sie gefunden, dass die Sache ganz in Ordnung ist. Sie ist vielleicht undeutlich, es fehlt ein Strich (Gem.-Rath Dr. Lueger: O, es fehlt schon mehr!), aber in merito ist doch das nicht von Bedeutung.

**Gem.-Rath Frauenberger:** Ich bitte, Herr Bürgermeister, lassen Sie mich ausreden, es fehlt kein Strich, sondern es fehlt hier sehr viel, und hier hat man allen Grund, Anstände zu erheben. Das ist höchst undeutlich. Ich bitte, einen Buchhalter zu fragen, ob er das nicht unter allen Umständen wird beanständen müssen. Nun, meine Herren, habe ich vorhin erklärt: Obwohl man dies gethan hat, obwohl man diesen hohen Betrag eingesetzt hat, ist man doch auf keinen höheren Betrag gekommen, als auf 257.792 fl. 46 kr. Ich will nur beweisen, welcher kolossale Unterschied zwischen dem ist, was wir früher gezahlt haben, und dem, was wir heute bezahlen.

**Bürgermeister:** Das werden wir ja beim Rechnungsabschlusse sehen, vorläufig sind wir erst beim Voranschlage.

**Gem.-Rath Frauenberger:** Der Herr Bürgermeister hat vorhin bezüglich des Wagens gesprochen oder vielleicht hat dies der Referent gesagt. Warum hat man es nicht für nothwendig gefunden, den Wagen vorher zu probieren? Wenn man nach Stammersdorf gegangen wäre, so hätte man das Referat heuer erstatten können. Zu dem Projecte Stammersdorf hätten wir ja auch diesen Wagen gebraucht, aber da braucht man nicht zu probieren. Daher ist dieser Wagen nur ein Mittel, um die Sache hinzuhalten. Anders kann ich mir es nicht denken. Dann möchte ich bei dieser Gelegenheit noch eines erwähnen.

Nehmen Sie sich im nächsten Jahre bei der Budgetberathung ein jeder ein einzelnes Conto her und studieren Sie es, und dann wird man uns eine bessere Vorlage machen als heuer. Der Herr Referent hat gestern mit einem gewissen Stolze darauf hingewiesen, dass, wenn wir unsere Rechnungsabschlüsse ins Ausland schicken, Anerkennungen u. s. w. hereinkommen. (Stadtraths-Referent: Jawohl!) Gut, gut! Es ist ja möglich; ob aber die Herren diese Rechnungsabschlüsse so studiert haben, dass sie Anerkennungsschreiben hereinschicken dürfen, das weiß ich nicht. Ich kann dieser Buchhaltung, die das zusammengestellt hat, keine Anerkennung aussprechen, aber noch weniger dem Verfasser dieser Ziffern, wie er sie hier bringt — dem schon gar nicht. Ich warte nur, bis das Referat über die Straßenreinigung kommt. Damit bin ich zu Ende.

**Bürgermeister:** Die Debatte ist geschlossen.

**Stadtraths-Referent:** Ich will nur bemerken, dass es dem unmittelbaren Herrn Vorredner wohl nicht gut ansteht, dass er über diese Sache eine so große Erörterung hält, bei der sich die ganze Sache darauf zurückführen läßt, dass ein einfacher Abstrich, ein Druckfehler vorhanden ist, und ich hätte nicht geglaubt, dass ein Mann, der sagt, dass er die Sache so gut studiert habe, nicht daraufgekommen wäre, dass hier ein Strich fehlt. Das hätte ihm einfallen müssen, wenn er die Sache so gut verstanden hätte, und wenn er wirklich so ausgezeichnet bewandert in der Buchhaltung wäre. Da darf er es sich nicht herausnehmen, über die Buchhaltung so abfällig zu sprechen. Er muss erst vor unserer Buchhaltung etwas mehr Respect bekommen, dann kann er über sie reden. (Bravo! Bravo! rechts.)

Aber daraus, dass — vielleicht aus Verschulden der Buchhaltung, vielleicht aus Verschulden des Buchdruckers — ein einfacher Additionsstrich gefehlt hat, darf man nicht deducieren, dass wir 54.000 fl. zweimal ins Budget eingesetzt haben, während er übersehen hat, dass dieser Vortrag nicht in die Addition einbezogen worden ist.

**Bürgermeister:** Herr Gem.-Rath Dr. Lueger zur thatsächlichen Berichtigung.

**Gem.-Rath Dr. Lueger** (zur thatsächlichen Berichtigung): Meine Herren! Ich habe mir die Sache jetzt etwas durchgesehen; die Ziffern stimmen schließlich, aber was der Herr Referent sagt, ist nicht richtig. Es fehlt nicht bloß ein Strich, sondern die ganze Colonne auf der zweiten Seite ist verdruckt; die gehört gar nicht unter die Spalte hinein, sondern außerhalb derselben, und wenn das so gemacht worden wäre, so wäre gar kein Zweifel entstanden.

**Bürgermeister:** Aber, meine Herren, wenn man genau liest, muss man in kürzester Zeit darauf kommen.

**Gem.-Rath Dr. Lueger:** Da muss man schon sehr genau lesen.

**Bürgermeister:** Wir schreiten zur Abstimmung. Es ist gegenüber der gedruckten Vorlage bei Post 2 die Ziffer richtigzustellen in 260.850 fl. Die Herren sind damit einverstanden? (Zustimmung.) Angenommen.

Dann soll hineinkommen bei Post 5 zur Bedeckung nach dem Stadtraths-Antrage „Genehmigung und Herstellung eines Schupfens zur Aufbewahrung von Straßenreinigungsrequisiten 1330 fl." Die Herren sind einverstanden? (Zustimmung.) Angenommen.

Dann ist, glaube ich, noch eine Correctur bei Post 9. 8500 fl. statt 8000 fl. Auch keine Einwendung? (Zustimmung.) Angenommen.

Alle übrigen Posten sind unbeanständet, sie sind daher angenommen.

Nun kommt noch der Antrag Winker: „Der Herr Bürgermeister wird ersucht, Studien in der Richtung vornehmen zu lassen, ob es nicht im Interesse der Gemeinde zur Entlastung des Budgets gelegen wäre, für Zwecke der Auspflasterung Wiens, sowie der Canalisierung der Vororte ein Anlehen aufzunehmen und dem Gemeinderathe hierüber möglichst bald Bericht zu erstatten."

Jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Dann kommen die Anträge Eigner. Wünschen die Herren die Verlesung? (Rufe: Nein!) Also en bloc-Abstimmung darüber. Sie wären dem Stadtrathe zuzuweisen. Die Herren sind einverstanden? (Zustimmung.)

Hiemit ist also Gruppe VI, Rubrik XXII, in den Einnahmen und Ausgaben erledigt.

**Beschluss:** Die übereinstimmenden Anträge des Stadtraths- und des Commissions-Referenten rücksichtlich der Rubrik XXII, VI. Gruppe, wurden genehmigt.

Die Einnahmspost 7 dieser Rubrik wurde mit 182.900 fl., die Einnahmspost 10 mit 22.280 fl., und die Ausgabspost 2 a mit 260.850 fl. festgesetzt.

Bei der Ausgabspost 5 wurde zur Bedeckung der Kosten der Herstellung eines Schupfens zur Aufbewahrung von Straßenreinigungsrequisiten ein Betrag von 1330 fl. neu eingestellt.

— Aus dem Plenum des Gemeinderathes ist eine Commission einzusetzen, welche jene Straßen, die zur Neu- oder Umpflasterung vorgeschlagen werden, zu begehen und deren Zustand zu untersuchen haben wird.

**Bürgermeister:** Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung um ½9 Uhr abends.)

---

# Stadtrath.

## Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **13. März 1895.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Rechansky, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Bürgermeister Dr. Grübl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Huber.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

**Vice-Bürgermeister Matzenauer** eröffnet die Sitzung und gibt bekannt, dass St.-R. Dr. Huber sein Ausbleiben entschuldigt. (Zur Kenntnis.)

(1717.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Maresch, betreffend die Beistellung einer Kehrmaschine für den XVI. Bezirk und beantragt, von der Beistellung einer Kehrmaschine für den XVI. Bezirk mit Rücksicht auf die bevorstehende Organisation des Straßensäuberungswesens dermalen abzusehen. (Angenommen.)

(1729.) **Derselbe** referiert über die Auszahlung eines Restbetrages von 289 fl. 9 kr. für die mit Stadtraths-Beschluss vom 20. October 1893, Z. 7183, genehmigte Herstellung eines Requisitendepots XVII. Bezirk, Hernals, Rötzergasse 50, und beantragt, die Verweisung dieses Antrages auf den Reservefond zu bewilligen. (Angenommen.)

(1739.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Hans Kraus um Bewilligung zur Herstellung eines Asphalttrottoirs vor dem neuerbauten Hause XII. Bezirk, Schönbrunner Hauptstraße Einl.-Z. 1291, und beantragt die Genehmigung unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen, jedoch unter Umgangnahme von dem Erlage einer Caution.

St.-R. Matthies bringt die Ausarbeitung erleichterter Bedingungen für die Herstellung von Asphalttrottoirs unter Verzichtleistung auf den Erlag einer Caution in Anregung.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, der Magistrat sei zu beauftragen, über die Aufstellung erleichterter Bedingungen für die Herstellung von Asphalttrottoiren binnen 14 Tagen unter Wiedervorlage des Actes Bericht zu erstatten.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich binnen 8 Tagen unter Wiedervorlage des Actes darüber zu äußern, ob nicht von dem Erlage einer Caution bei der Herstellung von Asphalttrottoiren Umgang genommen werden kann.

**St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Zusicherung der Aufnahme an:
(1660.) IX. Bezirk. Parubsky Bertha, Comptoiristin;
Lange Hermann, Kaffeeschenker;
Stricker Philipp, Spediteur;
Zsamberger Johann, Gastwirt;
Kvaschnofski Jakob, Börsengalopin,

b) die Verleihung der Zuständigkeit an:
(1689.) VIII. Bezirk. Nölscher Alois, Gastwirt;
Mayer Aloisia, Fabriksarbeiterin;
Jezek Josef, pens. Sicherheitswachmann;
Kocik Wenzel, Amtsdiener der k. k. priv. Südbahn-Gesellschaft;
Grubner Josef, Geschäftsdiener;
Brath Theodor, Gemischtwaren-Verschleißer;
Wohlfahrt Johann, Omnibus-Conducteur;
Kuck Thomas, Kutscher;
Müllebner Koloman, Gastwirt und Hauseigenthümer;
Matzke Wilhelm, Bäckergehilfe;
Prewein Johann, Hausierer;
Walzer Leopold, Magazineur;
Hackl Johann, Portier;
Schranil Franz, Schlossergehilfe;
Groß Eduard, Gemischtwarenhändler;
Gruber Johann, Lackierergehilfe;
Jirka Ignaz, Maurergehilfe, und
Fischbacher Barbara, Bedienerin. (Angenommen.)

(1726.) **Derselbe** referiert über Bürgerrechtsgesuche aus dem VIII. Bezirke und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:
Kazda Thomas, Maurer- und Stuccaturermeister, und
Reitel Friedrich, Zimmermaler. (Angenommen.)

(1005.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XVI. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:
Englisch Eduard, Waschmaschinenfabriks-Werkführer, und
Schätzler Karl, Optikergehilfe. (Angenommen.)

(1742.) **Derselbe** referiert über die Eingabe der Verwaltung des städtischen Asyl- und Werkhauses um Bewilligung zur weiteren Verabreichung der Frühstücksuppe im Asyl- und Werkhause vom 1. bis 15. April d. J. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(1644.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Karl Blaimschein gegen eine Verfügung des magistratischen Bezirksamtes für den XII. Bezirk, betreffend den Verkauf von mit Kunstbutter vermischter Naturbutter, sogenannter Mischbutter, und beantragt die Abweisung des Recurses.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Zurückweisung des Recurses wegen Incompetenz des Stadtrathes.

Dieser Antrag angenommen.

(1743.) **Derselbe** referiert über den Recurs des I. Wiener Consumvereines gegen feuerpolizeiliche Verfügungen bezüglich des Hauses IX., Währingerstraße 57, und beantragt die Abweisung.

St.-R. Schneiderhan beantragt, dem Recurse Folge zu geben.

Dieser Antrag angenommen.

(1594.) **Derselbe** referiert über den Ankauf des Hauses IX., Marktgasse 4, zur Erweiterung des Schulhauses IX., Alserbachstraße 23, und beantragt, den Ankauf dieses Hauses um den Preis von 17.500 fl. zu genehmigen. Die Kosten der bücherlichen Umschreibungen, sowie die Vertragsstempelkosten sind von der Gemeinde zu tragen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1786.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über das Ansuchen der Marie Brey, Magistratsraths-Waise, um Fortbezug der Gnadengabe, und beantragt, der Genannten den Fortbezug der Gnadengabe per 150 fl. vom 9. April 1895 an auf weitere drei Jahre, d. i. bis 8. April 1898, oder bis zu einer etwa früher eintretenden Versorgung zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1792.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ignaz Korntheuer, Dieners der II. Bezugsclasse, um Anweisung der von der bestandenen Gemeinde Rudolfsheim bewilligten Quinquennalzulage per 50 fl. und des davon entfallenden 30percentigen Quartiergeldbeitrages per 15 fl. und beantragt, dem Bittsteller die bisher bezogene Ergänzungszulage von 15 fl. vom 1. Februar 1895 an um 65 fl. zu erhöhen. (Angenommen.)

(1762.) **Derselbe** referiert über das negative Ergebnis der Wahl des Vorstehers für den V. Bezirk und beantragt:

1. das Ausbleiben des Bezirksausschusses Adolf Fenauer als gerechtfertigt zu erklären;
2. den Herrn Bürgermeister einzuladen, eine neuerliche Wahlhandlung zu veranlassen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, dass die Bezirksvertretung des V. Bezirkes aufgelöst und die Neuwahl zugleich mit den Gemeinderathswahlen vorgenommen werde.

Dieser Antrag abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

(1667.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Pauline Schneider, Amtsdieners-Witwe, um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt, der Genannten den Fortbezug der Gnadengabe per 100 fl. jährlich vom 17. Jänner 1895 an auf weitere drei Jahre, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderen Versorgung zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1669.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Josefa Haindl, Sanitätsaufsehers-Witwe, um Bewilligung einer Gnadengabe und beantragt, der Genannten eine einmalige Unterstützung im Betrage von 100 fl. zu gewähren. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1670.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit eines Platzzinses von 3 fl. nach Ferdinand Ptazek im XVIII. Bezirke und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(1668.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der städtischen Amtsdieners-Witwe Josefa Zimmermann um Abschreibung eines nach ihrem verstorbenen Gatten Johann Zimmermann aushaftenden Gehaltsvorschussrestes per 11 fl. 66 kr. und beantragt die Abschreibung nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(1654.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Schuldieners-Witwe Theresia Polatschek um Repartition des für ihre bereits im Normalalter stehende Tochter Marie entfallenden Erziehungsbeitrages auf ihre übrigen drei Kinder und beantragt die Erhöhung des Erziehungsbeitrages für die letzteren auf den normalmäßigen Betrag von je 33 fl. $33^{1}/_{3}$ kr. nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(1628.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Großer um Belassung des Erziehungsbeitrages für sein Mündel Louise Bausenwein und beantragt, für die letztere den Erziehungsbeitrag jährlicher 126 fl. $66^{1}/_{2}$ kr. noch auf ein weiteres Jahr, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden Versorgung vom 19. Jänner 1895 an zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1566.) **St.-R. Kreindl** referiert über den Dank des Stiftes Klosterneuburg für die mit den Stadtraths-Beschlüssen vom 21. December 1894, Z. 10022, und vom 7. Februar 1895, Z. 613, genehmigte Demolierung des ehemaligen Gemeindehauses Conscr.-Nr. 91 und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(1552.) **Derselbe** referiert über das Project für die Verbesserung der Beleuchtung der Grinzingerstraße, Hohen Warte und Umgebung in Heiligenstadt und beantragt, die Neuaufstellung von neun halbnächtigen und zwölf ganznächtigen Flammen mit dem jährlichen (bedeckten) Gasconsumkosten von 628 fl. 98 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(1499.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des L. Kerber'schen Granitwerkes Büchlberg um Pönalnachsicht bezüglich der verspäteten Steinlieferung im October und November 1894 und beantragt die Nachsicht des Pönales per 537 fl. 46 kr. mit Rücksicht auf die kurze Lieferzeit, anhaltend schlechte Witterung im Monate October und wegen Behinderung der Schiffahrt auf der Donau durch starke Nebel in dieser Zeit.

St.-R. Boschan beantragt die Nachsicht bis auf einen Betrag von 50 fl.

Referent accommodiert sich.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(1515.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ludwig Erhardt als gewesener Pächter der vereinigten Granitwerke Zumberg, Böhmen, um Nachsicht des Pönales von 300 fl. für die Terminsüberschreitung bei der Pflastersteinlieferung pro 1894 und beantragt die Gesuchsgewährung. (Abgelehnt.)

(1426.) **Derselbe** referiert über die Erbauung einer Schupfe auf dem Materiallagerplatze XVII., Johannesgasse 48, zur Unterbringung von Straßensäuberungsrequisiten und beantragt, die Herstellung dieser Schupfe mit dem Kostenbetrage von 1325 fl. zu genehmigen und zu diesem Behufe die Position der Rubrik XXII 5 k α um diesen Betrag zu erhöhen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1454.) **Derselbe** referiert über die Herstellung einer Fuhrwerks-Brückenwage auf einem Platze in Währing und beantragt:

1. Die Herstellung einer Centesimal-Fuhrwerks-Brückenwage sammt Waghaus, erstere mit Laufgewicht und Registriereinrichtung und einer Tragkraft von 1000 kg auf der in dem vorgelegten Plane ad M.-Z. 207994 ex 1893 bezeichneten Stelle des von der Schopenhauer-, Hans Sachs- und Staudgasse im XVIII. Bezirke begrenzten Platzes im veranschlagten Kostenbetrage von 3698 fl. 67 kr. wird genehmigt.

2. Die Lieferung der Brückenwage ist auf Grund der vorgelegten allgemeinen und besonderen Bedingnisse im Wege der beschränkten Offertverhandlung, zu welcher die Firmen C. Schember & Söhne, Paul Hoffmann und J. Florenz einzuladen sind, sicherzustellen, wogegen die übrigen Arbeiten im currenten Wege von den städtischen Contrahenten auszuführen sind.

3. Für die Bedienung dieser Wage wird die Bestellung eines geprüften Wagmeisters mit dem Taglohne von 1 fl. 50 kr. und der Arbeitsdauer von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends an Wochentagen und einer solchen von 6 Uhr früh bis 12 Uhr mittags an Sonn- und Feiertagen, endlich gegen eine beiderseitige 14tägige Kündigung genehmigt.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1561.) **Derselbe** referiert über die Sicherstellung des Elf-Uhr-Läutens und des Aufziehens der Thurmuhr in Neustift a. W. und beantragt, diese Verrichtungen pro 1895 dem Messner in Neustift a. W. Johann Oswald unter den gleichen Bedingungen wie im Vorjahre, das ist gegen eine Entlohnung von 18 fl. jährlich, zu übertragen.

(Angenommen.)

(1437.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit rückständiger Marktgebüren per zusammen 14 fl. 72 kr. nach Anton Jelinek im XVIII. Bezirke und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(1718.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Kellners Anton Goldschalt im I. Bezirke gegen die Vorschreibung einer Musikimpostgebür sammt Strafe im Betrage von zusammen 6 fl. 30 kr. und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit.

(Angenommen.)

(1503.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit einer Commissionsgebür per 4 fl. nach Amalia Kremnitzmüller im V. Bezirke und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(1518.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit einer Augenscheinstaxe per 12 fl. 64 kr. nach der Kaffeesiederin Cordula Klinger im VII. Bezirke und beantragt die Abschreibung.

(Angenommen.)

(1428, 1436, 1502, 1519, 1573, 1721.) **Derselbe** referiert über rückständige Hundesteuer resp. -Strafen nach mehreren Parteien aus dem III., V., XIV. und XVII. Bezirke im Gesammtbetrage von 120 fl. und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

**Derselbe** referiert über Bürgerrechtsgesuche und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

(1369.) Martin Matthias, Schuhmacher;

Willmann Johann, Handschuhlederfärber und Hausbesitzer;

Weiler Siegmund, Schneidermeister und Hausbesitzer;

Reiß Thomas, Tischlermeister. (XVII. Bezirk.)

(1672.) Ayles Christian, Gastwirt;

Saurer Samuel, Gastwirt, und

Ladner Wilhelm, Gastwirt. (XVIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(361.) **St.-R. Stiaßny** referiert über das Ansuchen des Moses Löw, einverständlich mit Samuel und Rosalia Schein, um Genehmigung zur Grundab-, beziehungsweise -Zuschreibung bezüglich Einl.-Z. 102 und 104, I., Bauernmarkt 10 und 12, und beantragt:

1. die baubehördliche Genehmigung zu der beabsichtigten Änderung in der Configuration der beiden Baustellen Einl.-Z. 102 und 104, Parcellen 614 und 620, durch die in den Plänen dargestellte Grundab- beziehungsweise -Zuschreibung;

2. die Ertheilung der erbetenen Zustimmungsurkunde zur lastenfreien Abtrennung der bezeichneten Grundfläche per 33·02 m² mit Beziehung auf die auf dem Hause Einl.-Z. 102, I. Bezirk, zu Gunsten der Gemeinde sub C Post 29 und 30 haftenden Lasten. (Angenommen.)

(1884.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über die beabsichtigte Aufstellung einer Feldschmiede durch Johann Pehofer in Naßwald auf der ihm gehörigen Parcelle Nr. 885/7 und beantragt, gegen diese Bauführung eventuell Betriebsanlage noe. der Gemeinde Wien als Grundanrainerin keine Einwendung zu erheben.

(Angenommen.)

(1890.) **Derselbe** referiert über den Verkauf von Forstproducten in Naßwald seitens der dortigen Forstverwaltung und beantragt, den Verkauf der im Berichte näher bezeichneten Hölzer um den Gesammtpreis von 292 fl. nachträglich zu genehmigen. (Angenommen.)

(1887.) **Derselbe** referiert über den Bericht der Forstverwaltung in Naßwald, betreffend die Zurückziehung des Ansuchens der erzherzoglichen Jagdleitung in Reichenau um Absperrung von Wegen am Schneeberge, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8379.) **Derselbe** referiert über die Vertheilung der städtischen Diener der drei Bezugsclassen nach Trennung des bestehenden Concretal-Status und beantragt:

1. Es sei die Vertheilung der städtischen Diener nach folgender Tabelle zu genehmigen:

| Amt | Stand nach der letzten Besetzung | | | Zusammen | Antrag | | | Zusammen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1. Cl. | 2. Cl. | 3. Cl. | | 1. Cl. | 2. Cl. | 3. Cl. | |
| Kanzlei | 36 | 193 | 94 | . | . | . | | |
| Raths- und Amtsdiener und Rathhausaufseher . . | . | 1 | . | 324 | 40 | 194 | 90 | 324 |
| Schuldiener . | 3 | 81 | 36 | 120 | 10 | 80 | 30 | 120 |
| Executionsamt. | | | | | | | | |
| Mahnboten . . . | . | 58 | . | 58 | 3 | 45 | 10 | 58 |
| Marktamt. | | | | | | | | |
| Schlachtbrücken-Oberaufseher, Aufseher, Marktaufseher, Portiere . | 9 | 30 | 3 | 42 | 5 | 34 | 3 | 42 |
| Asyl- und Werkhaus. | | | | | | | | |
| Oberaufseher, Aufseher, Wäscheaufseherin . . . | 1 | 13 | 1 | 15 | 1 | 13 | 1 | 15 |
| Museum. | | | | | | | | |
| Zeugwarte . . . . | 1 | 1 | . | 2 | 1 | 1 | . | 2 |
| Versorgungshäuser. | | | | | | | | |
| Aufseher . . . . | . | 3 | 3 | 6 | . | 3 | 3 | 6 |
| | 50 | 380 | 137 | 567 | 60 | 370 | 137 | 567 |

2. Es sei der Titel „Rathsdiener" für die Amtsdiener der I. Bezugsclasse zu belassen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt für die Schuldiener 15 Stellen in der 1., 75 in der 2., und 30 Stellen in der 3. Classe.

St.-R. Dr. Lueger beantragt für die Mahnboten 7 Stellen in der 1., 41 in der 2., und 10 Stellen in der 3. Classe.

Referent accommodiert sich.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(9387.) **Derselbe** referiert über die Interpretation des Gemeinderaths-Beschlusses vom 6. Juli 1894, Z. 4528, und beantragt, diesen Beschluss dahin auszulegen, dass derselbe eine uneingeschränkte Giltigkeit habe und dass demnach auch jenen Dienern der III. Bezugsclasse, die vor der Fassung des Beschlusses als Amtsdiener ernannt wurden, für die Erlangung der Quinquennien die in provisorischer Eigenschaft zugebrachte Dienstzeit einzurechnen sei. (Angenommen.)

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass die Arbeiten für die bevorstehenden Gemeinderaths-Ergänzungswahlen dem Abschlusse nahe sind und dass zugleich mit den Gemeinderathswahlen, welche in sämmtlichen Bezirken stattfinden, Ergänzungswahlen für den Bezirksausschuss des X. Bezirkes stattfinden werden. (Zur Kenntnis.)

(1927.) **Derselbe** referiert über das Ergebnis einer Berathung des zufolge Punkt V des Stadtraths-Beschlusses vom 7. März 1895, Z. 1354, eingesetzten Comités in Angelegenheit der Kehrichtverfrachtung und beantragt, es sei in Abänderung des citierten Stadtraths-Beschlusses statt der drei Kehrichtwagen nach System Ehrret nur ein solcher Wagen nebst den erforderlichen Behältern, dann je ein Wagen nach System Bürger und Walleg & Hartwich nebst den erforderlichen Behältern und Sammelgefäßen auf Kosten der Gemeinde Wien anzuschaffen und praktisch zu prüfen. Hiebei sind die in dem erwähnten Stadtraths-Beschlusse präliminierten 5000 fl. nicht zu überschreiten. (Angenommen.)

(1840.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Bespritzung im k. k. Prater und in den angrenzenden Straßen des II. Bezirkes mit Fasswagen pro 1895 bis 1897, und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Moriz Weininger (4750 fl. jährlich und 7 fl. per Tagfuhr) gegen dem, dass sich derselbe mit dem Zusatze zu § 2 der Originalbedingnisse einverstanden erklärt, wonach der Gemeinde das Recht vorbehalten bleibt, jederzeit Wasser aus dem städtischen Aufspritzbrunnen zu entnehmen. (Angenommen.)

(1909.) **Derselbe** referiert über die Klage des Rudolf Schneeweis gegen die Gemeinde Wien auf Zahlung von 299 fl. c. s. c. für die durch den städtischen Bezirksaufseher entfernten Trottoirsteine des Trottoirs vor dem Hause III., Rennweg Or.-Nr. 68, und beantragt, den Stadtanwalt Dr. Oskar Schmitt zu ermächtigen, die Gemeinde Wien in dem beim k. k. Landesgerichte anhängigen Rechtsstreite zu vertreten. (Angenommen.)

(1704.) **Derselbe** referiert über die Feststellung der Vorschrift für den Verkauf der städtischen Realität Or.-Nr. 28 Kärnthnerstraße, Or.-Nr. 6 Neuer Markt, I. Bezirk (Hotel Munsch).

Nach längerer Debatte wird beschlossen, den Gegenstand neuerlich an den Magistrat mit dem Auftrage zu leiten:

1. im Einvernehmen mit dem Bibliotheksdirector alle jene Gegenstände genau zu bezeichnen, welche vermöge ihres künstlerischen oder historischen Wertes aus den übrigen, bei der Demolierung in das Eigenthum des Käufers des Hauses übergehenden Altmaterialien auszuscheiden und der Gemeinde Wien vorzubehalten wären;

2. über die unterirdischen Räumlichkeiten unter Vorlage von Planskizzen einen genauen Bericht vorzulegen und sich insbesondere darüber zu äußern, in welcher Weise diese unterirdischen Räume durch den eventuell zu führenden Neubau berührt werden.

(1926.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Ansuchen der Firma Kupka & Orgelmeister, registrierte Stadtbaumeister in Wien, um Bewilligung einer Grundab- und -Zuschreibung bezüglich der Einl.-Z. 591 und 505, VI. Bezirk, Magdalenenstraße, und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

# Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **14. März 1895.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer. Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger.

Entschuldigt: Vice-Bürgermeister Dr. Richter. St.-R. Wurm.

Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

**Vice-Bürgermeister Matzenauer** eröffnet die Sitzung. Vice-Bürgermeister Dr. Richter und St.-R. Wurm entschuldigen ihr Ausbleiben von der Sitzung. (Zur Kenntnis.)

(1976.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über den Erlass des Landesschulrathes vom 12. März d. J., Z. 2421, betreffend die Übernahme der Communal-Realschule des VI. Gemeindebezirkes in die Verwaltung des Staates und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(1720.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Leiters der Schulwerkstätte für Knabenhandarbeit um Localüberlassung XVI. Bezirk, Grundsteingasse 65, und beantragt, diesen Act vorläufig dem Bezirksschulrathe zur gefälligen Äußerung zuzumitteln.

(Angenommen.)

(1774.) **Derselbe** referiert über die Kundmachung, betreffend die Terminsverlängerung für den Concurs zur Besetzung erledigter Lehrstellen im Wiener Schulbezirke bis 13. April 1895 und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(1773, 1772.) **Derselbe** referiert über die Kundmachung, betreffend die Concurse zur Besetzung erledigter Directorstellen an Bürgerschulen und zur Besetzung erledigter Schulleiterstellen an allgemeinen Volksschulen im Wiener Schulbezirke und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(1235.) **Derselbe** referiert über die Berichtigung hinsichtlich der am 4. Februar 1895, Z. 599, verlautbarten Concursausschreibung zur Besetzung erledigter Lehrstellen im Wiener Schulbezirke und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(1329.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung einer Jahresremuneration für die Arbeitslehrerinnen Marianne Hirschl und Emilie Tapfer an der Unterrichtsabtheilung für taubstumme schulpflichtige Kinder XVIII. Bezirk, Klettenhofergasse 3, und beantragt, die Zustimmung zu ertheilen, dass den Genannten eine Jahresremuneration von je 30 fl. bewilligt werde. (Angenommen.)

(828.) **Derselbe** referiert über die Entscheidung des Unterrichtsministeriums vom 28. December 1894, Z. 26224, über den Recurs der Gemeinde Wien wegen Zuweisung einer Naturalwohnung an den Oberlehrer Franz Wolfgang, resp. Gewährung einer Quartiergeldentschädigung und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(1074.) **Derselbe** referiert über den Bericht bezüglich der Creierung eines Turnplatzaufseherpostens und beantragt, den Bericht des Magistrates zur Kenntnis zu nehmen und zu beschließen es sei vom 1. März 1895 an die Stelle eines dritten provisorischen Turnplatzaufsehers mit einer monatlichen Entlohnung von 60 fl. und einer Jahreskarte der Wiener Tramway-Gesellschaft per 50 fl. zu systemisieren und zu besetzen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1866.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Katharina Stöckl, Oberlehrerswaise, um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt, derselben die jährliche Gnadengabe von 120 fl. neuerlich auf die Dauer von drei Jahren oder bis zu dem Tage einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung vom 7. März 1895 an aus den eigenen Geldern zu verleihen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1453.) **Derselbe** referiert über das neuerliche Ansuchen mehrerer Professoren der verstadtlichten Communal-Oberrealschule im IV. Bezirke um Vergütung für ihnen vom Staate zugetheilte Mehrstunden in Betreff Umgangnahme von Abzügen bei der Einreihung in die VIII. Rangclasse und um Richtigstellung ihrer Differenzbezüge und beantragt, es sei dem Gemeinderathe zu empfehlen, in Abänderung seines Beschlusses vom 30. October 1894 den Stadtraths-Beschluss vom 27. Juni 1894 zu genehmigen. Das weitere Begehren der Gesuchsteller wird abgewiesen.

St.-R. Boschan beantragt die Ablehnung sämmtlicher Ansuchen.

Referenten-Antrag angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(1212.) **Derselbe** referiert über zwei Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes, betreffend den Anfallstermin der Dienstalterszulagen von Volks- und Bürgerschullehrern, und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(1744.) **St.-R. Stiaßny** referiert über das Ansuchen des Franz Neumann um Baubewilligung VIII., Langegasse 12, und beantragt:

1. die Ertheilung der Baubewilligung für die Anlage des Rondeauausbaues und der beiderseits derselben projectierten Risalite in der Länge von je 2 m, ferner der an den beiden Hausenden projectierten Risalite in der Länge von 4 m, beziehungsweise 4·25 m, sämmtliche drei Vorbauten mit einem Vorsprunge von 0·15 m über die Baulinie mit Rücksicht auf die Straßenbreite von 13·28 m, beziehungsweise 11·38 m, und dem geringen Verkehre in diesen beiden Gassen, zu bestätigen;

2. den zur Anlage des Rondeauvorbaues und der Risalite erforderlichen Grund gegen dem zu überlassen, dass der bezügliche Grund in der Langegasse per 1·06 m², der in der Trautsohngasse zur Vorbautenanlage erforderliche Grund per 1·10 m², sowie der in die Verbauung einzubeziehende Straßengrund per 4·36 m² im doppelten Ausmaße von dem in der Langegasse zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grunde per circa 58 m² in Abzug gebracht werde.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die Schadloshaltung unter einem mit der Risalitbewilligung zu erledigen.

Referenten-Antrag angenommen.

Der Antrag des St.-R. Dr. Lueger wird in folgender Formulierung des Vorsitzenden angenommen:

Der Magistrat wird beauftragt, sich binnen 14 Tagen darüber zu äußern, ob es zweckmäßig wäre, in jenen Fällen, in welchen Gesuche um Risalitbewilligungen vorliegen, gleichzeitig mit der Erledigung dieser Gesuche die Höhe der zu leistenden Schadloshaltung für den abzutretenden Straßengrund zu bestimmen. (An den Gemeinderath.)

(1736.) **St.-R. Matthies** referiert über das Project für den Umbau des Canales in der Sophienbrückengasse, III. Bezirk, und beantragt, das vorgelegte Project für diesen Canalumbau mit dem veranschlagten, budgetmäßig bedeckten Kostenerfordernisse von 3838 fl. 34 kr. zu genehmigen und den Zehrungsbeitrag für den Inspicienten nach dem provisorischen Normale zu bewilligen. (Angenommen.)

(1737.) **Derselbe** referiert über das Project für den Neubau eines Canales X. Bezirk, Van der Nüllgasse, und beantragt, das vorgelegte Project für den Neubau des obigen Haupt-Unrathscanales mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 3204 fl. 21 kr. zu genehmigen und für den mit der permanenten Beaufsichtigung des Baues zu betrauenden Inspicienten den Zehrungsbeitrag nach dem provisorischen Normale zu bewilligen. (Angenommen.)

(1738.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des August Höniger um Baubewilligung Einl.-Z. 350 und 352 in Kaiser-Ebersdorf und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses gegen Ausstellung des im Commissions-Protokolle gedachten intabulationsfähigen Demolierungsreverses und Zugestehung der in Ansehung der Abortanlage in Anspruch genommenen Bauerleichterungen.

Der Referenten-Antrag wird mit dem Zusatze angenommen, in Hinkunft ist seitens des Bauamtes darauf zu sehen, dass ein entsprechender Situationsplan vorgelegt werde.

(1803.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Anna Hartmann um Grundentschädigung Einl.-Z. 107, Simmering, Kobelgasse 11, und beantragt, die Schadloshaltung für den von der Parcelle 8 (Weide per 26·25 m²) und Nr. 22 (Bauarea per 6·68 m²) Einl.-Z. 107 Simmering, XI. Bezirk, zur Verbreiterung der Kobelgasse entfallenden Grund mit 3 fl. per Quadratmeter rücksichtlich der Parcelle 8 und mit 6 fl. rücksichtlich der Parcelle Nr. 22 zu bestimmen. (Angenommen.)

(1804.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Sedlaczek um Grundentschädigung XI., Kopalgasse Nr. 34, und beantragt die Bestimmung der Schadloshaltung für den von der Realität Einl.-Z. 122 Simmering, XI. Bezirk, Kopalgasse Nr. 34, zur Straßenverbreiterung der Kopalgasse entfallenden Grund per 11·59 m² mit 9 fl. per Quadratmeter. (Angenommen.)

(1805.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Paul um Grundentschädigung Simmering, Hauptstraße Nr. 27, und beantragt, die Bestimmung der Schadloshaltung für den von der Realität Einl.-Z. 239, XI., Simmering, Hauptstraße Nr. 27, abzutretenden Grund per 10·02 m² mit 15 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(1806.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Trottoirpflasterungskosten für das Haus XI., Dorfgasse 67, nach Johann und Lorenz Schmirl und beantragt die Abschreibung des Betrages per 19 fl. 15 kr. (Angenommen.)

(1883.) **Derselbe** referiert über die Zurückziehung des Verkaufsofferts bezüglich des Hauses III., Am Heumarkt 7, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(1688, 1925.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Holczmann Stephan, Bierführer;
Goldbecher Franz, Werkmeister;
Banya Paul, Gastwirt;
Benedek Johann, Schmiedgehilfe;
Valentin Friedrich Theodor Ludwig, Tischlergehilfe (X. Bezirk);
Brück Ludwig, Dr., Advocaturscandidat. (III. Bezirk.)

(Angenommen.)

(1599.) **St.-R. Dr. Nechansky** referiert über das Ansuchen der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft um Ausstellung einer Freilassungserklärung bezüglich der Parcelle Einl.-Z. 1567, Währing, und beantragt, namens der Gemeinde Wien in die Freilassung des im vorgelegten Plane mit den Buchstaben b c d e f g h i k l m n o p b umschriebenen Theiles der zum Bestande der Realität Grundb.-Einl.-Z. 1567 (Währing) gehörigen Gartenparcelle 8/23 von der sub Post 1, Z. 7432 ex 1883, gemäß Protokolles vom 13. December 1881 einverleibten Servitut der Duldung des die Parcelle Nr. 8½ durchziehenden Währingerbachbettes, dessen Erhaltung der Gemeinde Währing obliegt, einwilligen und zu genehmigen, dass eine diesbezügliche Freilassungserklärung der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft als Eigenthümerin der genannten Realität auf Kosten dieser Gesellschaft ausgestellt werde. (Angenommen.)

(1024.) **Derselbe** referiert über den Vergleichs-Antrag des Leopold und der Marie Gutschy in der Verlassenschaft nach Anna Heide und beantragt, den von Leopold und Marie Gutschy angebotenen Vergleichs-Antrag in Ansehung der dem Ortsarmen-Institute Ottakring aus dem Testamente der Anna Heide vom 30. Juni 1890 zustehenden fideicommissarischen Substitution an einem Drittel des Hauses Conscr.-Nr. 8 6, Einl.-Z. 1076 des Grundbuches Ottakring im XVI. Bezirke, des Inhaltes, dass das genannte Institut auf diese Substitution verzichte, vorbehaltlich der abhandlungs- und substitutionsbehördlichen Genehmigung unter den vom Magistrate aufgestellten Bedingungen anzunehmen. (Angenommen.)

(584.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Franz Edler v. Stourzh als Magdalena Putscher'schen Erbenmachthabers um Auszahlung von verjährten Anlehenscoupons und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(9001.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes v. Götz wegen Erwirkung der Fortdauer der derzeitigen Normen über die Gebäudesteuerveranlagung in den neuen Bezirken und beantragt, es sei eine Petition im Sinne des eingebrachten Antrages einzubringen.

St.-R. Boschan beantragt die Vertagung, bis die Berathung der Steuervorlagen vorüber ist.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, eine solche Petition zu verfassen und dieselbe dem Stadtrathe vorzulegen.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt, es sei dahin zu wirken, dass auch für die inneren Bezirke ein 30percentiger Gebäudesteuer-Erhaltungsbeitrag gewährt werde.

St.-R. Dr. Lederer beantragt zum Antrage des St.-R. Dr. Lueger, es sei auch der vom St.-R. Rückauf gestellte Antrag wegen Unzulänglichkeit des von der Hauszinssteuer freigelassenen 15percentigen Gebäudesteuer-Erhaltungsbeitrages in die Petition einzubeziehen.

Der Antrag des St.-R. Dr. Lueger und Dr. Lederer wird mit dem Zusatze „in kürzester Frist" angenommen.

(619.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma Lindheim & Comp. um Ausfolgung der Caution für Lieferungen an Waisenhäuser ohne Beibringung des Erlagscheines und beantragt, die Ausfolgung der von der Firma Lindheim & Comp. anläßlich der Übertragung der Lieferung von Mehl und Grieß an die städtischen Waisenhäuser für das Jahr 1894 erlegten Caution (Einlagbuch der I. österreichischen Sparcassa Nr. 463987 per 125 fl., lautend auf

Lindheim & Comp.) ohne Rückstellung des Cautionserlagscheines gegen Beibringung einer Reversualerklärung, in welcher die Firma Lindheim & Comp. die vollkommene Schadloshaltung der Gemeinde Wien hinsichtlich aller gegen dieselbe aus diesem Anlasse etwa entstehenden Ansprüche zusichert, zu bewilligen. (Angenommen.)

(1516.) **Derselbe** referiert über die eventuelle Geltendmachung des Schadenersatzanspruches gegen den Kutscher Johann Skilit, bedienstet bei der Firma J. Karpeles, anläſslich des Abbrechens zweier Säulen bei der Parkumzäunung am Rudolfsplatze, I. Bezirk, und beantragt, von der Geltendmachung eines Ersatzanspruches gegen den Genannten abzusehen. (Angenommen.)

(1595, 1547.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Leyrer Theresia, Amtsdieners-Witwe;
Abel Emil Maxim., Buchhalter;
Guttmann Moriz, Schneider;
Hofbauer Amalia, Private;
Jursza Anna, Küchengehilfin;
Engert Katharina, Cassierin;
Strauß Philipp, Verschleißer;
Singer Samuel, Tapezierer;
Janke Johannes, Bandagenmacher;
Hammer Eduard, Schriftsteller (I. und VIII. Bezirk).

(Angenommen.)

(1795.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Koller Franz, Hausdiener;
Eder Veronika, Dienstmagd;
Baumer Ferdinand, Gemischtwaren-Verschleißer;
Brandtner Anna, Stubenmädchen;
Krottendorfer Franz, Kellner;
Schmid Franz, Gastwirt;
Stein Joachim, Wildbrethändler;
Haunold Antonia, Verkäuferin;
Zyka Franz, Schneider;
Stefan Katharina, Bedienerin;
Tempus Katharina, Köchin;
Aumann Ferdinand, Universitätsdiener;
Hofbauer Franz, Fischhändler;
Fuchs Anton, Gastwirt;
Mrazek Josef, Pfaidler;
Deutsch Edmund, Börsesensal (I. und VIII. Bezirk).

(Angenommen.)

(1735.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wiener Communal-Sparcassa in Währing um Führung des Stadtwappens und beantragt, diesem Ersuchen zu willfahren.

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt, die anderen communalen Sparcassen zu verständigen, dass dieselben das städtische Wappen führen dürfen.

Referenten-Antrag mit dem Zusatze des St.-R. Dr. Klotzberg angenommen.

(1679.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der Kaufleute von Sechshaus und Hietzing um Subvention zur Erhaltung ihrer Fachschule und beantragt, vorerst einen Rechnungsausweis der Einnahmen und Auslagen vorzulegen. (Angenommen.)

(1768.) **Derselbe** referiert über die Persolvierung der Hugo Petrasch'schen Schulkinder-Stiftung und beantragt, dem Schüler der V b-Classe an der allgemeinen Volksschule II., Gerhardusgasse 7, Richard Rangel, die Interessen der Hugo Petrasch'schen Schulkinder-Stiftung per 42 fl. für das Jahr 1895 zu verleihen.

(Angenommen.)

(1785.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Comités für Studentenconvicte um Subvention und beantragt, demselben für die Jahre 1895, 1896 und 1897 gegen eventuellen Widerruf pro 1896 und 1897 bei einer hiezu Veranlassung bietenden Änderung in der Thätigkeit oder Verwaltung dieses Vereines zu bewilligen und hat das Comité eine Flüssigmachung des Subventionsbetrages pro 1896 und 1897 jedesmal unter Vorlage des Thätigkeitsberichtes einzuschreiten.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1362.) **Derselbe** referiert über den Stiftsbrief-Entwurf des Jakob Neblinger'schen Messen- und Armenbetheilungs-Stiftung für Unter-St. Veit und beantragt die Genehmigung.

(Angenommen.)

(1146.) **Derselbe** referiert über die Übernahme der Stiftung der Karoline Steinhauser v. Treuberg und beantragt die Übernahme dieser für das Armenhaus in Ober-Döbling bestimmten Stiftung in die Verwaltung der Gemeinde Wien und die Genehmigung des vorgelegten Stiftbrief-Entwurfes. (Angenommen.)

(742.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass, betreffend die Übergabe der Johann Heinrich Bokris'schen Armenstiftung an die Gemeinde, und beantragt die Übernahme der Johann Heinrich Bokris'schen Stiftung, soweit dieselbe Armenstiftung ist, sowie den vorgelegten Stiftbrief mit den Abänderungen zu genehmigen, dass der Gleichförmigkeit wegen am Kopfe nach der Überschrift dem üblichen Formulare gemäß eingeschaltet werde: „Die Gemeinde der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien bekennt und beurkundet kraft dieses Stiftbriefes ..." und an Stelle des eingeschalteten Satzes im Stiftbriefe einzufügen: „Nachdem auf diese Weise die Johann Heinrich Bokris'sche Armenstiftung sichergestellt erscheint, so gelobt und verpflichtet sich die Gemeinde Wien ..." (Angenommen.)

(1452.) **Derselbe** referiert über die Genehmigung des Stiftbrief-Nachtrages über die Anna Sageder'sche Messen- und Armenstiftung für Altmannsdorf und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Stiftbrief-Nachtragsentwurfes über obige Stiftung.

(Angenommen.)

(10319.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift der k. k. Central-Commission für Kunst- und historische Denkmale um Instandsetzung der gothischen Wegsäule zwischen den Häusern Nr. 92 und 94 an der nach Pötzleinsdorf führenden Hauptstraße in Gersthof und beantragt, die Instandsetzung oder Versetzung der Denksäule an einen anderen Ort abzulehnen und die Resultate der gepflogenen Erhebungen der k. k. Central-Commission für Kunst- und historische Denkmale behufs Einleitung der weiteren geeigneten Maßnahmen bekanntzugeben.

(Angenommen.)

(425.) **Derselbe** referiert über den Bericht des Lagerhaus-Directors in Betreff der eventuellen Erzielung billigerer Prämien für die Versicherung der im Lagerhause der Stadt Wien eingelagerten Waren gegen Feuersgefahr und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(426.) **Derselbe** referiert über den Bericht des Lagerhaus-Directors über die Höhe der Prämien bei Transport-Versicherungen und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(1264.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Geitler bezüglich der Nichteinschränkung der Competenz des Börsen-

schiedsgerichtes mit Rücksicht auf die Interessen des städtischen Lagerhauses und beantragt, dem gestellten Antrage keine Folge zu geben.

St.-R. Boschan beantragt, die Verwaltung des städtischen Lagerhauses habe sich mit den anderen Lagerhäusern ins Einvernehmen zu setzen, um die Streitigkeiten aus Lagerhausangelegenheiten gemeinsam zu erledigen. (Wird zurückgezogen.)

St.-R. Boschan beantragt, die Gemeinde Wien wendet sich an den Reichsrath:

1. dass im Sinne der Petition der Börse für landwirtschaftliche Producte die bisherigen Normen über die Börsenschiedsgerichte aufrecht bleiben, und

2. dass die Bestimmungen des Entwurfes der Civilprocessordnung über das schiedsrichterliche Verfahren überhaupt abgelehnt und auch in dieser Beziehung die heute bestehenden Normen aufrecht bleiben.

Es wird beschlossen, die Debatte wieder aufzunehmen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, den Magistrat zu beauftragen, schleunigst Erhebungen über die Beschlüsse des Civilprocess-Ausschusses in dieser Angelegenheit zu pflegen und sohin neuerlich Bericht zu erstatten.

Dieser Antrag wird angenommen.

(286.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über die Grundtransaction mit der Wiener Baugesellschaft bezüglich eines Theiles der städtischen Realität Nr. 3 Rahlgasse im VI. Bezirke (Metzenhaus) und den von ersterer zu erwerbenden Realität Nr. 1 B und beantragt die motivierte Ablehnung.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Ablehnung des Offertes mit Rücksicht auf den geringen Preis; das Comité wird ermächtigt, im Falle weiterer Anträge der Wiener Baugesellschaft mit derselben zu verhandeln.

Der Antrag des St.-R. Dr. Lueger wird angenommen.

(1565.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Raimund v. Götz um Verlängerung der Frist zur Abtheilung der Realität Einl.-Z. 11 in Unter-Baumgarten, XIII. Bezirk, und beantragt, die Dauer der Abtheilungsbewilligung auf zwei Jahre, das ist bis 17. März 1897, zu verlängern. (Angenommen.)

(St.-R. v. Götz war bei Berathung dieses Gegenstandes nicht anwesend.)

(1839.) **Derselbe** referiert über die Demolierung des städtischen Hauses Or.-Nr. 71 Sechshauserstraße, XIV. Bezirk, und beantragt:

1. Das Offert des Josef Seichert auf käufliche Überlassung der an der Ecke der Sechshauserstraße und Braunhirschengasse gelegenen Baustelle Einl.-Z. 56, XIV. Bezirk, im Ausmaße von 792·11 $m^2$ um den Einheitspreis von 16 fl. 11 kr. per Quadratmeter wird wegen zu geringen Preisanbotes abgelehnt.

2. Die Demolierung des städtischen Hauses Or.-Nr. 71 Sechshauserstraße, XIV. Bezirk, wird genehmigt und dieselbe dem Baumeister Josef Seichert gegen dem übertragen, das derselbe für das in sein Eigenthum übergehende alte Materiale eine Aufzahlung von 700 fl. an die Gemeinde leistet und die Bedingungen der Demolierungsvorschrift einhält.

3. Der im obgenannten Hause wohnhaften Hausbesorgerin ist am 1. April d. J. 14tägig zu kündigen. (Angenommen.)

(885.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des Vorstehers des VII. Bezirkes wegen Adaptierung des städtischen Volksbades im VII. Bezirke und beantragt, das Ansuchen des Bezirksausschusses für den VII. Bezirk wegen Adaptierung des Hauses VII., Mondscheingasse 9, und entsprechendere Einrichtung des dortselbst untergebrachten städtischen Volksbades, eventuell Aufführung eines Neubaues am genannten Orte zu obigem Zwecke wird dermalen, und zwar bis zu jenem Zeitpunkte abgelehnt, an welchem in den übrigen Bezirken, welche noch kein Volksbad besitzen, dieselben aber benöthigen, derlei Volksbäder vollendet sein werden.

Das Stadtbauamt wird beauftragt, über die approximativen Kosten des projectierten Schwimmbades zu berichten, sowie darüber, ob und mit welchen Betriebskosten Brunnenwasser für das Schwimmbad geschöpft werden könnte, und weiters, für welche Zeit im Jahre und in welchem Ausmaße der Wasserbedarf sich ergeben werde, beziehungsweise ob nicht für einen Theil dieser Periode Hochquellenwasser mit Rücksicht auf die größere Ergiebigkeit der Quellen verwendet werden kann. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

# Allgemeine Nachrichten.

## Commission für Verkehrsanlagen.

23. März 1895.

In der abgelaufenen Woche waren bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen 1222 Arbeiter verwendet; hievon waren 427 beim Schleusencanalbau nächst Nussdorf, 523 an der Gürtel-, Vororte- und Wienthal-Linie der Stadtbahn, 272 am Sammelcanale rechts des Wienflusses beschäftigt; außerdem standen in Verwendung: beim Schleusenbau 1 Dampfmaschine und 1 Fuhrwerk, bei den Bahnbauten 33, beim Sammelcanal 28 Fuhrwerke.

## Approvisionierung.

### Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 17. März bis 23. März 1895.

#### 1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . 290.629 kg (Davon aus Niederösterreich — 185.0.8; aus Ober-Österreich — 1312; aus Steiermark — —; aus Tirol — —; aus Mähren — 9510; aus Galizien — 80.175; aus Ungarn — 13.389; aus der Bukowina — 1165; aus Krain — —; aus Croatien —; aus Böhmen — — kg)

Kalbfleisch . . . 39.213 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 471; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 216; aus Galizien — 38.235; aus Ungarn — 291; aus der Bukowina — — kg)

Schaffleisch . . . 1691 „ (Davon aus Nieder-Österreich — —; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — —; aus Galizien — 484; aus Ungarn — 960; aus Croatien — —; aus der Bukowina — 247 kg)

Schweinfleisch . . 70.714 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 36.739; aus Ober-Österreich — —; aus Böhmen — 490; aus Steiermark — —; aus Mähren — 678; aus Galizien — 23.600; aus Ungarn — 9207; aus Croatien — —; aus der Bukowina — — kg)

Kälber . . . . 2.582 Stück (Davon aus Nieder-Österreich — 128; aus Ober-Österreich — 2; aus Salzburg — —; aus Mähren 55; aus Galizien — 2361; aus Ungarn — 56; aus der Bukowina — —; aus Croatien — — St.)

Schafe . . . . 316 Stück (Davon aus Nieder-Österreich — 295; aus Ober-Österreich — —; aus Kärnten — —; aus Mähren — —; aus Galizien — 4; aus der Bukowina — —; aus Ungarn — 17; aus Croatien — — St.)

Schweine . . . 1.060 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 170; aus Mähren — 45; aus Galizien — 776; aus Böhmen — —; aus Ungarn — 69 St.)

Lämmer . . . . 585 „ (Davon aus Nieder-Österreich — 290; aus Mähren — —; aus Galizien — 98; aus Ungarn — 197 St.)

Die Zufuhren für den Approvisionierungsverein sind bereits in den obigen Summen enthalten.

**2. Preisbewegung:**

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Rindfleisch | Siedfleisch | von 30 | bis 64 | kr. | per Kg. |
| | Rostbraten u. Rieden | „ 50 | „ 95 | „ | „ „ |
| Kalbfleisch | | „ 30 | „ 76 | „ | „ „ |
| Schaffleisch | | „ 48 | „ 56 | „ | „ „ |
| Schweinfleisch | | „ 46 | „ 80 | „ | „ „ |
| Kälber | | „ 36 | „ 64 | „ | „ „ |
| Schafe | | „ 36 | „ 46 | „ | „ „ |
| Schweine | | „ 46 | „ 62 | „ | „ „ |
| Lämmer | | „ 2 1/2 | „ 5 | fl. | per Stück. |

Die dieswöchentlichen Zufuhren waren jenen der Vorwoche nahezu gleich und gestaltete sich der Geschäftsverkehr mit Hinblick auf den zu Beginn der nächsten Woche fallenden Feiertag sehr lebhaft. Es erhöhten sich die Preise des Schweinfleisches um 2 kr. und jene der Kälber um 4 kr., während die übrigen Fleischwaaren zu den vorwöchentlichen Preisen abgegeben wurden.

* * *

**Pferdemarkt vom 19. März 1895.**

Zum Verkaufe wurden gebracht: 487 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 125—400 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . . 20— 55 „ „ „

Der Markt war ziemlich lebhaft.

* * *

**Pferdemarkt vom 22. März 1895.**

Zum Verkaufe wurden gebracht: 472 Pferde und 5 Esel.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 120—360 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde (Esel) . . . 20— 80 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

**Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 23. März 1895.**

**a) Getreide.**

| | | von | | bis | |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen | (Qualitätsgewicht per 1 hl 75—82 kg) | 7 fl. | — kr. | 7 fl. | 60 kr. |
| Roggen | ( „ „ 1 „ 72—77 „ ) | 6 „ | — „ | 6 „ | 35 „ |
| Gerste | | 5 „ | — „ | 8 „ | 75 „ |
| Mais | | 7 „ | 25 „ | 7 „ | 60 „ |
| Hafer | | 6 „ | 50 „ | 7 „ | 40 „ |

**b) Mahlproducte.**

| | | von | | bis | |
|---|---|---|---|---|---|
| Grieß | | 11 fl. | — kr. | 12 fl. | 50 kr. |
| Weizenmehl | neue Type | 7 „ | 30 „ | 12 „ | 30 „ |
| | alte „ | 5 „ | 40 „ | 12 „ | 50 „ |
| Roggenmehl | | 6 „ | 75 „ | 11 „ | 50 „ |
| Weizenkleie | | 4 „ | 40 „ | 4 „ | 70 „ |
| Roggenkleie | | 4 „ | 60 „ | 4 „ | 70 „ |

---

# Städtisches Lagerhaus.

Vom 14. März bis 21. März 1895.

Waren eingelagert . . . . . . . 21.521 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . . 39.411 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 10.155 Meter-Centner.

Lagerstand vom 21. März 1895: 267.634 Meter-Centner, und zwar:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 54.415 | Meter-Centner | Weizen, | 62.138 | Meter-Centner | Roggen, |
| 52.721 | „ | Gerste, | 23.600 | „ | Hafer, |
| 1.769 | „ | Mais, | 22.404 | „ | Ölsaaten, |
| 10.005 | „ | Mehl u. Kleie, | 1.596 | „ | Wein, |
| 8.094 | „ | Zucker, | — | Hektoliter | à 100% Spiritus. |

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 2,621.230 fl. öst. Währ.

---

# Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

**Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:**

vom 21. März bis 25. März 1895:

**Für Neubauten:**

VI. Bezirk: Haus, Dürergasse 4, Ludwig St. Reiner, Magdalenenstraße 11 noe. Emil Heyrowski, Bauführer Ed. Frauenfeld & Berghof (1534).
VII. Bezirk: Haus, Burggasse 70, Adolf Jäger, XVIII., Gürtelstraße 51, Bauführer Jäger & Bauer (1540).
„ „ Haus, Neustiftgasse 81, Adolf Jäger, XVIII., Gürtelstraße 51, Bauführer Jäger & Bauer (1541).

**Für Zubauten:**

III. Bezirk: Hoftract, Rennweg 73, Michael Brechelmacher, Bauführer J. Frosch (1552).
VII. Bezirk: Hoftract, Myrthengasse 5, Johann Groß, Bauführer Jäger & Bauer (1542).

**Für Adaptierungen:**

II. Bezirk: Asperngasse 4—6, Johann Nowak, Maurermeister (1528).
„ „ Wallensteinstraße 39, Ignaz Wassermann, Bauführer Karl Lang (1545).
„ „ Große Sperlgasse 7, Leopold Reisser, Große Sperlgasse 7, Bauführer ? (1556).
„ „ Schüttaustraße 63, Anastasia Rappel, Bauführer R. Jäger (1568).
V. Bezirk: Reinprechtsdorferstraße 14, Johann Wallner, Bauführer A. Niederdorfer (1560).
XVIII. Bezirk: Weinhaus, Köhlergasse 5, Johann Jakob Egli, Köhlergasse 5, Bauführer ? (9587).

**Für diverse (geringere) Bauten:**

II. Bezirk: Stallbau, Kronprinz Rudolfstraße 9, Moriz Steckerl, Bauführer Ad. Oberländer (1570).

**Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:**

III. Bezirk: Kleist- und Kölblgasse, Grundb.-Einl. 2827, Marcus Siebenschein, Mohsgasse 31 (1524).
IX. Bezirk: Müllnergasse, Grundb.-Einl. 1557, O. Luckeneder & Miserowski, Baumeister (1561).
XVIII. Bezirk: Gersthof, Scheidlstraße 3, Friederike Schreiber (9403).
„ „ Währing, Gentzgasse 164, Max und Helene Flattof (9461).
„ „ Ayrenhofgasse, Joh. Ev. Hattey (9752).

**Demolierungsanzeigen wurden überreicht:**

XVIII. Bezirk: Währing, Theresiengasse 9, Heinrich Rohner, ebenda, Demolierender Julius Schneider (9462).

---

# Realitäten-Verkehr in Wien.

## Vom 1. bis 28. Februar 1895.

I. Bez., Börseplatz, C.-Z. 149, bisheriger Besitzer Sieß Johann 3/8, grundbücherlich übertragen an Felmayer Franz 3/8, am 4. Jän. 1895.

„ „ Ebendorferstraße, C.-Z. 220, bish. Bes. Kolisch Emanuel, Dr. 33/120, grdb. übertr. an Kolisch Robert Karl 11/120, Weinstein, geb. Kolisch Anna Louise 11/120, Blau, geb. Kolisch Irene Mathilde 11/120, am 7. Dec. 1894.

„ „ C.-Z. 953, bish. Bes. Baillie Barbara, grdb. übertr. an Burde Bettina 1/2, Lenz Amalie, v. 1/2, am 11. Dec. 1894.

„ „ Börseplatz, C.-Z. 149, bish. Bes. Sieß Johann 1/8, grdb. übertr. an Felmayer Helene 1/8, am 4. Jän. 1895.

„ „ C.-Z. 960, bish. Bes. Stattler Georg 1/6, grdb. übertr. an Stattler Fritz 1/6, am 30. Nov. 1894.

„ „ Dorotheergasse, C.-Z. 197, 199, bish. Bes. Fischer Wilhelm, Ritter v. Ankern 1/16, grdb. übertr. an Prix Josef 1/16, am 21. Jän. 1895.

„ „ Führichgasse, C.-Z. 1526, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an den Allerhöchsten kaiserl. Familienfond, am 11. Febr. 1895.

„ „ Oppolzergasse, C.-Z. 843, bish. Bes. Brentano Ida, geb. Lieben 3/12, grdb. übertr. an m. Brentano Michael 3/12, am 4. Jän. 1895.

„ „ Lothringerstraße, C.-Z. 705, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, am 31. Jän. 1895.

„ „ Tiefer Graben, C.-Z. 1305, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Münz Francisca, am 28. Jän. 1895.

„ „ Ruprechtsplatz, C.-Z. 1006, bish. Bes. Horak Bertha, geb. Bayer 1/24, Bayer Matthäus 1/24, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien 2/24, am 28. Jän. 1895.

„ „ Lichtenfelsgasse, C.-Z. 95, bish. Bes. Hofbauer Veronika 1/2, grdb. übertr. an Hofbauer Adolf 1/2, am 1. Febr. 1895.

„ „ Augustengasse, C.-Z. 1511, bish. Bes. Hofbauer Veronika 1/2, grdb. übertr. an Hofbauer Adolf 1/2, am 1. Febr. 1895.

„ „ Färbergasse, C.-Z. 257, bish. Bes. die Verlassenschaft nach Kouff Katharina 2/50, grdb. übertr. an Hillebrand Helene 1/50, Hillebrand Karl, Dr. 1/100, Hillebrand Franz, Dr. 1/100, am 24. April 1894.

II. Bez., Glockengasse, C.-Z. 1590, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Cohn Salo, am 31. Jän. 1895.

„ „ Wehlistraße, C.-Z. 2580, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Firma Josef Silberstern & Söhne, am 17. Jän. 1895.

„ „ Herminengasse, C.-Z. 714, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bader Hermine, am 15. Dec. 1894.

„ „ Kaiserplatz, C.-Z. 1445, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Firma Fritz Mögle, am 7. Jän. 1895.

„ „ Rembrandtstraße, C.-Z. 1571, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kohner Cäcilie, am 5. Jän. 1895.

„ „ Novaragasse, C.-Z. 1205, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Frank Friedrich, am 3. Jän. 1895.

„ „ Blumauergasse, C.-Z. 160, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Goldenzweig Adolf 1/2, Goldenzweig Johanna 1/2, am 28. Jän. 1895.

„ „ Castellezgasse, C.-Z. 202, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Fleischmann Samuel Leopold 1/2, Fleischmann Hermine 1/2, am 22. Jän. 1895.

„ „ C.-Z. 2398, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Oesterreicher Bernhard, am 31. Jän. 1895.

„ „ Förstergasse, C.-Z. 1770, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Moses Moses 1/2, Channe Deborah, vel Anna Deborah Moses 1/2, am 29. Jän. 1895.

„ „ Untere Augartenstraße, C.-Z. 73, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Berger Moriz 1/2, Berger Rosalia 1/2, am 14. Jän. 1895.

III. Bez., C.-Z. 614, bish. Bes. Stattler Georg 1/6, grdb. übertr. an Stattler Fritz 1/6, am 30. Nov. 1894.

„ „ Weißgärberlände, C.-Z. 1839, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hanreich Ferdinand, am 4. Dec. 1894.

„ „ Rennweg, C.-Z. 1343, bish. Bes. Welzl Ferdinand 1/2, grdb. übertr. an Welzl Moriz 1/6, Welzl Gustav 1/6, Welzl Emma 1/6, am 24. Dec. 1894.

„ „ Ungargasse, C.-Z. 1692, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schalek Karoline, am 19. Jän. 1895.

„ „ Sechskrügelgasse, C.-Z. 1466, 1464, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Erm Ferdinand, am 22. Jän. 1895.

„ „ Löwengasse, C.-Z. 1048, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kalas Josef, am 23. Jän. 1895.

„ „ C.-Z. 750, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an das Kronprinz Rudolf-Kinderspital, am 12. Oct. 1890.

„ „ Schlachthausgasse, C.-Z. 1538, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mrasek Karl 1/2, Mrasek Rosalia 1/2, am 16. Jän. 1895.

„ „ C.-Z. 1337, bish. Bes. Faber Antonie 99/480, grdb. übertr. an Faber Georg 99/960, Faber Roman 33/960, Faber Rudolf 66/960, am 8. Jän. 1895.

„ „ Erdbergstraße, C.-Z. 365, bish. Bes. Petrzik Francisca 1/2, grdb. übertr. an Petrzik Ignaz 1/2, am 19. Dec. 1894.

III. Bez., Dietrichgasse, C.-Z. 233, bish. Bes. Petrzik Francisca 1/2, grdb. übertr. an Petrzik Ignaz 1/2, am 19. Dec. 1894.

„ „ Krummgasse, C.-Z. 827/828, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Reichenbach Antonie, am 30. Nov. 1894.

„ „ C.-Z. 894, bish. Bes. Halbritter Dorothea 1/2, grdb. übertr. an Halbritter Karl 1/2, am 20. Nov. 1894.

„ „ Matthäusgasse, C.-Z. 1112, bish. Bes. Mechtler Alois 1/4, grdb. übertr. an Medek Antonia 1/12, Fabrici Betti, Edle v. Südwalden 1/12, Ustrnull Hugo 1/48, Ustrnull Alois 1/48, Ustrnull Reinhold 1/48, Siegl Marie, geb. Ustrnull 1/48, am 13. Nov. 1894.

„ „ Hauptstraße, C.-Z. 971, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mautner Karl Ferdinand, Ritt. v. Markhof, am 4. Jän. 1895.

„ „ Salmgasse, C.-Z. 2824, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Pferolzheimer Martin, am 7. Jän. 1895.

„ „ Rennweg, C.-Z. 1320, bish. Bes. Pummer Franz 1/4, Köck Raimund 1/4, grdb. übertr. an Baruch Daniel 1/2, am 27. Juli 1894.

„ „ Schützengasse, C.-Z. 1570, bish. Bes. Pummer Franz 1/4, Köck Raimund 1/4, grdb. übertr. an Baruch Daniel 1/2, am 27. Juli 1894.

„ „ C.-Z. 1838, bish. Bes. Echsler Anna, grdb. übertr. an m. Echsler Emma, am 7. Dec. 1894.

„ „ Rennweg, C.-Z. 1308, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Korwill Anna, am 23. Jän. 1895.

„ „ Apostelgasse, C.-Z. 43, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bösel Franz jun., am 17. Jän. 1895.

„ „ Dietrichgasse, C.-Z. 252, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Firma Ferdinand Schindler, am 17. Jän. 1895.

„ „ Rochusgasse, C.-Z. 1392, bish. Bes. Springer Emerich 23/160, m. Springer Helene 23/160, m. Springer Rudolf 23/160, Verlassenschaft nach Springer Georg 11/160, grdb. übertr. an Klöck Rudolf 80/160, am 19. Dec. 1894.

„ „ Ertohgasse, C.-Z. 2782, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Böck Matthias, Böck Anna, am 30. Jän. 1895.

„ „ C.-Z. 1337, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Faber Rudolf 132/960, am 25. Jän. 1895.

„ „ Ungargasse, C.-Z. 1661, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Collmann Alfred, am 2. Febr. 1895.

„ „ C.-Z. 1748, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 31. Jän. 1895.

„ „ Rudolfgasse, C.-Z. 1408, bish. Bes. Kaspar Adolf 1/4, grdb. übertr. an Kaspar Karl 1/4, am 11. Jän. 1895.

„ „ Jacquingasse, C.-Z. 2509, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Dirsztay Ladislaus, v. 1/2, Dirsztay Georgine, v. 1/2, am 4. Febr. 1895.

„ „ Gerlgasse, C.-Z. 2567, bish. Bes. Hartmann Josef 1/2, grdb. übertr. an Huber Marie 1/2, am 4. Febr. 1895.

„ „ Ungargasse, C.-Z. 1675, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wertheimer Max, am 4. Febr. 1895.

IV. Bez., Große Neugasse, C.-Z. 545, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Back v. Bigavar Sophie, am 21. Jän. 1895.

V. Bez., Mohngasse, C.-Z. 883, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Dub Albert, am 26. Nov. 1894 u. 26. Jän. 1895.

„ „ Zeinlhofergasse, C.-Z. 357, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Pattai Rubert, Dr., am 21. Jän. 1895.

„ „ C.-Z. 557, bish. Bes. Rodl Johann jun. 1/2, grdb. übertr. an Harberger Elisabeth 1/2, am 18. Dec. 1894.

„ „ Gassergasse, C.-Z. 295, bish. Bes. Wonka Ignaz 1/2, grdb. übertr. an Rost Marie 1/2, am 8. Jän. 1895.

„ „ Laurenzgasse, C.-Z. 705, bish. Bes. Wonka Ignaz 1/2, grdb. übertr. an Rost Marie 1/2, am 8. Jän. 1895.

„ „ Grohgasse, C.-Z. 341, bish. Bes. Wonka Ignaz 1/2, grdb. übertr. an Rost Marie 1/2, am 8. Jän. 1895.

„ „ Gießaufgasse, C.-Z. 1515, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Zorn Klara, am 21. Jän. 1895.

„ „ Gießaufgasse, C.-Z. 1500, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Musil Eduard 1/2, Musil Adolfine 1/2, am 3. Jän. 1895.

„ „ Hundsthurmerstraße, C.-Z. 459, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Jäger Adolf, am 4. Jän. 1895.

„ „ Siebenbrunnengasse, C.-Z. 2021, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Korwill Moriz 1/2, Pick Sigmund 1/2, am 4. Jän. 1895.

„ „ Hundsthurmerstraße, C.-Z. 525, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Trnkoczy Victor, v., am 23. Jän. 1895.

„ „ Schlossgasse 4, C.-Z. 1008, bish. Bes. Unger Marie, grdb. übertr. an Kröttlinger Franz 1/2, Feichtiger Marie, geb. Unger 1/2, am 15. Jän. 1895.

„ „ C.-Z. 383, bish. Bes. Hornung Emil 1/3, grdb. übertr. an Hornung Hermann 1/6, Hornung Gustav, Dr. 1/6, am 1. Jän. 1895.

„ „ C.-Z. 568, bish. Bes. Roth Johann 1/2, grdb. übertr. an Roth Josefa 1/2, am 21. Dec. 1894.

„ „ C.-Z. 1542, bish. Bes. Flurschütz Johann 1/2, grdb. übertr. an Panigl Rosalia 1/2, am 16. Jän. 1895.

„ „ Untere Bräuhausgasse, C.-Z. 100, bish. Bes. Schönhuber Karl 1/4, grdb. übertr. an m. Schönhuber Leopoldine 1/20, m. Schönhuber Karl 1/20, m. Schönhuber Andreas 1/20, m. Schönhuber Ottilie 1/20, m. Schönhuber Marie 1/20, am 21. Dec. 1894.

V. Bez., Einsiedlergasse, E.-Z. 145, bish. Bes. Hofbauer Veronika $^1/_4$, grdb. übertr. an Hofbauer Adolf $^1/_4$, am 1. Febr. 1895.

VI. Bez., Windmühlgasse, E.-Z. 1124, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Pick Siegmund, am 26. Jän. 1895.

" " Getreidemarkt, E.-Z. 216, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hänisch Ludwig $^1/_2$, Hänisch Katharina $^1/_2$, am 30. Dec. 1894.

" " Canalgasse, E.-Z. 434, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Füßl Georg $^1/_2$, Füßl Ernestine $^1/_2$, am 19. Jän. 1895.

" " Mollardgasse, E.-Z. 825, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Rothböck Georg $^1/_2$, Rothböck Ludovica $^1/_2$, am 18. Dec. 1894.

" " Dürergasse, E.-Z. 1161, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Braun Marie, am 30. Oct. 1894.

" " Stumpergasse, E.-Z. 974, bish. Bes. Seidl Karl $^1/_2$, grdb. übertr. an Zöbl Barbara $^1/_2$, am 15. Dec. 1894.

" " Stumpergasse, E.-Z. 974, bish. Bes. Seidl Bertha $^1/_2$, grdb. übertr. an Kraus Victor $^1/_4$, Kraus Hermine $^1/_4$, am 15. Dec. 1894.

" " E.-Z. 397, bish. Bes. Hauser Anna, geb. Sax $^1/_2$, grdb. übertr. an Hauser Rudolf $^1/_2$, am 23. Nov. 1894.

" " Windmühlgasse, E.-Z. 1124, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Baugoin August, am 14. Jän. 1895.

VII. Bez., Kandlgasse, E.-Z. 437, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Terputecz Irma v., am 14. Jän. 1895.

" " Kaiserstraße, E.-Z. 398, bish. Bes. Berger Karoline $^{438}/_{10000}$, grdb. übertr. an Winkler Vincenz $^{219}/_{10000}$, Winkler Karoline $^{219}/_{10000}$, am 17. Dec. 1894.

" " Kaiserstraße, E.-Z. 398, bish. Bes. Kopetzky Victoria $^{362}/_{10000}$, grdb. übertr. an Winkler Vincenz $^{131}/_{10000}$, Winkler Karoline $^{231}/_{10000}$, am 17. Dec. 1894.

" " Kaiserstraße, E.-Z. 398, bish. Bes. Bondi Marie $^{743}/_{10000}$, grdb. übertr. an Winkler Karoline $^{743}/_{10000}$, am 14. Dec. 1894.

" " Westbahnstraße, E.-Z. 1157, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Krakauer Moriz $^1/_2$, Krakauer Heinrich $^1/_2$, am 29. Dec. 1894.

" " Burggasse, E.-Z. 210, bish. Bes. Frankfurther Leopold $^1/_3$, grdb. übertr. an Schestak Jakob $^1/_6$, Schestak Friederike $^1/_6$, am 5. Dec. 1894.

" " Mariahilferstraße 12, 14, 16, E.-Z. 602, 603, 604, bish. Bes. Kolisch Emanuel, Dr., grdb. übertr. an Kolisch Robert Karl $^1/_3$, Weinstein Anna Luise, geb. Kolisch $^1/_3$, Blau Irene Mathilde, geb. Kolisch $^1/_3$, am 7. Dec. 1894.

" " Kaiserstraße, E.-Z. 427, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Larsen Johann $^1/_2$, Larsen Ludwig $^1/_2$, am 11. Dec. 1894.

" " Bandgasse, E.-Z. 67, bish. Bes. Larsen Cäcilie, grdb. übertr. an Larsen Karl, am 11. Dec. 1894.

" " Bandgasse, E.-Z. 67, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Thürfelder Wilhelm Adolf, am 22. Dec. 1894.

" " Siebensterngasse, E.-Z. 1010, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Nick Josef, am 1. Dec. 1894.

" " Kirchberggasse, E.-Z. 462, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kikaker Karl, Edl. v. Leuchtensee, am 15. Jän. 1895.

" " Kaiserstraße, E.-Z. 380, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Pochtler Philippine, am 19. Jän. 1895.

" " Westbahnstraße, E.-Z. 1129, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Weidinger Franz $^1/_2$, Weidinger Aloisia $^1/_2$, am 5. Jän. 1895.

" " Kaiserstraße, E.-Z. 398, bish. Bes. Stehskal Ferdinand $^{372}/_{10000}$, Schimmon Marie $^{502}/_{10000}$, Palecek Margarethe $^{626}/_{10000}$, grdb. übertr. an Winkler Vincenz $^{750}/_{10000}$, Winkler Karoline $^{750}/_{10000}$, am 13. Dec. 1894.

VIII. Bez., Schlösselgasse, E.-Z. 691, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mörtinger Franz $^1/_2$, Jerusalem Bernh. $^1/_2$, am 21. Jän. 1895.

" " Josefstädterstraße, E.-Z. 260, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Scheuchenstuel v. Weichinger Rudolf $^1/_2$, Scheuchenstuel v. Weichinger Josefine $^1/_2$, am 19. Jän. 1895.

" " Haspingergasse, E.-Z. 220, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kazda Thomas, am 10. Jän. 1895.

IX. Bez., Liechtensteinstraße, E.-Z. 368, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Knödel Arnold, Dr., am 26. Jän. 1895.

" " Hahngasse, E.-Z. 263, bish. Bes. Hedding Anton, grdb. übertr. an Hedding Rosalia, am 28. Dec. 1894.

" " Wagnergasse, E.-Z. 1074, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Markl Anton $^1/_2$, Markl Veronika $^1/_2$, am 4. Jän. 1895.

" " Lazarethgasse, E.-Z. 1572, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Lösch Karl F., am 18. Nov. 1894.

" " Servitengasse, E.-Z. 926, bish. Bes. Karinger Johann, grdb. übertr. an Karinger Johann $^1/_3$, Karinger Franz $^1/_3$, Karinger Karl $^1/_3$, am 28. Dec. 1894.

" " Garnisonsgasse, E.-Z. 1052, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an den Allerhöchsten kaiserlichen Familienfond, am 12. Febr. 1895.

" " Liechtensteinstraße, E.-Z. 372, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Goldreich Friedrich, Edl. v. Kroneck $^1/_2$, Pick Ernst $^1/_2$, am 13. Juli 1894.

" " Sobieskigasse, E.-Z. 972, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Klitsch Heinrich, Dr., am 17. Dec. 1894.

" " Bindergasse, E.-Z. 153, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Puxbaum Matthias $^1/_2$, Puxbaum Marie $^1/_2$, am 26. Jän. 1895.

" " Sobieskigasse, E.-Z. 972, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wehle Emil, am 15. Oct 1894.

IX. Bez., Liechtensteinstraße, E.-Z. 374, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schmid Anton $^1/_2$, Schmid Sophie $^1/_2$, am 27. Jän. 1895.

" " Fechtergasse, E.-Z. 184, bish. Bes. Sattler Peter $^1/_{36}$, grdb. übertr. an Fritz Alois $^1/_{36}$, am 24. Jän. 1895.

" " Alserstraße, E.-Z. 46, bish. Bes. ?, übertr. an das Pensionsinstitut des Wiener medicinischen Doctorcollegiums, am 1. Febr. 1895.

X. Bez., E.-Z. 1899, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an m. Keglevich Franz $^1/_8$, Keglevich Ferdinand $^1/_8$, Keglevich Karl $^1/_8$, Keglevich Pauline $^1/_8$, Keglevich Antonie $^1/_8$, Keglevich Stephanie $^1/_8$, Keglevich Marianne $^1/_8$, Keglevich Helene $^1/_8$, am 24. Dec. 1894.

" " E.-Z. 681, bish. Bes. Kubrna Karl $^1/_2$, grdb. übertr. an Winkler Franz $^1/_2$, am 27. Nov. 1894.

" " E.-Z. 959, bish. Bes. Schmid Johanna $^1/_3$, Mauritz Victoria $^1/_3$, Engelhart Franz $^1/_3$, grdb. übertr. an Čabek Marie $^1/_1$, am 27. Dec. 1894.

" " E.-Z. 718, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Grotz Johann $^1/_2$, Grotz Katharina $^1/_2$, am 22. Jän. 1895.

" " E.-Z. 1906, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Tittler Karl $^1/_2$, Tittler Marie $^1/_2$, am 31. Jän. 1895.

" " E.-Z. 2374, bish. Bes. Zima Wenzel $^1/_2$, grdb. übertr. an Nettwall Leopoldine $^1/_2$, am 14. Febr. 1895.

" " E.-Z. 448, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Rosner Katharina, verehel. Peter, am 28. Dec. 1894.

XI. Bez., Simmering, E.-Z. 298, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Congregation der deutschen Franciscanerinnen von der schmerzhaften Mutter Gottes, am 28. Jän. 1895.

" " Kaiser-Ebersdorf, E.-Z. 484, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Glückselig Alexander $^1/_2$, Glückselig Barbara $^1/_2$, am 27. Jän. 1895.

" " Kaiser-Ebersdorf, E.-Z. 645, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Anderl Karl, am 12. u. 22. Dec. 1894.

XII. Bez., Unter-Meidling, E.-Z. 1291, bish. Bes. Schuck Albert, Kraus Hans, grdb. übertr. an Mohr Samuel $^1/_2$, Mohr Katharina $^1/_2$, am 5. Febr. 1895.

" " Unter-Meidling, E.-Z. 370, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Nickowitz Franz $^1/_2$, Nickowitz Marie $^1/_2$, am 1. Febr. 1895.

" " Ober-Meidling, E.-Z. 11, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Berger Johann $^1/_2$, Berger Marie $^1/_2$, am 22. Jän. 1895.

" " Hetzendorf, E.-Z. 476, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Völker Johanna $^1/_2$, Platzer Marie $^1/_2$, am 10. Dec. 1894.

" " Hetzendorf, E.-Z. 222, bish. Bes. Edelmann Jakob $^1/_2$, grdb. übertr. an m. Edelmann Franz $^1/_{10}$, Edelmann Leopold $^1/_{10}$, Edelmann Maximilian $^1/_{10}$, Edelmann Michael $^1/_{10}$, Edelmann Theresia $^1/_{10}$, am 18. Dec. 1894.

" " Hetzendorf, E.-Z. 294, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hartl Josef, am 10. Oct. 1894.

" " Altmannsdorf, E.-Z. 165, bish. Bes. Lorenz Josef, Lorenz Gabriele, grdb. übertr. an Kriz Johann $^1/_2$, Kriz Francisca $^1/_2$, am 5. Febr. 1895.

" " Altmannsdorf, E.-Z. 5, bish. Bes. Ranninger Francisca $^1/_2$, grdb. übertr. an m. Ranninger Juliana $^1/_4$, Ranninger Theresia $^1/_4$, am 10. Nov. 1894.

" " Gaudenzdorf, E.-Z. 241, bish. Bes. Wanierka Liborius, grdb. übertr. an Wanierka Wilhelm, am 18. Jän. 1895.

XIII. Bez., Hietzing, E.-Z. 125, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bergmann Karoline, am 3. Jän. 1895.

" " Hietzing, E.-Z. 53, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Titsch Julius $^6/_{10}$, Vargha Albert $^4/_{10}$, am 25. Jän. 1895.

" " Penzing, E.-Z. 61, bish. Bes. Bauer Elisabeth $^1/_2$, grdb. übertr. an Bauer Karl, Bauer Laurenz, am 14. Febr. 1895.

" " Penzing, E.-Z. 96, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Stahl Magdalena, am 31. Jän. 1895.

" " Penzing, E.-Z. 675, 676, 677, bish. Bes. Terek Josef, grdb. übertr. an die Sparcassa der Stadt Eggenburg, am 20. Dec. 1894.

" " Penzing, E.-Z. 35, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mayrhofer Ernst, am 13. Febr. 1895.

" " Penzing, E.-Z. 235, bish. Bes. Kratzl Karl $^1/_2$, grdb. übertr. an Kratzl Karl $^1/_4$, Kratzl Ludwig $^1/_4$, am 30. Nov. 1894.

" " Penzing, E.-Z. 157, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mader Marie $^1/_2$, Mader Josef $^1/_4$, Mader Marie $^1/_4$, am 7. Febr. 1895.

" " Penzing, E.-Z. 633, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Neuron Josef $^1/_2$, Neuron Max $^1/_2$, am 7. Jän. 1895.

" " Hütteldorf, E.-Z. 35, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Přzibram Marie, Mädchenheim-Stiftung, am 6. Febr. 1895.

" " Unter-St. Veit, E.-Z. 70, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Congregation der Dienerinnen des heil. Herzens Jesu in Wien, am 30. Jän. 1895.

" " Ober-St. Veit, E.-Z. 187, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Richter Andreas $^1/_2$, Richter Theresia $^1/_2$, am 31. Jän. 1895.

" " Speising, E.-Z. 99, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Nowotny Marie, am 27. Jän. 1895.

" " Mauer, E.-Z. 112, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Birnöcker Karl jun., am 2. Febr. 1895.

" " Breitensee, E.-Z. 535, 539, bish. Bes. Schebanek Adolf $^1/_3$, grdb. übertr. an Schebanek Magdalena $^1/_3$, am 31. Jän. 1895.

XII. Bez., Lainz, E.-Z. 261, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Faber Anna, am 3. Febr. 1895.
„ „ Ober-Baumgarten, E.-Z. 180, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Dittrich Josef 1/2, Dittrich Therese 1/2, am 16. Febr. 1895.
„ „ Speising, E.-Z. 142, bish. Bes. Sticha Anna 1/2, grdb. übertr. an Sticha Johann 1/2, am 7. Febr. 1895.
„ „ Ober-St. Veit, E.-Z. 99, bish. Bes. Hofer Theresia 1/2, grdb. übertr. an Hofer Heinrich 1/2, am 18. Jän. 1895.
„ „ Hacking, E.-Z. 24, bish. Bes. Heß Vincenz, grdb. übertr. an Schobl Heinrich, am 9. Febr. 1895.

XIV. Bez., Rudolfsheim, E.-Z. 409, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Rückauf Franz jun. 1/2, Rückauf Emil, Dr. 1/2, am 5. Jän. 1895.
„ „ Rudolfsheim, E.-Z. 544, bish. Bes. Töpfl Anton 1/2, grdb. übertr. an Töpfl Katharina 1/2, am 21. Dec. 1894.
„ „ Sechshaus, E.-Z. 123, bish. Bes. Joachim M. & Sohn 1/24, grdb. übertr. an Spitz Isidor 1/24, am 19. Jän. 1895.
„ „ Rudolfsheim, E.-Z. 42, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Feldmann Alphonse, am 11. Febr. 1895.

XV. Bez., Fünfhaus, E.-Z. 181, 328, bish. Bes. Günther Francisca, grdb. übertr. an Günther Alois, am 29. Jän. 1895.

XVI. Bez., Ottakring, E.-Z. 1274, bish. Bes. Innhauser Matthias 1/2, grdb. übertr. an Innhauser Magdalena 1/2, am 27. Dec. 1894.
„ „ Ottakring, E.-Z. 1514, bish. Bes.?, grdb. übertr. an m. Flarik Josefine 1/3, m. Flarik Anna 1/3, m. Flarik Franz 1/3, am 6. Dec. 1894.
„ „ Ottakring, E.-Z. 681, bish. Bes. Babka Marie, verehel. Leschen 1/4, grdb. übertr. an Preis Francisca 1/4, am 6. Febr. 1895.
„ „ Ottakring, E.-Z. 2398, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Pfanhauser Anton 1/2, Pfanhauser Julie 1/2, am 7. Febr. 1895.
„ „ Ottakring, E.-Z. 1329, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Frotzler Paul, am 28. Dec. 1894.
„ „ Ottakring, E.-Z. 1069, bish. Bes. Reimer Marie 1/2, grdb. übertr. an Reimer Josef 1/6, Reimer Franz 1/6, Bartosch Marie, geb. Reimer 1/6, am 15. Jän. 1895.
„ „ Ottakring, E.-Z. 1420, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Spörer Wilhelmine, am 15. Jän. 1895.
„ „ Ottakring, E.-Z. 2263, bish. Bes. Bock Franz, grdb. übertr. an Seidan Karl 1/2, Seidan Henriette 1/2, am 31. Jän. 1895.
„ „ Neulerchenfeld, E.-Z. 442, bish. Bes. Stoppelhart Andreas 1/2, grdb. übertr. an Stoppelhart Karoline 1/2, am 28. Nov. 1894.
„ „ Neulerchenfeld, E.-Z. 236, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Bauer Gabriele 1/7, m. Buchauer Gisela 1/7, m. Buchauer Franz 1/7, m. Buchauer Therese 1/7, m. Buchauer Emil 1/7, m. Buchauer Anna 1/7, m. Buchauer Emma 1/7, am 16. Jän. 1895.

XVII. Bez., Hernals, E.-Z. 1117, bish. Bes. Schachinger Marie 1/2, grdb. übertr. an Schachinger Karl 1/2, am 17. Nov. 1894.
„ „ Hernals, E.-Z. 263, bish. Bes. Schöner Georg, grdb. übertr. an Schöner Rosa, geb. Hofer, am 23. Aug. 1894.
„ „ Hernals, E.-Z. 1554, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Frotzler Johann 1/2, Frotzler Elisabeth 1/2, am 26. Jän. 1895.
„ „ Hernals, E.-Z. 953, bish. Bes. Flörl Thomas 1/2, grdb. übertr. an m. Flörl Anton 1/12, Flörl Marie 1/12, Flörl Otto 1/12, Flörl Emilie 1/12, Flörl Anna 1/12, Verlassenschaft des m. Flörl Johann 1/12, am 31. Dec. 1894.
„ „ Hernals, E.-Z. 692, bish. Bes. Colin Egmont 1/6, grdb. übertr. an Colin Franz 1/12, Holzer Clementine 1/12, am 26. Oct. 1894.
„ „ Hernals, E.-Z. 1382, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Voll Heinrich, am 14. Jän. 1895.
„ „ Hernals, E.-Z. 420, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Millik Matthias, am 26. Jän. 1895.
„ „ Hernals, E.-Z. 357, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Putz Johann 1/2, Putz Elisabeth 1/2, am 30. Jän. 1895.
„ „ Hernals, E.-Z. 177, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Frotzler Johann 1/2, Frotzler Elisabeth 1/2, am 26. Jän. 1895.
„ „ Hernals, E.-Z. 1635, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Skalnik Franz 1/2, Skalnik Marie 1/2, am 31. Jän. 1895.
„ „ Dornbach, E.-Z. 474, bish. Bes. Cakl Ignaz 1/2, grdb. übertr. an Cakl Karoline 1/2, am 27. Dec. 1894.
„ „ Dornbach, E.-Z. 256, bish. Bes. Hennewald Katharina, grdb. übertr. an Hennewald Josef 1/2, Hennewald Anton 1/2, am 20. Oct. 1894.
„ „ Dornbach, E.-Z. 798, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Stieber Julius 1/2, Stieber Erna 1/2, am 29. Jän. 1895.

XVIII. Bez., Währing, E.-Z. 393, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Lang Gustav 1/2, Lang Marie 1/2, am 5. Jän. 1895.
„ „ Währing, E.-Z. 880, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Koch Leopold, am 7. Febr. 1895.
„ „ Währing, E.-Z. 877, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Bönisch Ferdinand 1/2, Bönisch Karoline 1/2, am 31. Jän. 1895.
„ „ Währing, E.-Z. 418, bish. Bes. Tepser Sidonie, Edle v., geb. Pilarski 1/24, Hornich Karoline Charlotte, geb. Pilarski 1/24, Pilarski Rosine 1/24, Pilarski Melanie 1/24, grdb. übertr. an Kellner Franz 1/6, am 31. Oct. 1894.
„ „ Währing, E.-Z. 1393, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Wastl Heinrich 1/2, Wastl Antonie 1/2, am 29. Jän. 1895.

XVIII. Bez., Währing, E.-Z. 110, bish. Bes. Ziegler Michael 1/6, grdb. übertr. an Schmidt Josef 1/12, Schmidt Leopoldine 1/12, am 28. Jän. 1895.
„ „ Währing, E.-Z. 512, bish. Bes. Stift Marie, geb. Scheibl 1/6, Scheibl Anna 1/6, grdb. übertr. an Münzberg Leopoldine 1/3, am 28. Jän. 1895.
„ „ Währing, E.-Z. 110, bish. Bes. m. Ziegler Anna 1/6, grdb. übertr. an Schmidt Josef 1/12, Schmidt Leopoldine 1/12, am 28. Jän. 1895.
„ „ Währing, E.-Z. 889, bish. Bes. Hassak Jakob 1/2, grdb. übertr. an Grob Franz 1/2, am 27. Dec. 1894.
„ „ Währing, E.-Z. 157, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Klima Marie, am 5. Febr. 1895.
„ „ Währing, E.-Z. 224, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Neumann Josefine, am 16. Febr. 1895.
„ „ Neustift am Walde, E.-Z. 2, bish. Bes. Graninger Ferdinand 1/4, grdb. übertr. an Graninger Josefa 1/4, am 1. Febr. 1895.
„ „ Salmannsdorf, E.-Z. 107, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Etzmannsdorfer Leopold 1/2, Etzmannsdorfer Marie 1/2, am 18. Febr. 1895.
„ „ Pötzleinsdorf, E.-Z. 60, bish. Bes. Schrammel Anton 1/40, grdb. übertr. an Trakal Pauline 1/160, Schrammel Anton 1/160, Ortner Marie 1/160, m. Schrammel Karl 1/480, Schrammel Franz 1/480, Schrammel Marie 1/480, am 18. März 1894.

XIX. Bez., Unter-Sievering, E.-Z. 115, bish. Bes. Fenz Josef, grdb. übertr. an Fenz Johanna 1/10, Sickenberg Christine 1/10, m. Fenz Marie 1/10, m. Fenz Josef 1/10, m. Fenz Karl 1/10, m. Fenz Rudolf 1/10, m. Fenz Aloisia 1/10, m. Fenz Ferdinand 1/10, m. Fenz Johanna 1/10, m. Fenz Friedrich 1/10, am 5. Jän. 1895.
„ „ Ober-Sievering, E.-Z. 32, bish. Bes. Sothen Francisca, Freiin v. 2/3, grdb. übertr. an Garnoß Karl 1/3, Neumann Karoline 1/3, am 15. Jän. 1895.
„ „ Unter-Döbling, E.-Z. 193, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Reichel Aloisia 1/4, Reichel Anton 1/4, Reichel Franz 1/4, m. Reichel Ludwig 1/4, am 1. Febr. 1895.
„ „ Ober-Döbling, E.-Z. 133, bish. Bes. Gmeiner Michael 1/2, grdb. übertr. an Gmeiner Magdalena 1/2, am 17. Dec. 1894.
„ „ Unter-Döbling, E.-Z. 117, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Türr Johann, am 21. Dec. 1894.
„ „ Unter-Döbling, E.-Z. 3, bish. Bes. Verbalk Franz 1/2, grdb. übertr. an Paar Katharina 1/2, am 22. Jän. 1895.
„ „ Ober-Döbling, E.-Z. 404, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Wieden Franz, am 17. Jän. 1894.
„ „ Ober-Döbling, E.-Z. 279, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Gauß Josef, am 30. Jän. 1895.
„ „ Grinzing, E.-Z. 103, bish. Bes. Mandl Theresia 1/2, grdb. übertr. an Graf Marie 1/2, am 31. Jän. 1895.
„ „ Nußdorf, E.-Z. 19, 20, 21, 22, bish. Bes. Mattes Franz 1/2, grdb. übertr. an Mattes Karl 1/6, Mattes Rudolf 1/6, Fexer Marie 1/6, am 4. Dec. 1894.

# Baustellen-Verkehr in Wien.

## Vom 1. bis 28. Februar 1895.

II. Bez., E.-Z. 2919, P. 2425/8, bisheriger Besitzer ?, grundbücherlich übertragen an Langer Rudolf, am 22./31. Jänner 1895.
„ „ Treustraße, E.-Z. 2176, P. 3285, 3286, 3287/3, bish. Bes. m. Fischer Anna 1/3, m. Fischer Ella 1/3, m. Fischer Jenni 1/3, m. Fischer Hugo 1/3, grdb. übertr. an Fischer Johann 5/60, Twerdy Louise 5/60, Fischer Eduard 2/60, Fischer Bertha 2/60, Scuderi Marianne, geb. Fischer 2/60, Fischer Auguste 2/60, Widmann Auguste, v. 1/60, Fischer Anton 1/60, am 13. Oct. 1894.
„ „ Linségasse, E.-Z. 1000, Baust. 12, Gruppe K, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Keppich Rosine, am 17. Jän. 1895.

III. Bez., Erdbergermais, E.-Z. 2245, P. 2430/1, 2, bish. Bes. Stach Josef 22/40, grdb. übertr. an Aigner Wilhelmine 22/120, Stach Wilhelm 22/120, Weiß Theresia 22/120, am 8. Jän. 1895.
„ „ E.-Z. 2529, P. 1126/66, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Wünsch Katharina, am 9. Jän. 1895.
„ „ E.-Z. 2830, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Svetlin Wilhelm, Dr., am 10. Dec. 1894.
„ „ E.-Z. 2835, Baust. I, P. 1866, E.-Z. 2836, Baust. II, P. 1867, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Kühnel Wendelin, am 27. Nov. 1894.
„ „ E.-Z. 2832, Baust. I, P. 1864/1, E.-Z. 2833, Baust. II, P. 1864/2, E.-Z. 2834, Baust. III, P. 1864/3, bish. Bes.?, grdb. übertr. an Kühnel Wendelin, am 1. Dec. 1894.

V. Bez., Embelg., E.-Z. 1604, Baust. I, bish. Bes. Hofbauer Veronica 1/2, grdb. übertr. an Hofbauer Adolf 1/2, am 1. Febr. 1895.
„ „ Fendig., E.-Z. 1648, Baust. II, bish. Bes. Hofbauer Veronica 1/2, grdb. übertr. an Hofbauer Adolf 1/2, am 1. Febr. 1895.

V. Bez., Einsiedlergasse, E.-Z. 1630, Baust. III, E.-Z. 1631, Baust. IV, E.-Z. 1632, Baust. VII, bish. Bes. Hofbauer Veronica $1/2$, grdb. übertr. an Hofbauer Adolf $1/2$, am 1. Febr. 1895.
" " Oppelgasse, E.-Z. 890, Baust. III, Gruppe D, P. 648/3, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Glisch Margaretha, am 5. Dec. 1894.
VII. Bez., Mariahilferstraße, E.-Z. 1346, P. 1263/3, 1265, 1266/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Mörzinger-Cabos Christian $1/3$, Schweinburg Alois $1/3$, Schweinburg Eduard $1/3$, am 24. Aug. 1894.
VIII. Bez., E.-Z. 897, P. 668/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Klang-Egger Rudolf, am 14. Jän. 1895.
X. Bez., E.-Z. 1459, 1461, 1986, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schya-Straßberg Jakob, am 4. Febr. 1895.
" " E.-Z. 2075, 2076, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Warhanek Karl, am 30. Jän. 1895.
" " E.-Z. 2075, 2076, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Dinstl Adolf, am 3. Dec. 1894.
" " E.-Z. 1194, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Fischer Wilhelm, am 13. Oct. 1894.
" " Ober-Laa, E.-Z. 301, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wehle Emil, am 26. Jän. 1895.
" " Ober-Laa, E.-Z. 160, P. 1636, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Geringer Albert $1/2$, Geringer Barbara $1/2$, am 6. Dec. 1894.
" " Ober-Laa, E.-Z. 161, P. 1716, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wieselthaler Johann $1/2$, Wieselthaler Marie $1/2$, am 6. Dec. 1894.
" " Ober-Laa, E.-Z. 162, P. 1703/2, 1703/3, 2370, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wieselthaler Franz $1/2$, Wieselthaler Theresia $1/2$, am 6. Dec. 1894.
" " Ober-Laa, E.-Z. 612, 615, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Knapp Magdalena, am 28. Jän. 1895.
" " Inzersdorf, E.-Z. 96, P. 850, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Herzfelder Robert, am 1. Dec. 1894.
" " Inzersdorf, E.-Z. 1205, 1206, 1207, 1208, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Firma Joh. Weiß & Sohn, am 30. Jän. 1895.
XI. Bez., Simmering, E.-Z. 1072, bish. Bes. Blaich Anna Marie $1/2$, Blaich Pauline $1/4$, grdb. übertr. an Pfisterer Julius $1/2$, Pfisterer Josefa $1/4$, am 28. Jän. 1895.
" " Simmering, E.-Z. 1578, P. 1212, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Moulik Josef $1/2$, Moulik Agnes $1/2$, am 29. Jän. 1895.
" " Kaiser-Ebersdorf, E.-Z. 1043, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wiener Jakob, am 26. Jän. 1895.
XII. Bez., Unter-Meidling, E.-Z. 787, P. 112/66, E.-Z. 1049, P. 108/5, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schmidt Christof $1/2$, Moser Gustav $1/2$, am 5. Febr. 1895.
" " Unter-Meidling, E.-Z. 789, P. 112/68, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schneider Josef $1/2$, Schneider Clara $1/2$, am 5. Jän. 1895.
" " Unter-Meidling, E.-Z. 1320, Baust. III, P. 283/57, E.-Z. 1321, Baust. IV, P. 8360, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Zimmermann Peregrin, am 17. Jän. 1895.
" " Hetzendorf, E.-Z. 460, P. 276, bish. Bes. Edelmann Jakob $1/2$, grdb. übertr. an m. Edelmann Franz $1/10$, Edelmann Leop. $1/10$, Edelmann Maximilian $1/10$, Edelmann Michael $1/10$, Edelmann Theresia $1/10$, am 7. Juni 1894.
" " Hetzendorf, E.-Z. 203, P. 395/1, 395/6, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hartl Josef, am 10. Oct. 1894.
" " Hetzendorf, E.-Z. 505, Baust. III, P. 425/10, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Snietivy Johann Emanuel, am 31. Oct. 1894.
" " Altmannsdorf, E.-Z. 166, P. 197/9, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kviz Johann $1/2$, Kviz Franciska $1/2$, am 5. Febr. 1895.
XIII. Bez., Hacking, E.-Z. 103, P. 68, bish. Bes. Heß Vincenz, grdb. übertr. an Schobl Heinrich, am 9. Febr. 1895.
" " Penzing, E.-Z. 1083, P. 633/110, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Swoboda Franz $1/2$, Swoboda Marie $1/2$, am 8. Febr. 1895.
" " Penzing, E.-Z. 666, P. 675/3, bish. Bes. Pick Siegmund $1/2$, grdb. übertr. an Weiß Siegmund $1/2$, am 9. Febr. 1895.
" " Penzing, E.-Z. 611, P. 650/7, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bachl Johann, am 9. Nov. 1894.
XIV. Bez., Rudolfsheim, E.-Z. 1237, P. 1089/10, bish. Bes. Sachs Theresia $1/2$, grdb. übertr. an Had Johann $1/2$, am 7. Febr. 1895.
" " Rudolfsheim, E.-Z. 1104, P. 288, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hrbaczek Josef $1/2$, Hrbaczek Rosa $1/2$, am 31. Jän. 1895.
XVI. Bez., Neulerchenfeld, E.-Z. 237, P. 87, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bauer Gabriele $1/7$, m. Buchauer Gisela $1/7$, m. Buchauer Franz $1/7$, Buchauer Therese $1/7$, m. Buchauer Emil $1/7$, m. Buchauer Anna $1/7$, m. Buchauer Emma $1/7$, am 16. Jän. 1895.
" " Neulerchenfeld, E.-Z. 799, P. 69/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wudy Anton $1/2$, Wudy Marie $1/2$, am 28. Jän. 1895.
" " Ottakring, E.-Z. 2250, P. 801/50, E.-Z. 2252, P. 801/51, E.-Z. 2252, P. 801/52, E.-Z. 2267, P. 801/67, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Krakauer Heinrich $1/2$, Krakauer Moriz $1/2$, am 24. Jän. 1895.
" " Ottakring, E.-Z. 2309, bish. Bes. Hubatschek Josefa $1/2$, grdb. übertr. an Twaroch Martin $1/2$, am 26. Nov. 1894.

XVI. Bez., Ottakring, E.-Z. 570, P. 1968, bish. Bes. Labik Franz $1/2$, Labik Antonie $1/2$, grdb. übertr. an die Maschinenfabriks-Actiengesellschaft „Vulcan", vorm. Gutjahr & Müller, Reinhard Fernau & Co., am 2. Febr. 1895.
" " Ottakring, E.-Z. 571, P. 1969, bish. Bes. Vlassak Franz $1/2$, Vlassak Barbara $1/2$, grdb. übertr. an die Maschinenfabriks-Actiengesellschaft „Vulcan", vorm. Gutjahr & Müller, Reinhard Fernau & Co., am 2. Febr. 1895.
XVII. Bez., Dornbach, E.-Z. 206, P. 995, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Pelikan Johann, am 29. Jän. 1895.
" " Dornbach, E.-Z. 839, Baust. VI, E.-Z. 372, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Sander Johanna $1/4$, Klinger Rosa $1/4$, Kropf Bertha $1/4$, Strache Hugo $1/4$, am 14. Dec. 1894.
" " Dornbach, E.-Z. 529, P. 1139/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kowařik Georg, am 28. Jän. 1895.
XVIII. Bez., Währing, E.-Z. 1837, P. 293/159, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Neudorfer Bierbrauerei Robert Herzfelder & Comp., am 18. Jän. 1895.
" " Währing, E.-Z. 900, P. 445/6, E.-Z. 901, P. 445/7, E.-Z. 902, P. 445/8, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Kohl August $1/2$, Spitzer Adolf $1/2$, am 31. Jän. 1895.
" " Währing, E.-Z. 879, P. 8/11, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Koch Leopold, am 7. Febr. 1895.
" " Währing, E.-Z. 878, P. 8/10, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bönisch Ferdinand $1/2$, Bönisch Karoline $1/2$, am 31. Jän. 1895.
" " Währing, E.-Z. 1722, P. 496/9, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Stepanek Franz, am 1. Febr. 1895.
" " Währing, E.-Z. 1332, P. 730, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Hummel Anton $1/2$, Hummel Theresia $1/2$, am 24. Jän. 1895.
" " Gersthof, E.-Z. 831, P. 152/12, 153/11, 154/6, 155/7, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Seitz Johann $1/2$, Seitz Aloisia $1/2$, am 18. Jän. 1895.
" " Gersthof, E.-Z. 834, P. 133/6, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Oberst Paul, am 28. Jän. 1895.
" " Gersthof, E.-Z. 146, P. 190, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Nikolai Alois Leopold, am 15. Febr. 1895.
" " Pötzleinsdorf, E.-Z. 341, P. 326/1, 326/2, 327, 328/1, 328/2, E.-Z. 61, P. 577, bish. Bes. Schrammel Anton $1/40$, grdb. übertr. an Trakal Pauline $1/160$, Schrammel Anton $1/160$, Ortner Marie $1/160$, m. Schrammel Karl $1/48$, Schrammel Franz $1/480$, Schrammel Marie $1/480$, am 18. März 1894.
XIX. Bez., Ober-Sievering, E.-Z. 365, P. 373/2, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Wöginger Johann, am 20. Jän. 1895.
" " Ober-Sievering, E.-Z. 230, bish. Bes. Wöginger Johann $1/2$, grdb. übertr. an Wöginger Franz $1/2$, am 20. Jän. 1895.
" " Unter-Sievering, E.-Z. 533, 534, 535, bish. Bes. Fenz Josef $1/2$, grdb. übertr. an Fenz Johanna $1/20$, Sickenberg Christine $1/20$, m. Fenz Marie $1/20$, m. Fenz Josef $1/20$, m. Fenz Karl $1/20$, m. Fenz Rudolf $1/20$, m. Fenz Ferdinand $1/20$, m. Fenz Johanna $1/20$, m. Fenz Friedrich $1/20$, am 5. Jän. 1895.
" " Unter-Sievering, E.-Z. 570, P. 799/3, 800—803, bish. Bes. Sothen Franciska, Freiin v. $2/3$, grdb. übertr. an Gernoß Karl $1/3$, Neumann Karoline $1/3$, am 15. Jän. 1895.
" " Grinzing, E.-Z. 295, P. 781, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Lier Ignaz $1/2$, Lier Karoline $1/2$, am 14. Jän. 1895.
" " Ober-Döbling, E.-Z. 826, P. 868/40, 868/92, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Schwackhöfer Franz, am 6. Febr. 1895.
" " Ober-Döbling, E.-Z. 896, P. 868/60, 866/4, E.-Z. 347, P. 868/61, 866/3, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bouchal Leonard $1/2$, Bouchal Fanni $1/2$, am 14. Jän. 1895.
" " Ober-Döbling, E.-Z. 1112, P. 2/8, 3/5, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien, am 29. Sept. 1894.
" " Heiligenstadt, E.-Z. 638, P. 376/3, 377/4, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien, am 29. Sept. 1894.
" " Ober-Döbling, E.-Z. 986, P. 870/75, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bernmüller Camillo Hans, am 15. Jän. 1895.
" " Kahlenbergerdorf, E.-Z. 35, P. 277, bish. Bes. ?, grdb. übertr. an Bondy Julius, Dr., am 5. Febr. 1895.
" " Heiligenstadt, E.-Z. 401, P. 883/1, 883/3, bish. Bes. Knott Leopold $2/3$, grdb. übertr. an Knott Anna $2/3$, am 23. Jän. 1895.
" " Heiligenstadt, E.-Z. 331, P. 815/1, 2, 3, bish. Bes. Knott Leopold $1/2$, grdb. übertr. an Knott Anna $1/2$, am 23. Jän. 1895.
" " Nußdorf, E.-Z. 23, P. 202/1, 202/2, E.-Z. 24, P. 308, E.-Z. 25, P. 822, bish. Bes. Mattes Franz $1/2$, grdb. übertr. an Mattes Karl $1/6$, Mattes Rudolf $1/6$, Fexer Marie $1/6$, am 4. Dec. 1894.

---

## Gewerbeanmeldungen vom 20. März 1895.

(Fortsetzung.)

Brauner Betti — Gastwirtin — IX., Müllnergasse 1.
Baß Charlotte — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Porzellangasse 16.
Drucker Moriz — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Glasergasse 18.
Hofmann Stefan — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Gansterergasse 3.
Makowski Marie Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währingergürtel 89.
Sinai Emanuel — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Gonzagagasse 2.
Granadia Eduard Karl — Handel mit Russen und Häringen — XVI., Neulerchenfelderstraße 62.
Lehngruber Josef — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Was gibt's Neues?" — XVI., Neulerchenfelderstraße 80; IX., Kolingasse 20.
Mundstein Clara — Herausgabe der periodischen Druckschrift „National-Zeitung" — IX., Berggasse 22.
Bedekovich Marie — Kaffeesiederin — IX., Brünnlgasse 3.
Desalla Gertrude — Kaffeesiedergewerbe — IX., Servitengasse 16.
Landau Lory — Kaffeeschank — IX., Porzellangasse 52.
Hajek Franz — Herrenschneider — XVII., Lacknergasse 50.
Lippitsch Karoline — Damenkleidermacherin — XIII., Winkelmannstr. 34.
Ondvisz Josef — Herrenkleidermacher — IX., Rossauerkaserne.
Stepan Matthias — Herrenkleidermacher — XVI., Blumberggasse 15.
Swoboda Johann — Herrenkleidermacher — XVIII., Hildebrandg. 13.
Hruza Barbara — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks — XIII., Kuefsteingasse 36.
Ellinger Margaretha — Milch-Verschleiß — XVIII., Haizingergasse 3.
Janik Katharina — Obst- und Grünwaren-Verschleiß im Umherziehen, — XVI., Bachgasse 20.
Hoppe Paul — Parfümerie-Erzeuger — XIV., Schweglerstraße 12.
Stefansky Valentin — Schuhmacher — XVI., Ottakringerstraße 75.
Zahoř Thomas — Schuhmacher — XVI., Nödlgasse 4.
Löwy Adolf — Spirituosen-, Essenzen- und Essig-Erzeuger — XIV., Grimmgasse 17.
Demus Ludwig — Stoffschuh-Erzeuger — XVII., Pezzlgasse 40.
Mestanek Eduard — Tischlermeister — XVI., Arnethgasse 72.
Wiskocil Johann — Tischler — IX., Wasagasse 15.
Blank Barbara — Übernahme von Wäsche und Kleidern für Putzereien und Färbereien — XVI., Ottakringerstraße 21.
Mülleder Leopold — Victualienhandel — XVIII., Schulgasse 5.
Neumann Elisabeth — Victualienhandel — XVII., Schumanngasse 75.
Baß Charlotte — Verabreichung von Speisen — IX., Porzellang. 16.
Payßl Karl — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Wein, Bier und Obstwein und Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles — IX., Kolingasse 6.
Ronsperger Anna — Wäscheputzerei — XVI., Menzelgasse 18.
Stierschneider Franz — Wirtsgewerbe — IX., Marktgasse 9.
Prager Amalia — Zeitungs-Verschleiß — IX., Liechtensteinstraße 64.

* * *

## Gewerbeanmeldungen vom 21. März 1895.

Kotschi Josef — Baumeister — III., Neulinggasse 9.
Köstner Karl — Bildhauer — I., Singerstraße 11 a.
Euscher Katharina — Christbaumhandel — XIX., Artariagasse.
Menzer Alexander, Kolisch Julius — Commissionsweiser Verschleiß von Leinen- und Baumwollwaren — I., Salzgries 15.
Olischar Franz — Concession zum Betriebe der Ausführung von Gasrohrleitungen und Wasserleitungen — XIX., Gatterburggasse 18.
Hanzlik Emil — Drechsler — XII., Zöppelgasse 3.
Holada Ignaz — Drechsler — XIX., Nußwaldgasse 28.
Weißmann Baruch — Fragner — V., Reinprechtsdorferstraße 49 a.
Blahusek Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währingergürtel 61.
Bruckner Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Kuefsteingasse 36.
Friedlmaier Matthias — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Elisabethstr. 8.
Hladik Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Streichergasse 3.
Richter Eduard — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Diehlgasse 4.
Schaumeier Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Gersthoferstraße 158.
Vrbancic Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Parkgasse 11.
Martin Noel Alexander — Handel mit lebenden Pflanzen — I., Kohlmarkt 3.
Fleck Eduard — Hufschmied — XIII., Linzerstraße 414.
Aschenbrenner Marie — Damenkleidermacherin — V., Kettenbrückeng. 23.
Löffler Leopoldine — Kleinfuhrwerk — III., Wällischgasse 75.
Wenzl Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — XIII., Amalienstraße 25.
Koretz Anna — Kleinhandel mit Brennmaterialien — V., Kleine Neugasse 5.
Handl Martin — Marktfierantie — X., Erlachgasse 14.
Rada Leo Johann — Mechanikergewerbe — XIII., Breitenseerstraße 43.
Haldenwang Johannes — Mehl-, Grieß- und Presshefe-Verschleiß — XIII., Penzingerstraße 39.
Bittner Edmund — Milchmeier — XVI., Deinhardsteingasse 24.
Vogeltanz Pauline — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Antonigasse 10.
Kolarik Karoline — Pfaidlerei — XVIII., Antonigasse 37.
Monghi Marie — Pfaidlerei — XVIII., Kreutzgasse 32.
Švercl Peter — Pferdefleisch-Verschleiß — X., Van der Nüllgasse 14.
Kuchta Wenzel — Riemer — III., Erdbergstraße 21.
Formanek Wilhelm — Sammeln von Pränumeranten auf Druckwerke — III, Schützengasse 18.
Kohlmayer Karl — Schuhwichs- und Schmierfett-Erzeuger — XII., Zöppelgasse 3.
(Das weitere folgt.)

## Inhalt:



Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.